

# Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004



EUROPÄISCHE  
KOMMISSION



THEMENKREIS 1  
Allgemeine  
Statistik



*Europe Direct soll Ihnen helfen, Antworten auf Ihre Fragen zur Europäischen Union zu finden*

**Neue gebührenfreie Telefonnummer:**

**00 800 6 7 8 9 10 11**

Zahlreiche weitere Informationen zur Europäischen Union sind verfügbar über Internet, Server Europa (<http://europa.eu.int>).

Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, 2004

ISBN 92-894-7147-6

ISSN 1681-9292

© Europäische Gemeinschaften, 2004

# Vorwort

Für Eurostat wie für alle anderen Dienste der Europäischen Kommission ist 2004 ein Jahr von entscheidender Bedeutung. Zehn Länder werden Vollmitglieder der Europäischen Union, und ihre statistischen Ämter schließen eine lange Lehrzeit innerhalb des Europäischen Statistischen Systems ab. Dass dieser Übergang reibungslos verläuft ist nicht nur auf die Professionalität ihrer Beamten zurückzuführen, die oft mit einschneidenden Zwängen in Bezug auf Mittel und Personal konfrontiert sind, sondern auch auf den wichtigen Beitrag der unterschiedlichen Phare-Vorbereitungsprogramme in der Statistik. Diese wirkten sich vor allem sehr deutlich auf das zunehmend wichtige Gebiet der Regionalstatistik aus. Die Phare-Mittel ermöglichten zwischen 1998 und 2001 die Erstellung von Portraits der Regionen der meisten Beitrittsländer und 1999 und 2000 die Erweiterung der Datenbestände der REGIO-Datenbank, die nun auch Regionaldaten über diese Länder enthält. Wie viele andere Eurostat-Referate erhielt auch das Regionalteam in den letzten Jahren die Unterstützung einer Reihe von Phare-Trainees – sie alle vereinten die Begeisterung, etwa über die EU lernen zu können mit den statistischen Traditionen ihrer Herkunftsländer. Nach ihrer Rückkehr in ihre Heimatländer haben diese Trainees die Regionalstatistik weiter gefördert, unterstützt durch ihre Kenntnisse der Eurostat-Methoden und -Anforderungen.

Das Jahrbuch „Regionen“ 2004 ist ein weiterer Meilenstein: Zum ersten Mal enthält es Daten, die anhand einer regionalen Nomenklatur gesammelt wurden, die in EU-Rechtsvorschriften niedergelegt ist. Die Verabschiedung der NUTS-Verordnung im Juli 2003 war ein wichtiger Schritt, um regionalen Statistiken eine solidere Grundlage zu verleihen, und spiegelt die breitere Anerkennung wider, die dieser Zweig der Statistik inzwischen genießt. Die traditionell breit gefächerte Leserschaft des Jahrbuchs „Regionen“ wird durch die Erweiterung 2004 zweifellos noch größer werden, denn die Bürgerinnen und Bürger in der gesamten EU wollen mehr über die Vielfalt Europas erfahren.

**Joaquin Almunia**

Mitglied der Europäischen Kommission für Wirtschaft und  
Währungsangelegenheiten, mit Zuständigkeit für Eurostat



# INHALTSVERZEICHNIS

■ <b>EINLEITUNG</b> . . . . .	9
Eine neue Gestalt für Europa – eine neue NUTS-Systematik . . . . .	11
Eine genaue Betrachtung der neuen Systematik . . . . .	11
Erweiterung . . . . .	11
Inhalt und Gliederung . . . . .	11
Fachbeiträge der Spezialisten . . . . .	12
NUTS 2003 – Liste der Regionen . . . . .	12
Mehr zu diesem Thema . . . . .	12
Interessengruppe im Internet . . . . .	13
Redaktionsschluss . . . . .	13
■ <b>BEVÖLKERUNG</b> . . . . .	15
Einleitung . . . . .	17
Bevölkerungsalterung . . . . .	17
Ursachen für die Bevölkerungsalterung . . . . .	20
Folgen der Bevölkerungsalterung . . . . .	22
Erwartungen für die Zukunft . . . . .	23
Literaturhinweise . . . . .	24
■ <b>LANDWIRTSCHAFT</b> . . . . .	25
Einführung . . . . .	27
Die Viehzucht in den Regionen Europas . . . . .	27
Schweine . . . . .	27
Schafe . . . . .	27
Rinder . . . . .	30
Standorte der Milchproduktion . . . . .	31
Die Milchproduktion . . . . .	31
■ <b>REGIONALES BRUTTOINLANDSPRODUKT</b> . . . . .	35
Was ist das regionale Bruttoinlandsprodukt? . . . . .	37
Exkurs: Kaufkraftparitäten und internationale Volumenvergleiche . . . . .	37
Das regionale BIP im Jahr 2001 . . . . .	39
Große regionale Unterschiede auch innerhalb der Länder . . . . .	40
Periphere Regionen und neue Mitgliedstaaten holen auf . . . . .	40
■ <b>HAUSHALTSKONTEN</b> . . . . .	43
Einführung: Wohlstandsmessung . . . . .	45
Exkurs: Die Mess-Einheit . . . . .	45
Einkommen der privaten Haushalte . . . . .	45
Ergebnisse für das Jahr 2001 . . . . .	47
Erweiterter Einkommensbegriff . . . . .	50
Regionales Einkommen aller Sektoren . . . . .	52
Schlussfolgerung . . . . .	52
■ <b>REGIONALER ARBEITSMARKT</b> . . . . .	53
Einleitung . . . . .	55
Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe 15-64 Jahre . . . . .	55

Beschäftigungsentwicklung . . . . .	55
Landwirtschaft . . . . .	57
Dienstleistungen. . . . .	59
Arbeitslosenquote . . . . .	60
Entwicklung der Arbeitslosenquote . . . . .	60
Frauenarbeitslosigkeit . . . . .	61
Jugendarbeitslosigkeit . . . . .	64
Langzeitarbeitslosigkeit . . . . .	65
<b>■ UNTERNEHMEN . . . . .</b>	<b>67</b>
Einführung . . . . .	69
In den neuen Mitgliedsländern übernimmt die Industrie die Vorherrschaft . . . . .	71
Generell bessere Bezahlung in der Umgebung der Hauptstädte, vor allem in der Industrie . . . . .	73
Regional ungleiche Verteilung der Industriearbeitsplätze . . . . .	77
Kapitalintensive Industriezweige in den Regionen. . . . .	79
Schlussfolgerung . . . . .	79
Methodik der regionalen Unternehmensstatistiken. . . . .	80
<b>■ GESUNDHEIT . . . . .</b>	<b>81</b>
Einführung . . . . .	83
Die Sterblichkeit in den EU-Regionen . . . . .	83
Regionale Sterblichkeit von vielen Faktoren abhängig. . . . .	83
Auffallend wenige tödliche Schlaganfälle in Frankreich . . . . .	84
Darmkrebsraten spiegeln Ähnlichkeiten in den Ernährungsgewohnheiten wider . . . . .	84
Hohe Frauensterblichkeit im Vereinigten Königreich durch Grippe und Lungenentzündung . . . . .	86
Prostatakrebs – deutliche Unterschiede zwischen Nord und Süd . . . . .	89
Brustkrebs: deutliche geografische Ausprägung . . . . .	91
Tödliche Unfälle – Männer im Straßenverkehr, Frauen bei Stürzen . . . . .	91
Weniger Verkehrstote in städtischen Gebieten. . . . .	91
Sturzunfälle – regionale Unterschiede in Belgien und Deutschland . . . . .	94
Die Gesundheitsressourcen in den EU-Regionen . . . . .	94
Veränderungen bei der Zahl der Ärzte . . . . .	94
Veränderungen bei der Zahl der Krankenhausbetten. . . . .	95
Bemerkungen zur Methodik. . . . .	97
Die gesundheits- und sozialpolitischen Regionen . . . . .	97
Die Indikatoren zur Sterblichkeit . . . . .	98
Die Indikatoren zu den Ressourcen . . . . .	98
<b>■ FREMDENVERKEHR . . . . .</b>	<b>99</b>
Einführung . . . . .	101
Anmerkungen zur Methodik . . . . .	101
Angebotsstatistik (Infrastruktur) . . . . .	101
Auslastungsdaten . . . . .	103
Schlussfolgerung . . . . .	105
<b>■ STÄDTESTATISTIK . . . . .</b>	<b>109</b>
Hintergrund. . . . .	111
Inhalt and räumlicher Erfassungsbereich . . . . .	111
Einige interessante Ergebnisse . . . . .	112

Veröffentlichung der Ergebnisse . . . . .	119
Nächste Schritte . . . . .	120
<b>■ NUTS-1-STATISTIK . . . . .</b>	<b>123</b>
Potenzielle Möglichkeiten von NUTS 1 nicht ausgeschöpft . . . . .	125
NUTS 1 in den Mitgliedstaaten . . . . .	125
Verwaltungsgebiete der NUTS-Ebene 1 – historische und kulturelle Einheiten . . . . .	125
Nichtadministrative (vorwiegend geografische) Gliederungen . . . . .	127
Welche Möglichkeiten bietet die NUTS-Ebene 1? . . . . .	127
NUTS 1 vs. NUTS 2. . . . .	131
Schwierigkeiten und Erweiterung . . . . .	131
<b>■ EUROPÄISCHE UNION: REGIONEN AUF NUTS-2-EBENE . . . . .</b>	<b>133</b>
<b>■ NUTS-2-REGIONEN IN DEN BEITRITTSLÄNDERN . . . . .</b>	<b>135</b>



# E I N L E I T U N G



# Eine neue Gestalt für Europa – eine neue NUTS-Systematik

2004 ist für Europa ein Jahr von überragender Bedeutung, erfolgte in seinem Verlauf doch die größte Erweiterung in der Geschichte der Europäischen Union – was der Union zehn neue Mitgliedstaaten und neun neue Amtssprachen bescherte.

Im statistischen Jahrbuch der Regionen spiegelt sich die Erweiterung der Union bereits seit langem wider, denn seit einigen Jahren enthält es auch Daten zu den Erweiterungsländern (und auch für Bulgarien und Rumänien, selbst wenn deren Beitritt erst für das Jahr 2007 geplant ist).

Innovativ wird die Ausgabe 2004 des Jahrbuchs jedoch durch die Anwendung der im Juli 2003 angenommenen Systematik NUTS 2003 als Grundlage für die Datenerhebung. Folglich beruhen alle Karten dieser Ausgabe auf NUTS 2003, während in der letzten Ausgabe noch NUTS 99 verwendet wurde. Im vergangenen Jahr wurden mit der Annahme der NUTS-Verordnung und den kontinuierlichen Vorbereitungen auf die 2004 anstehende Erweiterung Struktur und Merkmale der künftigen Regionalstatistik auf europäischer Ebene vorgegeben.

## Eine genaue Betrachtung der neuen Systematik

Mit der Annahme der Verordnung durch das Europäische Parlament erhält die NUTS-Systematik endlich eine Rechtsgrundlage. Angesichts der Bedeutung, die eine beständige Regionaluntergliederung für die Datennutzer hat, mag es umso wichtiger sein, dass sich in der Verordnung eine genaue Regelung der Vorgehensweise für Änderungen an der Systematik findet, sollen diese in einzelnen Ländern vorgenommen werden. Der Text der Verordnung ist auf der beiliegenden CD-ROM verfügbar. Genaue Informationen zu der NUTS-2003-Untergliederung können auf dem Eurostat-Server RAMON eingesehen werden <sup>(1)</sup>.

Während bis zur Unterzeichnung der Verordnung die Daten zur Regionalstatistik in Europa nach der

<sup>(1)</sup> Wählen Sie auf der Eurostat-Homepage <http://www.europa.eu.int/comm/eurostat> die Sprache Ihrer Wahl, klicken Sie auf „Metadaten“, danach auf „Klassifikationen“ und zum Schluss auf „RAMON“.

Fassung der Systematik aus dem Jahr 1999 („NUTS 99“) erhoben wurden, bildet nun NUTS 2003 die einzig gültige und zulässige regionale Gliederung für die Übermittlung von Daten an Eurostat. Im November 2003 wurden alle Eurostat-Datenbanken so angepasst, dass sie nur noch die NUTS-2003-Codes enthalten. Obwohl sich NUTS 2003 nicht gravierend von NUTS 99 unterscheidet (nur zehn der über 200 NUTS-2-Regionen wurden verändert), hatten die fünf betroffenen Staaten Schwierigkeiten mit der Berechnung der Daten für die neue Gliederung, was bei einigen Karten gelegentlich zu grauen Zonen führte. Mit dem Ausreifen der neuen Systematik sollte dieses Problem rechtzeitig vor dem Erscheinen des Jahrbuchs 2005 behoben sein. Die Leser sind aufgefordert, die Eurostat-Datenbanken zu konsultieren und die Verbesserungen bei der Erfassung zu beobachten, die seit der Erstellung der Karten erfolgt sind.

## Erweiterung

Die langen Vorlaufzeiten, die mit der Datenerhebung verbunden sind, führen dazu, dass für die neuen Mitgliedstaaten zwar eine kontinuierliche Verbesserung des Erfassungsbereichs gegeben ist, sie jedoch in einer kleinen Minderheit von Karten und Tabellen nicht vollständig erfasst sind. Wie beispielsweise im Kapitel Wissenschaft und Technologie vermerkt wird, sind die notwendigen Abhilfemaßnahmen bereits ergriffen worden, so dass es bis zur Veröffentlichung dieses Jahrbuchs zu wesentlichen Verbesserungen gekommen sein dürfte. Wiederum wird im Jahrbuch nicht zwischen den Ländern unterschieden, die bereits 2004 der EU beigetreten sind, und jenen Ländern, deren Aufnahme für 2007 vorgesehen ist. Soweit Daten für Bulgarien und Rumänien vorliegen, wurden diese selbstverständlich in die Karten und Erläuterungen aufgenommen. Etwas anders gestaltet sich die Lage im Fall der Türkei. Zwar wurde zwischen der Türkei und Eurostat eine Regionalgliederung vereinbart, doch reicht die Menge der Regionaldaten noch nicht aus, um eine Aufnahme der Türkei in die Analysen des Jahrbuchs zu rechtfertigen.

## Inhalt und Gliederung

In groben Zügen gleicht die 2004 angewandte Struktur der von 2003 – jedoch mit einigen bedeutenden Unterschieden. Die probeweise Erfassung der Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte vom letzten Jahr hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass sie permanent in dieses Kapitel aufgenommen

und neben das damit in engem Zusammenhang stehende Kapitel zum BIP gestellt wurden. Im Gegenzug wird ein neues Kapitel auf Probe eingeführt – diesmal geht es um die Untersuchung des Potenzials der NUTS-1-Ebene der Systematik. Außerdem wurde es durch die Erweiterung des Regionalstatistik-Teams um einen Arbeitsmarktspezialisten möglich, die ehemals getrennten Kapitel zur Arbeitskräfteerhebung und zur Arbeitslosigkeit miteinander zu verbinden und so die Erfassung zu vervollständigen. Leider lassen es die Fortschritte bei der Erhebung der regionalen Umweltdaten nicht zu, dieses Jahr, wie gehofft, wieder ein Kapitel über die Umwelt einzufügen. Noch bedauerlicher ist es, dass es durch Mittelkürzungen in der zuständigen thematischen Einheit bei Eurostat nicht möglich war, regionale Verkehrsdaten zu verarbeiten. Daher musste in der diesjährigen Ausgabe das Kapitel zum Verkehr ausgelassen werden.

In jedem Kapitel werden die regionalen Verteilungen wie gehabt mithilfe von Farbkarten und Grafiken kenntlich gemacht und sodann in den Erläuterungen von Fachleuten bewertet. Der Tradition des Jahrbuchs folgend wurden wieder Anstrengungen unternommen, um Aspekte in den Mittelpunkt zu rücken, die nicht erst kurz zuvor behandelt worden sind. Das Kapitel Bevölkerung ist z. B. dem „Ergrauen“ der europäischen Bevölkerung gewidmet, einem Thema von großer sozialer, politischer und wirtschaftlicher Bedeutung, bei dem es sich jedoch um eine Erscheinung handelt, die in den europäischen Regionen ganz und gar nicht einheitlich auftritt.

Ein Bruch mit der Vergangenheit ist auch insofern vorgenommen worden, als dass die Datentabellen, die früher speziell für das Jahrbuch zusammengestellt worden sind, jetzt auf der CD-ROM nicht mehr enthalten sind. Da die Eurostat-Datenbanken ab dem 1. Oktober 2004 gebührenfrei im Internet zur Verfügung stehen sollen, gibt es keinen Grund mehr für einen derartig hohen Aufwand, nur um eine begrenzte Datenauswahl bereitzustellen. In der Datenbank REGIO werden den Nutzern ohnehin sämtliche Tabellen zur Verfügung stehen. Damit die Leser diese Möglichkeit voll und ganz ausschöpfen können, enthält die CD-ROM wieder die neueste Ausgabe des Reference Guide zur Datenbank.

## Fachbeiträge der Spezialisten

Wie in den vergangenen Jahren wurden die Beiträge zu den einzelnen Fachkapiteln jeweils von einem der Eurostat-Sachverständigen des jeweiligen Gebiets verfasst. Durch Nutzung der Kenntnisse, die diese

Personen zu den Daten auf nationaler Ebene haben, waren die Autoren in der Lage, regionale Unterschiede in einen geeigneten Bezug zu setzen. Das Team Regionalstatistik möchte sich bei folgenden Autoren für ihren Beitrag bedanken, den sie ungeachtet ihrer ohnehin überfüllten Terminpläne geleistet haben:

Kapitel	Autor
1. Bevölkerung	E. Beekink
2. Landwirtschaft	F. Weiler, L. Harley
3. BIP	A. Krueger
4. Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte	B. Feldmann
5. Regionaler Arbeitsmarkt	M. Mlady
6. Strukturelle Unternehmensstatistik	P. Feuvrier, F. Faes-Cannito
7. Gesundheit	D. Dupré
8. Tourismus	H-W. Schmidt
9. Urban Audit	B. Feldmann
10. NUTS-1-Daten	N. Finn

## NUTS 2003 – Liste der Regionen

In den Karten dieses Jahrbuchs werden die Statistiken auf der Ebene NUTS 2 dargestellt <sup>(2)</sup>. In der Einstecktasche auf der Innenseite des Umschlags befindet sich eine Karte mit den Code-Nummern der Regionen. Am Ende der Veröffentlichung finden Sie eine Liste aller NUTS-2-Regionen der erweiterten Europäischen Union sowie eine Liste der statistischen Regionen der Ebene 2 in Bulgarien und Rumänien. Umfassende Angaben zu den regionalen Gliederungen dieser Länder einschließlich Listen der Regionen der Ebenen 2 und 3 sowie die entsprechenden Karten sind auf dem Eurostat-Server RAMON (Link siehe Fußnote 1) einzusehen.

## Mehr zu diesem Thema

Die Datenbank REGIO enthält weitere ausführliche Zeitreihen (bis zurück in das Jahr 1970) und detailliertere statistische Daten, als sie in diesem Jahrbuch

<sup>(2)</sup> Für das NUTS-1-Kapitel liegt ebenfalls eine Liste der NUTS-1-Regionen auf CD-ROM vor.

dargestellt werden können (z. B. Bevölkerung nach Altersjahr – Sterbefälle nach Altersjahr – Geburten nach Altersjahr der Mutter – detaillierte Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung der Gemeinschaft – Aggregate aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für 17 Wirtschaftszweige – eine detaillierte Untergliederung der landwirtschaftlichen Erzeugung – Daten über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe usw.). Darüber hinaus enthält die Datenbank REGIO eine Reihe von Indikatoren auf der Ebene NUTS 3 (z. B. Fläche, Bevölkerung, Geburten und Sterbefälle, Bruttoinlandsprodukt, Arbeitslosenquoten). Dies ist insofern von Bedeutung, als es nun für acht EU-Mitgliedstaaten (Dänemark, Estland, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Slowenien und Zypern) keine Untergliederung auf der Ebene 2 gibt.

Ausführliche Information zum Inhalt der Datenbank REGIO enthält die Eurostat-Veröffentlichung „European Regional Statistics – Reference Guide 2004“, die im PDF-Format auch auf der Begleit-CD-ROM gespeichert ist.

- eine Liste aller Koordinierungsbeauftragten für die Regionalstatistik in den Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern;
- die vom Regionalstatistik-Team veröffentlichte „Regional Gazette“;
- die neueste Ausgabe des REGIO-Leitfadens („Reference Guide“);
- Powerpoint-Präsentationen zu den regionalstatistischen Arbeiten von Eurostat;
- die Gebietssystematik NUTS für die Mitgliedstaaten und die Gebietssystematik für die Kandidatenländer.

## Redaktionsschluss

Für diese Ausgabe des Jahrbuchs wurden Daten bis zum 31. Mai 2004 berücksichtigt.

## Interessengruppe im Internet

Das Regionalstatistik-Team von Eurostat hat im Internet (Website „CIRCA“) eine öffentlich zugängliche „Interessengruppe“ mit vielen nützlichen Links und Dokumenten eingerichtet.

Um Zugang zu diesem Bereich zu erhalten, klicken Sie einfach auf:

<http://forum.europa.eu.int/Public/irc/dsis/regstat/information>

Dort finden Sie u. a.:

B E V Ö L K E R U N G





# Einleitung

Seit den 80er Jahren wird die Bevölkerung in allen Ländern der EU immer älter, d. h., die Anzahl junger Menschen nimmt ab und die Anzahl älterer Menschen zu, wodurch eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur entsteht. Nicht in allen EU-Mitgliedstaaten finden diese demografischen Entwicklungen in demselben Ausmaß statt. Die Länder, in denen am 1. Januar 2002 relativ viele Menschen der Altersgruppe 65+ lebten (mehr als 17 %), waren Deutschland, Spanien und Schweden. Zum gleichen Zeitpunkt waren die Slowakei, Zypern und Irland die EU-Länder, in denen der Anteil der älteren Menschen am geringsten war (unter 12 %). Innerhalb der NUTS-2-Regionen in der Europäischen Union treten die Unterschiede noch deutlicher zutage.

Was genau ist eine „alternde Bevölkerung“? Wie sieht sie aus? Im folgenden Abschnitt wird die Bevölkerungsstruktur auf nationaler und regionaler Ebene (NUTS 2) erläutert. Im Anschluss daran werden die Ursachen für diese Entwicklungen diskutiert, worauf ein kurzer Abschnitt über die negativen Folgen dieses demografischen Phänomens für die Gesellschaft folgt. Welche Auswirkungen haben diese demografischen Entwicklungen auf die öffentlichen Ausgaben? Dies wird anhand des Beispiels der staatlichen Rentenzahlungen erläutert. Im letzten Abschnitt werden wir uns der Zukunft zuwenden und kurz analysieren, ob es demografische Lösungen gibt, um den Alterungsprozess aufzuhalten.

## Bevölkerungsalterung

Wie in der Einleitung dargestellt, weist eine alternde Bevölkerung eine unausgewogene Bevölkerungsstruktur auf: Die Anzahl der älteren Menschen in der Gesellschaft ist verglichen mit der Größe der jüngeren Generationen relativ hoch. Demografisch bedeutet dies eine Zunahme der Anzahl älterer Menschen bei gleichzeitigem Rückgang der Anzahl jüngerer Menschen. Die Folgen dieser Entwicklungen sind aus der (geschätzten) Bevölkerungspyramide für die EU-25 zum 1. Januar 2002 deutlich ablesbar (Grafik 1.1).

Die Bevölkerungspyramide einer stabilen Bevölkerung, bei der das demografische Verhalten die natürliche Alterung der Bevölkerung ausgleicht, entspricht einer echten Pyramide mit einer großen Basis (jüngste Altersgruppen), die bis zu einer kleinen Spitze (älteste Altersgruppen) allmählich abnimmt. Davon unterscheidet sich die Form der Pyramide der EU-25 deutlich. Vielmehr beobachten wir eine kleine Basis, an die sich eine beachtliche Anzahl der in den 50er und 60er Jahren Geborenen anschließt,

die der Generation der so genannten Babyboomer angehören. An der Spitze der Pyramide stehen relativ viele Menschen im Alter von 65 bis 80 Jahren (in dieser und den folgenden Pyramiden silbergrau gekennzeichnet) und die Altersgruppe 80+ – die „ältesten Alten“ (in dieser und den folgenden Pyramiden gelb gekennzeichnet). Eine beachtliche Größe weist die Altersgruppe der über 90-Jährigen auf.

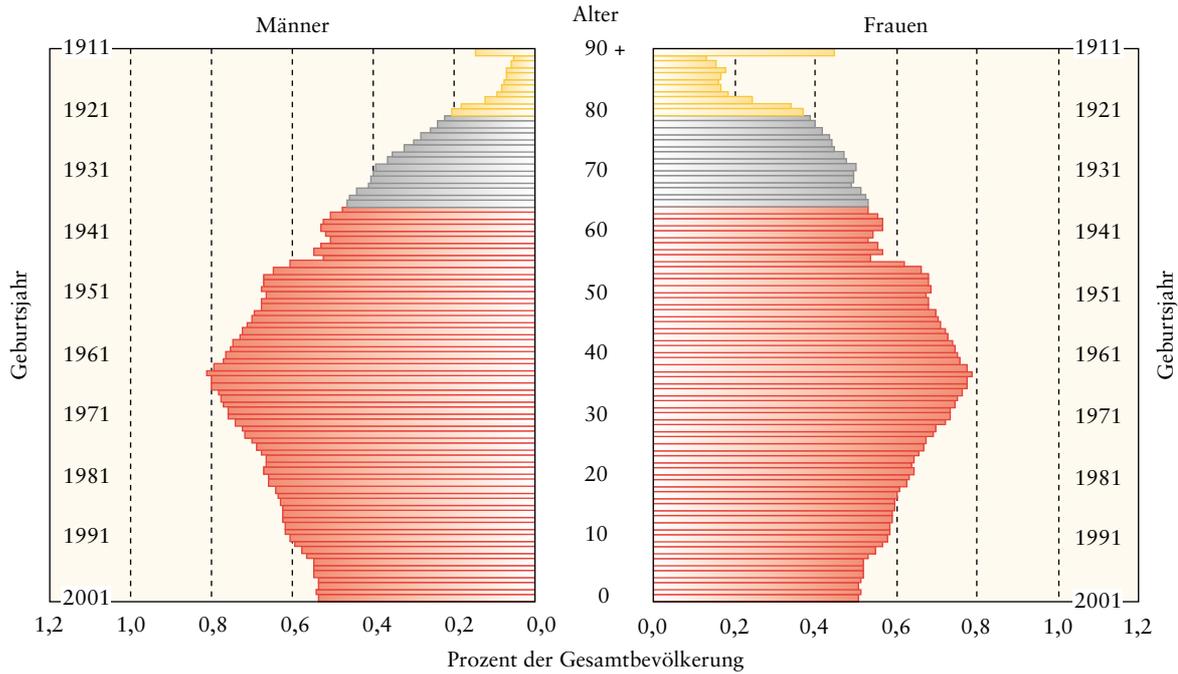
Die Form dieser Bevölkerungspyramide lässt allerdings die Unterschiede, die sich in den Grafiken 1.2 bis 1.5 zwischen der Bevölkerungsstruktur in den verschiedenen Regionen der EU offenbaren, nicht deutlich werden. Abgesehen von bestimmten Gemeinsamkeiten wie der Anzahl der während des Babybooms Geborenen, zeigen die dargestellten Beispiele, dass hinsichtlich des Anteils der verschiedenen Altersgruppen die Bevölkerungsstruktur offensichtliche Unterschiede aufweist.

Grafik 1.2, die die Bevölkerungsstruktur in Süd- und Ostirland zeigt, entspricht am ehesten der Form der zuvor beschriebenen „optimalen“ Pyramide. Hier handelt es sich um eine der wenigen Regionen der EU mit einer relativ hohen Geburtenziffer.

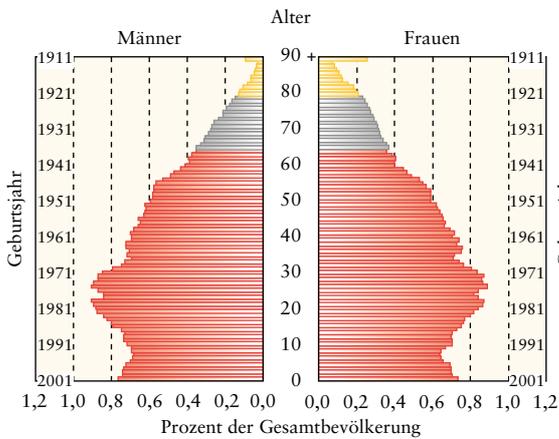
Die beiden folgenden Pyramiden (Grafik 1.3 und 1.4), die sich auf die Provinz Flevoland in den Niederlanden und Vychodne Slovensko in der Slowakei beziehen, weisen eine relativ junge Bevölkerung aus, jedoch auch eine immer größere Gruppe der über 65-Jährigen. Die Provinz Flevoland in den Niederlanden ist eine junge Region, die im letzten Jahrhundert dem Meer abgerungen wurde, mit einer entsprechend jungen Bevölkerung: 61 % der Einwohner sind unter 40 Jahre alt und leben in den neuen Wohngebieten, in denen das Wohnungsangebot überwiegend auf (junge) Familien ausgerichtet ist. Trotz der steigenden Anzahl älterer Menschen in den letzten Jahren ist deren Anteil in dieser Region mit nur 9 % noch immer der niedrigste in den Niederlanden. Die Region Vychodne Slovensko ist eine der jüngsten Regionen in der Slowakei. In ihr leben so wenige Menschen der Altersgruppe 65+ wie in keiner anderen Region des Landes.

Grafik 1.5 zeigt die Bevölkerungsstruktur des Principado de Asturias in Spanien mit Stand 1. Januar 2002. Der Anteil der über 65-Jährigen liegt über dem nationalen Durchschnitt und weist auf das steigende Durchschnittsalter der Bevölkerung hin. Diese Pyramide steht im Gegensatz zur Bevölkerungsstruktur der oben genannten irischen Region: eine sehr kleine Basis und eine relativ große Gruppe der über 65-Jährigen. Die Kerben in der Pyramide um die Altersgruppe der 65-Jährigen sind durch den Spanischen Bürgerkrieg Ende der 30er Jahre bedingt.

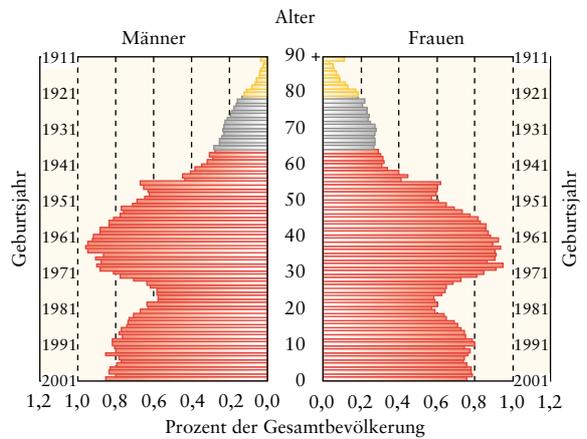
**Schaubild 1.1 — Alterspyramide am 1. Januar 2002 für die Mitgliedstaaten (Schätzung)**



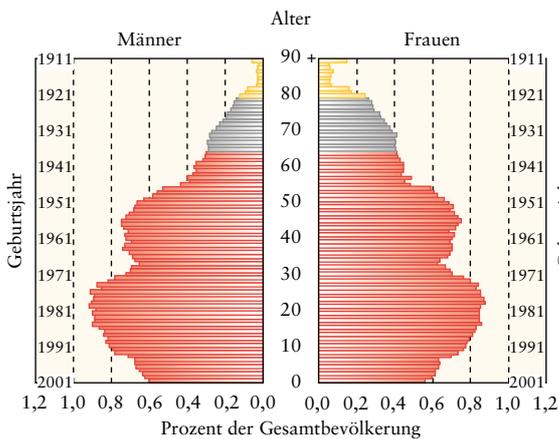
**Schaubild 1.2 — Alterspyramide am 1. Januar 2002 für Southern and Eastern (IE)**



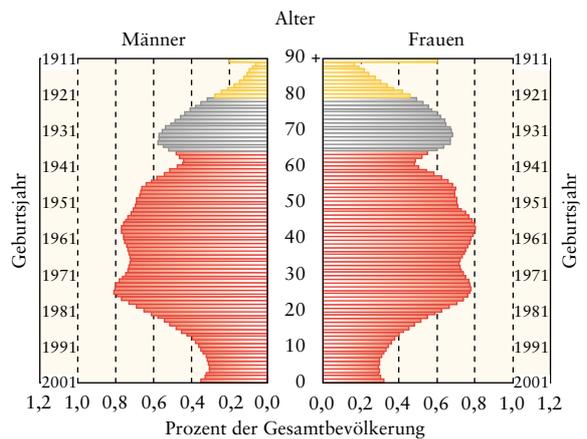
**Schaubild 1.3 — Alterspyramide am 1. Januar 2002 für Flevoland (NL)**



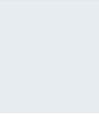
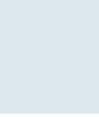
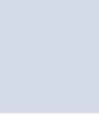
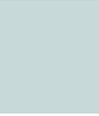
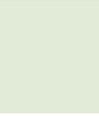
**Schaubild 1.4 — Alterspyramide am 1. Januar 2002 für Východné Slovensko (SK)**



**Schaubild 1.5 — Alterspyramide am 1. Januar 2002 für Principado de Asturias (ES)**

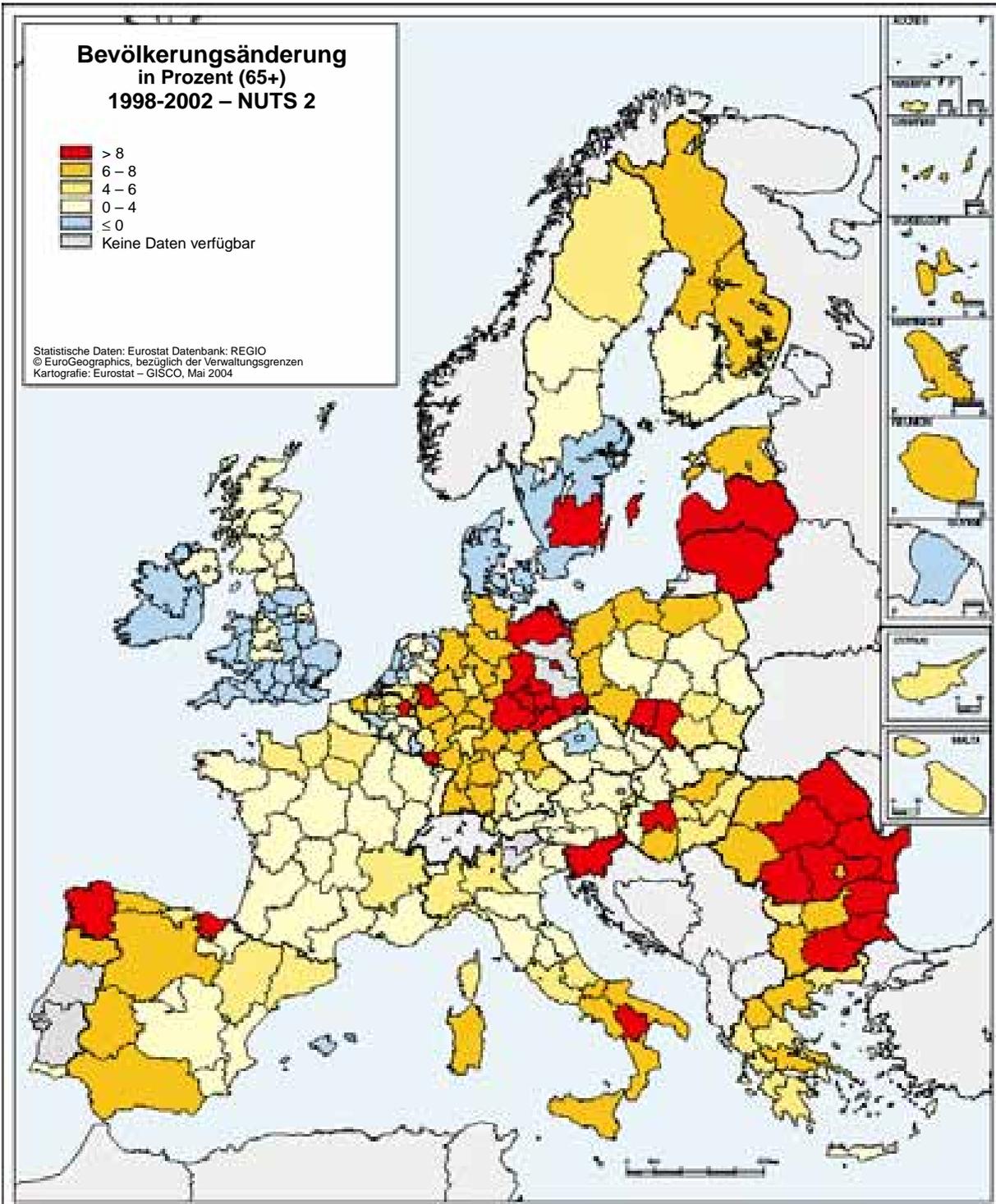


G  
N  
U  
R  
E  
K  
L  
Ö  
V  
E  
B



Die Bevölkerungspyramiden verdeutlichen die erheblichen Unterschiede der Bevölkerungsstruktur in den verschiedenen Regionen. Karte 1.1 zeigt die Entwicklung der Anzahl älterer Menschen zwischen dem 1. Januar 1998 und dem 1. Januar 2002 in den verschiedenen NUTS-2-Regionen in der EU (d. h. den prozentualen Anteil der über 65-Jährigen an der Gesamtbevölkerung). In den blau gekennzeichneten Regionen ist der Anteil der Menschen dieser Altersgruppe in dem betreffenden Zeitraum

zurückgegangen. Der Rückgang innerhalb der letzten fünf Jahre lässt sich in beiden Regionen Irlands beobachten sowie auch in den meisten Regionen in England und Wales im Vereinigten Königreich, in Dänemark, in Noord-Holland, Zuid-Holland, Utrecht, Flevoland und Groningen in den Niederlanden, in den Regionen Sydsverige, Vastsverige, Ostra Mellansverige und Stockholm in Schweden und in Prag und Umgebung in der Tschechischen Republik.



Karte 1.1

Regionen mit einem relativ hohen Anstieg der Anzahl älterer Menschen, dunkelrot gekennzeichnet, finden sich hauptsächlich im Osten Deutschlands, in Teilen der neuen Mitgliedstaaten, z. B. in Lettland und Litauen, Slowenien und großen Teilen Bulgariens und Rumäniens. Der Großteil der Regionen Frankreichs, Österreichs, Ungarns, der Tschechischen Republik und der Slowakei weist relativ geringe Veränderungen auf.

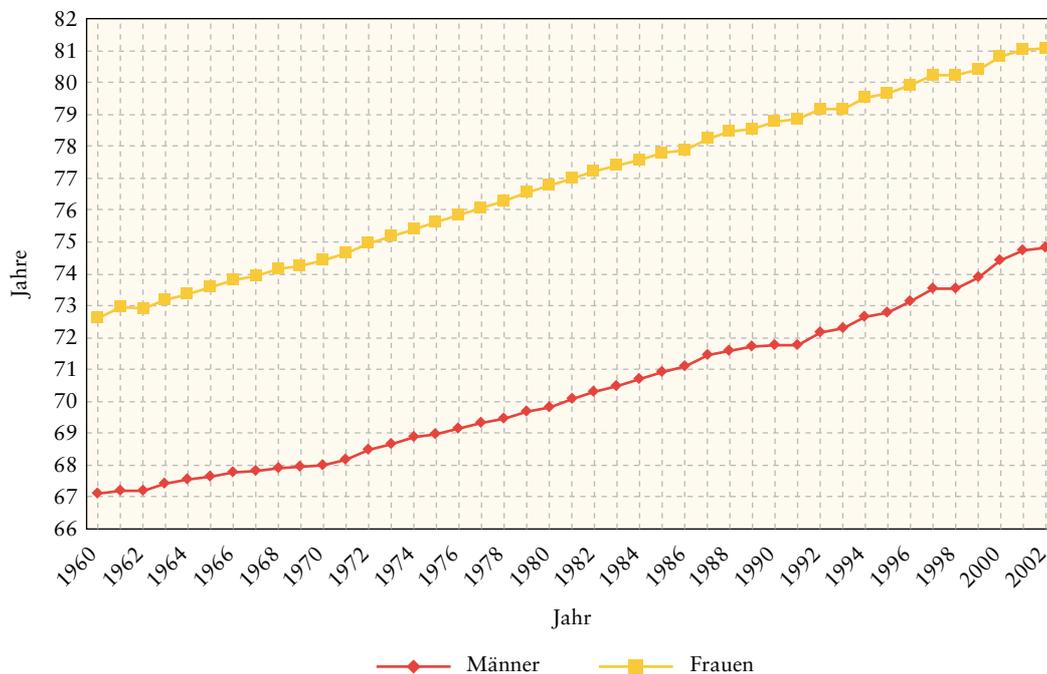
ist das Ergebnis demografischen Verhaltens und wird hauptsächlich durch die Mortalität (die durchschnittliche Lebenserwartung), die Fertilität (die durchschnittliche Kinderanzahl und das Durchschnittsalter der Frauen bei der Geburt) und die Migration (die relative Anzahl der Ein- und Auswanderer und deren Altersstruktur) beeinflusst.

Um mit dem zuletzt genannten Faktor zu beginnen: Die Auswirkungen der Ein- und Auswanderungsströme, von denen die Regionen betroffen sind, können die Bevölkerungsstruktur erheblich beeinflussen. In der Europäischen Union lässt sich der Zustrom junger Menschen in Regionen mit größerem Arbeitsplatzangebot beobachten, während ältere Menschen zurückbleiben. In den Niederlanden findet, wie bereits erwähnt, in Flevoland eine entgegengesetzte Bewegung statt. Bei diesem speziellen Beispiel hat die Regierung ein Konzept erstellt, um diese Region für junge Menschen und junge Haushalte attraktiv zu machen. Grafik 1.3 macht Angaben zu diesen Personen im erwerbsfähigen Alter und ihren Kindern.

## Ursachen für die Bevölkerungsalterung

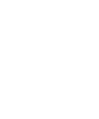
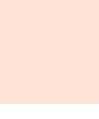
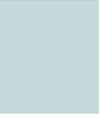
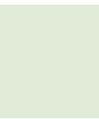
Allgemein könnte man sagen, dass die Ursachen für die Bevölkerungsalterung in einer zu geringen Bevölkerungsdynamik liegen: Die relative Zunahme des Anteils junger Menschen und die Abnahme des Anteils älterer Menschen sind zu gering, als dass ein Ausgleich erfolgen kann. Die Bevölkerungsdynamik

Schaubild 1.6 — Lebenserwartung bei der Geburt 1960-2002, EU-25



Im Laufe des 20. Jahrhunderts ist die Lebenserwartung deutlich gestiegen. Grafik 1.6 zeigt die Entwicklung der Lebenserwartung von Männern und Frauen bei der Geburt in der EU-25 für den Zeitraum 1960-2002. 1960 betrug die durchschnittliche Lebenserwartung von Männern bei der Geburt 67,1 und von Frauen 72,6 Jahre. In den Fol-

gejahren stieg sie für Männer um beinahe acht und für Frauen um beinahe neun Jahre auf 74,8 bzw. 81,1 Jahre im Jahr 2002. Doch ein derartiger Anstieg der Lebenserwartung bei der Geburt bedeutet nicht unbedingt ein längeres Leben bei guter Gesundheit. Hier gehen die Meinungen der Forscher auseinander: Einige sind der Ansicht, dass mit



einer höheren Lebenserwartung auch die Gebrechlichkeit im Alter zunimmt, andere behaupten das Gegenteil. In einer vom Europarat in Auftrag gegebenen Studie machen Dragana Avramov und Miroslava Maskova diesbezüglich Folgendes geltend:

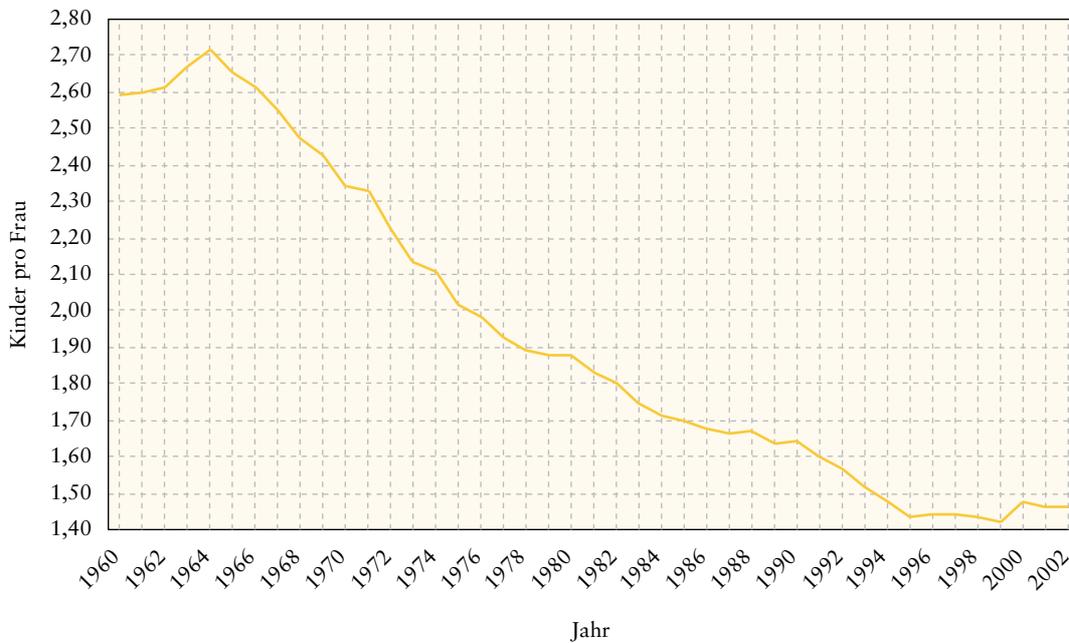
„... mit dem Anstieg der Lebenserwartung im Laufe des 20. Jahrhunderts verlagerte sich die Morbidität in ein höheres Lebensalter, was zu einer Entwicklung in zwei Richtungen führte: Verbesserung des Gesundheitszustands und der Fähigkeiten der jüngeren Menschen und zunehmende Gebrechlichkeit der ältesten Alten, die nicht mehr an Infektionskrankheiten leiden oder sterben, sondern in sehr hohem Alter den degenerativen Prozessen des Alterns ausgesetzt sind. Zugleich profitierten große

Teile der neuen Generationen älterer Menschen vom höheren, in der Jugend erworbenen Bildungsstand, genossen die Vorteile der modernen Wohlstandsgesellschaft und waren im Laufe ihres Lebens weniger schwierigen oder hinderlichen Lebensbedingungen ausgesetzt ...“

Wie dem auch sei, die höhere Lebenserwartung bringt unvermeidlich auch höhere Kosten für das Gesundheitswesen mit sich.

Die entscheidendste Erklärung für die Veränderung der Bevölkerungsstruktur ist jedoch die Fruchtbarkeitsrate. Allgemein ließe sich sagen, dass der Prozess der Alterung der Bevölkerung direkt durch das Außergewöhnliche in der Entwicklung der Anzahl der Geburten nach dem Zweiten Weltkrieg verursacht wurde.

**Schaubild 1.7 — Gesamfruchtbarkeitsrate 1960-2002, EU-25**



Nachdem die meisten Länder der Europäischen Union in den ersten 25 Jahren nach dem Krieg hohe Geburtenraten aufwiesen, gingen diese ab 1970 drastisch zurück – die Frauen bekamen weniger Kinder und das Gebäralter stieg. Der Babyboom lässt sich in sämtlichen der zuvor genannten Bevölkerungspyramiden gut erkennen: Die relativ große Gruppe der in den 50er und 60er Jahren Geborenen rückt in der Pyramide (erkennbar an der Ausbuchtung) immer weiter nach oben.

Grafik 1.7 zeigt die allgemeine Entwicklung der Gesamfruchtbarkeitsrate (GFR) in der EU-25 seit 1960. Die Gesamfruchtbarkeitsrate gibt die durchschnittliche Anzahl an lebend geborenen Kindern

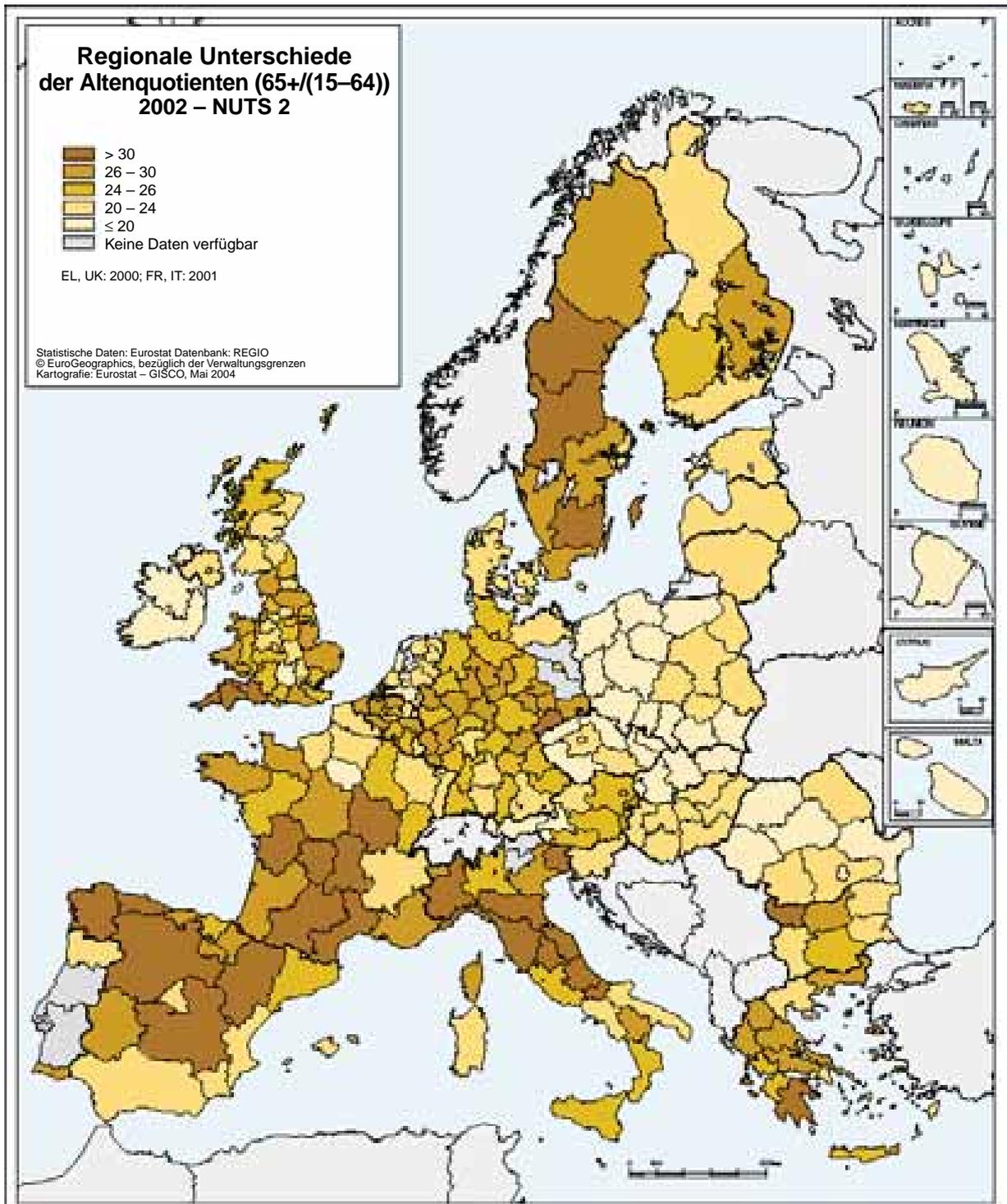
pro Frau an, wobei davon ausgegangen wird, dass ihr Reproduktionsmuster während des gebärfähigen Alters der Gesamfruchtbarkeitsrate der Frauen dieses Alters in einem bestimmten Jahr entspricht. Diese Rate dient auch zur Bestimmung der für die Bestandserhaltung erforderlichen Fertilität. In entwickelteren Ländern wird eine Anzahl von 2,1 Kindern pro Frau als Bestandserhaltungsniveau angesehen. Anfang der 60er Jahre betrug die GFR rund 2,6. Seit der zweiten Hälfte der 90er Jahre hat sich die GFR bei rund 1,44 stabilisiert, und – wie aus der Grafik ersichtlich ist – beginnt das 21. Jahrhundert sogar mit einem geringen Anstieg der Geburtenrate auf 1,46 Kinder pro Frau.

# Folgen der Bevölkerungsalterung

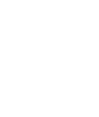
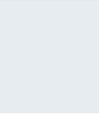
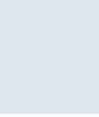
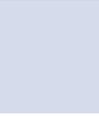
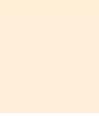
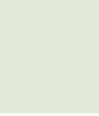
Volkswirtschaftlich werden die Folgen der Bevölkerungsalterung häufig durch den Altersabhängigkeitsquotienten ausgedrückt, dem Verhältnis zwischen der Anzahl älterer Menschen in einem Alter, in dem sie im Allgemeinen nicht erwerbstätig

sind (in unserem Fall 65 und darüber), und der Anzahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter (in unserem Fall 15-64).

Karte 1.2 zeigt die regionalen Unterschiede beim Abhängigkeitsquotienten  $[65+/(15-64)]$ . Hauptsächlich in Nord- und Zentralspanien und Nord- und Mittelitalien, im Südwesten des Vereinigten Königreichs, in Süd- und Zentralfrankreich und Teilen Schwedens kommen verhältnismäßig viele



Karte 1.2



Rentner auf verhältnismäßig wenige Erwerbstätige (dunkelbraun gekennzeichnete Regionen). Die hellbraun gekennzeichneten Regionen, in denen das Abhängigkeitsverhältnis von Rentnern und Erwerbstätigen geringer ist, finden sich vor allem in Polen, der Tschechischen Republik und der Slowakei, Irland und Rumänien.

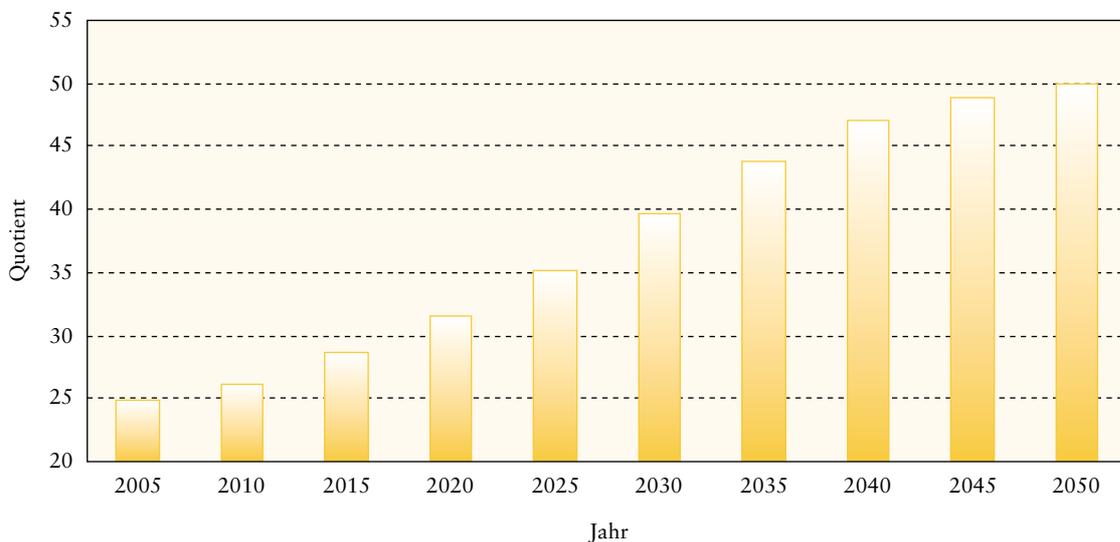
Derzeit untersucht eine spezielle Arbeitsgruppe bei der Europäischen Kommission die Folgen der Bevölkerungsalterung auf die Gesellschaft, insbesondere auf die öffentlichen Finanzen. Sie befasst sich vor allem mit den Auswirkungen auf die staatlichen Zahlungen für die Altersversorgung, das Gesundheitswesen und die Langzeitpflege. Auf die Diskussion über die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen wurde bereits kurz eingegangen. Hinsichtlich der Renten lässt sich feststellen, dass die meisten Länder der Europäischen Union über ein staatliches Rentensystem verfügen, in dem das so genannte Umlageverfahren angewandt wird. Bei diesem System muss die Erwerbsbevölkerung in Form von Beiträgen die staatlichen Renten für die älteren Menschen zahlen. Je größer das Abhängigkeitsverhältnis, desto geringer ist die Anzahl

der Erwerbstätigen, die die stetig steigende Last der Abgaben für die immer mehr größer werdende Altersgruppe der Älteren tragen müssen. Momentan wird eine Person der Altersgruppe 65+ von drei oder vier Personen im erwerbsfähigen Alter versorgt. Künftig stehen nur noch 1,5 bis 2 Personen zur Verfügung.

## Erwartungen für die Zukunft

Der vorherige Abschnitt endete mit den voraussichtlichen Entwicklungen des Verhältnisses zwischen Erwerbspersonen und Nichterwerbspersonen in der EU. Folglich können wir dieses Kapitel nicht ohne einen Blick auf die Zukunft abschließen. In den hier abgebildeten Pyramiden erkennt man anhand der Ausbuchtungen deutlich eine Gruppe von Menschen, die sich in der Bevölkerungsstruktur allmählich nach oben bewegen: die alten Menschen der Zukunft.

**Schaubild 1.8 — Altenquotient (65+) 2005-2050, EU-25 (1)  
(basierend auf VN-Bevölkerungsschätzungen)**



(1) mit Ausnahme von Zypern.

Ausgehend von Bevölkerungsschätzungen der Vereinten Nationen sind in Grafik 1.8 die voraussichtlichen (durchschnittlichen) Entwicklungen des Altersabhängigkeitsquotienten in den nächsten Jahrzehnten in der EU-25 (ohne Zypern) dargestellt. Wie ersichtlich ist, vergrößert sich der Anteil von derzeit 25 % auf 50 % im Jahr 2050. Forscher rechnen damit, dass in den meisten EU-Ländern nach 2040 ein Wendepunkt erreicht sein wird, nach

dem der Anteil der älteren Menschen an der Bevölkerung allmählich zurückgeht.

Abschließend soll über die Fragen nachgedacht werden, ob bzw. wie auf die Folgen der Bevölkerungsalterung eingewirkt werden kann. Die Forschung bezweifelt, dass Änderungen des Fertilitätsverhaltens Wirkung zeigen werden, und selbst Migrationsströme stellen nichts weiter als eine vorübergehende

und unvollständige Lösung dar. Wenn es also zu demografischen Veränderungen kommt, werden deren Auswirkungen auf die Bevölkerungsalterung wahrscheinlich nur geringe Bedeutung haben. Daher liegt die Lösung möglicherweise nicht im Bereich der Demografie, sondern in dem der Politik, wo dann solch heikle Fragen wie die Anhebung des Rentenalters, die Neuverteilung staatlicher Mittel und die private Ergänzung der staatlichen Rente anstehen.

C. van Ewijk e. a., *Vergrijzing als uitdaging. Kansen en bedreigingen van een vergrijzende Europese bevolking*. Den Haag, Dezember 2003.

Dragana Avramov und Miroslava Maskova, „Active ageing in Europe“. *Population studies*, Nr. 41, Band 1. Europarat, September 2003.

## Literaturhinweise

Evert van Imhoff und Leo van Wissen, „Bevolkingsveroudering en de arbeidsmarkt in Europa“ in: *Bevolking en gezin*, 30 (2001) 2, S. 5-34.



# Einführung

Die von Eurostat erstellte regionale Agrarstatistik umfasst drei Hauptgebiete: Bodennutzung und landwirtschaftliche Kulturpflanzen, Landwirtschaftliche Gesamtrechnung und Viehbestand. Der Viehbestand ist der Schwerpunkt des diesjährigen Kapitels über die Landwirtschaft. Hierbei werden zunächst die in Europa hauptsächlich vorkommenden Vieharten und anschließend die Milchwirtschaft genauer betrachtet. In Bezug auf die Milchwirtschaft gibt eine historische Übersicht Auskunft über die Entwicklung der die Milchstatistik betreffenden europäischen Rechtsvorschriften.

## Die Viehzucht in den Regionen Europas

Schweine, Rinder und Schafe gehören zu den ältesten domestizierten landwirtschaftlichen Nutztieren und sind in allen 25 Mitgliedstaaten der EU integraler Bestandteil der Landwirtschaft. Aus den folgenden Karten geht jedoch hervor, dass es in Bezug auf die Verteilung der Vieharten sehr klare regionale Unterschiede gibt.

Wegen der großen Bandbreite bei der Fläche der einzelnen NUTS-2-Regionen hätte die Karte bei der Darstellung absoluter Zahlen für den Viehbestand ein irreführendes Bild ergeben. Außerdem lässt die Beschaffenheit von Gelände und Boden in einigen Regionen die landwirtschaftliche Nutzung von nahezu der gesamten Oberfläche zu, während in anderen Regionen wegen des rauen Klimas, eines dichten Waldbestands oder der Höhenlage nur ein Teil der Fläche landwirtschaftlich genutzt werden kann. Aus diesen Gründen zeigen die Karten 2.1, 2.2 und 2.3 die Anzahl der Tiere in einer Region im Verhältnis zur landwirtschaftlich genutzten Fläche. In Karte 2.4 wird diese Systematik noch einen Schritt weiter geführt und als Konzept der nutzbaren Fläche das Dauergrünland herangezogen.

### Schweine

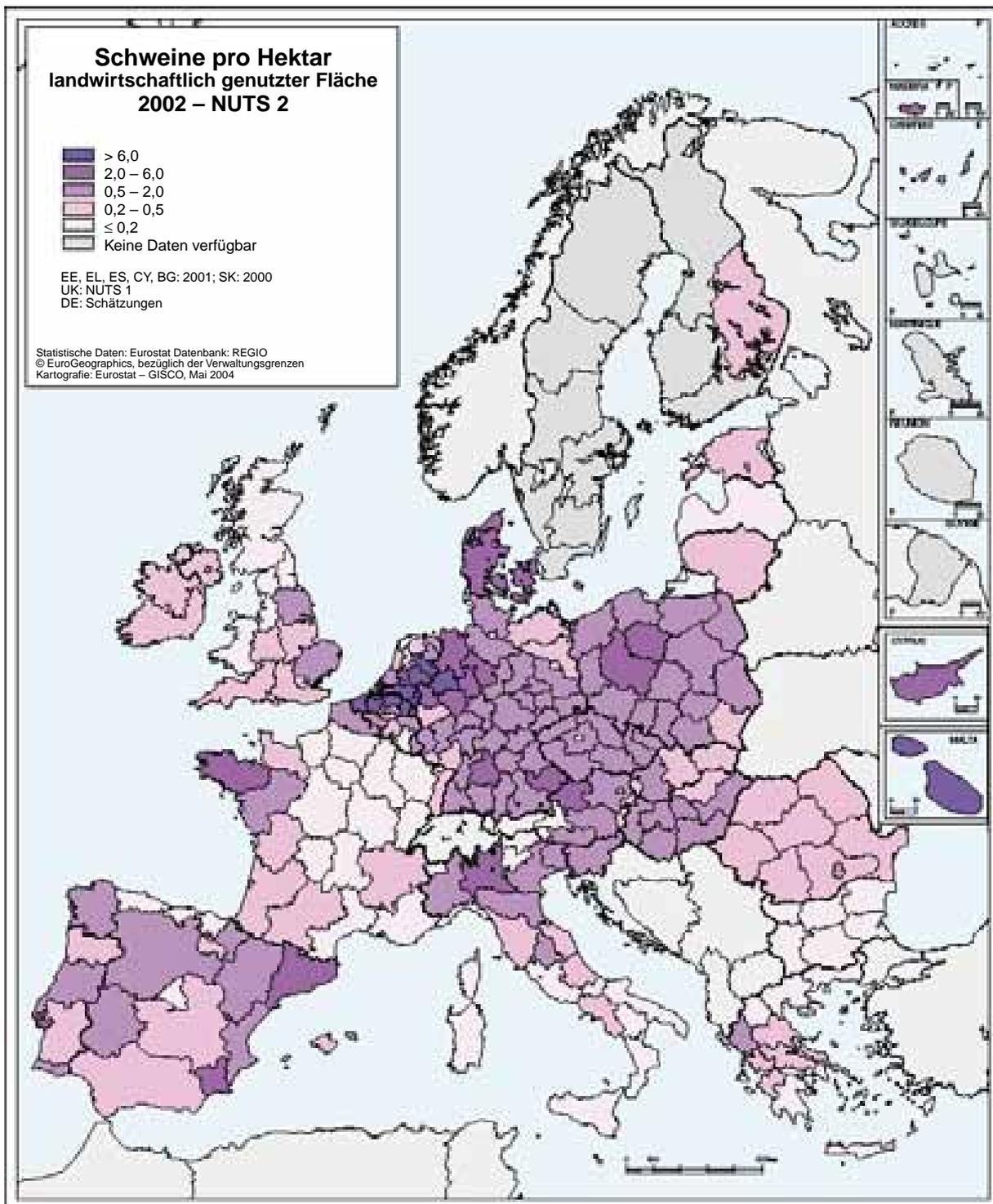
Da bei Schweinen eine wirksame ausschließliche Stallhaltung möglich ist, liegt die Vermutung nahe, dass diese Tierart am häufigsten in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte und somit knapper landwirtschaftlicher Nutzfläche gehalten wird. Aus Karte 2.1 geht hingegen hervor, dass dies nicht der Fall ist. Die höchste Schweinekonzentration findet sich

in Belgien (in Regionen wie Antwerpen, Oost-Vlaanderen und Limburg), in den Niederlanden (von Limburg aus im gesamten Süden des Landes bis nach Drenthe) sowie in der benachbarten deutschen Region von Münster, wobei diese Regionen aber nicht die am dichtesten besiedelten Gebiete in den jeweiligen Ländern sind. Eine bessere Erklärung für die intensive Schweinehaltung in diesen Gegenden dürfte die Nähe zu Ackerland sein, auf dem die Jauche ausgebracht werden kann, sowie die Möglichkeit, Getreide über die Häfen von Rotterdam und Antwerpen einzuführen. Dänemark, Bretagne in Frankreich, Cataluña in Spanien und Lombardia in Italien folgen den genannten Regionen, was die Intensität der Schweinehaltung anbelangt, in dichtem Abstand. Bei den neuen Mitgliedstaaten haben alle Regionen Ungarns und der Tschechischen Republik große Schweinebestände. Dasselbe gilt für alle polnischen Regionen, mit Ausnahme von Podkarpackie. Polen ist – hinter Deutschland und Spanien – der drittgrößte Erzeuger in EU-25. Die Schweinerzeugung dieser drei Länder macht zusammen über ein Drittel der Gesamtproduktion in EU-25 aus.

Natürlich hat sich im Laufe vieler Jahrhunderte eine enge Wechselbeziehung zwischen den landwirtschaftlichen Traditionen und der traditionellen Ernährungsweise in einer Region herausgebildet. Die Tatsache, dass Schweine alles fressen (als Futter konnten Küchenabfälle, Eicheln und Buchecker verwendet werden) und dass ihr Fleisch auf vielfältige Weise konserviert werden konnte, haben den Schweinen in weiten Teilen West- und Mitteleuropas zu einer großen Bedeutung für die Bevölkerung verholfen, die mithilfe der Tiere den Winter überleben konnte. Aus diesem Grunde sind Schweine auch bei unserer heutigen, weniger stark vom Klima abhängigen Lebensweise Bestandteil der Ernährung (und damit Bestandteil der Landwirtschaft) in einem Raum, der (wie aus der Karte 2.1 deutlich hervorgeht) über nationale Grenzen hinausgeht.

### Schafe

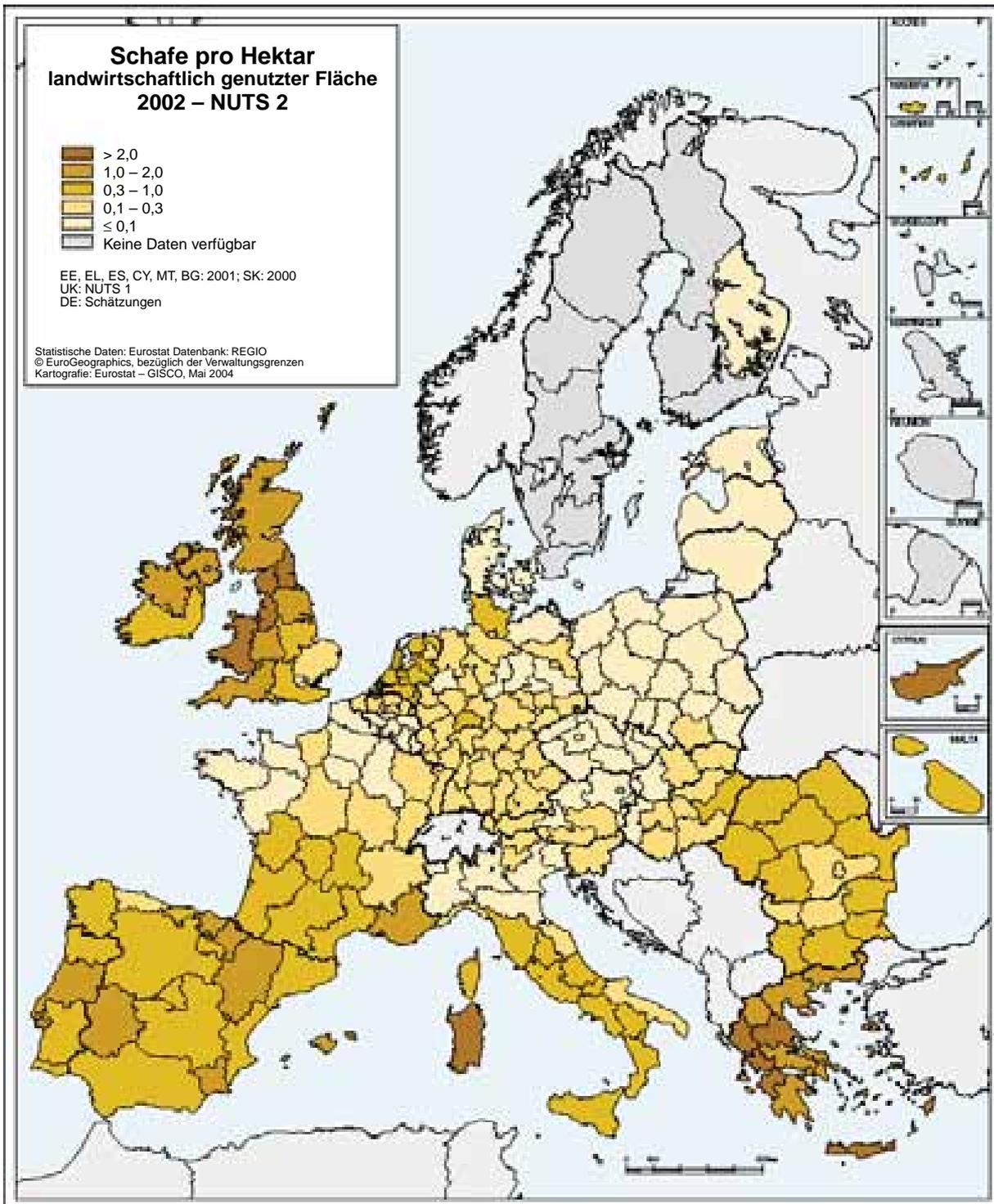
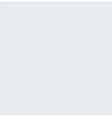
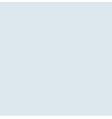
In der EU werden viele verschiedene Schafrassen gehalten, Rassen, die sich als den jeweiligen örtlichen Gegebenheiten am besten angepasst erwiesen haben oder die der örtlichen Nachfrage nach bestimmten Wollarten für die Belieferung der Industrien vor Ort, beispielsweise zur Herstellung von Bekleidung oder Teppichen, am besten entsprachen. Während einige Rassen nur in sehr eng umgrenzten Gebieten vorkommen, sind andere in Regionen mit vergleichbaren Bedingungen in anderen Ländern der EU oder sogar, wie im Falle des Merinoschafs, aus Nordspanien in so weit entfernte Länder wie Australien und Neuseeland exportiert worden. Drei spezifische Merkmale von Schafen machen sie geeignet für die



**Karte 2.1**

Haltung in Gegenden, die für andere Vieharten zu bergig, kalt oder rau sind. Es sind dies ihre Unempfindlichkeit, die sie der schützenden Wolle zu verdanken haben, ihre Fähigkeit, auf Flächen mit kurzem und qualitativ weniger gutem Gras zu weiden, und ihre Trittfestigkeit auf sehr steilen Hängen. Die Karte 2.2 zeigt dies sehr deutlich. Hier ist eine hohe Konzentration von Schafen in Thessalia, Ipeiros, Ionia Nisia und Dyтики Ellada im Norden Griechen-

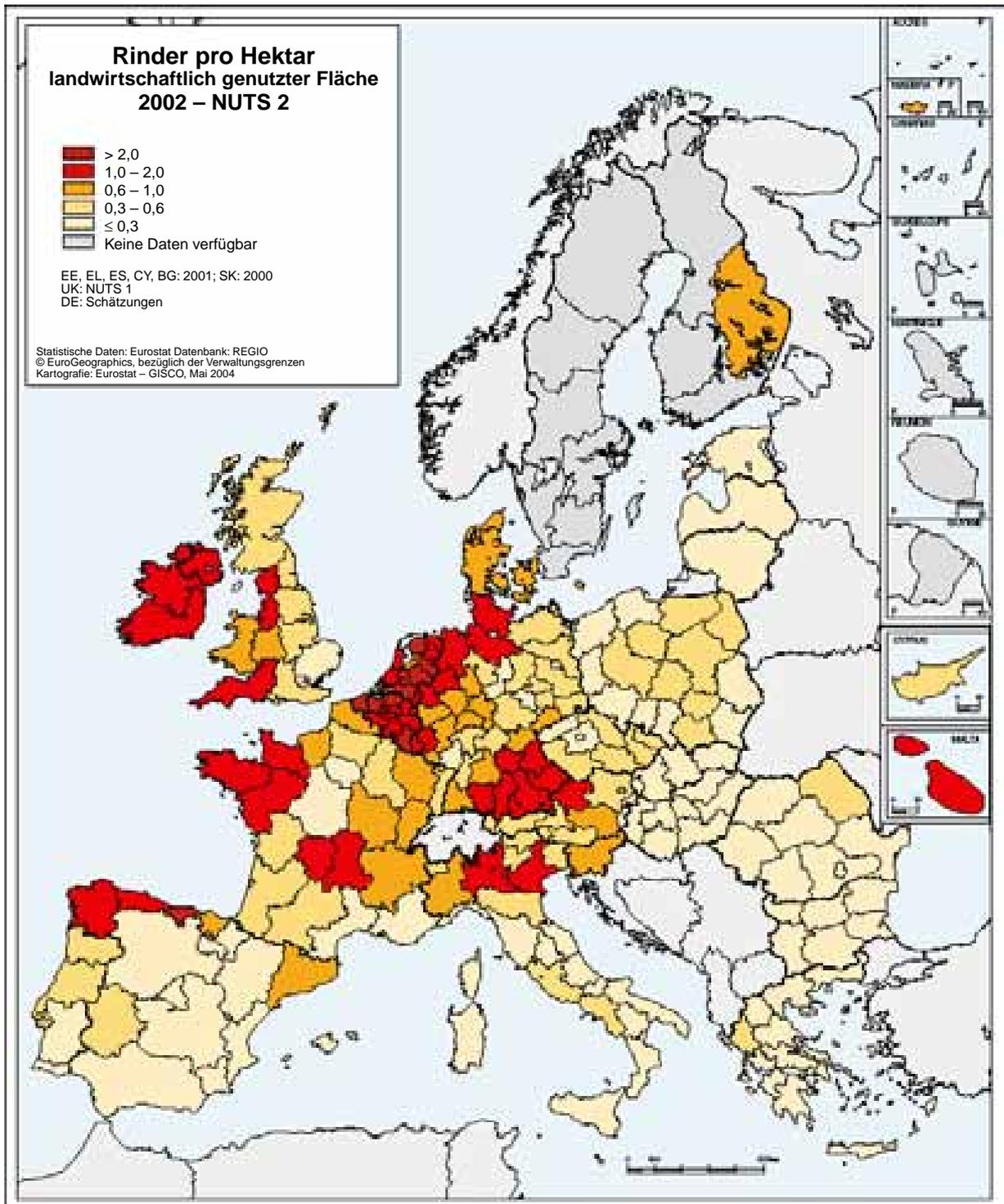
lands sowie auf Kreta und Sardinien und in den hügeligen Regionen von Nordengland und Wales zu beobachten. Über die Hälfte der gesamten Produktion in EU-25 entfällt auf Spanien und das Vereinigte Königreich (vorläufige Zahlen für 2002). Das (auf der Karte 2.1 klar erkennbare) Vorherrschen dieser Viehart in den beiden Ländern hat jedoch unterschiedliche Gründe. In dem einen Fall sind es die klimatischen Gegebenheiten und im anderen histo-



**Karte 2.2**

rische Gründe. Die Fähigkeit der Schafe, sich mit relativ trockenem Klima und entsprechendem spärlichem Graswuchs begnügen zu können, spielt in Regionen wie Extremadura in Spanien (und auch Provence-Alpes-Côte d’Azur in Frankreich) eine wichtige Rolle. Im Vereinigten Königreich veranlassten die hohen Preise, die im Mittelalter auf dem europäischen Kontinent für englische Wolle gezahlt wurden, die Großgrundbesitzer dazu, große Flä-

chen für die Schafhaltung bereitzustellen und so den Grundstein zu einer bedeutenden Schafzucht zu legen. Auf dem schottischen Hochland folgte man diesem Beispiel einige Jahrhunderte später.



Karte 2.3

## Rinder

Im Gegensatz zu Schafen, die in feuchtem Gelände zu Fußfäule und bei zu reichhaltigem Nahrungsangebot zu Blähsucht neigen, gedeihen Rinder besonders gut in Gegenden mit hohem Niederschlag und üppigem Gras. Es ist daher nicht überraschend, dass sich die Karte 2.3 deutlich von der vorangegangenen Karte unterscheidet, und diese Unterschiede vor allem auf Höhen- und Klimaunterschiede zurückzu-

führen sind. Die in Westeuropa hauptsächlich aus westlicher Richtung wehenden Winde treffen in rechtem Winkel auf den europäischen Kontinent auf. Wo diese feuchten Winde die Küste erreichen, regnet es in der Regel häufig, was Voraussetzung für gutes Weideland für Rinder ist. Die spanischen Regionen Galicia, Principado de Asturias und Cantabria sind Beispiele für solche Landschaften, wie auch das Pays de la Loire, die Bretagne und die Basse-Normandie in Frankreich. Weiter im Norden herrschen diese Bedingungen in beiden Regionen Ir-

lands, in Nordirland und an der gesamten Westküste Englands (wobei jedoch, wie bereits erwähnt, wegen der Berge in Wales und Schottland die Schafhaltung hier nach wie vor eine wichtige Rolle spielt). Ein ähnlich niederschlagsreiches Gebiet erstreckt sich entlang der Küste im Nordwesten von Kontinentaleuropa und umfasst die Regionen Antwerpen, Oost-Vlaanderen, West-Vlaanderen und Luxemburg in Belgien, den größten Teil der Niederlande, mit Ausnahme der sehr tief gelegenen Region Zeeland, und reicht bis in die Region Schleswig-Holstein in Norddeutschland. In dem sehr viel trockeneren Mittelmeerraum ist dieses Phänomen der küstennahen Niederschläge zwar weniger stark ausgeprägt, tritt jedoch noch deutlich in den bergigen Regionen nördlich der Po-Ebene in Italien auf, die den südlichen Winden aus der Adria ausgesetzt sind.

Im trockeneren, im „Regenschatten“ liegenden Hinterland, besonders hinter küstennahen Gebirgszügen und Hügelland, wird tendenziell Ackerbau und Schafzucht der Vorzug gegenüber der Rinderhaltung gegeben (wie zum Beispiel in der Region Centre in Frankreich). Treffen die Luftmassen jedoch erneut auf Anhöhen, führt der Abkühlungseffekt zu weiteren Niederschlägen und begünstigt wiederum die Rinderzucht, was insbesondere für Gebiete gilt, in denen steile Hänge Ackerbau unmöglich machen. Dieses Muster ist deutlich erkennbar im Limousin und in der Auvergne in Frankreich (beides bekannte Käseregionen) sowie entlang des bogenförmigen Landstrichs westlich und nördlich der Alpen (mit Ausnahme des Elsass, das im Rheingraben liegt). Vor allem die südlichen Regionen Deutschlands (Tübingen, Schwaben, Oberbayern, Niederbayern, die Oberpfalz und Mittelfranken) sind bedeutende Milch erzeugende Gebiete. Weniger häufig ist die Rinderhaltung in Skandinavien und in den Mittelmeerländern, was auf die kurze Periode des Graswachstums beziehungsweise die Trockenheit zurückzuführen ist. Erwartungsgemäß sind deshalb Frankreich, Deutschland und das Vereinigte Königreich die größten Rindererzeuger Europas. Sie produzieren zusammen etwa die Hälfte aller Rinder in EU-25 (vorläufige Zahlen für 2002).

## Standorte der Milchproduktion

Für die Milchproduktion bestehen zwei Haltungsvorfahren: die Weidehaltung, die ausreichende Grünlandflächen voraussetzt, und die Stallhaltung. Letztere erfordert entweder das Vorhandensein von Ackerflächen für die Erzeugung von Grün-, Rau-

und Kraftfutter (z. B. Getreide) oder aber die Einfuhr von Futter aus anderen Regionen bzw. Ländern. Diese Flexibilität erklärt, warum auf Karte 2.4 die Anzahl der Milchkühe nicht unbedingt dem Anteil der Grünlandflächen entspricht. Betrachtet man die irische Region Southern and Eastern, ist zu erkennen, dass der hohe prozentuale Anteil von Grünland (dunkelgrün) mit einer hohen Anzahl von Milchkühen (roter Kreis) einhergeht. Das gleiche trifft auf die Basse-Normandie zu. In der Bretagne hingegen ist der Milchkuhbestand trotz eines geringeren Anteils an Grünland ebenso hoch. Andererseits sind auch dunkelgrün gekennzeichnete Regionen mit einem geringeren bzw. sehr geringem Bestand an Milchkühen festzustellen. Für die trockeneren Regionen (wie Alentejo in Portugal, Sardinien oder Yugoapaden in Bulgarien) erklärt sich dies daraus, dass das Weideland weniger ertragreich ist und daher vorrangig Schafe und Ziegen gehalten werden. In anderen Regionen werden Fleischrinder auf den Grünlandflächen gehalten, wie aus Karte 2.5 beispielsweise für Regionen wie Bourgogne in Frankreich, Schottland oder Andalucía in Spanien hervorgeht.

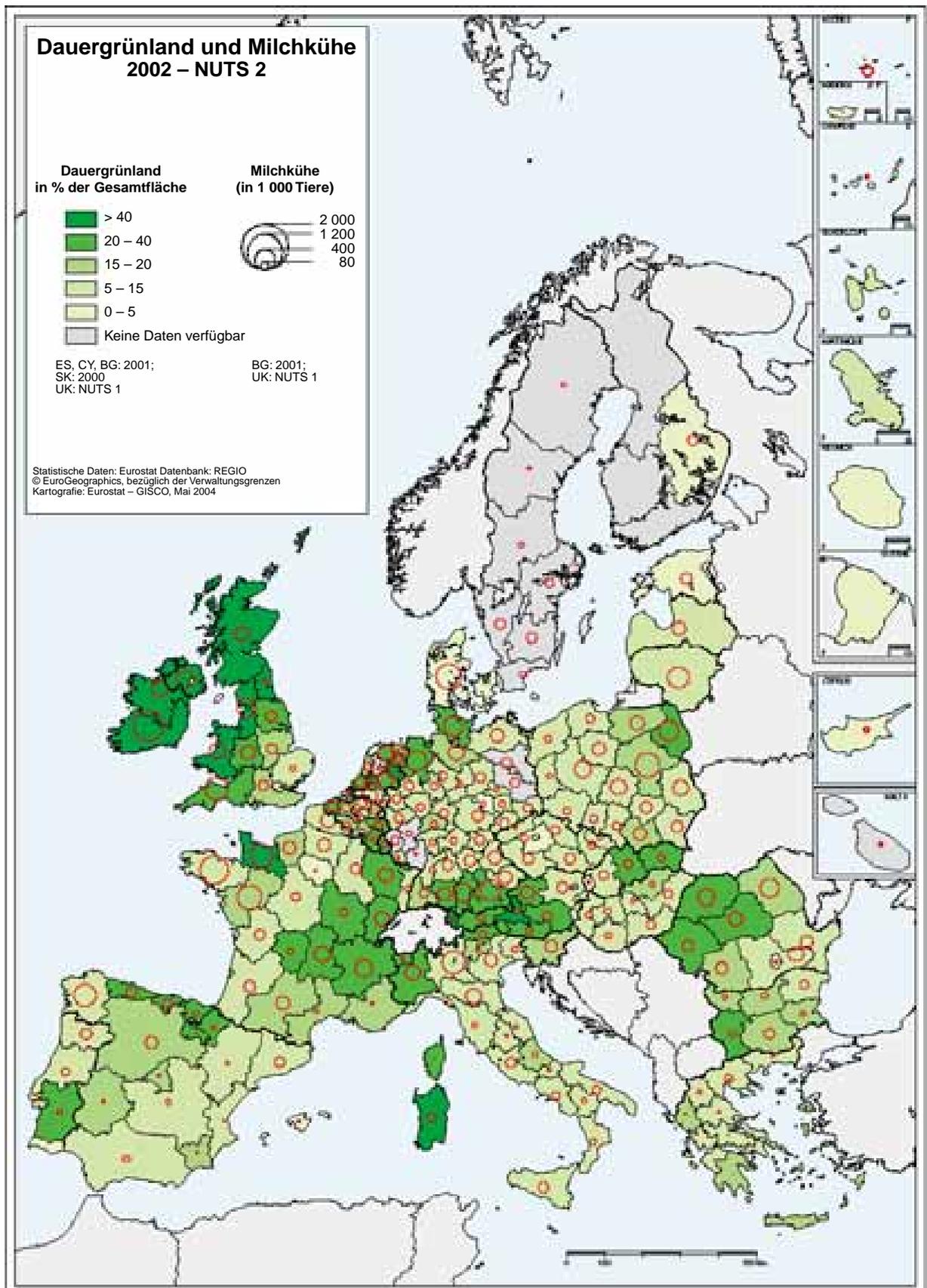
Karte 2.5 zeigt, dass der Rinderbestand in den neuen Mitgliedsländern wie auch in Rumänien und Bulgarien vorwiegend aus Milchkühen besteht. In den Mitgliedsländern der alten EU-15 ist die Situation viel heterogener. In Frankreich, Spanien, Portugal und Griechenland (mit Ausnahme der verstärkten Region um die Hauptstadt) weisen die südlichsten Regionen einen hohen Anteil an Fleischrindern auf. In Italien ist die Situation differenzierter.

## Die Milchproduktion

Früher basierten die regionalen Milchstatistiken auf der Milcherfassung, wodurch Unstimmigkeiten entstanden, wenn die in einer Region erzeugte Milch an eine nahe, aber in einer anderen Region gelegene Sammelstelle geliefert wurde. Jetzt beruhen diese Statistiken auf dem Erzeugungsort der Milch (Betrieb). Bei der Interpretation der kartografisch dargestellten Daten (Karte 2.5) ist zu beachten, dass es sich hier um Gesamtwerte handelt, bei denen die oft beträchtlichen Unterschiede in der Größe der Regionen unberücksichtigt bleiben. Auch unter Berücksichtigung dieses Vorbehalts zeichnen sich Gebiete mit hoher Produktion beiderseits der Alpen sowie in den Beneluxländern, in Dänemark, in den französischen Regionen Bretagne, Pays de la Loire und Normandie, im Südwesten Englands und in der Region Southern and Eastern in Irland ab. Nach ihrer Verarbeitung zu Käse, Butter und anderen Erzeugnissen

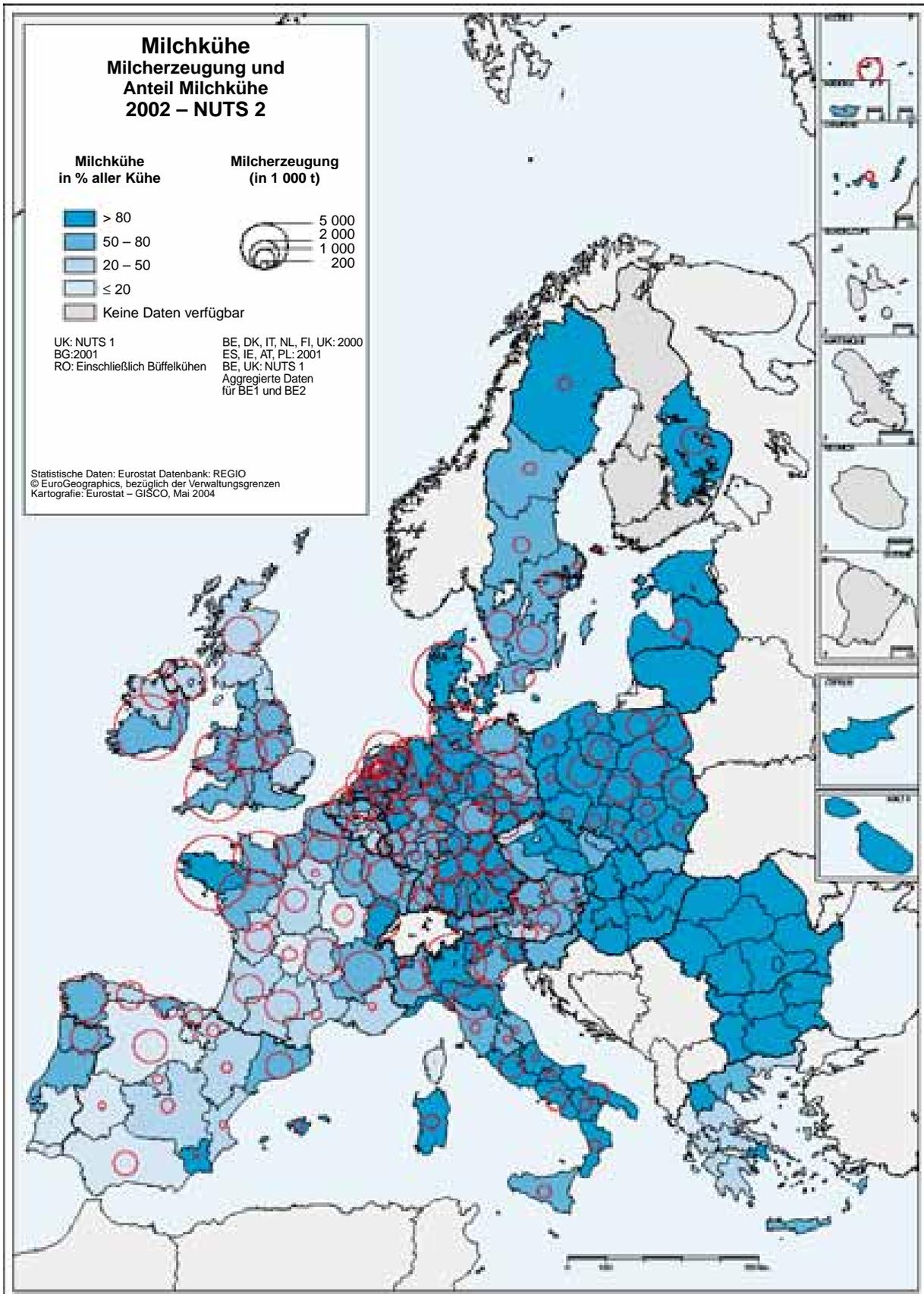
oder abgepackt als Trinkmilch lässt sich Milch leicht transportieren. Dies erklärt, dass selbst Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte wie die Comuni-

dad de Madrid, die Île-de-France oder Wien in Österreich nur eine sehr geringe Produktion aufweisen.



Karte 2.4

L  
A  
N  
D  
W  
I  
R  
T  
S  
C  
H  
A  
F  
T



Karte 2.5



# Was ist das regionale Bruttoinlandsprodukt?

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region wird in der Regel mittels des Bruttoinlandsprodukts (BIP) dargestellt. Auch Vergleiche zwischen Regionen werden an dieser Kennzahl festgemacht. Was bedeutet das aber genau? Und wie lässt sich Vergleichbarkeit zwischen Regionen herstellen, die unterschiedlich groß sind und verschiedene Währungen haben?

Unterschiedlich große Regionen produzieren ein unterschiedlich großes regionales BIP. Ein wirklicher Vergleich wird jedoch erst möglich, wenn man das regionale BIP der Bevölkerung der jeweiligen Region gegenüber stellt. An dieser Stelle wird der Unterschied zwischen Wohn- und Arbeitsort bedeutsam: Das BIP misst nämlich die in den Grenzen einer Region bzw. eines Landes erbrachte wirtschaftliche Leistung unabhängig davon, ob diese Leistung von in dieser Region bzw. in diesem Land wohnenden oder nicht dort wohnenden Beschäftigten erbracht wurde. Die Verwendung des Indikators „BIP je Einwohner“ ist deshalb nur dann völlig unproblematisch, wenn alle Beschäftigten, die an der Erstellung dieses BIPs beteiligt sind, auch gleichzeitig in dieser Region ihren Wohnsitz haben.

Insbesondere in wirtschaftlichen Zentren wie London oder Wien, aber auch Hamburg, Prag oder Luxemburg, kann es bei einem hohen Anteil von Pendlern zu Ergebnissen kommen, die ein sehr hohes regionales BIP je Einwohner zeigen, während die umliegenden Regionen ein relativ niedriges regionales BIP je Einwohner aufweisen, obwohl die Kaufkraft bzw. das verfügbare Einkommen der Haushalte in diesen Regionen recht hoch ist. Man darf also das regionale BIP je Einwohner nicht mit dem regionalen verfügbaren Einkommen gleichsetzen (siehe auch Kapitel 4 dieses Jahrbuchs).

Das regionale BIP wird in der Währung des jeweiligen Landes berechnet. Um das BIP zwischen Ländern vergleichbar zu machen, wird es zum offiziellen durchschnittlichen Kurs des jeweiligen Kalenderjahres in Euro umgerechnet. In den Wechselkursen werden jedoch nicht alle Preisniveauunterschiede zwischen Ländern reflektiert. Um dafür einen Ausgleich zu schaffen, konvertiert man das BIP mit Hilfe von Umrechnungsfaktoren, so genannter Kaufkraftparitäten (KKP), in eine künstliche, Kaufkraftstandard (KKS) genannte gemeinsame Währung, die die Kaufkraft der verschiedenen Landeswährungen vergleichbar macht (siehe Kas-

## Exkurs: Kaufkraftparitäten und internationale Volumenvergleiche

Die Unterschiede zwischen den BIP-Werten verschiedener Länder sind selbst nach Umrechnung in eine gemeinsame Währung nicht allein auf unterschiedliche Waren- und Dienstleistungsvolumina zurück zu führen; auch die Preisniveau Komponente trägt dazu bei. Da Wechselkurse von zahlreichen Faktoren bestimmt werden, die Angebot und Nachfrage auf den Devisenmärkten beeinflussen, ist die Konvertierung mit Wechselkursen bei länderübergreifenden Vergleichen nur eingeschränkt sinnvoll. Für einen genaueren Vergleich ist es erforderlich, spezielle Umrechnungsfaktoren (räumliche Deflatoren) zu verwenden, um die Preisniveauunterschiede zwischen den Ländern auszuschalten. Kaufkraftparitäten (KKP) sind solche Umrechnungsfaktoren, die Wirtschaftsdaten von nationalen Währungen in eine künstliche gemeinsame Währung konvertieren, Kaufkraftstandard (KKS) genannt. KKP lassen sich somit dazu verwenden, das BIP verschiedener Länder in vergleichbare Ausgabenvolumina umzurechnen, die dann in KKS-Einheiten ausgedrückt werden.

Durch die Einführung des Euro sind zum ersten Mal direkte Preisvergleiche zwischen den Ländern der Eurozone möglich geworden. Der Euro hat jedoch in den einzelnen Ländern der Eurozone abhängig vom nationalen Preisniveau unterschiedliche Kaufkraft. Zur Berechnung von reinen Volumenaggregaten in KKS müssen daher weiterhin KKP auch für die Mitgliedstaaten berechnet werden, die der Eurozone angehören.

In ihrer einfachsten Form sind KKP Preisverhältnisse zwischen Preisen für ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung in verschiedenen Ländern in deren jeweiliger Landeswährung (z.B. kostet ein Brot in Frankreich 1,87 EUR, in Deutschland 1,68 EUR und 95 Pence im Vereinigten Königreich usw.). Für die Preiserhebungen wird ein Korb vergleichbarer Waren und Dienstleistungen verwendet. Diese sind so ausgewählt, dass sie die gesamte Breite der Waren und Dienstleistungen repräsentieren und die Verbrauchsstrukturen der verschiedenen Länder berücksichtigen. Die einfachen Preisverhältnisse auf Produktebene werden anschließend aggregiert zu KKP für Produktgruppen, dann für den gesamten Verbrauch und schließlich für das BIP. Um einen Bezugswert für das Berechnungsverfahren der KKP festzulegen, wird gewöhnlich ein Land als Basisland benutzt und auf 1 gesetzt. Für die Europäische Union wird der KKS der EU als künstliche gemeinsame Referenzeinheit verwendet.

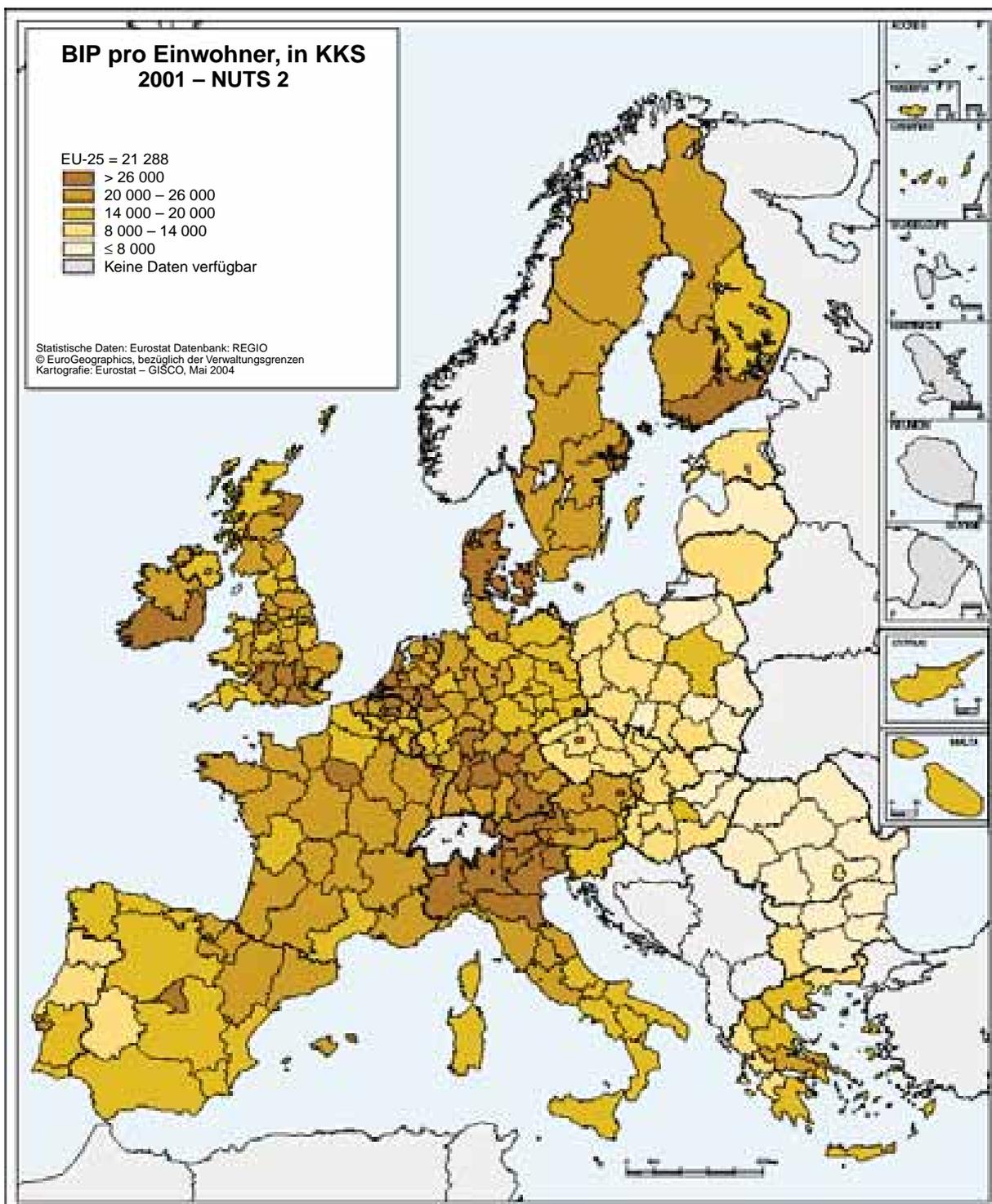
Leider ist die Berechnung von regionalen Umrechnungsfaktoren auf absehbare Zeit aus Kostengründen nicht möglich. Stünden solche regionalen KKP zur Verfügung, würde das BIP in KKS für zahlreiche periphere oder ländliche Regionen der EU wahrscheinlich höher ausfallen als bei Verwendung von nationalen KKP.

Ein Ranking der Regionen kann anders ausfallen, wenn man in KKS statt in Euro rechnet. So liegt z.B. im Jahr 2001 die polnische Region Śląskie mit einem BIP je Einwohner von 5 834 EUR vor der ungarischen Region Közép-Dunantul, die 5 298 EUR verzeichnet. In KKS jedoch liegt Közép-Dunantul mit 11 208 KKS je Einwohner vor Śląskie, welches 10 526 KKS je Einwohner aufweist.

Von der Verteilung her gesehen führt die Verwendung von KKS statt Euro zu einer Glättung, da Regionen

mit einem sehr hohen BIP je Einwohner in der Regel auch ein relativ hohes Preisniveau aufweisen. Die Spannweite des BIP je Einwohner der NUTS-Ebene-2-Regionen in der EU-25 sowie Bulgariens und Rumäniens sinkt dadurch von etwa 66 000 in EUR auf etwa 57 000 in KKS.

Das BIP je Einwohner in KKS ist die zentrale Variable zur Festlegung der Förderfähigkeit der NUTS-Ebene-2-Regionen im Rahmen der Strukturpolitik der Europäischen Union.



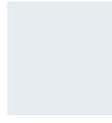
Karte 3.1

# Das regionale BIP im Jahr 2001

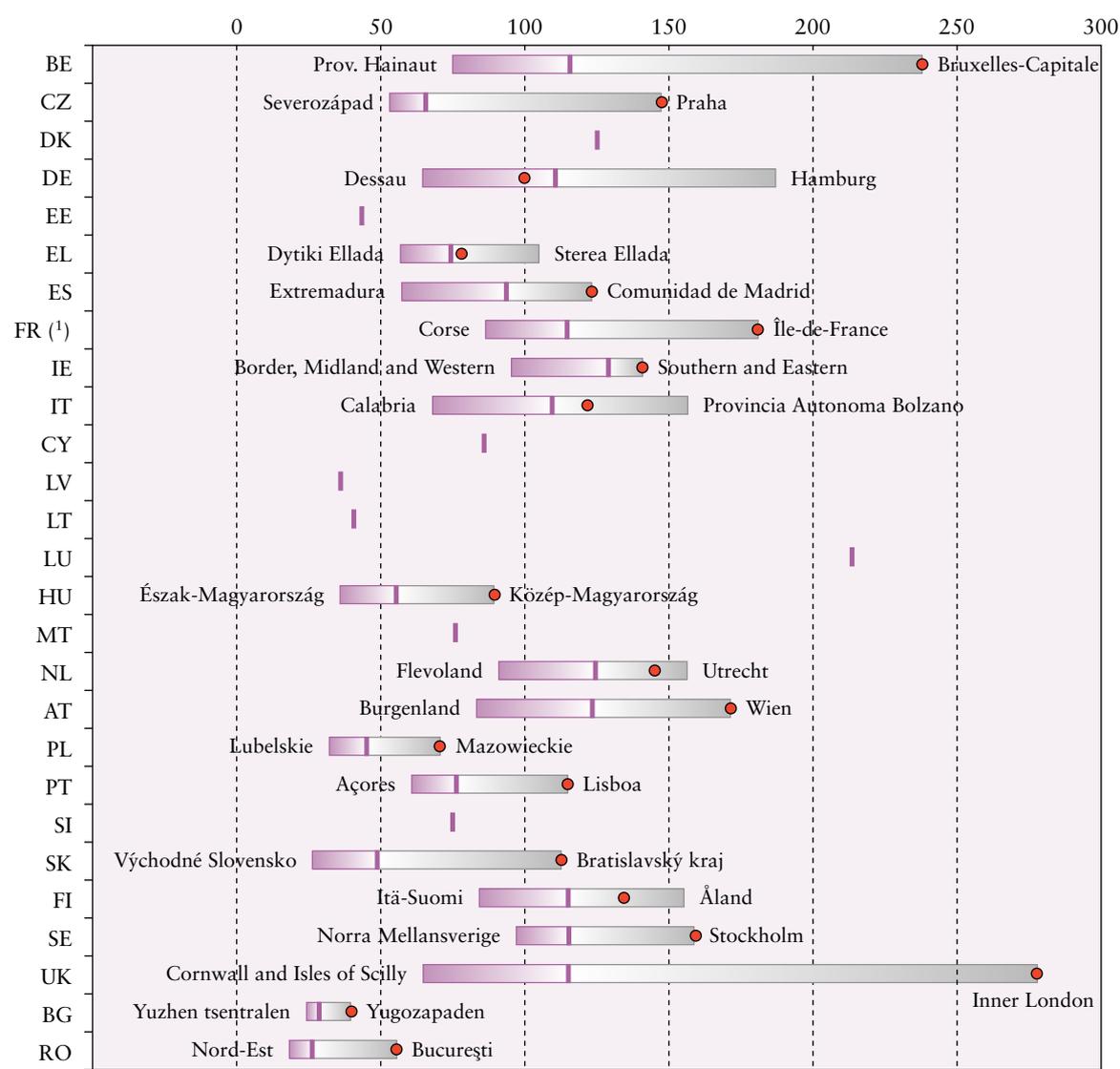
Karte 3.1 vermittelt einen Überblick über die regionale Verteilung des BIP je Einwohner (in KKS) für die Europäische Union sowie Bulgarien und Rumänien. Die Spannweite reicht von 4 088 KKS je Einwohner im Nordosten Rumäniens bis zu 61 316 KKS je Einwohner in der britischen Hauptstadtregion Inner-London. Brüssel (50 749 KKS) und Luxemburg (45 310 KKS) folgen auf Platz 2 und 3, Hamburg (39 862 KKS) und die französische

Hauptstadtregion Île-de-France (38 452 KKS) auf Rang 4 und 5.

Prag (Tschechische Republik), die Region mit dem höchsten BIP je Einwohner in den neuen Mitgliedstaaten, erreicht mit 31 639 KKS (149 % des EU-25 Durchschnitts) bereits Platz 16 unter den 268 Ebene-2-Regionen der hier betrachteten Länder (EU-25 sowie Bulgarien und Rumänien). Allerdings muss Prag als Ausnahmeerscheinung unter den Regionen der neuen Mitgliedstaaten gelten. Die nächsten im Mai 2004 der EU beigetretenen Regionen folgen erst mit sehr deutlichem Abstand: Bratislavský (Slowakische Republik) liegt mit 23 782 KKS (112 %) bereits auf Rang 65, Közép-Magyarország (Ungarn) mit 18 993 KKS (89 %) auf Rang 147, Zypern mit



**Schaubild 3.1 — BIP je Einwohner (in KKS) 2001, NUTS-Ebene-2, in Prozent des EU-25 Durchschnitts (EU-25 = 100)**



(<sup>1</sup>) Ohne Überseedepartements.  
 | Durchschnitt aller Regionen des Landes.  
 • Hauptstadtregion des Landes.

18 281 KKS (86 %) auf Rang 157, Malta mit 16 221 KKS (76 %) auf Rang 179 sowie Mazowieckie (Polen) mit 15 033 KKS (71 %) auf Rang 196. Alle anderen Regionen der neuen Mitgliedstaaten liegen unter 70 % des EU-25 Durchschnitts.

## Große regionale Unterschiede auch innerhalb der Länder

Auch innerhalb der Länder gibt es beträchtliche Unterschiede, wie Schaubild 3.1 zeigt. In 12 der 19 hier betrachteten Länder mit NUTS-Ebene-2-Regionen war der höchste Wert des BIP je Einwohner im Jahr 2001 mehr als doppelt so hoch wie der niedrigste Wert. Die größten regionalen Differenzen zeigen sich im Vereinigten Königreich, das einen Faktor von 4,4 zwischen den beiden Extremwerten aufweist (Inner-London: 288 % des EU-25 Durchschnitts; Cornwall and Isles of Scilly: 65 %), und in Belgien mit einem Faktor von 3,1 (Region Brüssel: 238 %; Hainaut: 76 %). In 10 Ländern liegt der höchste regionale Wert des BIP je Einwohner zwischen dem Doppelten und dem Dreifachen des niedrigsten. Diese Ländergruppe besteht genau zur Hälfte aus alten Mitgliedstaaten einerseits sowie aus vier neuen Mitgliedstaaten und Rumänien andererseits. Vergleichsweise starke regionale Divergenzen des BIP je Einwohner treten demnach also sowohl in alten als auch in neuen Mitgliedstaaten auf.

Maßvolle regionale Divergenzen im BIP je Einwohner (d. h. Faktoren zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert von weniger als 2) sind allerdings fast ausschließlich in den alten Mitgliedstaaten zu beobachten. Dies trifft insbesondere zu auf Schweden (Stockholm: 159 %; Norra Mellansverige: 98 %) und Irland (Southern and Eastern: 141 %; Border, Midland and Western: 97 %). Bulgarien (Yugozapaden: 40 %; Yuzhen Tsentralen: 24 %) gehört als einziges Land in dieser Gruppe nicht den alten Mitgliedstaaten an.

Sowohl in den alten als auch in den neuen Mitgliedstaaten konzentrieren sich erhebliche Teile der wirtschaftlichen Tätigkeit auf die Hauptstadtregionen. Dies lässt sich daran erkennen, dass die Hauptstadtregion in 14 der 19 betrachteten Länder mit NUTS-Ebene-2-Regionen gleichzeitig die Region mit dem höchsten BIP je Einwohner des jeweiligen Landes ist. Die Karte 3.1 zeigt z. B. deutlich die herausgehobene Stellung der Regionen um Brüssel, Prag, Madrid, Paris, Lissabon sowie Budapest, Bratislava, London, Sofia und Bukarest.

## Periphere Regionen und neue Mitgliedstaaten holen auf

Karte 3.2 zeigt, wie stark sich das BIP je Einwohner zwischen 1999 und 2001 im Vergleich zum EU-25 Durchschnitt verändert hat (ausgedrückt in Prozentpunkten des EU-25 Durchschnitts). Wirtschaftlich dynamische Regionen, deren BIP je Einwohner im Vergleich zum Durchschnitt um mehr als einen Prozentpunkt zugenommen hat, erscheinen in orange und rot. Auf der anderen Seite erscheinen die Regionen mit schwacher Dynamik (Rückgang des BIP je Einwohner gegenüber dem EU-25 Durchschnitt um mehr als einen Prozentpunkt) in Gelb. Die Spannweite reicht von +21,2 Prozentpunkten für Inner-London im Vereinigten Königreich bis zu -7,1 Prozentpunkten für Schwaben in Deutschland.

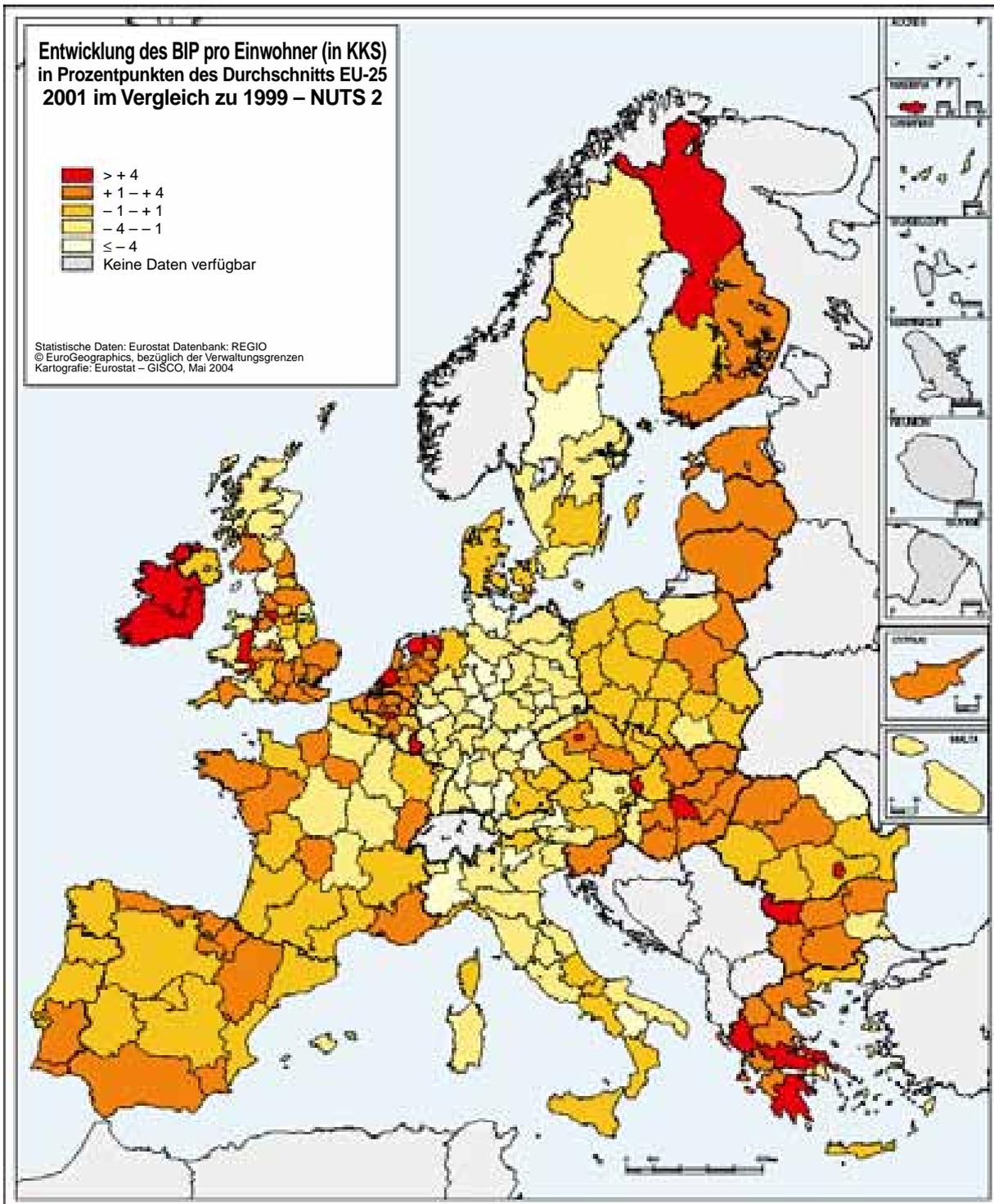
Unter den zehn dynamischsten NUTS-Ebene-2-Regionen finden sich drei in Griechenland sowie jeweils eine in der Tschechischen Republik, Irland, den Niederlanden, Ungarn, der Slowakei, dem Vereinigten Königreich sowie Rumänien. Die am stärksten wachsenden Regionen sind damit relativ weit über die 27 hier betrachteten Länder verstreut.

Auf der anderen Seite befinden sich sechs der zehn Regionen mit der schwächsten Dynamik in Deutschland, zwei im Vereinigten Königreich sowie jeweils eine in Österreich und Rumänien.

Eine genauere Betrachtung zeigt, dass zahlreiche eher periphere Regionen der erweiterten Europäischen Union zwischen 1999 und 2001 im Vergleich zu zentral gelegenen Regionen mit höherem BIP je Einwohner aufgeholt haben. Dies gilt besonders für Ipeiros (+9,6 Prozentpunkte) und Peloponnisos (+9,3) in Griechenland, Madeira (+6,7) in Portugal und Pohjois-Suomi in Finland (+5,1 Prozentpunkte), aber auch noch für Alentejo (+1,4) in Portugal, Andalucia (+1,4) in Spanien sowie South-West Scotland im Vereinigten Königreich (+1,3 Prozentpunkte).

Es kann als erfreulich gelten, dass in den meisten neuen Mitgliedstaaten sowie in Bulgarien und Rumänien ein messbarer Aufholprozess in Gang gekommen ist: Unter den 97 deutlich überdurchschnittlich wachsenden Regionen (> +1 Prozentpunkt) befinden sich 27 in diesen Ländern. Auf der anderen Seite gehörten von den 93 klar unterdurchschnittlich wachsenden Regionen (< -1 Prozentpunkt) nur 6 zu diesen Ländern.

Unter den zehn im Vergleich 2001 zu 1999 dynamischsten Regionen finden sich vier aus den Bei-



**Karte 3.2**

trittsländern: Bucuresti (+14,2 Prozentpunkte) in Rumänien, Praha (+12,1) in der Tschechischen Republik, Közép-Magyarország (+9,7) in Ungarn sowie Bratislavsky (+8,8) in der Slowakei. Zwar sind dies alles Hauptstadtregionen, aber auch anderswo in den neuen Mitgliedstaaten sowie in Bulgarien und Rumänien ist überdurchschnittliches Wachstum zu verzeichnen, so z. B. in Közép-Dunántul (+3,3) und Eszág-Magyarország (+2,1) in Ungarn,

Jihovýchod (+2,3) in der Tschechischen Republik sowie in Severozapaden (+4,2 Prozentpunkte) in Bulgarien. Die neuen Mitgliedstaaten, in denen nationale und NUTS-2-Ebene zusammen fallen, weisen mit Ausnahme von Malta (-2,4) überdurchschnittliches Wachstum auf: Die Spannweite reicht von +3,9 Prozentpunkten (Zypern) über +3,6 (Estland), +3,4 (Lettland) sowie +3,1 (Litauen) bis zu +1,1 Prozentpunkten in Slowenien.

Eine Analyse nach einzelnen Ländern zeigt, dass die Dynamik der wirtschaftlichen Entwicklung zwischen den Regionen eines Landes keineswegs gleichmäßiger ist als zwischen Ländern: So hat das BIP je Einwohner (in KKS) zwischen 1999 und 2001 in der dynamischsten Region des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum EU-25 Durchschnitt um 27 Prozentpunkte stärker zugenommen als in der schwächsten. Am unteren Ende der Skala befinden sich Irland mit einer regionalen Spannweite von 1,0 sowie Bulgarien mit einem Unterschied von 1,6 Prozentpunkten.

In 11 der 19 hier betrachteten Länder mit NUTS-Ebene-2-Regionen betragen die Differenzen zwi-

schen der am dynamischsten und der am schwächsten wachsenden Region zwischen 5 und 10 Prozentpunkten, in 6 Ländern liegen die Werte über 10 und lediglich in zwei Ländern unter 5 Prozentpunkten. Das wirtschaftliche Wachstum ist demnach in den meisten Ländern nach wie vor in deutlich sichtbarer Weise regional konzentriert. Dies gilt insbesondere für die neuen Mitgliedstaaten sowie für Rumänien. Die Größe des Landes scheint hingegen keinen sichtbaren Einfluss auf die regionale Konzentration der wirtschaftlichen Dynamik zu haben.



HAUSHALTSKONTEN



# Einführung: Wohlstandsmessung

Ein wesentliches Ziel der Regionalstatistik ist sicherlich die Messung des Wohlstands der Regionen. Dies interessiert nicht nur aus intellektuellem Wissensdurst, sondern auch als Ausgangspunkt für Politikmaßnahmen, um weniger wohlhabende Regionen zu fördern. Allerdings ist die statistische Erfassung regionalen Wohlstandes nicht so einfach und problemlos, wie es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Der am häufigsten verwendete Indikator zur Messung des Wohlstands von Regionen ist das regionale Bruttoinlandsprodukt (BIP). In der Regel wird das BIP in Kaufkraftstandards (KKS) und pro Kopf ausgedrückt, um die Daten zwischen den Regionen vergleichbar zu machen. Das regionale BIP wird unter diesem Gesichtspunkt auch ausführlich im vorliegenden Jahrbuch behandelt.

Das BIP wird von der Produktionsseite her berechnet; es ist der Wert der in der Region erwirtschafteten Leistung aus der Produktion von Gütern und Dienstleistungen. Das BIP trägt durch die Schaffung von Einkommen zum Wohlstand der Regionen bei. Allerdings ist durch vielfältige interregionale Verflechtungen und staatliche Interventionen keinesfalls garantiert, dass dieses Einkommen auch bei den Bewohnern der Region ankommt, in der es erwirtschaftet wurde.

Regionales BIP pro Kopf als Wohlstandsindikator hat einige unerwünschte Eigenschaften. Eine davon ist, dass man eine arbeitsplatzbezogene Zahl durch eine wohnortbezogene Zahl dividiert. Sobald es einen Pendlersaldo gibt, also mehr/weniger Menschen in einer Region arbeiten und in einer anderen wohnen, wird diese Inkonsistenz relevant. Das prominenteste Beispiel ist die britische Region „Inner London“, die mit Abstand das höchste regionale BIP pro Kopf hat. Nun wird jedoch dieses BIP nicht unmittelbar in Einkommen für die Region „Inner London“ transformiert, da jeden Tag Tausende nach London pendeln, um dort zu arbeiten, jedoch in den angrenzenden Regionen wohnen. Andere Beispiele sind Hamburg, Wien oder Prag.

Darüber hinaus weist das BIP weitere konzeptionelle Schwächen auf; es scheint daher lohnend, sich direkt das Einkommen der privaten Haushalte einmal näher anzusehen.

## Exkurs: Die Mess-Einheit

Bei einer Analyse der Haushaltseinkommen müssen zunächst Überlegungen angestellt werden, in welcher Einheit die Daten ausgedrückt werden sollten, um einen Vergleich sinnvoll zu machen.

Für die Zwecke des interregionalen Vergleichs wird das regionale BIP im Allgemeinen in Kaufkraftstandards (KKS) ausgedrückt. Das Ziel ist, einen Volumenvergleich zu ermöglichen. Entsprechend sollte mit den Einkommensgrößen der privaten Haushalte verfahren werden, damit diese dann mit dem regionalen BIP und untereinander verglichen werden können.

Allerdings taucht hier ein Problem auf. Die KKS sind so konzipiert, dass sie für das BIP als Ganzes gelten. Die Berechnung erfolgt mit dem Ausgabenansatz, eine Unterteilung der KKS existiert nur auf der Ausgabenseite.

In der regionalen VGR kann jedoch der Ausgabenansatz nicht verwendet werden, da er Angaben über regionale Im- und Exportflüsse voraussetzen würde. Diese Daten sind nicht vorhanden, so dass die regionale VGR nur von der Produktionsseite her berechnet wird. Dies impliziert allerdings, dass keine exakte Korrespondenz zwischen den Einkommensgrößen und den KKS vorliegt. KKS existieren nur für den privaten Verbrauch.

Unter der Annahme, dass diese konzeptionellen Unterschiede wenig ins Gewicht fallen, werden bei Eurostat die Einkommensgrößen der privaten Haushalte mit der Konsumkomponente der KKS umgerechnet. Sie werden als KKKS (Kaufkraftkonsumstandards) bezeichnet.

## Einkommen der privaten Haushalte

In marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaften mit staatlichem Umverteilungsmechanismus unterscheidet man zwei Arten der Einkommensverteilung privater Haushalte.

Die **primäre** Einkommensverteilung gibt das Einkommen der privaten Haushalte an, welches sich unmittelbar aus dem Marktgeschehen, also dem Kauf und Verkauf von Produktionsfaktoren und Gütern ergibt. Hier wären vor allem die Arbeitnehmerentgelte, d. h. Einkommen aus dem Verkauf des Produktionsfaktors Arbeit, zu nennen. Zudem können private Haushalte Vermögenseinkommen beziehen. Schließlich entsteht auch Einkommen als Betriebsüberschuss bzw. Selbstständigeneinkommen. Negativ schlagen für die Haushalte etwa zu zahlende Zinsen zu Buche. Den Saldo all dieser Transak-

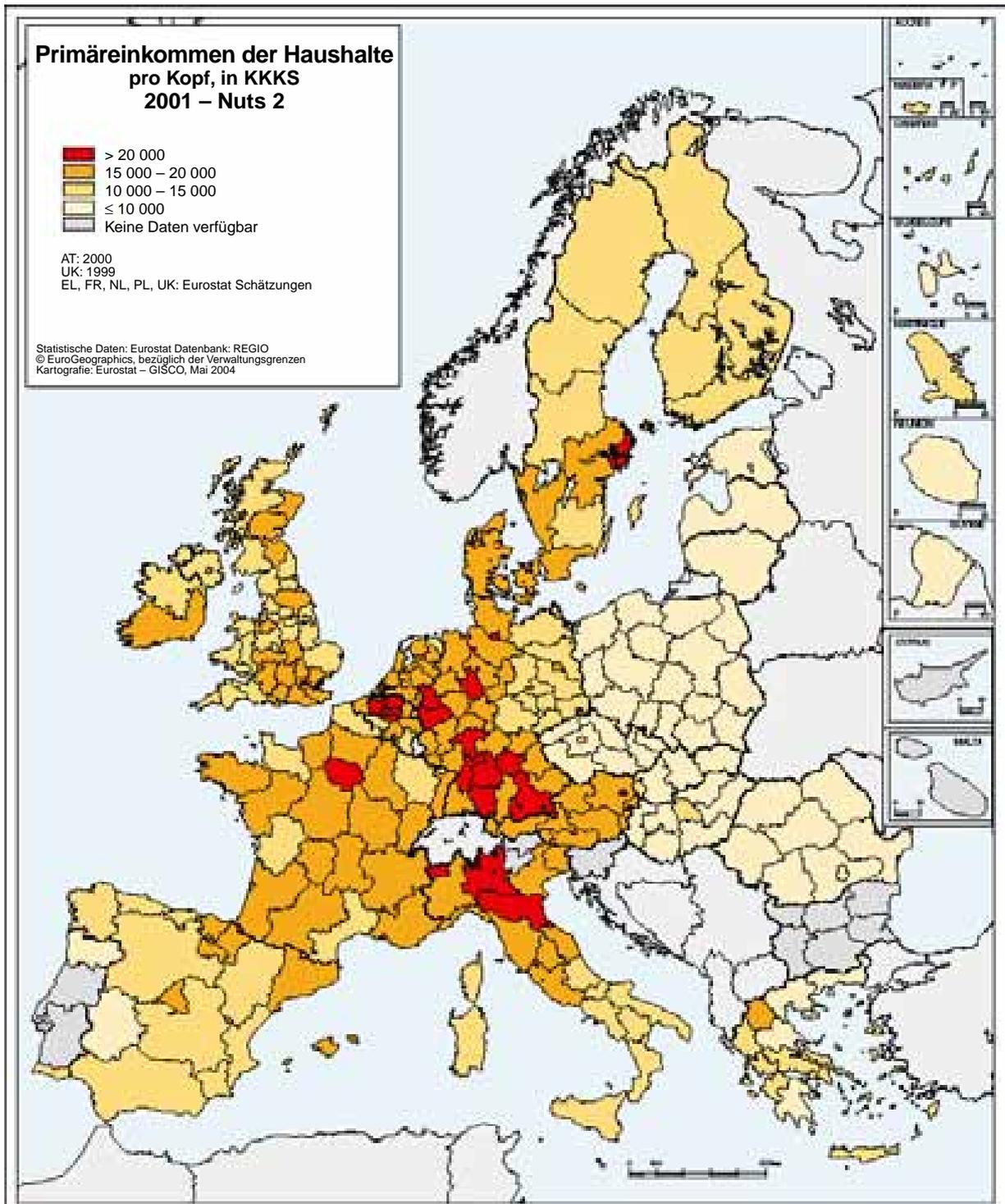


tionen bezeichnet man als **Primäreinkommen** der privaten Haushalte.

Das Primäreinkommen ist Ausgangspunkt der **sekundären** Einkommensverteilung, welche den staatlichen Umverteilungsmechanismus beschreibt. Zum Primäreinkommen kommen nun alle monetären Sozialleistungen und Transfers. Aus ihrem Einkommen müssen Haushalte Steuern auf Einkommen und Vermögen zahlen, Sozialbeiträge entrichten und Transfers tätigen. Die Summe, welche nach die-

sen Transaktionen übrig bleibt, der Saldo also, wird als **verfügbares Einkommen** der privaten Haushalte bezeichnet.

Erst seit wenigen Jahren verfügt Eurostat für diese Einkommenskategorien der privaten Haushalte über regional aufgegliederte Daten. Diese werden im Rahmen der regionalen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) auf NUTS-Ebene 2 erhoben. Die Ergebnisse dieser Statistiken sollen hier diskutiert werden.



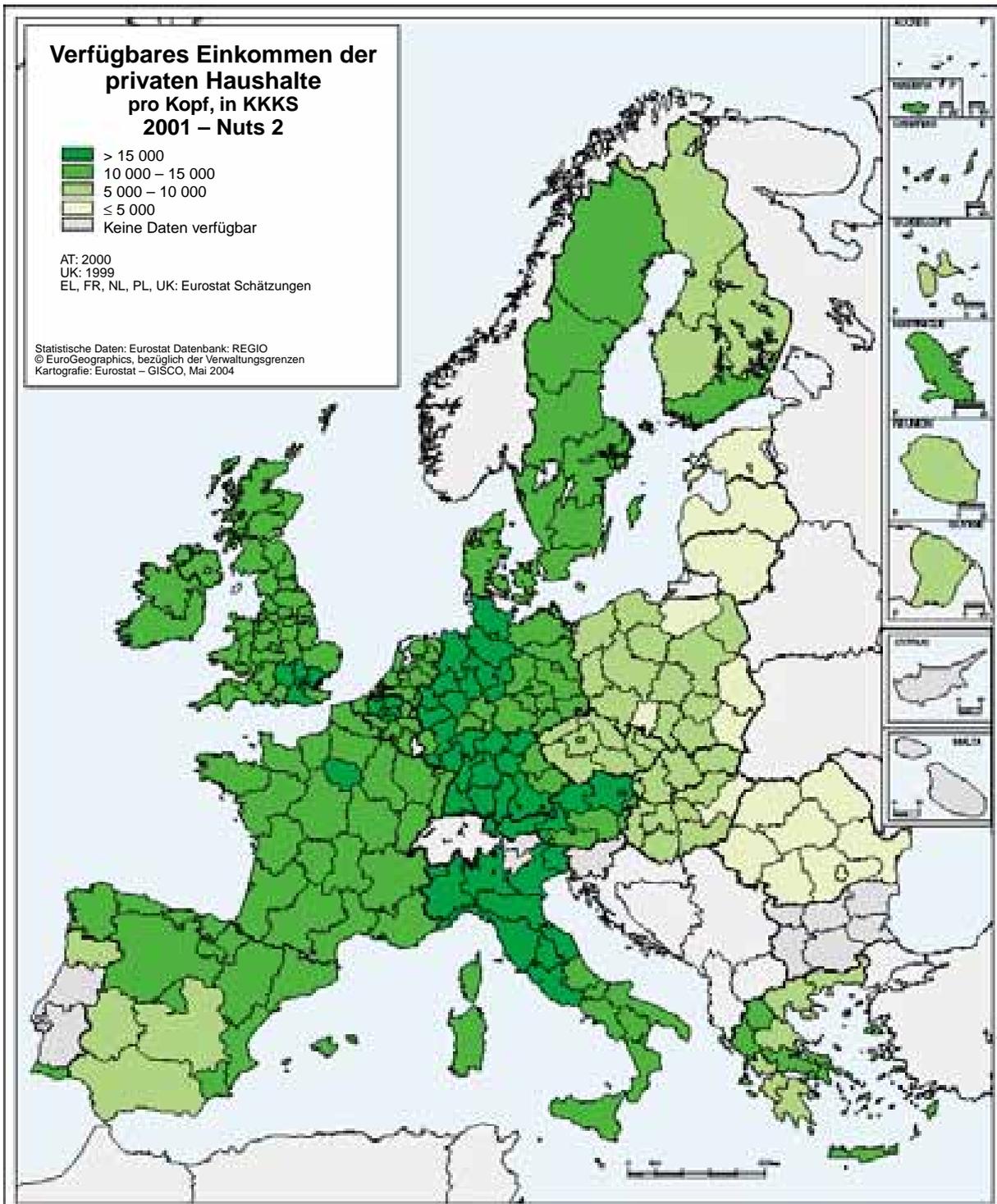
**Karte 4.1**

# Ergebnisse für das Jahr 2001

Auf den nächsten Seiten finden sich zwei Karten, die auf regionaler Ebene das Primäreinkommen (Karte 4.1) sowie das verfügbare Einkommen (4.2) für das Jahr 2001 darstellen. Für Luxemburg, Slowenien,

Zypern, Malta und Bulgarien gibt es zurzeit keine Daten.

Betrachten wir zunächst das Primäreinkommen in Europas Regionen, so zeigen sich Inseln des so definierten Wohlstands in Zentral- und Südengland, Paris, Norditalien, Madrid, Baskenland und Katalonien, Flandern, Stockholm und in Teilen Nordrhein-Westfalens, Baden-Württembergs und Bayerns. In den neuen Mitgliedstaaten ist das



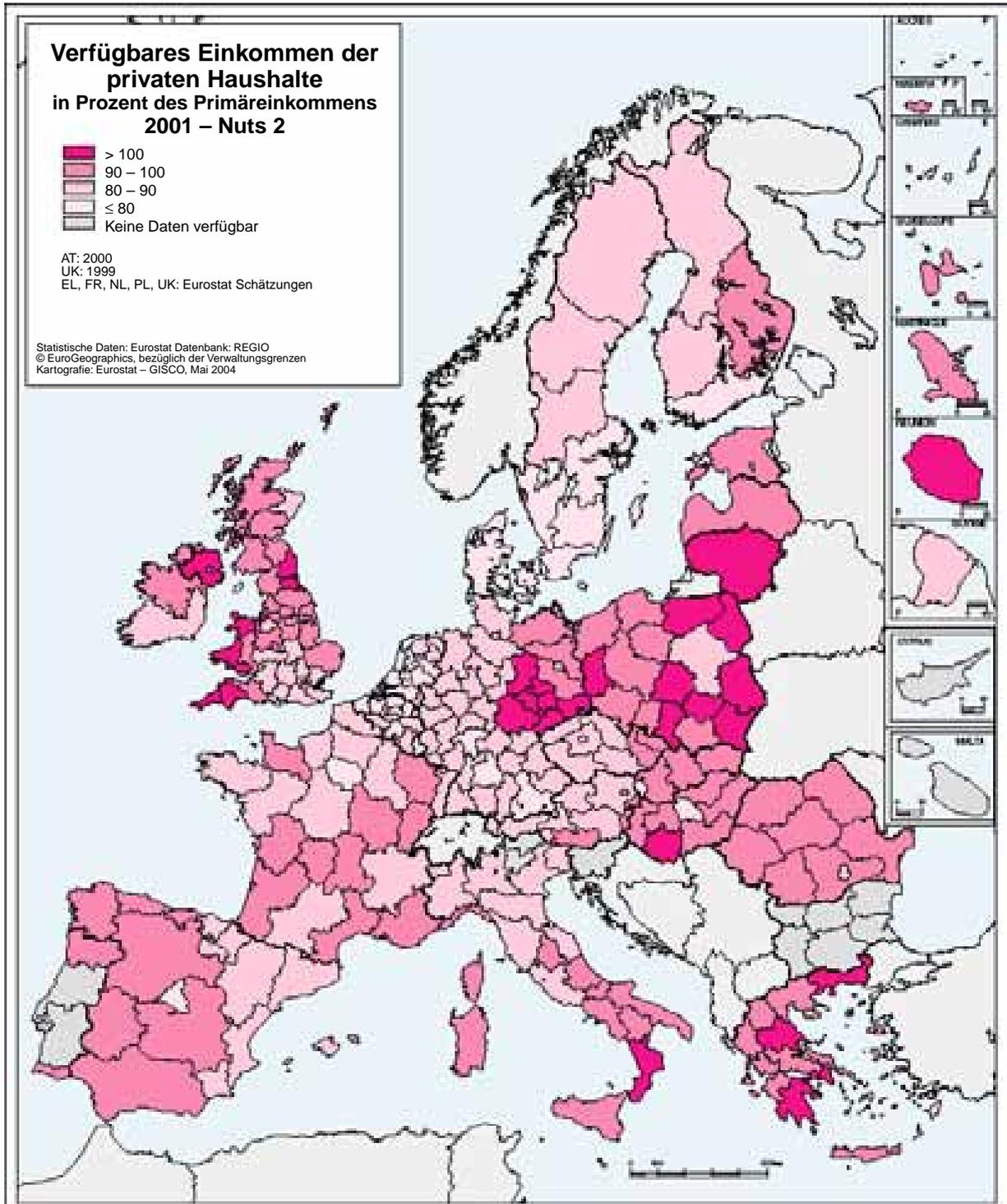
Karte 4.2

Primäreinkommen der Haushalte dagegen deutlich unter dem Durchschnitt Europas. Deutlich ist auch das Nord-Süd-Gefälle in Italien und das West-Ost Gefälle in Deutschland.

Für das verfügbare Einkommen der Haushalte in den Regionen Europas ist es dagegen viel schwieriger, klare Strukturen zu erkennen. Hier zeigt sich der umverteilende Einfluss des Staates. Jedoch ist das verfügbare Einkommen keinesfalls in allen Regionen gleich. Die alten Mitgliedstaaten sind wohl-

habender als die neuen. Periphere Regionen wie Südspanien, Nordfinland oder Griechenland verfügen über weniger Einkommen als zentrale Regionen. Das gleiche gilt auch für die neuen Mitgliedstaaten, wo Ostpolen, Ostungarn, Rumänien und die baltischen Staaten weniger wohlhabend sind als die zentraleren Regionen der neuen Mitgliedstaaten.

Betrachten wir nun die dritte Karte, die das verfügbare Einkommen als Prozentsatz des Primäreinkommens zeigt.



Karte 4.3

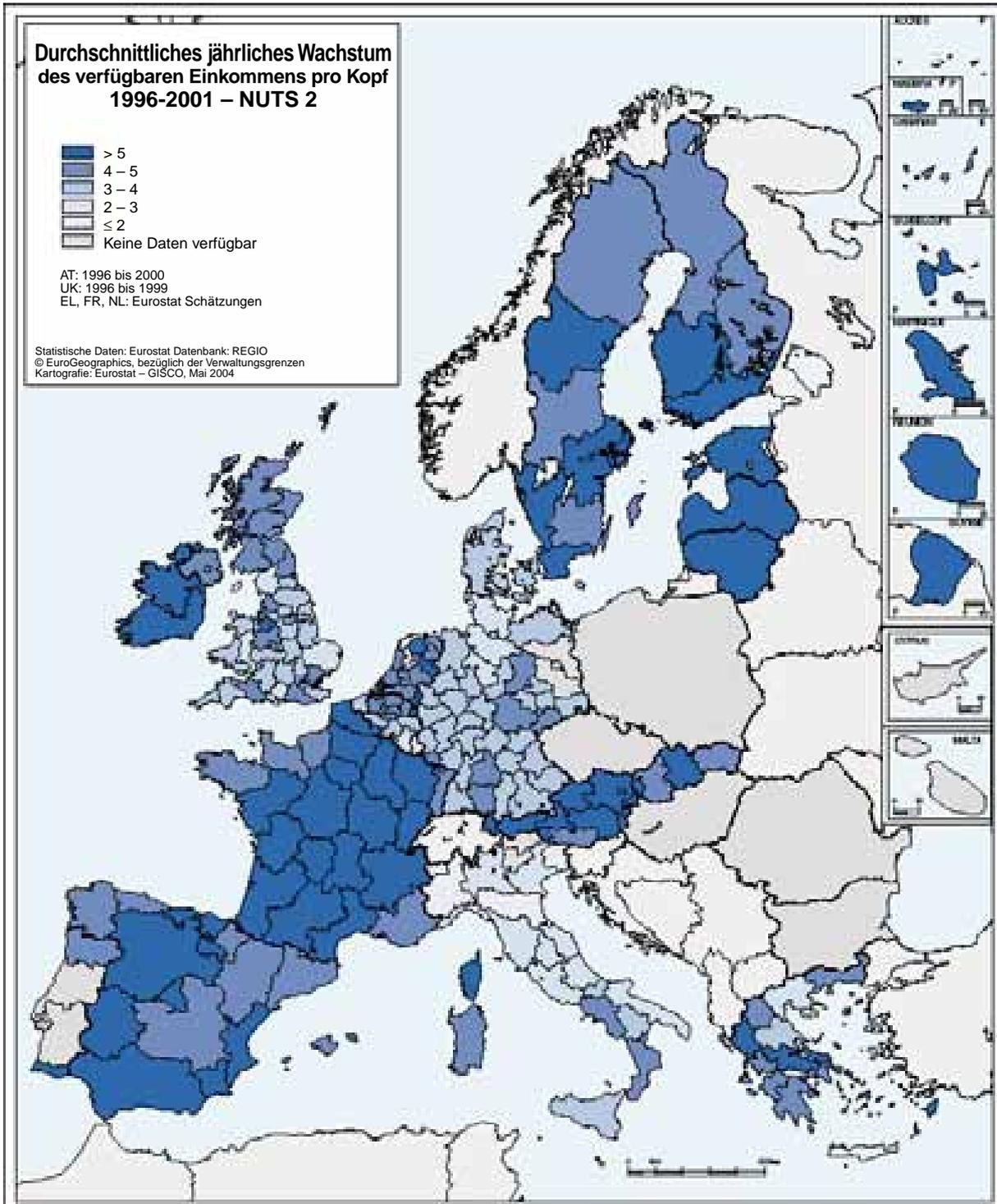
Hier gibt es große Unterschiede zwischen den Regionen. In Südschweden und Südfinnland, aber auch in Flandern und den Niederlanden liegt das verfügbare Einkommen unter 80 % des Primäreinkommens. Hier zeigt sich der starke Umverteilungseinfluss des Staates.

Auf der anderen Seite gibt es auch einige Regionen, in denen die Haushalte durch monetäre Sozialleistungen und sonstige Transfers ein höheres verfügbares Einkommen haben als ihr Primäreinkommen.

Sie sind somit die Gewinner der staatlichen Umverteilungspolitik.

Mehr verfügbares Einkommen als Primäreinkommen haben Haushalte in mehreren Regionen Ostdeutschlands, Polens, Süditaliens, Griechenlands und in Litauen.

Es fällt auf, dass es auch Länder mit hoher staatlicher Aktivität gibt, bei denen das verfügbare Einkommen der Haushalte recht niedrig ausfällt. Es



Karte 4.4

kann vermutet werden, dass in diesen Fällen der Staat viel vom Einkommen privater Haushalte an sich zieht. Auf der anderen Seite bedeutet das nicht, dass diese Regionen besonders arm sind; sie profitieren möglicherweise stark von diesen staatlichen Aktivitäten in Form von Sachleistungen (Straßen, Kindergärten). Hierauf wird weiter unten nochmals eingegangen.

Betrachten wir jedoch zunächst noch die Veränderungsraten des nominalen verfügbaren Einkommens privater Haushalte in den letzten fünf Jahren.

Hier fehlen leider häufig Daten für die neuen Mitgliedstaaten, da die Statistiken für die zurückliegenden Jahre (bis 1996) nicht vorliegen. Die zu beobachtenden Unterschiede der Wachstumsraten sind beachtlich:

Zunächst fällt auf, dass in Deutschland, Italien und großen Teilen des Vereinigten Königreichs die Wachstumsraten sehr niedrig sind. Hier stagnierte das Wohlstandsniveau der Haushalte in den letzten fünf Jahren. Besonders niedrig, d. h. unterhalb der Inflationsrate, ist die Wachstumsrate in Schleswig-Holstein, Niedersachsen, East Anglia, East Wales, Hampshire, Piemonte, Emilia Romagna, Val d'Aosta und auf Kreta.

Überdurchschnittliche Wohlstandssteigerungen sind dagegen in Irland, 9 Regionen Spaniens, fast ganz Frankreich und Österreich und in zwei Regionen der Slowakei zu verzeichnen. Aber auch im südlichen Schweden und Finnland, in den drei baltischen Staaten sowie in zwei Regionen Griechenlands stieg das verfügbare Einkommen privater Haushalte stark an.

Hier wiederholt sich das Bild der Dynamik – bzw. fehlenden Dynamik –, das schon durch die Analyse des regionalen BIP in Kapitel 3 gezeichnet wurde.

## Erweiterter Einkommensbegriff

Wie wohlhabend sind die privaten Haushalte in den verschiedenen Regionen Europas? Diese Frage versuchen wir in diesem Kapitel des Jahrbuchs zu beantworten, und haben hierfür bislang das Primäreinkommen und das verfügbare Einkommen der Haushalte analysiert. Es erscheint allerdings sinnvoll, über den pekuniären Einkommensbegriff hinauszugehen und auch öffentliche Güter, die kostenlos bereitgestellt werden, mit einzubeziehen, da sie ebenfalls Nutzen stiften und somit auch als Einkommen betrachtet werden können.

Diese Analyse orientiert sich ganz pragmatisch an den zurzeit verfügbaren Daten. Es soll ein Indikator

entwickelt werden, der vorhandene Informationen möglichst sinnvoll nutzt.

Wie weiter oben schon ausgeführt und allgemein bekannt, variiert der Anteil des verfügbaren Haushaltseinkommens am BIP von Land zu Land stark (zwischen 45 % und 70 %), vor allem da der Anteil der staatlichen Aktivität sehr unterschiedlich ausgeprägt ist.

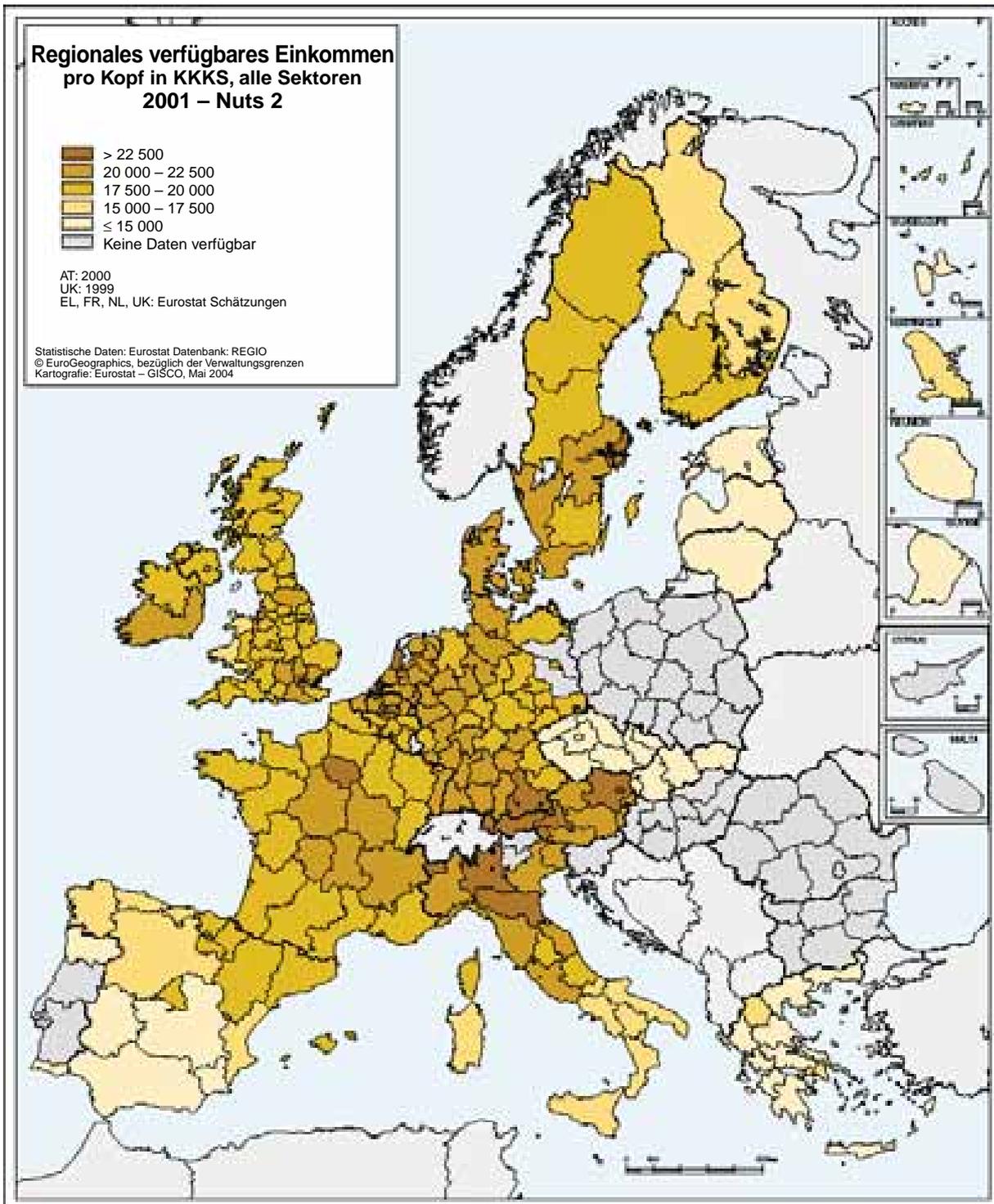
**Tabelle 4.1 – Anteil des verfügbaren Einkommens der Sektoren**

	EU-Durchschnitt	Spannweite
Kapitalgesellschaften	2 %	1-9 %
Staat	25 %	19-39 %
Private Haushalte	73 %	45-79 %

Diese starken Unterschiede machen nun einen Vergleich oder gar ein Ranking des regionalen verfügbaren Einkommens der Haushalte problematisch. Unterschiede zwischen den Ländern in Bezug auf Abschreibungen sowie Primäreinkommenssalden bzw. Transfersalden vom/ins Ausland bleiben unberücksichtigt, und insbesondere der ganze Komplex staatlicher Interventionen wird vernachlässigt. Wird dennoch ein solcher Vergleich durchgeführt, sieht er etwa die Regionen Schwedens und Finnlands im unteren Drittel der Rangliste, da hier der Staat einen großen Teil der Wirtschaftsleistung an sich zieht und somit relativ weniger Einkommen für die Haushalte übrig bleibt.

Andererseits kommt staatliche Aktivität in der Regel den Bürgern zugute und bewirkt, dass weniger des verfügbaren Einkommens ausgegeben werden muss. Ein Beispiel soll das deutlich machen: Finanziert der Staat aus seinen Einnahmen preiswerte Kinderbetreuungsmöglichkeiten, so brauchen private Haushalte diese Dienstleistung nicht auf dem privaten Markt teuer zu kaufen. Ein gutes öffentliches Transportsystem verringert private Ausgaben für Autos. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ein Vergleich des regionalen verfügbaren Einkommens nicht den wirklichen Wohlstand von Regionen widerspiegelt, der sich im Konsum von privaten und öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ausdrücken sollte.

Halten wir also fest: In der folgenden Analyse soll nicht nur das verfügbare Einkommen privater Haushalte auf regionaler Ebene analysiert werden, sondern das verfügbare Einkommen aller Sektoren der Volkswirtschaft, da alles Einkommen letztlich in irgendeiner Weise den Individuen zugute kommt. Das gilt auch für den Betriebsüberschuss und das Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften, denn diese gehören ja letztlich auch privaten Individuen.



**Karte 4.5**

Es lohnt es sich, zunächst die Größenordnungen klarzustellen. Im europäischen Durchschnitt macht das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte mit 73 % des gesamten verfügbaren Einkommens den bei weitem größten Teil aus. Das verfügbare Einkommen des Staates schlägt mit 25 % zu Buche. Der Rest hat mit einem Durchschnitt von 2 % einen eher geringen Anteil.

Nun zur regionalen Verteilung dieser Komponenten: Bekannt ist die regionale Verteilung und Größe

des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte, nicht dagegen die regionale Verteilung der verfügbaren Einkommen der anderen Sektoren (Betriebsüberschuss und Vermögenseinkommen der Kapitalgesellschaften, staatliche Aktivität).

Unter der vereinfachenden Annahme, dass das verfügbare Einkommen dieser anderen Sektoren den Bürgern in allen Regionen gleichermaßen zugute kommt, wird nun im Folgenden die Differenz von „Verfügbares Einkommen aller Sektoren“ und

„Verfügbares Einkommen der Haushalte“ pro Kopf auf die Bevölkerung der einzelnen Regionen aufgeteilt.

Dies ist die einfachste und transparenteste Möglichkeit, den verbleibenden Rest aufzuteilen. Der Ansatz scheint eher für den Sektor Staat gerechtfertigt zu sein, als dass man das für die privaten Organisationen sagen könnte. Aufgrund der geringen Größe dieses Anteils werden die Resultate allerdings nur marginal beeinflusst. Experimente mit anderen Verteilungsschlüsseln wie Wertschöpfung oder Beschäftigte ergaben eine nahezu identische Regionalstruktur. Aus Gründen der Transparenz wird deshalb der Pro-Kopf-Ansatz gewählt.

terreich und Wien, Oberbayern, Paris, Lombardia und Emilia-Romagna. Offensichtlich sind die Hauptstadt und Großstadtreionen am wohlhabendsten.

Umgekehrt sind Regionen Südspaniens, Portugals, Griechenlands sowie die neuen Mitgliedstaaten, von denen Daten vorliegen, am ärmsten.

Im Grunde bestätigt sich das Bild des Wohlstandsgefälles, das üblicherweise vom BIP pro Kopf gezeichnet wird, allerdings mit einigen interessanten Nuancierungen: Innerhalb Deutschlands und des Vereinigten Königreichs beispielsweise verfügen die Haushalte in allen Regionen über ein ähnliches Einkommen, da die staatliche Umverteilung greift.

## Regionales Einkommen aller Sektoren

Die Karte 4.5 zeigt die Ergebnisse dieser Berechnungen für 2001, wobei leider für Malta und Zypern sowie Ungarn, Polen und Slowenien keine Daten aus der nationalen VGR vorliegen, obwohl regionale Daten für die Haushalte vorhanden sind.

Besonders hoch ist das verfügbare Pro-Kopf-Einkommen unter Berücksichtigung aller Sektoren in Stockholm, London, Hamburg, Brüssel, Niederös-

## Schlussfolgerung

Eine Analyse der Einkommenskonten privater Haushalte auf regionaler Ebene stellt eine wertvolle Bereicherung der bisherigen Wohlstandsmessung durch das regionale BIP pro Kopf dar. Wichtige Tatbestände werden zurechtgerückt und der objektive Vergleich der Regionen Europas verfeinert.

Wenn in Bälde der Datensatz der regionalen Haushaltskonten komplettiert sein wird, sollten diese Statistiken zusätzlich zum BIP pro Kopf zur Entscheidungsfindung von regionalpolitischen Maßnahmen herangezogen werden.

## REGIONALER ARBEITSMARKT



# Einleitung

Die Informationen, die zur Untersuchung des regionalen Arbeitsmarkts auf der NUTS-2-Ebene verwendet werden, entstammen in erster Linie der Arbeitskräfteerhebung (AKE) der Gemeinschaft. Die Daten sind in der Datenbank NewCronos im Bereich REGIO (theme1/region/lfs-r und theme1/regio/unemp) einsehbar. Im Jahr 2003 führte Eurostat bei den regionalen Arbeitsmarktstatistiken eine wichtige Reform durch, nach der nicht mehr die Ergebnisse für das zweite Quartal, sondern jährliche Durchschnittswerte veröffentlicht werden (Daten stehen ab 1999 zur Verfügung). Diese Änderung wurde ermöglicht, da die meisten Länder der EU-25, wie auch Bulgarien und Rumänien, im Jahr 2002 über vierteljährliche AKE verfügten. Die Indikatoren zur Beobachtung der Entwicklung der regionalen Arbeitsmärkte sind Beschäftigung, Anteil von Dienstleistungen und Landwirtschaft an der Gesamtbeschäftigung sowie Arbeitslosigkeit. Außerdem werden die Arbeitslosenquote der Frauen, die Jugendarbeitslosigkeit und die Langzeitarbeitslosigkeit jeweils einzeln erfasst. Ein separater Abschnitt des Kapitels enthält eine kurze Beschreibung der Indikatoren.

Aufgrund der Umstellung auf die Systematik NUTS 2003 fehlen in folgenden Regionen teilweise die Beschäftigungsdaten: Centro, Alentejo und die Hauptstadtregion Lisboa (Portugal), Ciudad Autónoma de Ceuta und Ciudad Autónoma de Melilla (Spanien), Brandenburg-Nordost und Brandenburg-Südwest (Deutschland), Provincia Autonoma Bolzano/Bozen und Provincia Autonoma Trento (Italien) sowie Etelä-Suomi, Länsi-Suomi und Pohjois-Suomi (Finnland).

## Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe 15–64 Jahre

Die Erwerbstätigenquote der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen gibt den prozentualen Anteil der Erwerbstätigen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren an der Gesamtzahl der Personen dieser Altersgruppe an. Im Jahr 2002 fiel die Erwerbstätigenquote im Süden Europas im Allgemeinen geringer aus als im Norden, wo die niedrige Erwerbstätigenquote Polens eine Ausnahme darstellt (siehe Karte 5.1). In 24 NUTS-2-Regionen lag die Erwerbstätigenquote unter 50 %. Das betraf zwei Regionen in Spanien, fünf in Frankreich (darunter alle vier Überseeregionen), sechs in Italien, eine in Ungarn und jeweils fünf in Polen und Bulgarien. Von den sechs italienischen

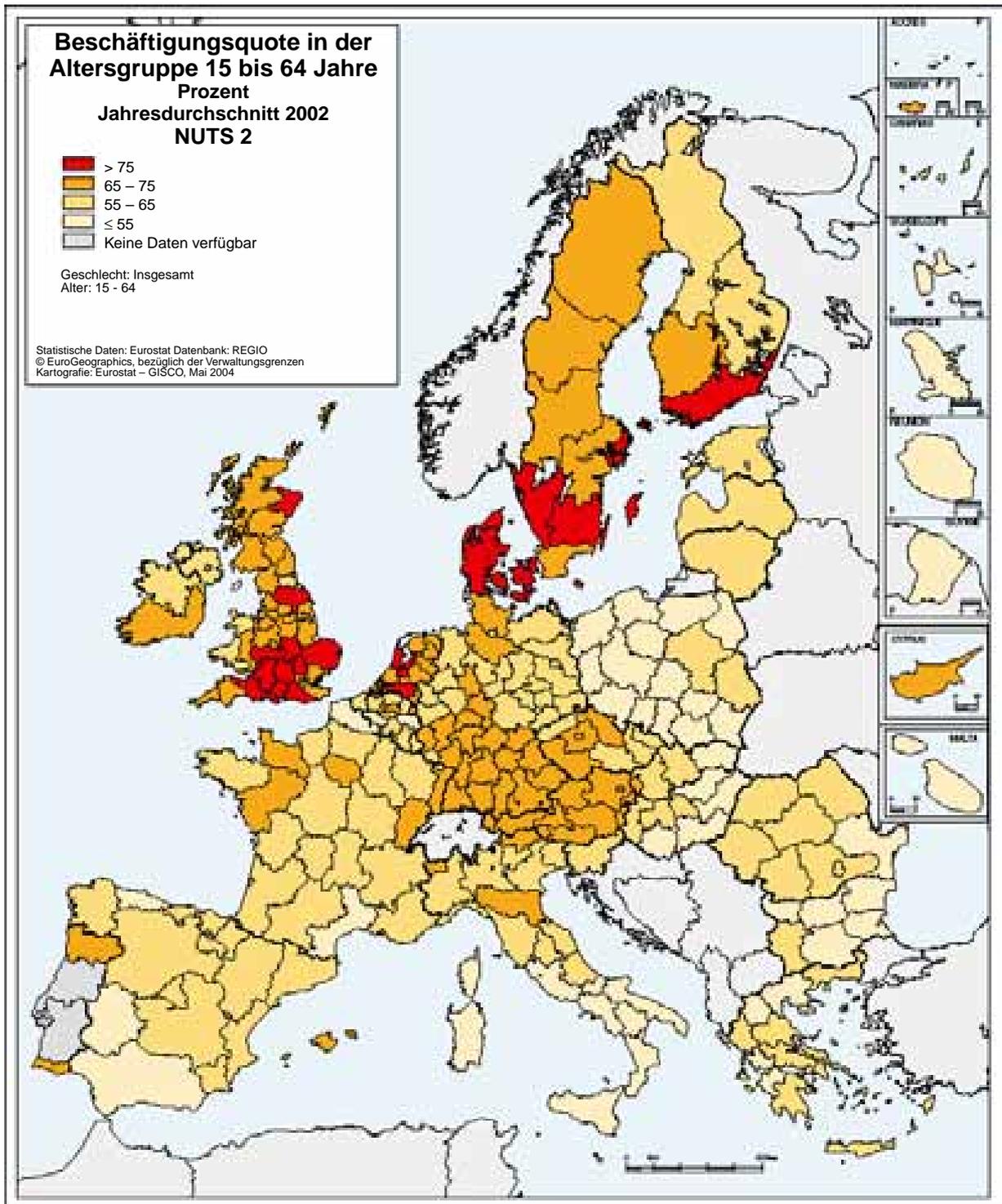
Regionen mit einem Anteil von weniger als 50 % wiesen drei (Campania, Calabria und Sardegna) die niedrigsten Erwerbstätigenquoten (41,9 %) aller untersuchten NUTS-2-Regionen in Europa auf. In allen polnischen Regionen mit Ausnahme der Regionen Lubelskie und Mazowieckie lag die Erwerbstätigenquote in der Altersgruppe 15-64 Jahre unter 55 %.

Die NUTS-2-Regionen, die im Jahr 2002 eine Erwerbstätigenquote von über 75 % verzeichneten (insgesamt 21 Regionen), befinden sich in den Niederlanden (vier), Finnland (zwei), Schweden (drei) und dem Vereinigten Königreich (elf). Auch Dänemark (das aus einer NUTS-2-Region besteht) hatte eine Erwerbstätigenquote über diesem Prozentsatz. In den neuen Mitgliedstaaten wurde lediglich in sechs NUTS-2-Regionen eine Erwerbstätigenquote von über 65 % erreicht: vier in der Tschechischen Republik (Hauptstadtregion Praha, Střední Čechy, Jihozápad, Severovýchod), eine in der Slowakei (Hauptstadtregion Bratislavský) und Zypern (das genau wie Dänemark nur eine NUTS-2-Region umfasst).

## Beschäftigungsentwicklung

Die meisten Länder verzeichneten zwischen 2001 und 2002 eine positive Entwicklung. Nur in zwei der ehemaligen EU-15-Staaten wurde ein Rückgang der Beschäftigtenzahl registriert (Deutschland 0,7 %, Dänemark 0,5 %); die höchsten Zuwachsraten erreichten Spanien (2 %, was einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 312 000 entspricht), Italien (1,9 % bzw. 315 000 Beschäftigte) und Irland (1,9 % bzw. 33 000 Beschäftigte). In den neuen Mitgliedstaaten, und vor allem in Rumänien, war der Rückgang wesentlich stärker: 9,5 % in Rumänien (Rückgang um 1,01 Millionen Beschäftigte), 3 % in Polen (Rückgang um 424 000 Beschäftigte) und 5,5 % in Litauen (Rückgang um 81 000 Beschäftigte). Der stärkste Aufwärtstrend konnte in Lettland (2,5 %, was einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl um 24 000 entspricht) und Bulgarien (1,5 % bzw. 41 000 Beschäftigte) verzeichnet werden.

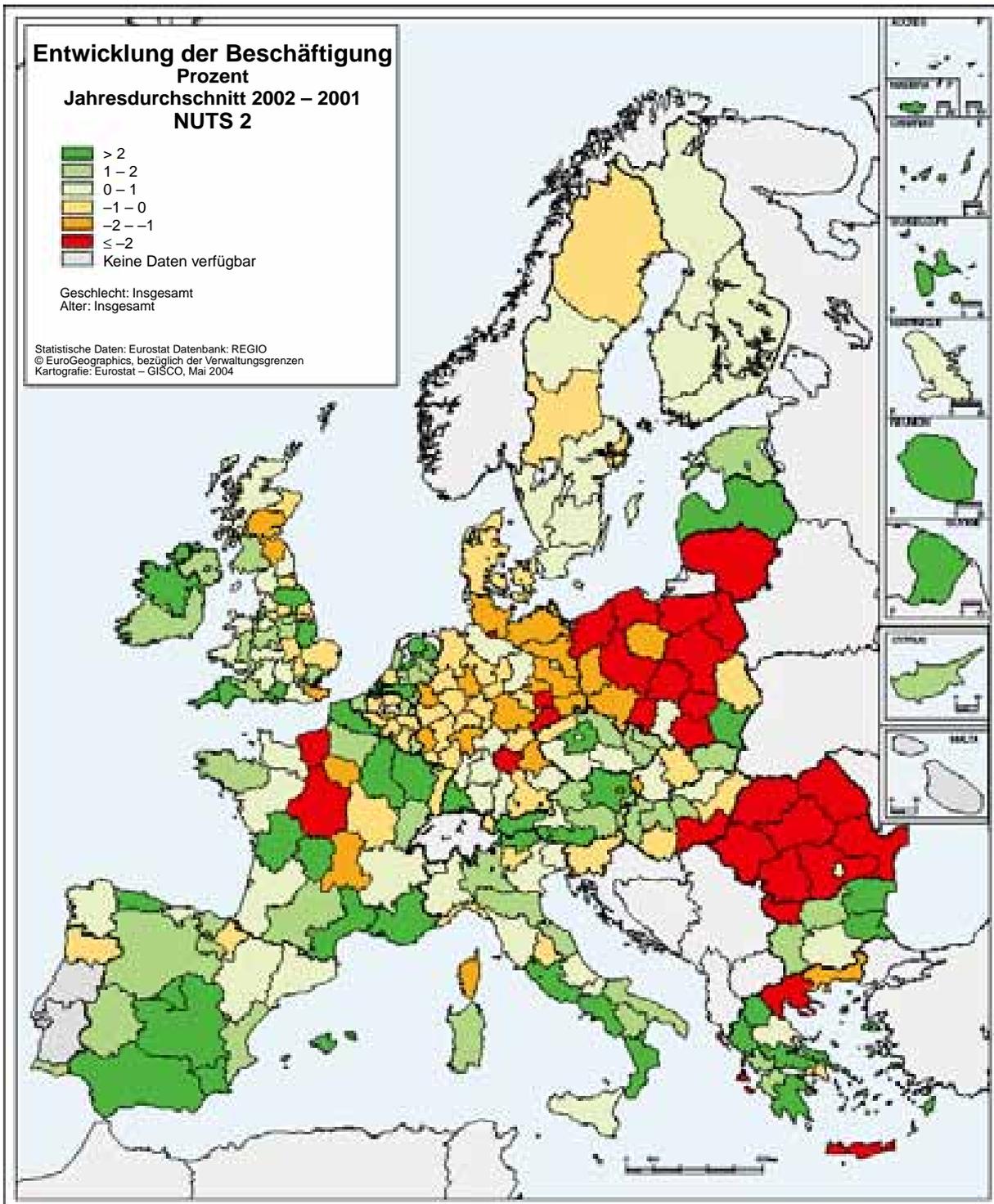
17 Länder verzeichneten zwischen 2001 und 2002 in den meisten NUTS-2-Regionen ein Beschäftigungswachstum – dies gilt für Irland, das Vereinigte Königreich, Spanien, Frankreich, die Niederlande, Österreich, Schweden, Finnland, Italien, Griechenland, die Tschechische Republik, Ungarn und Bulgarien sowie für die Mitgliedstaaten Luxemburg, Zypern, Lettland und Estland, die jeweils eine NUTS-2-Region umfassen.



**Karte 5.1**

Die größten Rückgänge (über 5 %) wurden in sieben rumänischen Regionen, in Polen (Mazowieckie, Opolskie, Podlaskie, Warmińsko-Mazurskie), auf den Ionischen Inseln in Griechenland und in Litauen registriert. In Polen wurde der größte absolute Rückgang (108 000 Beschäftigte) in der Region Mazowieckie, in Rumänien in der Region Nord-Est (214 000 Beschäftigte) beobachtet. Dagegen konnten 2002 in Spanien (Ciudad Autónoma de Melilla),

Frankreich (Champagne-Ardenne, Poitou-Charentes, Languedoc-Roussillon und trotz der hohen Arbeitslosenquoten auch in den zwei Überseeregionen Guyane und Réunion), Griechenland (Ipeiros, Sterea Ellada, Peloponnisos, Voreio Aigaio, Notio Aigaio) und Portugal (Região Autónoma da Madeira) die positivsten Entwicklungen bei der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Anstieg von über 5 % im Vergleich zum Vorjahr) verzeichnet werden.



Karte 5.2

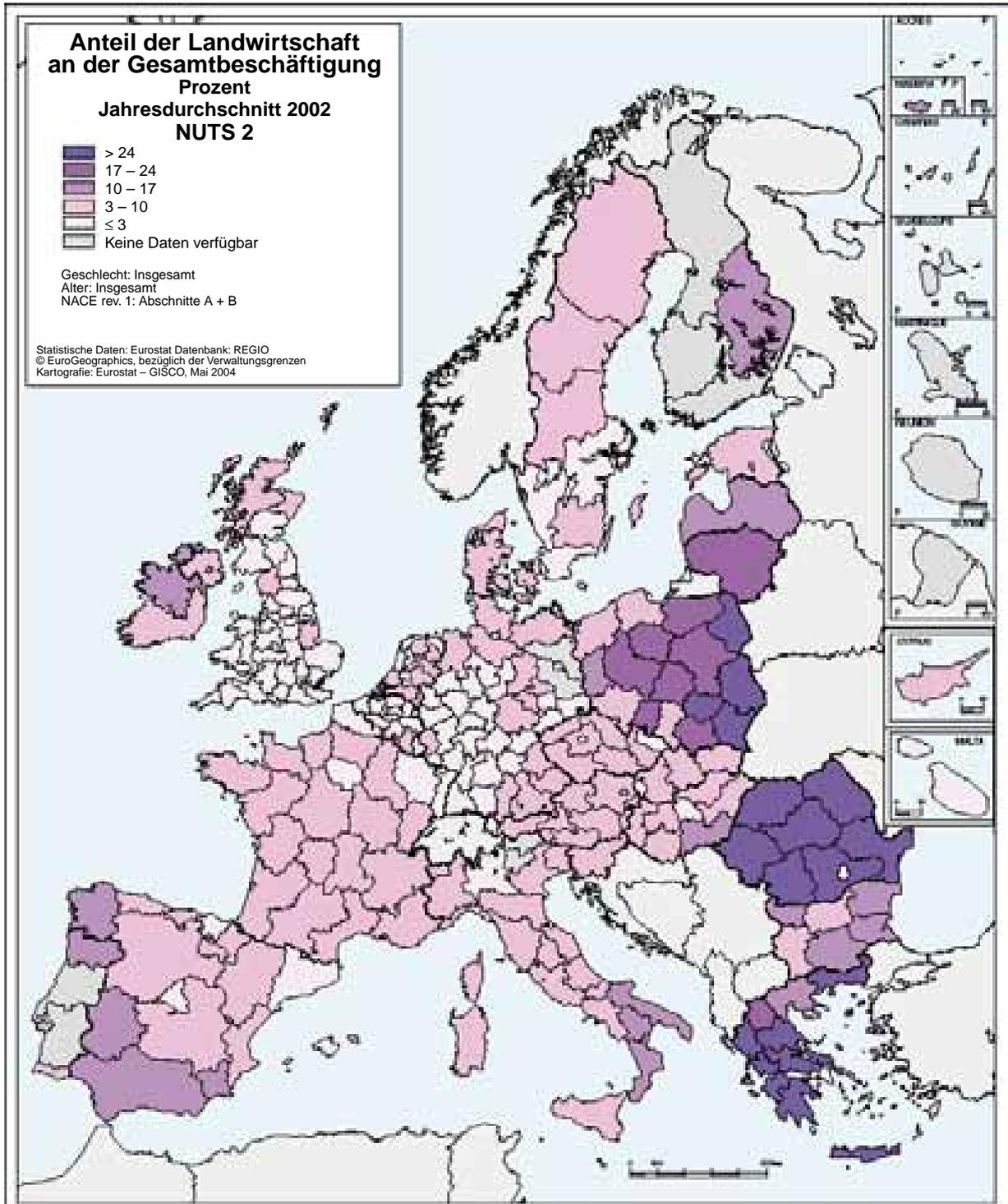
## Landwirtschaft

Aus Karte 5.3 geht hervor, dass in den östlichen Ländern der EU tendenziell mehr Menschen in der Landwirtschaft beschäftigt sind (Abschnitte A und B der NACE Rev. 1). Während im Jahr 2002 die Landwirtschaft in nur einigen westeuropäischen NUTS-2-Regionen 10-17 % der Arbeitsplätze stell-

te (Extremadura, Andalucía und Región de Murcia in Spanien; Border, Midland und Western in Irland; Norte, Região Autónoma dos Açores und Região Autónoma da Madeira in Portugal), überstieg dieser Indikator in den meisten griechischen Regionen 17 % (in vier Regionen lag er über 30 % – Dytiki Ellada, Peloponnisos, Kriti und Anatoliki Makedonia, Thraki). In Rumänien arbeiten mit Ausnahme der Hauptstadtregion București (2,7 %) und der

Region Centru mit 26,1 % und Vest mit 27,9 % in allen Regionen über 30 % der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft. Auch in Polen (vier Regionen über 30 % – Lubelskie, Podkarpackie, Podlaskie, Świętokrzyskie) und Litauen (17,9 %) ist diese Quote hoch. Der höchste Anteil der in der Landwirtschaft Beschäftigten ist in den rumänischen Regionen Sud (44,3 %), Nord-Est und Sud-Vest (51,3 %) zu verzeichnen.

Außerdem wurde ein Anteil von 10-17 % in einzelnen Regionen in Italien (Molise, Puglia, Basilicata und Calabria), Griechenland (Kentriki Makedonia), Bulgarien (Severozapaden, Severoiztochen, Yuzhen tsentralen, Yuogoiztechen), Ungarn (Dél-Alföld), Finnland (Itä-Suomi) und Lettland beobachtet. In über der Hälfte der europäischen NUTS-2-Regionen lag der Beschäftigungsanteil der Landwirtschaft im Jahr 2002 unter 5 %.



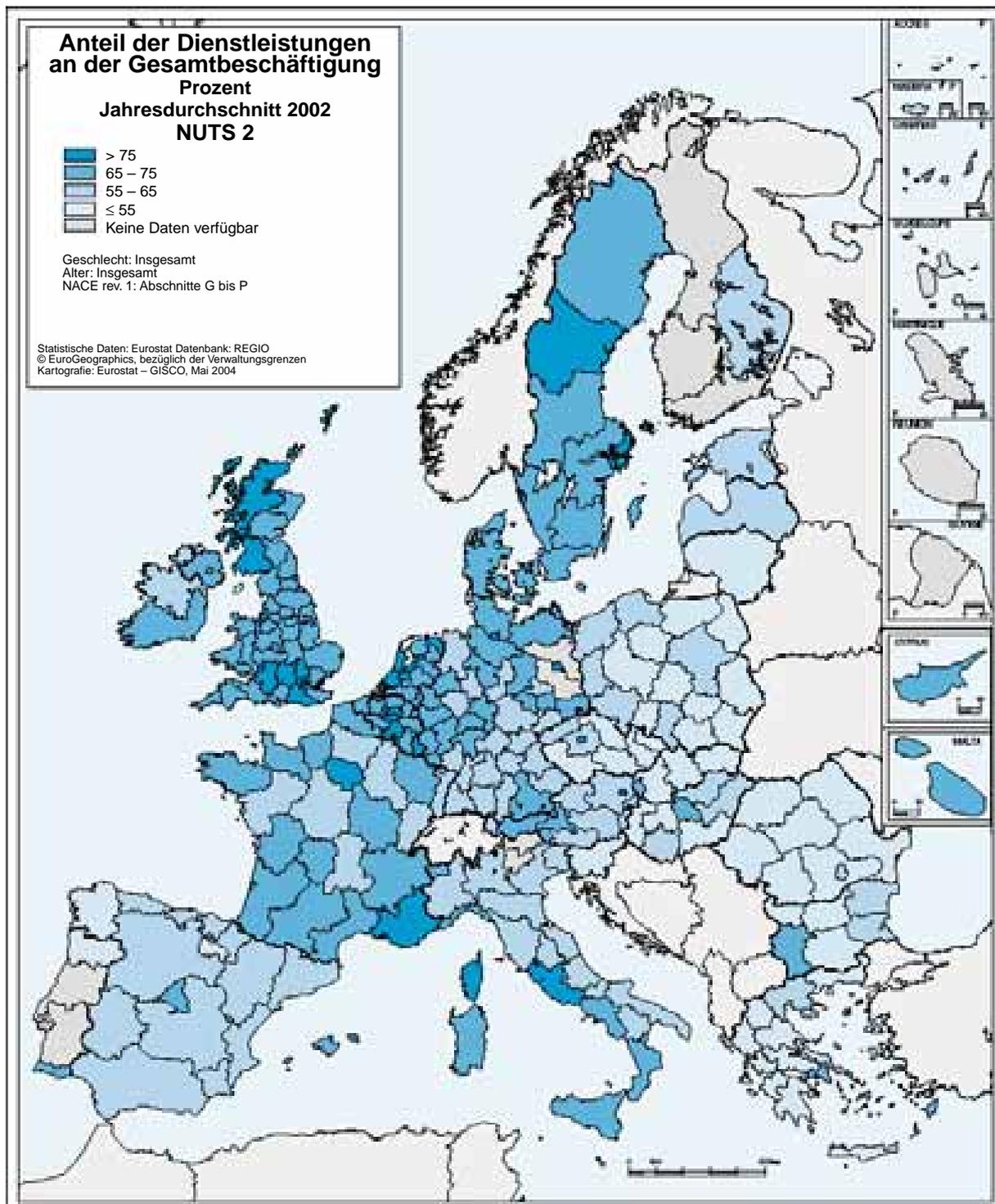
Karte 5.3

# Dienstleistungen

Auf der Karte 5.4 (Anteil der Dienstleistungen an der Gesamtbeschäftigung – Abschnitt G bis P, NACE Rev. 1) lassen sich eindeutig die Unterschiede zwischen den ehemaligen EU-15-Staaten und den neuen Mitgliedstaaten erkennen. 2002 bewegte sich dieser Indikator in den EU-15-Staaten auf nationa-

ler Ebene zwischen 60 % und 77,9 % [ausgenommen Portugal (53,8 %)], während in den neuen Mitgliedstaaten und ebenso in Bulgarien und Rumänien weniger als 60 % erreicht wurden [mit Ausnahme von drei Ländern – Zypern (71,6 %), Malta (66,1 %) und Estland (61,7 %)].

Dennoch fiel auch in einigen Regionen der neuen Mitgliedstaaten der Anteil des Dienstleistungssektors an der Beschäftigung hoch aus – in der Haupt-



Karte 5.4

stadregion Praha (78,2 %) in der Tschechischen Republik, in der ungarischen Region Közép-Magyarország (71,9 %), in der Hauptstadtregion Bratislavský (74,7 %) in der Slowakei, in der polnischen Region Zachodniopomorskie (62,2 %), in der bulgarischen Region Yugozapaden (65,2 %) und in der Hauptstadtregion București (62,4 %) in Rumänien.

In Belgien (Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest, Prov. Vlaams-Brabant, Prov. Brabant Wallon, Prov. Namur), Deutschland (Berlin, Hamburg), Frankreich (Île-de-France, Provence-Alpes-Côte d'Azur, Corse), den Niederlanden (Overijssel, Groningen, Flevoland, Zuid-Holland, Noord-Holland, Utrecht), Schweden (Mellersta Norrland und der Hauptstadtregion Stockholm), dem Vereinigten Königreich (Merseyside; Bedfordshire and Hertfordshire; Inner London; Outer London; Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire; Surrey, East and West Sussex; Gloucestershire, Wiltshire and North Somerset; Eastern Scotland; South Western Scotland; Highlands and Islands), Finnland (Åland), Österreich (Hauptstadtregion Wien), der Tschechischen Republik (Hauptstadtregion Praha), Italien (Lazio) und Luxemburg machten die Dienstleistungen 2002 den weitaus größten Anteil an der Gesamtbeschäftigung aus (Anteil über 75 %).

Am anderen Ende der Skala verzeichneten unter den ehemaligen EU-15-Staaten Portugal (Norte mit 45,3 %), Italien mit sechs Regionen zwischen 50 % und 60 %, Spanien mit neun Regionen zwischen 50 % und 60 %, Griechenland mit vier Regionen unter 50 %, Deutschland mit neun Regionen zwischen 55 % und 60 %, Frankreich (Franche-Comté mit 56,6 % war die einzige französische Region mit einem Dienstleistungsanteil von unter 60 %) und Irland (Border, Midland and Western mit 57,3 %) auf regionaler Ebene den niedrigsten Dienstleistungsanteil. In den neuen Mitgliedstaaten arbeiteten in zwei Regionen der Tschechischen Republik (Severovýchod, Střední Morava), in einer ungarischen Region (Közép-Dunántúl) und in acht polnischen Regionen weniger als 50 % der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich. In Rumänien lag der Anteil in sieben Regionen derart niedrig.

## Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote, mit der die Zahl der Arbeitslosen als prozentualer Anteil an der Erwerbsbevölkerung (d. h. der Erwerbstätigen und Erwerbslosen) gemessen wird, lag in den ehemaligen EU-15-Staaten bei 7,7 %, in den neuen Mitgliedstaaten bei 14,9 %, in Bulgarien bei 18,2 % und in Rumänien bei 8,4 %.

In 74 NUTS-2-Regionen betrug die Arbeitslosenquote unter 5 %: acht in Österreich (in nur einer österreichischen Region lag sie über 5 %), 19 im Vereinigten Königreich, neun in Italien, drei in der Tschechischen Republik, acht in Deutschland, alle zwölf niederländischen Regionen, zwei in Ungarn, jeweils drei in Portugal und Schweden, jeweils eine in Spanien, Finnland und Irland sowie in Dänemark, Luxemburg und Zypern, die nur aus einer Region bestehen.

In 22 Regionen war die Arbeitslosenquote besonders hoch (d. h. über 20 %): drei in Italien (Campania, Calabria, Sicilia), alle vier französischen Überseeregionen, zwei Regionen in Deutschland (Dessau, Halle) und die Hälfte der Regionen in Bulgarien, der Slowakei und Polen.

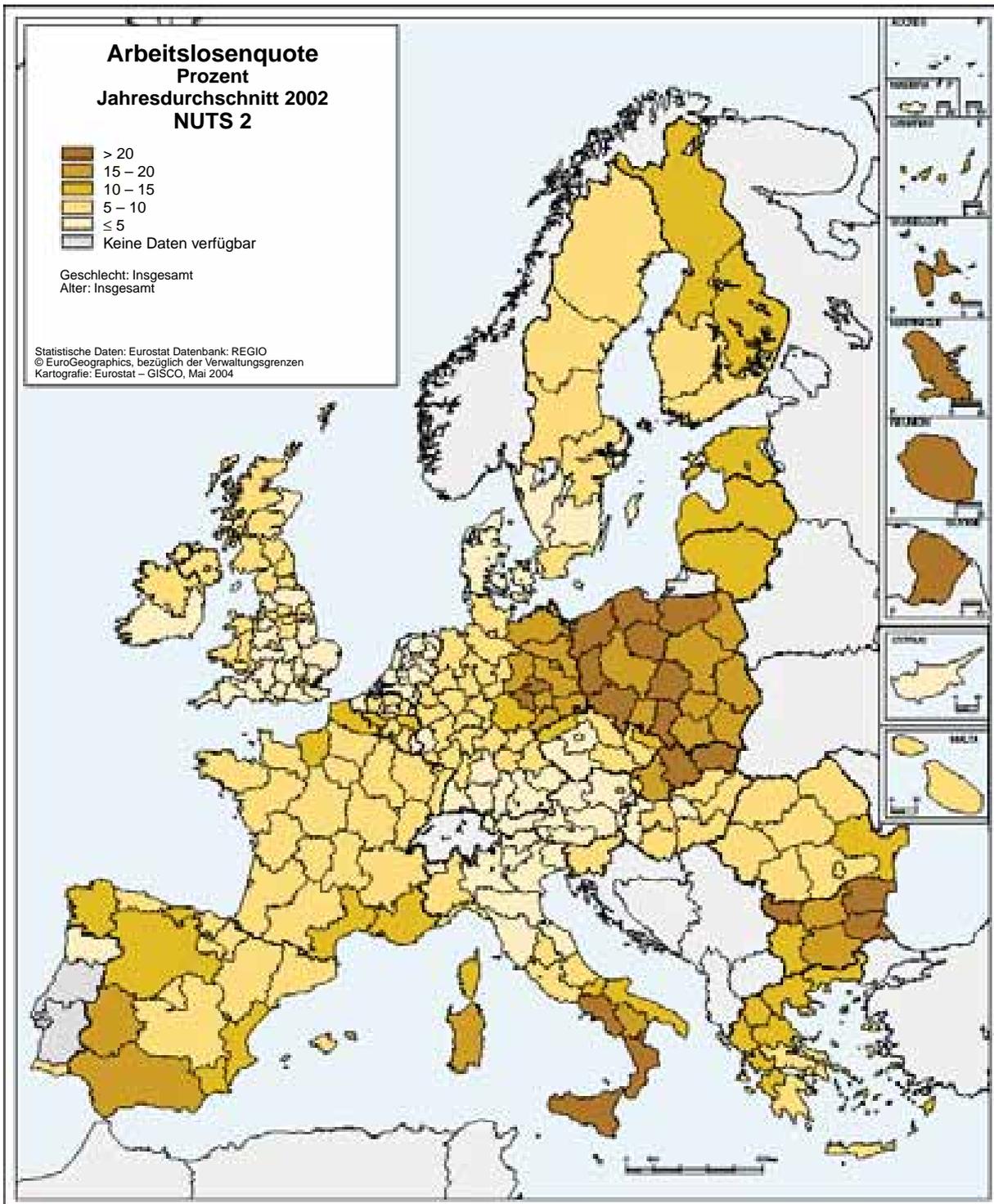
In Italien gab es zwischen den Regionen im Norden (niedrige Arbeitslosenquote) und denjenigen im Süden (hohe Arbeitslosenquote) große Unterschiede.

## Entwicklung der Arbeitslosenquote

Die Arbeitsmarktsituation war in den ehemaligen EU-15-Staaten eher stabil, verbessert hat sich die Lage im Zeitraum 2001-2002 jedoch nur in Griechenland und Italien (Rückgang um 0,5 Prozentpunkte). Auch wenn die Arbeitslosenquote in Portugal am stärksten anstieg (um 1 Prozentpunkt), blieb sie insgesamt immer noch relativ niedrig (5,1 %). Die Entwicklung in den neuen Mitgliedstaaten sowie in Bulgarien und Rumänien war von größerer Dynamik gekennzeichnet: So registrierten Estland (2,3 Prozentpunkte), Lettland (2,8 Prozentpunkte) und Bulgarien (2,1 Prozentpunkte) die stärksten Rückgänge, während die Quote in Polen (1,7 Prozentpunkte) und Rumänien (1,8 Prozentpunkte) deutlich anstieg. Im Fall Rumäniens war die Arbeitslosenquote im Jahr 2002 relativ gering: 8,4 %.

Im Vergleich zum Vorjahr nahm 2002 die Arbeitslosenquote in 57 NUTS-2-Regionen um mehr als 0,5 Prozentpunkte ab, während eine prozentual gleich hohe Verschlechterung in 107 Regionen eintrat.

Am stärksten fiel der Rückgang (über 2 Prozentpunkte) in Bulgarien (Severozentralen, Severoiztochen, Yugoiztochen, wobei in den beiden letztgenannten Regionen die Arbeitslosenquote mehr als 20 % betrug), Frankreich (zwei Überseeregionen, Guyane und Réunion, beide mit hohen Arbeitslosenquoten), Griechenland (Sterea Ellada) und in den neuen Mitgliedstaaten Estland und Litauen aus.



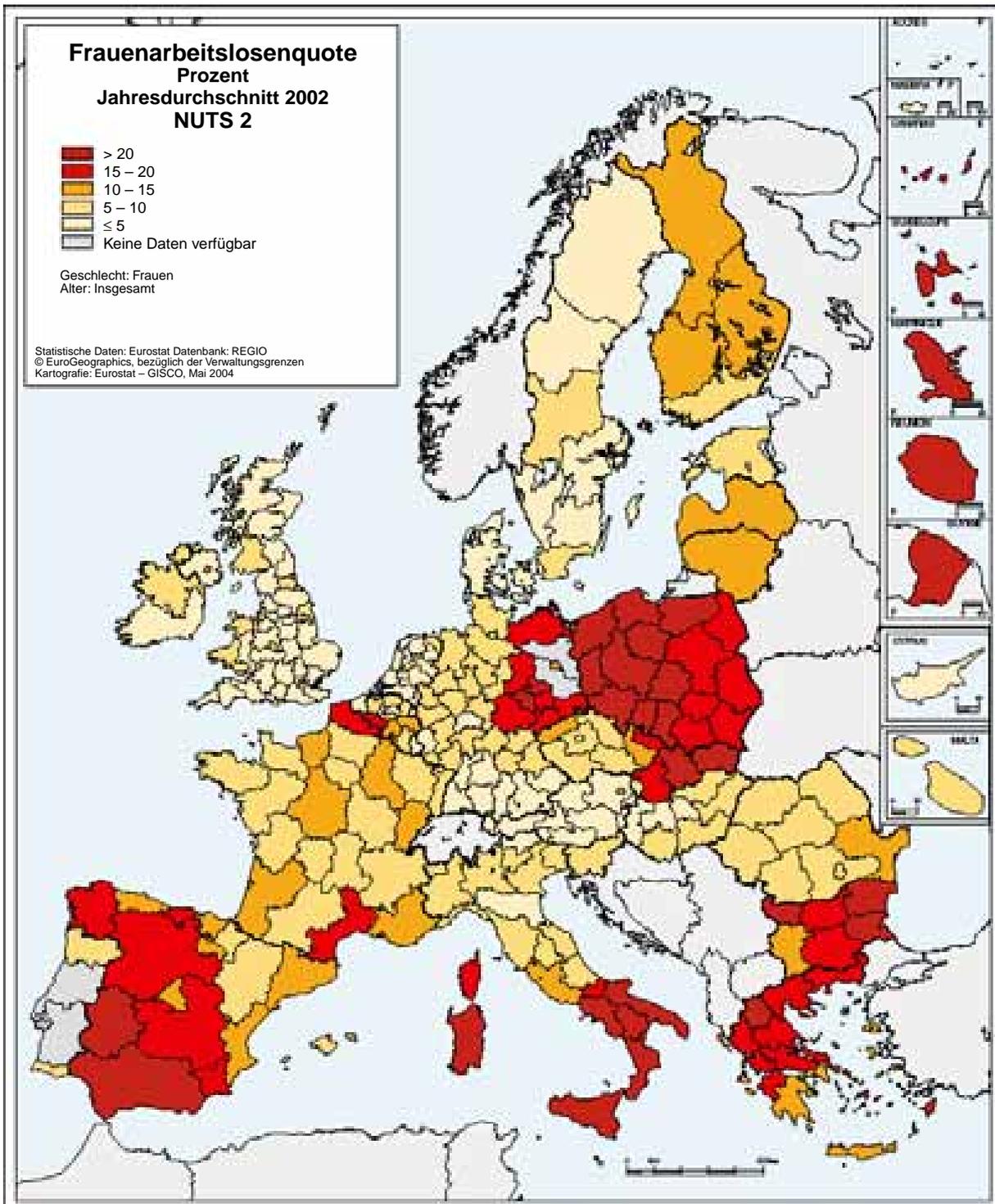
Karte 5.5

Folgende Regionen verzeichneten 2002 den höchsten Anstieg der Arbeitslosenquote (über 2 Prozentpunkte): sechs polnische Regionen, zwei spanische Regionen (La Rioja und Extremadura), zwei in Griechenland (Voreio Aigaio und Notio Aigaio), zwei in Rumänien (Sud-Est und Sud) und eine französische Region (Franche-Comté).

## Frauenarbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote der Frauen betrug 2002 in den ehemaligen EU-15-Staaten 8,7 % [die Länder mit einer höheren Frauenarbeitslosigkeit als 10 % waren Spanien (16,4 %), Griechenland (15,0 %)]





**Karte 5.7**

Deutschland, der Slowakei, Spanien sowie Griechenland (jeweils zwei Regionen) eine Frauenarbeitslosenquote von über 20 %. Für die Situation in Italien sind große regionale Unterschiede kennzeich-

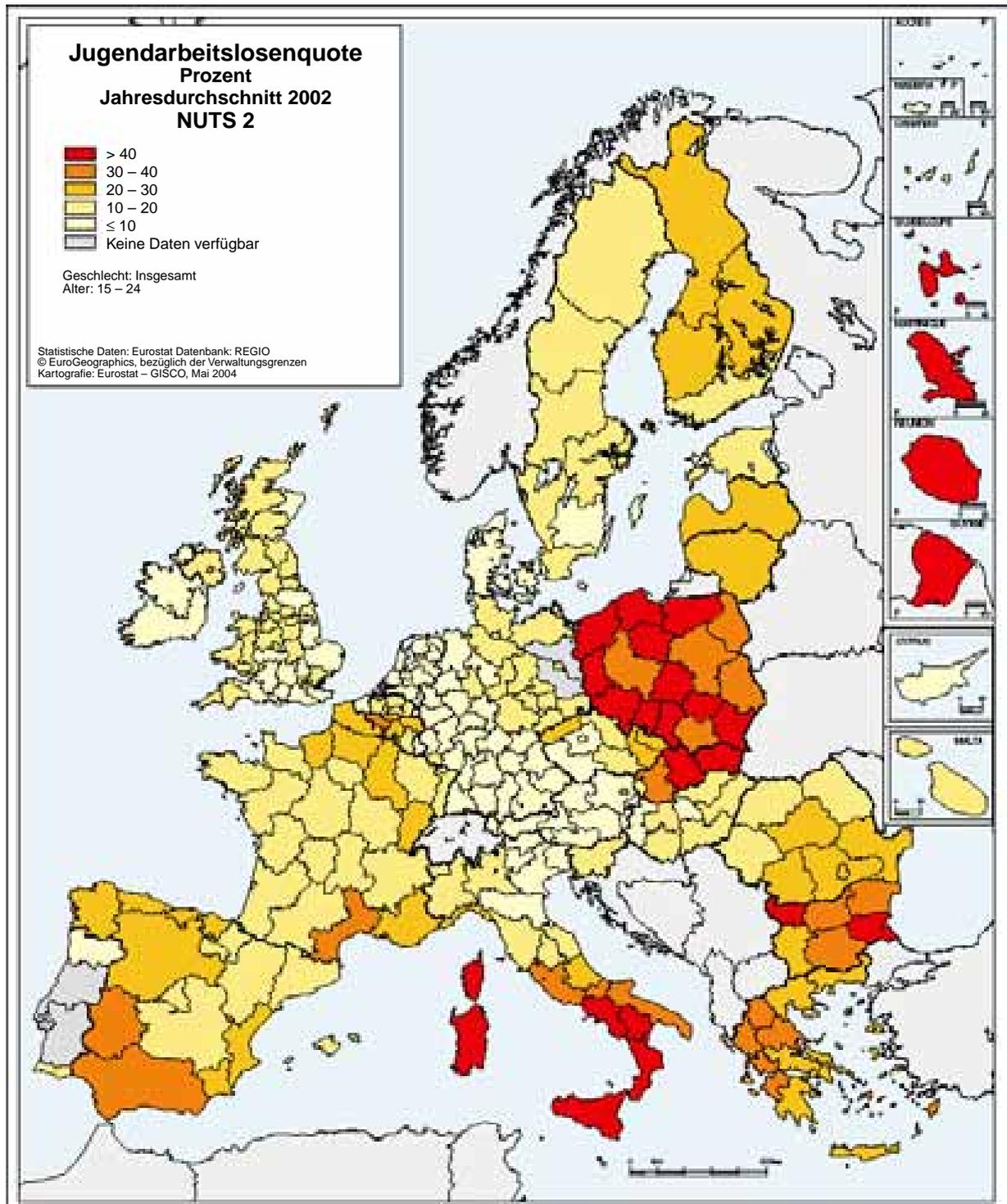
nend – von den sechs Regionen dieser Kategorie wiesen Campania und Calabria über 30 % auf. In Deutschland war die Frauenarbeitslosigkeit in den Regionen der ehemaligen DDR merklich höher.

# Jugendarbeitslosigkeit

Die Jugendarbeitslosenquote gibt den prozentualen Anteil der Arbeitslosen der Altersgruppe der 15- bis 24-Jährigen an der Erwerbsbevölkerung dieser Altersgruppe an. Karte 5.8 zeigt für die Jugendarbeitslosigkeit ein ähnliches Muster wie für die Arbeitslosigkeit von Frauen. Jedoch besteht zwischen den früheren EU-15-Staaten (14,9 %) und den neuen

Mitgliedstaaten (32,4 %), Bulgarien (37,2 %) und Rumänien (23,3 %) ein größerer Unterschied.

In den ehemaligen EU-15-Staaten wurde in Italien (27,2 %) und Griechenland (26,5 %) eine Jugendarbeitslosenquote von über 25 % beobachtet, während sie in Dänemark (7,4 %), Deutschland (9,7 %), Irland (7,8 %), Luxemburg (7,0 %), Österreich (6,2 %) und den Niederlanden (5,0 %) unter 10 % lag. In den neuen Mitgliedstaaten wiesen nur Slowenien (16,5 %), Ungarn (12,4 %), Zypern



Karte 5.8

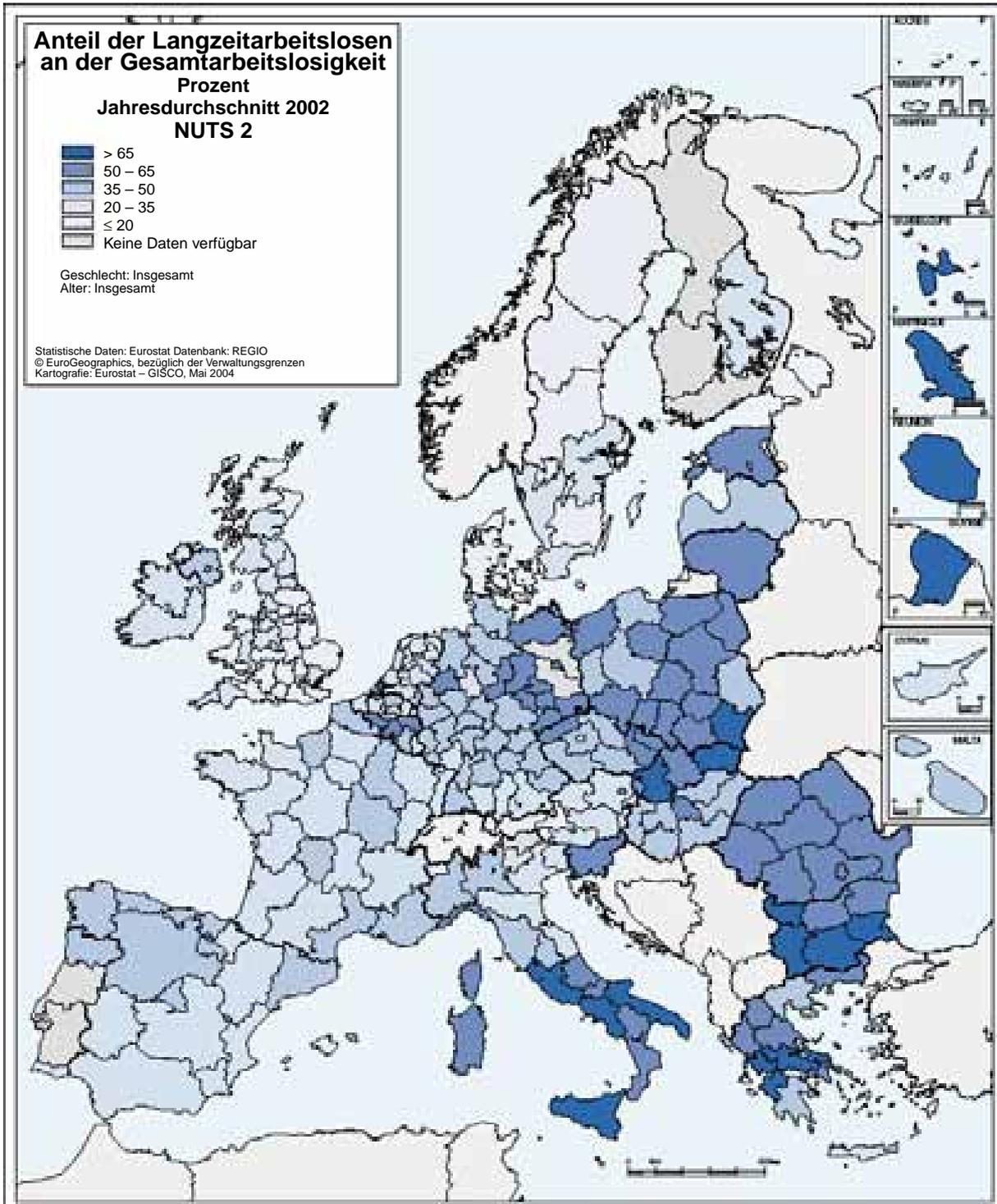
(7,7 %), Malta (15,3 %) und Estland (17,6 %) Werte von unter 20 % auf. Dieser Indikator war in Polen (42,5 %) am höchsten.

In der erweiterten EU und in Bulgarien und Rumänien lag die Jugendarbeitslosigkeit in 76 Regionen unter 10 %. Dagegen wurden in Bulgarien (Severozapaden), Frankreich (Guadeloupe, Martinique), Italien (Campania, Calabria, Sicilia) und Polen (Dolnośląskie, Lubuskie, Warmińsko-Mazurskie,

Zachodniopomorskie) regionale Jugendarbeitslosenquoten von über 50 % beobachtet.

## Langzeitarbeitslosigkeit

Die Langzeitarbeitslosenquote bezeichnet den prozentualen Anteil der Personen, die ein Jahr oder län-



Karte 5.9

ger arbeitslos sind, an der Summe der Personen, die weniger als ein Jahr arbeitslos sind, und der Personen, die ein Jahr oder länger arbeitslos sind.

2002 wurden in fünf schwedischen Regionen, 17 britischen Regionen, drei österreichischen Regionen (Salzburg, Tirol, Vorarlberg), einer spanischen Region (Illes Balears), einer italienischen Region (Valle d'Aosta) und Dänemark relativ niedrige Langzeitarbeitslosenquoten (unter 20 %) verzeichnet.

Trotz der hohen Jugend- und Frauenarbeitslosigkeit in der spanischen Region Andalucía gab es dort eine

relativ niedrige Langzeitarbeitslosenquote. In Slowenien zeigte sich jedoch eine gegenteilige Situation.

Eine Langzeitarbeitslosenquote von über 65 % wurde in vier bulgarischen Regionen (Severozapaden, Jugozapaden, Yuzhen tsentralen, Yugoiztochen), allen vier französischen Überseeregionen, in vier italienischen Regionen (Lazio, Campania, Puglia und Sicilia), zwei griechischen Regionen (Dytiki Ellada und Sterea Ellada), zwei slowakischen Regionen (Západné Slovensko und Východné Slovensko) und in der polnischen Region Podkarpackie beobachtet.





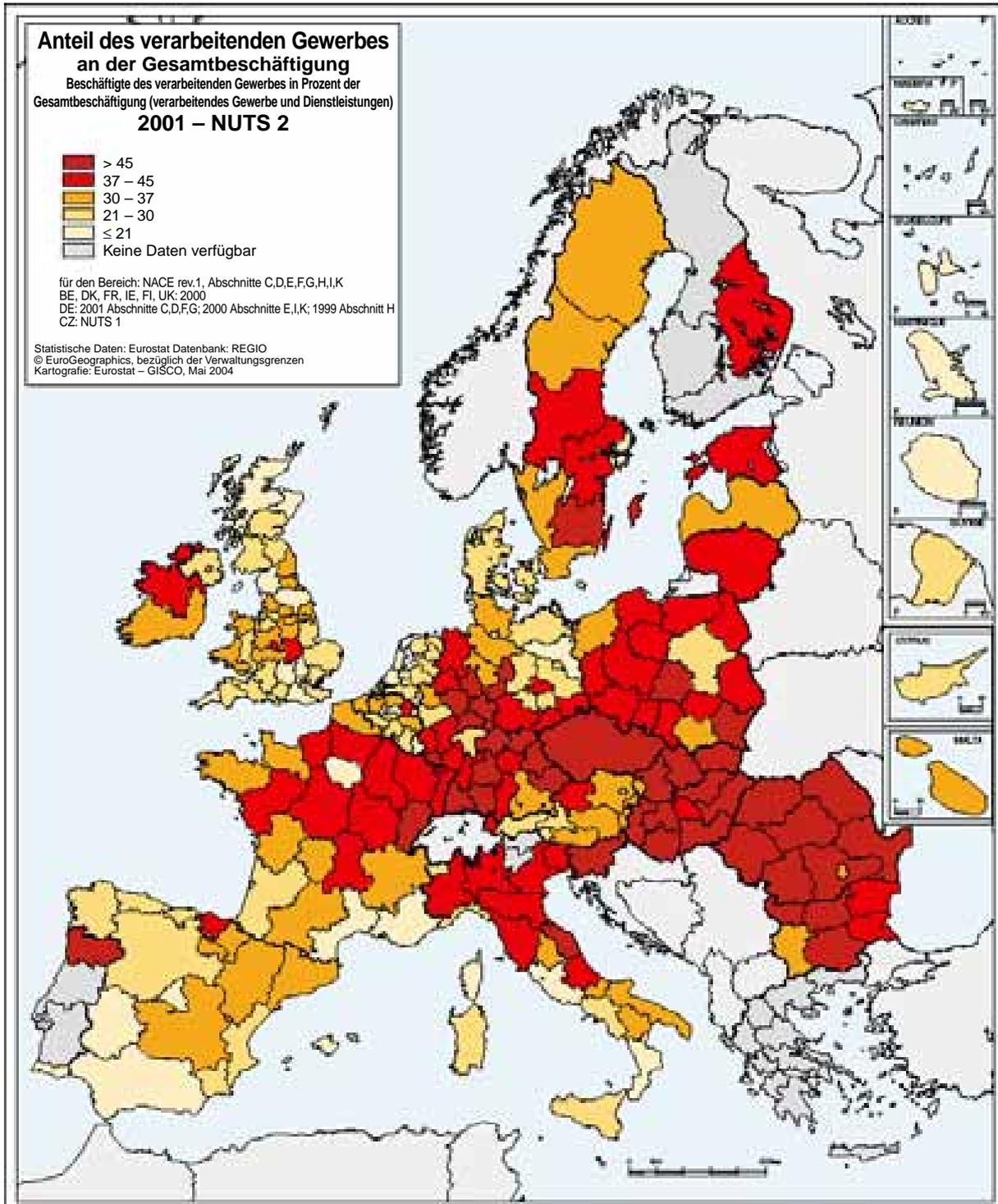
# Einführung

Die regionalen Unternehmensstatistiken werden ausgehend von den Angaben der Unternehmen selbst aufgestellt. Sie sind daher unentbehrlich, um einen umfassenden Einblick in die Wirtschaftstätigkeit in den Regionen Europas zu gewinnen.

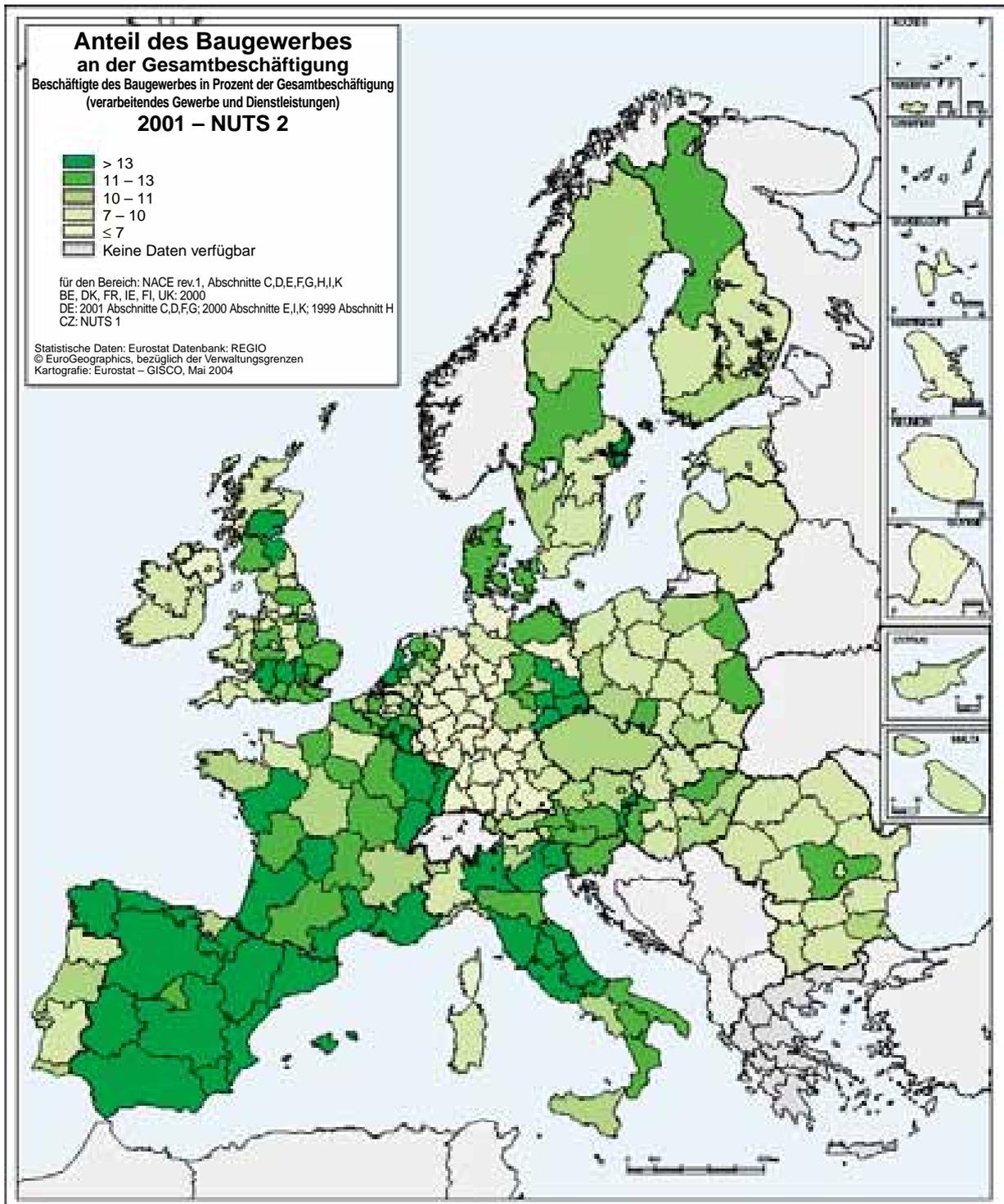
Wie wirken sich die Handels- und die Regionalpolitik der Europäischen Union auf die Wirtschafts-

struktur der Regionen aus? Wie entwickelt sich die gewerbliche Beschäftigung in den Regionen? Wie hoch sind das Lohn- und Gehaltsniveau und die Investitionsquote in einer Region und einem bestimmten Wirtschaftssektor?

Eine genaue Strukturanalyse der Sektoren der europäischen Wirtschaft ist nur auf regionaler Ebene möglich, denn häufig konzentriert sich die wichtigste Industrie eines Landes auf einige wenige Regionen. Umgekehrt kann es durchaus sein, dass in ei-



Karte 6.1



**Karte 6.2**

nem ansonsten sehr dynamischen Land einige Regionen in ihrer Entwicklung zurückbleiben, weil bestimmte ihrer Schlüsselsektoren von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen sind.

Die regionalen Unternehmensstatistiken umfassen sämtliche Mitgliedstaaten der EU, auch die zehn Länder, die der Union am 1. Mai 2004 beigetreten sind.

Die Karten 6.1 bis 6.9 basieren auf den regionalen strukturellen Unternehmensstatistiken, die in New-

Cronos in der Domäne SBS (theme4/sbs/region) sowie in der Domäne Regio (theme1/regio/sbs-r) verfügbar sind. Die hier abgebildeten Karten geben nur einen begrenzten Einblick in die verfügbaren regionalen Unternehmensstatistiken; die komplette Datenbank ist sehr viel umfangreicher.

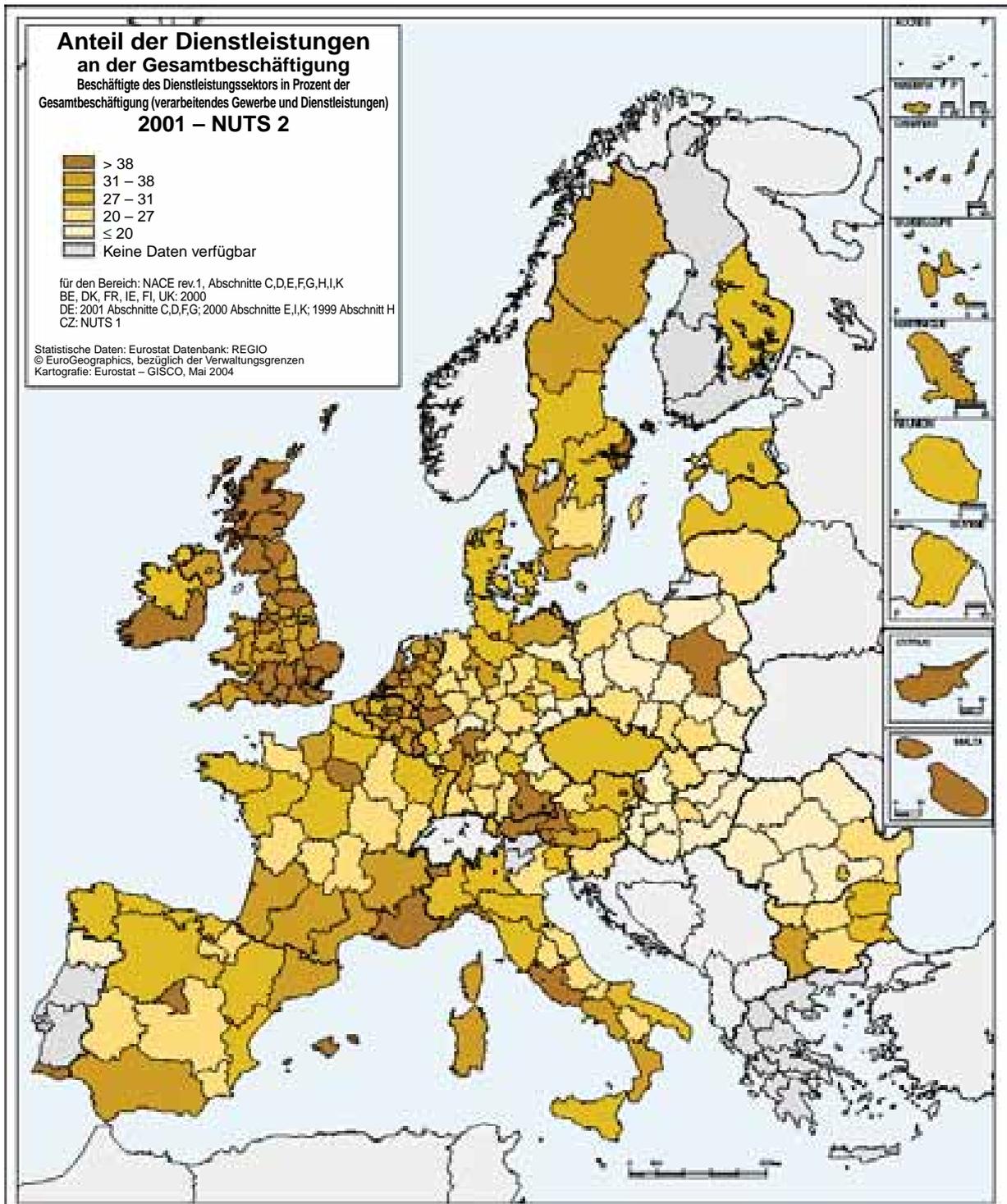
Aus den Karten 6.1 bis 6.4 geht hervor, wie groß der jeweilige Anteil der wichtigsten Wirtschaftszweige Industrie, Baugewerbe, Handel und Dienstleistungen in den Regionen ist. Die Karten 6.5 und 6.6 ent-



gen Anteile der wichtigsten marktbestimmten Wirtschaftszweige.

Traditionell wird die deutsche Wirtschaft mit ihrem Schwerpunkt auf dem verarbeitenden Gewerbe der stärker dienstleistungsorientierten britischen Wirtschaft gegenübergestellt. Dieses nationale Muster lässt sich relativ unverändert auch auf die lokale Ebene in beiden Ländern übertragen. Einige wenige

Regionen des Vereinigten Königreichs, insbesondere in der Mitte und im Westen des Landes (u. a. Leicestershire, Rutland and Northamptonshire sowie West Wales and The Valleys) sind jedoch fast ebenso stark industriell geprägt wie die Regionen Deutschlands. Zudem ist die Industrie vor allem im Westen Deutschlands vorherrschend, während der Osten relativ stärker durch das Baugewerbe und die herkömmlichen Dienstleistungen geprägt ist.



Karte 6.4

Frankreich weist in dieser Hinsicht ein Muster auf, das in Europa nahezu einzigartig ist. Dort ist die Zahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor in der Umgebung der Hauptstadt im Vergleich zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen des Landes besonders groß. Dieser hohe Anteil der Erwerbstätigen im Dienstleistungssektor in der Region Île-de-France, der mit einer hohen Bevölkerungsdichte in dieser Region einhergeht, erklärt sich durch die Tatsache, dass die großen Industrieregionen gegenwärtig sehr weit von der Hauptstadt entfernt liegen. Aus Karte 6.5 ist ersichtlich, dass die Beschäftigten im Dienstleistungssektor dieser Region eher höher qualifiziert sind als die Beschäftigten in den übrigen Regionen Frankreichs.

Die Regionen an der Mittelmeerküste sind besonders stark dienstleistungsorientiert. Dieser Bereich erstreckt sich in einem Band von der Algarve in Portugal über Andalusien, die Region Provence-Alpes-Côtes d'Azur, Lazio und Campania bis nach Kalabrien in Süditalien. Korsika und Sardinien weisen ebenfalls eine hohe Beschäftigungsdichte im Dienstleistungssektor auf. Wie ist nun diese Verteilung der Beschäftigung im Dienstleistungssektor zu interpretieren? Auf der einen Seite sind diese Regionen stark auf den Fremdenverkehr ausgerichtet, auf der anderen Seite sind sie noch sehr von den traditionellen und beschäftigungsintensiven Sektoren geprägt, wie z. B. dem Einzelhandel oder dem Seeverkehr. So ist Süditalien, wie aus der Karte zum Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Kapitel 3 ersichtlich, kaum in der Lage, mit dem Norden des Landes wirtschaftlich Schritt zu halten, wo die hohe Industrialisierung die wirtschaftliche Dynamik unterstreicht.

In Italien, Frankreich und Spanien besteht ein klarer Gegensatz zwischen einer industriell geprägten Zone im Norden und einer Zone im Süden, die mehr von Handel und Dienstleistungen dominiert wird. In Frankreich ist der Dienstleistungssektor in den Regionen Languedoc-Roussillon und Provence-Alpes-Côtes d'Azur stark ausgeprägt.

Belgien, die Niederlande und der Norden Schwedens sind ebenfalls stark dienstleistungsorientiert. In den Niederlanden ist die Handels- und Verkehrstätigkeit insbesondere um die Hafenzonen von Amsterdam und Rotterdam, also in den Regionen Noord-Holland und Zuid-Holland, besonders intensiv.

Die Regionen der neuen Mitgliedsländer der Europäischen Union sind im Allgemeinen stärker industrialisiert als der EU-Durchschnitt. Gleichwohl ist der Dienstleistungssektor in Lettland und in der Region Mazowiecka in Polen vorherrschend.

## Generell bessere Bezahlung in der Umgebung der Hauptstädte, vor allem in der Industrie

Auf den Karten 6.5 und 6.6 sind die Durchschnittslöhne für den Dienstleistungssektor im umfassenden Sinne (einschließlich Handel) bzw. für die Industrie im weiteren Sinne (einschließlich Baugewerbe) dargestellt.

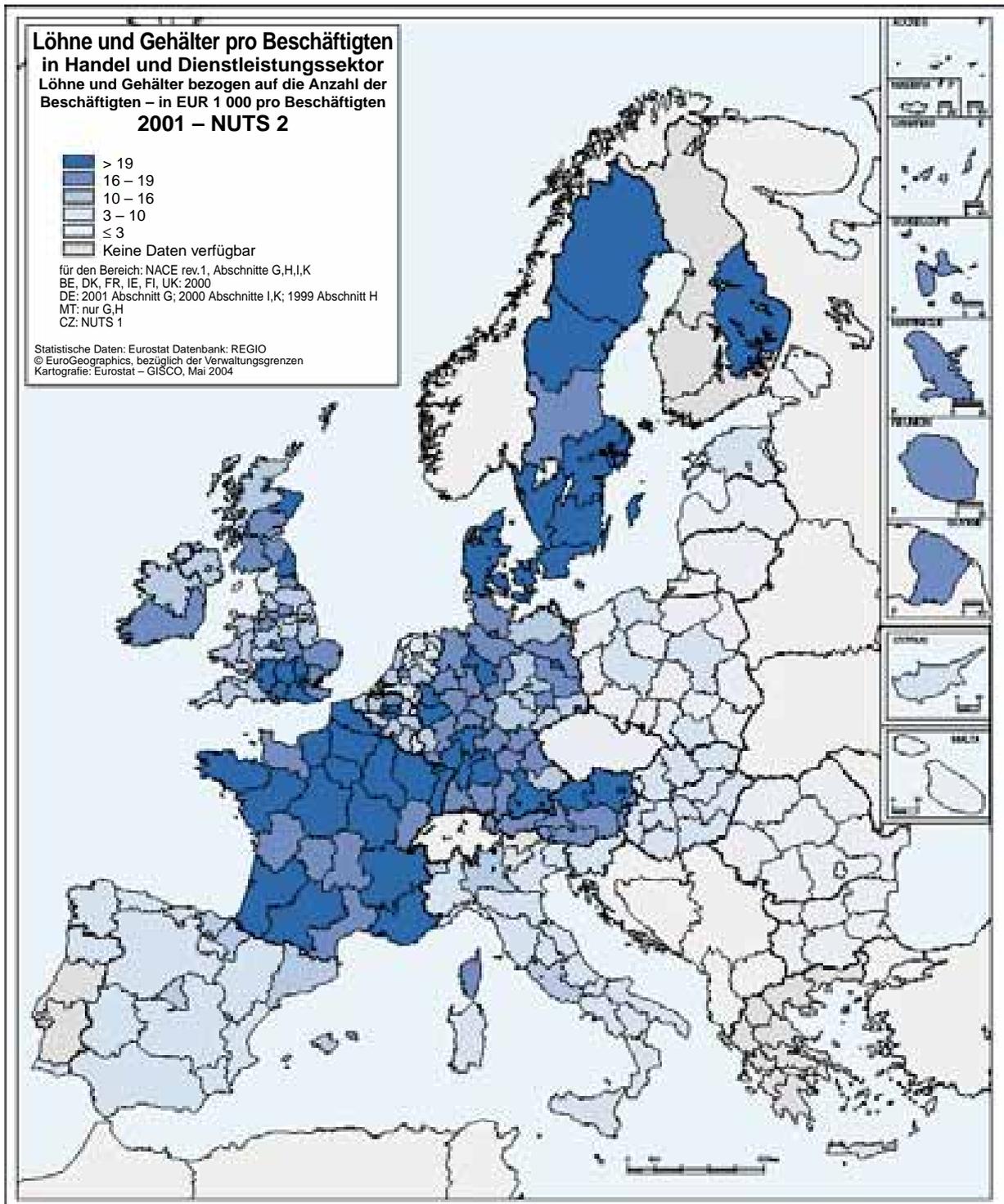
Der Pro-Kopf-Lohn, d. h. der Durchschnittslohn, den eine Arbeitskraft in diesem Wirtschaftszweig bezieht, ist ein guter Gradmesser für die Qualifikation der Beschäftigten in der Industrie der untersuchten Region. Je nach Einschätzung des Beobachters kann ein gehobenes durchschnittliches Lohnniveau in einer Region oder einem Land, wie bereits angedeutet, als Anzeichen einer hohen Qualifikation der Arbeitskräfte oder aber als Wettbewerbsnachteil für die jeweilige Region gedeutet werden.

Insgesamt ist es erstaunlich, wie groß die Unterschiede bei den Löhnen und Gehältern in Europa im Allgemeinen und in der Eurozone im Besonderen sind. In einer einheitlichen Währungszone können die Unterschiede in der Bezahlung oder in der Produktivität nicht mehr durch Wechselkursschwankungen verdeckt werden. Zwar ist das Lohnniveau bei weitem nicht das einzige Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit in Europa, doch kommt man nicht umhin festzustellen, dass diese große Kluft zwischen den europäischen Regionen auf längere Sicht in einem Wirtschaftsraum, in dem Freizügigkeit der Arbeitnehmer und freier Warenverkehr herrschen, nicht ohne wirtschaftliche Konsequenzen bleiben kann.

Insbesondere liegen die Durchschnittslöhne in Italien, Spanien und Portugal unter 15 000 EUR pro Kopf, hiervon hebt sich keine Region durch deutlich höhere Löhne ab.

Allerdings können die Durchschnittslöhne innerhalb eines Landes äußerst ungleich zwischen den einzelnen Regionen ausfallen. So werden Arbeitnehmer in der Region Île-de-France deutlich besser bezahlt als ihre Kollegen in den übrigen Regionen Frankreichs. In dieser Region konzentrieren sich nämlich sehr viele qualifizierte Arbeitskräfte, außerdem haben dort viele große Firmen ihren Hauptsitz. Auch in Finnland werden in der Region Uusimaa viel höhere Löhne bezahlt als im übrigen Land. Generell liegen die Löhne in den hauptstadtnahen Regionen höher als in den übrigen Regionen; eine Aus-





**Karte 6.5**

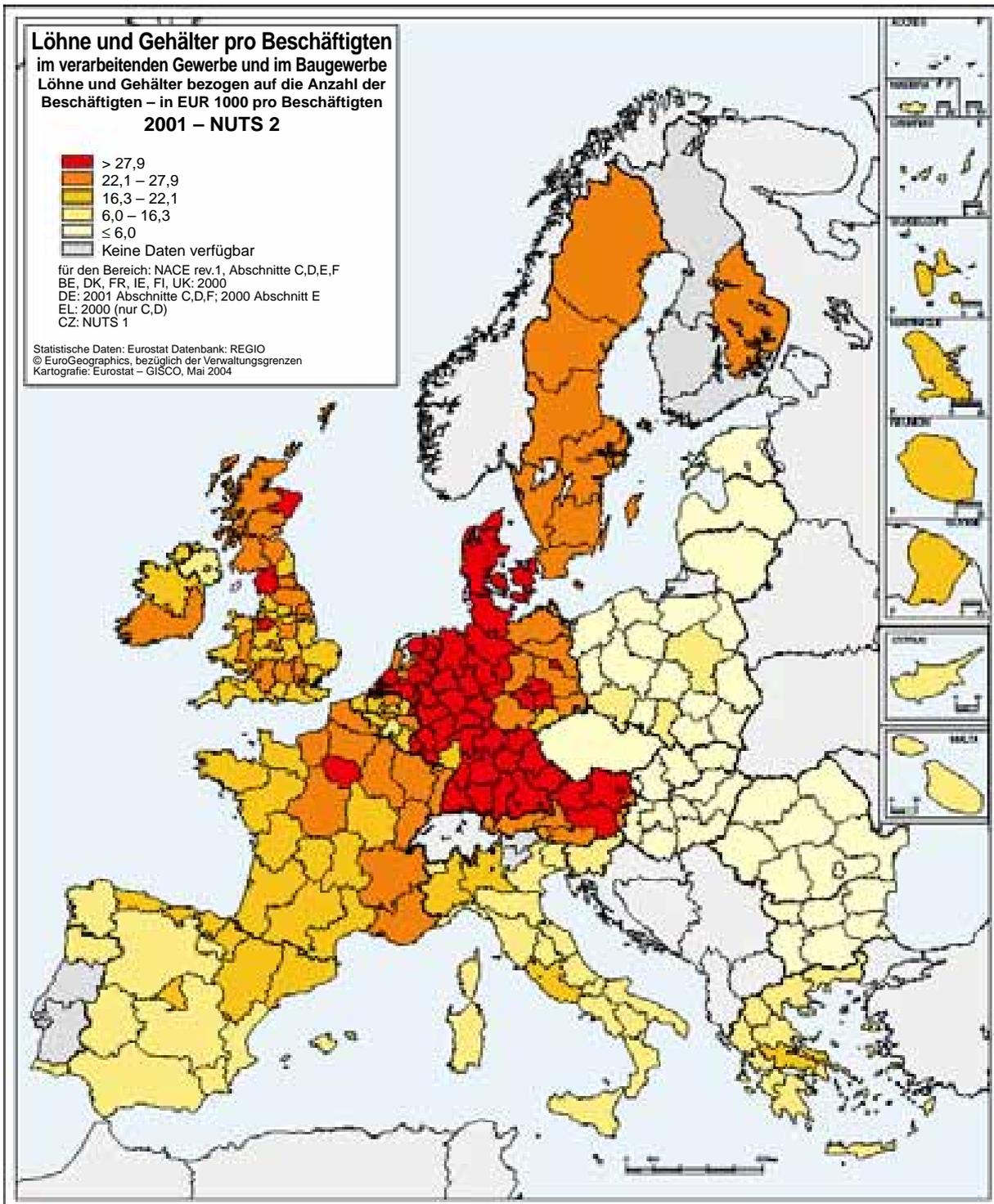
nahme bilden Portugal und die Region Lisboa e Vale do Tejo, in der auch Lissabon liegt.

Dieses Lohngefälle zwischen den Hauptstädten und dem übrigen Landesgebiet ist besonders ausgeprägt in der Industrie, während es deutlich geringer im Dienstleistungssektor und im Handel ausfällt, wo die Löhne zwischen den Regionen gleichmäßiger verteilt sind.

Eine gewisse Analogie zu Nordeuropa weisen offensichtlich Spanien und Italien auf, wo die Löhne im

Norden des Landes höher sind. In Italien ist das höhere Lohnniveau in Norditalien und in der Lombardei teilweise durch einen sektoralen Effekt zu erklären: In der Industrie im Norden ist die Produktivität höher und werden die Beschäftigten besser bezahlt als in den traditionell geprägten Regionen im Süden Italiens.

In Deutschland sind die Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern niedriger als in den alten. Faktisch unterscheidet sich das Gebiet der früheren



**Karte 6.6**

Bundesrepublik nicht nur von der früheren DDR, sondern auch vom übrigen Europa durch die recht hohen Löhne und Gehälter in allen Regionen, insbesondere in den Regionen Stuttgart und Darmstadt (einschließlich des Finanzzentrums Frankfurt). Dieses hohe Lohn- und Gehaltsniveau ist vor allem auf die Art der Tarifverhandlungen in Deutschland zurückzuführen, bei der die Gewerkschaften ein großes Gewicht haben. Dies ist ein besonderes Merkmal des deutschen Kapitalismus, einem Modell, bei dem Flächentarifverträge für ganze Wirtschafts-

zweige gegenüber Firmentarifverträgen deutlich vorherrschen. Dieses Modell steht im Gegensatz zum angelsächsischen Kapitalismus.

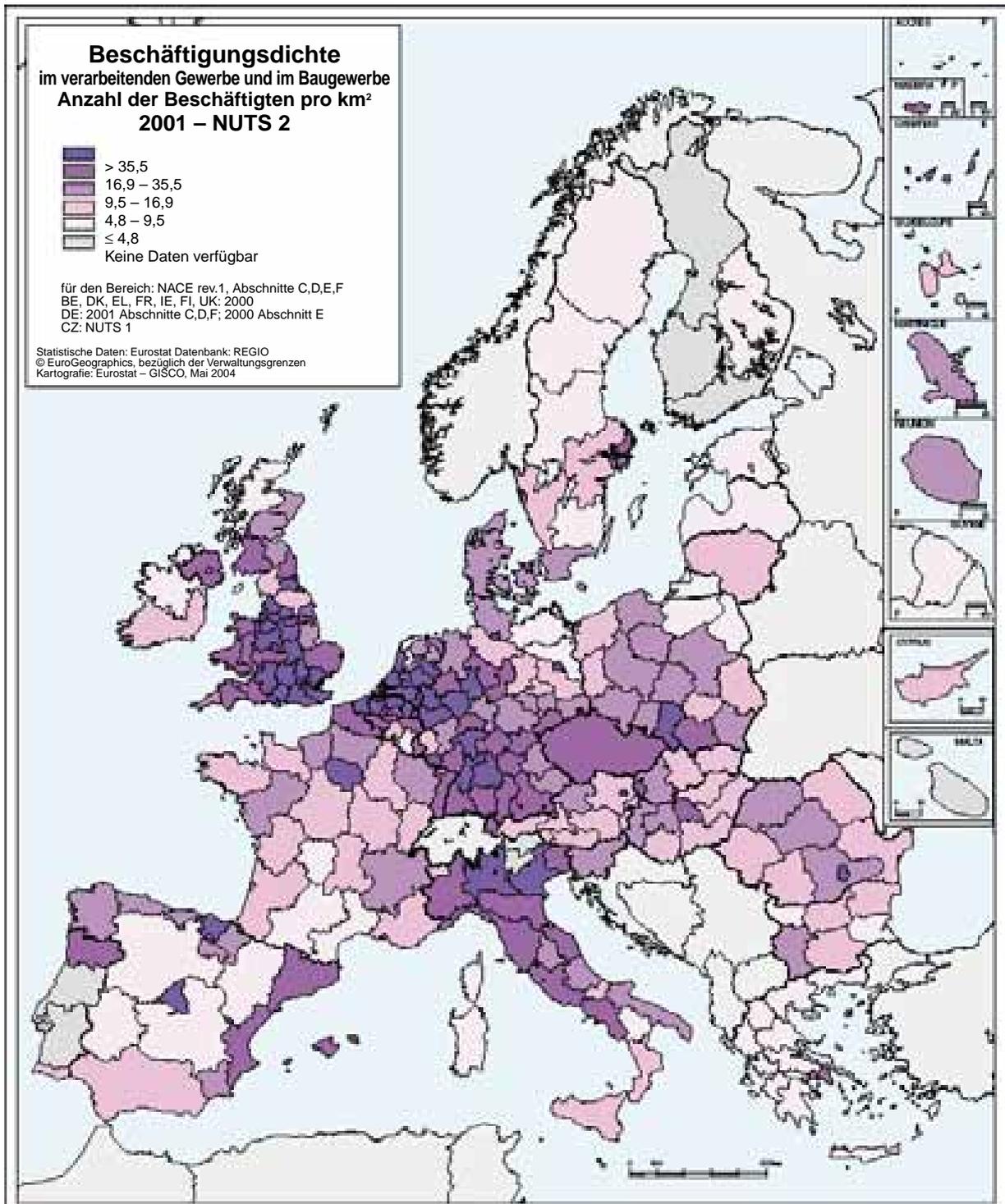
Nutzer, die sich für weitere Details interessieren, können diese Studie zum Lohn- und Gehaltsniveau in den Regionen unter Verwendung der Datenbank Regio nach Sektoren aufschlüsseln. Die Wettbewerbsfähigkeit der verschiedenen Regionen lässt sich nämlich vor allem auf der Ebene der einzelnen Sektoren beurteilen. So kann der Nutzer beispiels-

weise das relative Lohn- und Gehaltsniveau in der Automobilindustrie im Piemont (Italien) und in der Region Niedersachsen (Deutschland) verglichen.

In sämtlichen Regionen der neuen Mitgliedsländer liegen die durchschnittlichen Löhne und Gehälter deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Der Unterschied wird noch dadurch verstärkt, dass in dieser Studie die Gehälter in Euro, unter Verwendung des jahresdurchschnittlichen nominellen Wechselkurses berechnet wurden, d. h. ohne Berücksichtigung von

Kaufkraftparitäten. Falls die Kaufkraftparitäten mit einfließen würden, wäre der Gehaltsunterschied zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten mit Sicherheit geringer ausgefallen. Dennoch zeigt die Tabelle der regionalen BIP, dass selbst bei Berücksichtigung der Kaufkraftparitäten die Regionen der neuen Mitgliedsländer insgesamt ärmer als jene der alten Mitgliedstaaten sind.

Das Lohnniveau in den neuen deutschen Bundesländern ist indessen völlig vergleichbar mit dem in den

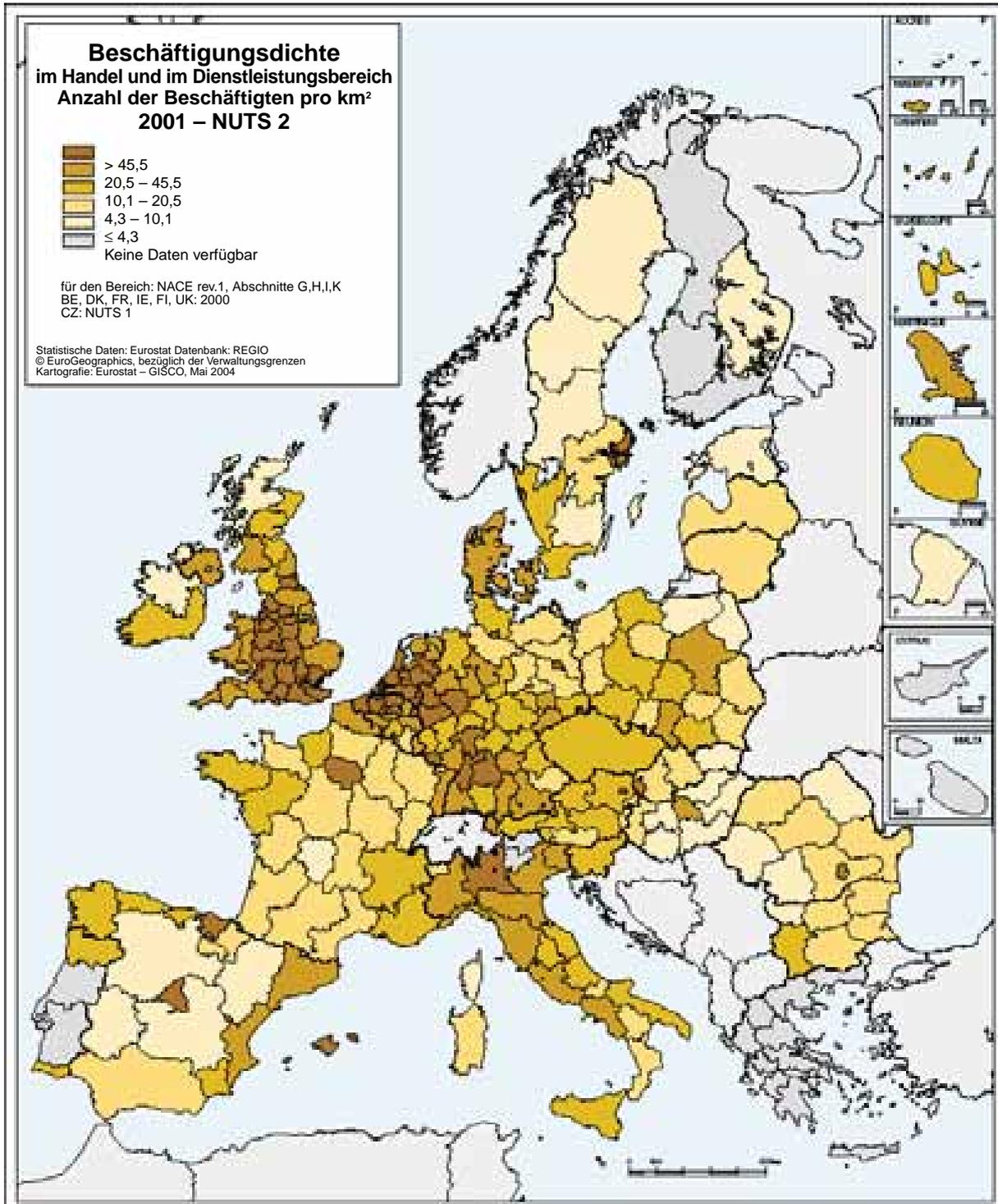


Karte 6.7

neuen Mitgliedsländern (die der Europäischen Union am 1.5.2004 beigetreten sind). In Slowenien oder in der polnischen Region Śląsk verdienen die Arbeitnehmer sogar mehr als im deutschen Bundesland Thüringen.

## Regional ungleiche Verteilung der Industriearbeitsplätze

Die Karten 6.7 und 6.8 weisen die Beschäftigungsdichte in der Industrie und im Dienstleistungssektor aus, d. h. die Anzahl der Arbeitsplätze in diesen beiden Sektoren pro Quadratkilometer. Der Begriff In-

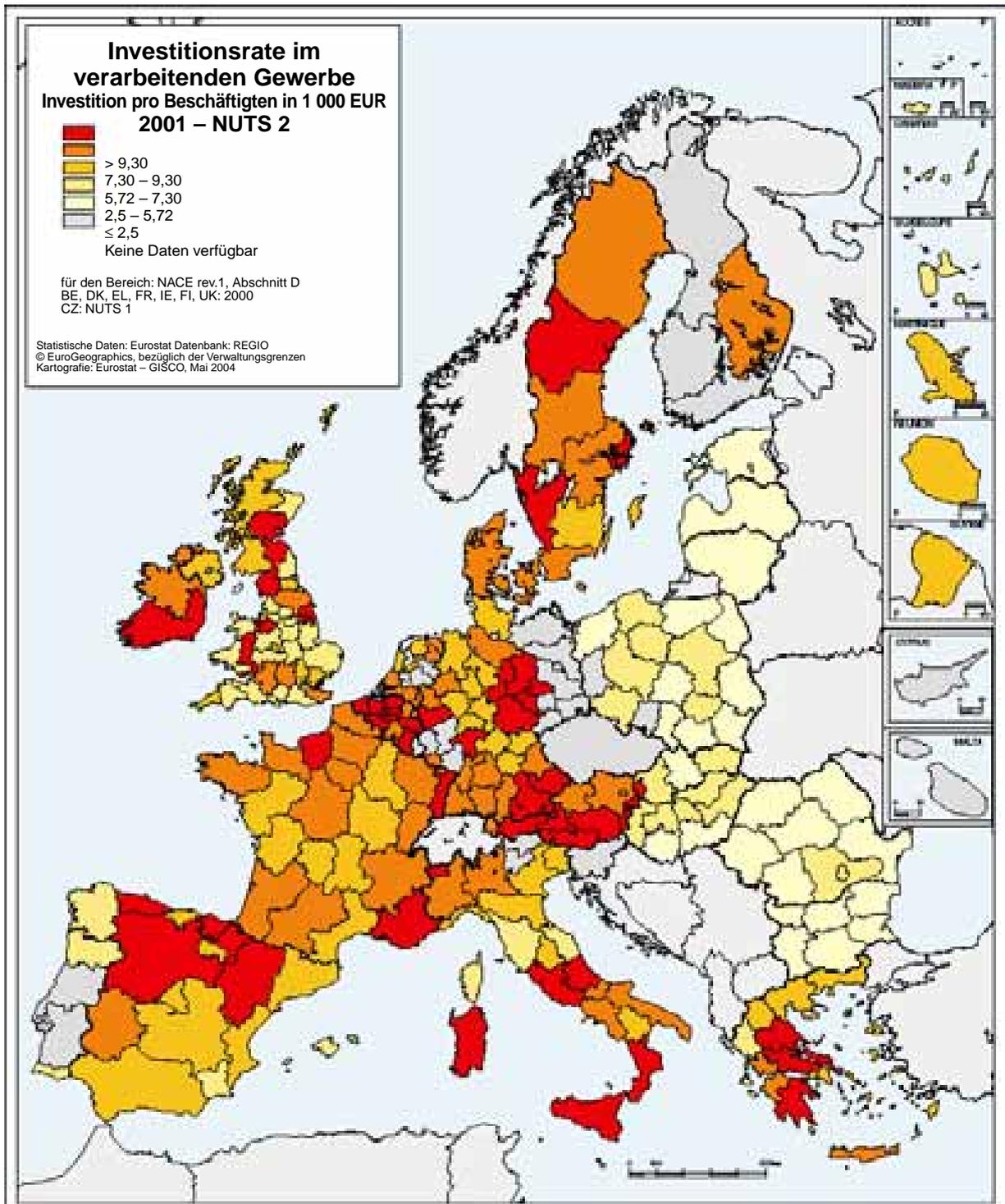


Karte 6.8

Industrie ist hier weit gefasst und schließt die Abschnitte C, D, E und F der NACE-Systematik Rev.1 ein, d. h. Bergbau, verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe. Die Regionen mit hoher Beschäftigungsdichte sind im Allgemeinen häufig auch die Regionen mit hoher Bevölkerungsdichte, aber wie oben schon deutlich wurde, kann eine Region auch wenige Arbeitsplätze in der Industrie, aber zahlreiche Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor aufweisen. Zudem können sich die Industrie und das Dienstleistungsgewerbe auch sehr gut parallel in ei-

ner Region entwickeln, insbesondere da die Industrie im Verlauf der letzten Jahrzehnte einen beträchtlichen Teil ihrer Dienstleistungstätigkeiten ausgelagert hat.

Norditalien, Westdeutschland, Belgien und die Niederlande sind stark industrialisierte Regionen mit einer Beschäftigungsdichte, die meist bei über 20 Industriebeschäftigten pro Quadratkilometer liegt. Ebenso sind die Ostküste Spaniens sowie die Regionen Madrid und Pais Vasco stärker industriell geprägt als das übrige Spanien.



Karte 6.9

Die Regionen in der Umgebung der Hauptstädte weisen in der Regel eine hohe Beschäftigungsdichte in der Industrie und im Dienstleistungssektor sowie gleichzeitig ein ziemlich hohes Lohnniveau auf, was gleichbedeutend mit höher qualifizierten Arbeitskräften ist. Dies gilt insbesondere für Paris mit der Region Île-de-France, für Madrid mit der Comunidad de Madrid und für Helsinki mit der Region Uusima. Häufig haben Unternehmen nämlich ihren Hauptsitz, in dem die Führungskräfte tätig sind, in der Hauptstadt.

Beschäftigungsdichte und höhere Löhne und Gehälter sind jedoch nicht zwangsläufig aneinander gekoppelt. So sind die Löhne in bestimmten Regionen in Mittelengland ziemlich niedrig, gleichzeitig besteht eine hohe Beschäftigungsdichte in der Industrie. In den East Midlands im Vereinigten Königreich oder in der Region Lisboa e Vale do Tejo in Portugal dominieren die beschäftigungsintensiven Industriezweige, folglich sind die Durchschnittslöhne dort trotz einer hohen Beschäftigungsdichte in der Industrie eher niedrig. Hingegen ist in der südlichen Region Southern and Eastern die industrielle Beschäftigungsdichte gering, doch das Lohnniveau hoch, wozu die starke Präsenz von großen internationalen Firmengruppen beiträgt.

Südpolen, besonders die Regionen Śląsk und Małopolska, die an die Stadt Krakau angrenzen, weisen ein besonders hohes Beschäftigungsniveau in der Industrie auf. Dies ist auch der Fall für Bukarest in Rumänien, die Region von Západne Slovensko um die slowakische Hauptstadt Pressburg und für die Region Yugozapaden im Südwesten von Bulgarien.

## Kapitalintensive Industriezweige in den Regionen

Karte 6.9 weist die Investitionsquote im verarbeitenden Gewerbe aus. Diese Quote entspricht der materiellen Investition in die industrielle Beschäftigung. Sie gibt folglich das Kapitalwachstum pro Arbeitnehmer in der Industrie in den Regionen wieder. Da die Investitionsquote zu starken Fluktuationen von einem Jahr zum anderen neigt, kann aus einer hohen Investitionsquote im Jahr 2000 nicht unbedingt eine endgültige Aussage über die Kapitalintensität einer Region abgeleitet werden. Dazu müssten die Investitionsflüsse über mehrere Jahre beobachtet werden, um daraus eventuell einen Kapitalstock berechnen zu können.

Die hier dargestellten Daten sind Unternehmensstatistiken, die sich, wie bereits erwähnt, klar von den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterscheiden. Es ist jedoch anzumerken, dass die Investitionen (neben dem Verbrauch der privaten Haushalte und der Außenbilanz) eine der drei Hauptkomponenten des Bruttoinlandsprodukts sind. Deshalb sind die Regionen, die am meisten investieren, häufig auch die wohlhabendsten, wie die Übereinstimmung mit der Karte auf Seite 38 deutlich macht, die das BIP pro Einwohner zeigt.

Einige Resultate werden dennoch deutlich. So wird in den neuen Bundesländern Deutschlands mehr investiert als in den alten Bundesländern, in denen die Leichtindustrie stärker vertreten ist. Besonders groß ist die Investitionstätigkeit in den Regionen Halle und Dresden. Ebenfalls ziemlich hoch im Vergleich zum europäischen Durchschnitt ist die Investitionsquote im Norden Italiens sowie in allen Regionen Österreichs mit Ausnahme der Hauptstadtregion Wien, insbesondere aber in der Region Kärnten. Besonders niedrig waren im Jahr 2000 dagegen die Investitionen der Industrieunternehmen im Süden und der Mitte des Vereinigten Königreichs im Gegensatz zu ihren irischen Pendanten.

Die relativ geringen Pro-Kopf-Investitionen in den Regionen der neuen Mitgliedsländer werden auch in diesem Fall noch weiter nach unten gedrückt, da der angewandte Wechselkurs die Kaufkraftparitäten nicht berücksichtigt. Anders ausgedrückt ist der Preis der Investitionsgüter in den 10 neuen Mitgliedsländern wahrscheinlich geringer, so dass das Investitionsniveau in diesen Ländern bei einer preisbereinigten Bewertung dem der anderen Mitgliedsländer näher kommen würde.

## Schlussfolgerung

Die Domänen SBS (theme4/sbs/region) und Regio (theme1/regio/sbs-r) bieten dem an regionalen Sekordaten interessierten Nutzer einen detaillierten und harmonisierten Einblick in die Wirtschaftstätigkeit der einzelnen Sektoren in den Regionen. Nutzer, die mehr darüber wissen wollen, können auf die komplette Datenbank zugreifen, von der die hier abgebildeten neun Karten nur einen kleinen Ausschnitt vermitteln. Insbesondere lassen die Daten einen Vergleich der Lohnkosten pro Kopf zwischen den verschiedenen Regionen in Europa zu und machen die relative Spezialisierung der Regionen in den verschiedenen Wirtschaftssektoren deutlich.

Hierzu ein Beispiel. Welches sind die wichtigsten Regionen in Europa im Bereich der chemischen Industrie? Um das herauszufinden, kann der Nutzer die Verteilung der europäischen Chemiearbeitsplätze auf die einzelnen Regionen betrachten. Er kann

aber auch innerhalb der verschiedenen Regionen den relativen Anteil der Beschäftigung in der Chemieindustrie gemessen an der industriellen Gesamtbeschäftigung ermitteln. Er kann die Investitionen betrachten, die in den Regionen in einem bestimmten Jahr vorgenommen werden, aber ebenso die in der Vergangenheit getätigten Investitionen, da In-

vestitionen einen stark zyklischen Charakter haben. Schließlich kann er die Beschäftigung in den Regionen mit der Zahl der örtlichen Einheiten vergleichen, was ihm eine gute Vorstellung von der Konzentration des Sektors und der mittleren Größe der örtlichen Einheiten des Sektors in der Region vermittelt.

### Methodik der regionalen Unternehmensstatistiken

Die von der SUS-Verordnung abgedeckte Grundgesamtheit umfasst sämtliche marktwirtschaftlichen Tätigkeiten außer Landwirtschaft und Fischerei und entspricht damit in etwa dem marktbestimmten Industrie- und Dienstleistungsbereich, wozu die Abschnitte C bis K der NACE Rev.1 gehören.

Die gemäß der SUS-Verordnung erfassten regionalen Daten betreffen die Anzahl der örtlichen Einheiten, die Löhne und Gehälter sowie die materiellen Investitionen.

Die **Beschäftigung** gibt die Zahl der beschäftigten Personen wieder. Darin sind alle Beschäftigten eingeschlossen, die in der untersuchten Einheit arbeiten, und alle, die außerhalb der Einheit arbeiten, jedoch zu der Einheit gehören und von ihr bezahlt werden.

Die **Löhne und Gehälter** umfassen alle Barbezüge und geldwerten Vorteile, die die Arbeitnehmer, einschließlich der Heimarbeiter, als Entgelt für ihre Arbeit im Verlauf des Geschäftsjahres erhalten, unabhängig davon, ob sie auf Stundenbasis, im Akkord oder nach Stückzahl, regelmäßig oder unregelmäßig bezahlt werden.

Als **Investitionen** gelten alle Investitionen in Sachanlagen während des Berichtszeitraums. Dazu gehören alle Güter, die von Dritten erworben oder für den Eigenbedarf produziert werden (z. B. Anlagegüter) und deren Nutzungsdauer mehr als ein Jahr beträgt.

Die regionalen Unternehmensstatistiken stehen im Wesentlichen ab dem Bezugsjahr 1995 zur Verfügung. Der Zeitraum 1995-1998 ist jedoch ein Übergangszeitraum bei der Umsetzung der Bestimmungen, in dessen Verlauf die nationalen Statistischen Ämter Anpassungen vorgenommen haben, um zu einem System zu kommen, das der EU-Ratsverordnung 58/97 entspricht.

Ab dem Bezugsjahr 1999, dem ersten Bezugsjahr nach dem Übergangszeitraum, ist die Verfügbarkeit der Daten – ebenso wie deren Qualität – deutlich besser. Als Beispiel seien die belgischen Daten von 1999 genannt, in denen zum ersten Mal die örtlichen Einheiten aller Unternehmen erfasst sind. In den vorhergehenden Jahren wurden in der belgischen Regionalstatistik die örtlichen Einheiten nur für Unternehmen mit über 20 Beschäftigten er-

fasst. Außerdem decken die deutschen Daten ab dem Bezugsjahr 2000 zum ersten Mal die Gesamtheit der örtlichen Einheiten ab, während in den vorhergehenden Jahren nur die örtlichen Einheiten von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten erfasst wurden.

Die Regionalstatistik bildet die dritte von vier Säulen der SUS-Datenerhebung. Die beiden ersten Säulen sind die Erhebung auf nationaler Ebene und die Erhebung nach Größenklassen (insbesondere die Ergebnisse für die kleinen und mittleren Unternehmen). Die letzte Säule bilden schließlich die weiteren strukturellen Erhebungen (wie z. B. die statistische Erfassung der Ausgaben in Zusammenhang mit dem Umweltschutz).

Die regionalen Unternehmensstatistiken werden nach Regionen (Ebene NUTS 2) und Wirtschaftstätigkeiten (NACE Rev. 1, 2- oder 3-stellige Ebene, je nach Sektor) gegliedert. Die erfasste Grundgesamtheit ist die gewerbliche Beschäftigung der nichtfinanziellen Sektoren, also NACE Rev. 1 C bis K, mit Ausnahme von Abschnitt J, der die Finanzsektoren umfasst.

Die statistische Erhebungseinheit ist die örtliche Einheit. In den meisten Fällen wird die Haupttätigkeit der örtlichen Einheit auf örtlicher Ebene berechnet. Für einige Länder ist jedoch die Erhebungseinheit das Unternehmen, zu dem die örtliche Einheit gehört, denn ein Industrieunternehmen kann sich ja aus mehreren örtlichen Einheiten zusammensetzen. Da die statistische Erhebungseinheit somit nicht für jede Erhebung dieselbe ist, können die nach Größenklassen gegliederten Resultate (die in NewCronos in der Domäne Sizclass (theme4/sbs/sizclass) verfügbar sind) und die nach Regionen gegliederten Resultate mehr oder weniger divergieren, auch wenn die Größenordnung dieselbe ist. Diese Divergenz bedeutet jedoch in keinem Fall ein Qualitätsproblem für die eine oder die andere Erhebungsart.

Die Wertschöpfung hingegen wird gemäß der SUS-Verordnung nicht auf örtlicher Ebene erhoben. Sie wird auf Unternehmensebene und nicht auf der Ebene der örtlichen Einheit berechnet. Die Unternehmensstatistik unterscheidet sich von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (bei der ein regionales Bruttoinlandsprodukt berechnet wird) dadurch, dass die Statistiken direkt aus dem Datenmaterial resultieren und nicht Ergebnis einer Synthese auf wirtschaftlicher Ebene sind.



# Einführung

Die regionalen Gesundheitsindikatoren für die Europäische Union, die von Eurostat als Beitrag zur Festlegung von Gesundheitszielen entwickelt wurden, beruhen auf standardisierten Definitionen und Verfahren, die Vergleiche ermöglichen sollen. Um zuverlässige Vergleichsinformationen über den allgemeinen Gesundheitszustand der untersuchten Bevölkerung zu liefern, müssen die Daten zwischen den Regionen vergleichbar sein und die im Laufe der Zeit eingetretenen Änderungen widerspiegeln. Darüber hinaus müssen die wichtigsten nichtmedizinischen Gesundheitsfaktoren auf regionaler Ebene berücksichtigt werden.

Derzeit stehen regionale Gesundheitsstatistiken für zwei Hauptbereiche zur Verfügung. Zum einen liegen Daten zur Sterblichkeit nach Ursache vor, wobei die entsprechenden Krankheiten nach einer internationalen Klassifikation definiert und die Daten anhand vergleichbarer Methoden erhoben werden. Der überwiegende Teil dieses Kapitels befasst sich mit den Hauptursachen der Sterblichkeit in Europa – Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Krebserkrankungen, Erkrankungen des Atmungssystems und gewaltsamer Tod – und mit deren regionaler Verteilung. Eurostat erhebt außerdem Daten zur gesundheitlichen Infrastruktur im weitesten Sinne und zu den personellen Ressourcen im Gesundheitswesen. Der zweite Teil des Kapitels enthält eine Analyse dieser Daten, gefolgt von einer eingehenden Untersuchung methodischer Fragen im Bereich der regionalen Gesundheitsstatistik.

## Die Sterblichkeit in den EU-Regionen

Bei der Untersuchung der Gesamtsterblichkeit in der EU im Zeitraum 1999-2001 zeigt sich, dass Herz-Kreislauf-Erkrankungen die Haupttodesursache sowohl bei Frauen (44 % aller Todesfälle) als auch bei Männern (37 %) darstellen. Die zweithäufigste Ursache sind bösartige Neubildungen, auf die 29 % der Todesfälle bei den Männern und knapp 23 % bei den Frauen zurückzuführen sind.

Abgesehen von diesem sehr allgemeinen Bild variieren jedoch die Sterblichkeitsmuster beträchtlich zwischen den Regionen sowie nach Alter und Geschlecht. Zwar geben die rohen Sterbeziffern Aufschluss über das Verhältnis der Sterblichkeit zur Bevölkerungszahl, doch wird diese Größe sehr stark von der Altersstruktur der Bevölkerung beeinflusst. Es ist sinnvoll, das Phänomen der Bevölkerungsalterung wie auch die Unterschiede zwischen Frauen

und Männern bei der Lebenserwartung (Frauen leben überall in Europa länger) mit in Betracht zu ziehen. Anhand der altersstandardisierten Sterbeziffern, mit denen der Einfluss der Altersstruktur der Bevölkerung eliminiert wird, können geografische Unterschiede beim Sterberisiko nachgewiesen werden. Diese Sterbeziffern belegen die höhere Sterblichkeit der Männer. Bei ihnen ist generell eine Übersterblichkeit festzustellen; verglichen mit den Frauen erreichen ihre Sterbeziffern teils das Doppelte. Trotz dieser Unterschiede aber weisen in den meisten der am stärksten betroffenen Regionen beide Geschlechter hohe Sterbeziffern auf.

## Regionale Sterblichkeit von vielen Faktoren abhängig

Eine negative Entwicklung infolge der Wende ist die unvorhergesehene drastische Verringerung der Lebenserwartung in den osteuropäischen Ländern, die insbesondere die Männer betrifft. In den meisten der neuen Mitgliedstaaten sowie in Bulgarien und Rumänien ist – sowohl bei Frauen als auch bei Männern – die Gesamtsterblichkeit besonders hoch und die jeweilige nationale Tendenz zeigt sich mit sehr wenigen Ausnahmen auch überall in den Regionen. Von den westlichen Ländern erreichen ein solches Niveau annäherungsweise nur Irland und Portugal (sowohl bei Frauen als auch bei Männern), Belgien und Finnland (bei Männern) und Dänemark und das Vereinigte Königreich (bei Frauen).

Bei einer ausschließlichen Betrachtung der Regionen in den ehemaligen EU-15-Mitgliedstaaten ist festzustellen, dass die regionalen Ungleichheiten hier stärker ausgeprägt sind. Eine niedrige Sterblichkeit besteht im Süden, d. h. in Italien, Spanien und Griechenland. Portugal mit einer Übersterblichkeit in allen Regionen bildet hier eine Ausnahme. In Frankreich und Österreich stellt sich die Situation insgesamt ebenfalls günstig dar. In Deutschland ist nach wie vor ein klares Ost-West-Gefälle zu beobachten, denn die Sterblichkeit in den östlichen Regionen liegt deutlich höher. Für das Vereinigte Königreich lässt sich ein Nord-Süd-Gefälle feststellen, wobei die niedrigere Sterblichkeit in den südlichen Regionen zu finden ist. Die Regionen mit einer höheren Sterblichkeit sind häufig wirtschaftlich schwache Regionen. In Frankreich, im Vereinigten Königreich und in Deutschland weisen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen die Regionen der früheren Schwerindustriezentren die sich jetzt in der Umstrukturierung befinden, wie z. B. Nord-Pas-de-Calais, Lancashire, Yorkshire und das



Saarland, hohe Sterblichkeitsziffern auf. Mit diesem sozioökonomischen Faktor allein lässt sich jedoch die Höhe der Sterblichkeit nicht erklären.

Parallel zu den sozioökonomischen Faktoren und den Umwelteinflüssen, die häufig zusammenwirken, stellen auch die gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen eine wesentliche Determinante für die Unterschiede in der Sterblichkeit dar. Außerdem können regionale Ungleichheiten in der Sterblichkeit auch auf Unterschiede in der Wirksamkeit oder in der Möglichkeit der Inanspruchnahme der Gesundheitsfürsorge in der Europäischen Union hinweisen.

## Auffallend wenige tödliche Schlaganfälle in Frankreich

In der EU-25 sind Herz-Kreislauf-Erkrankungen die häufigste Todesursache sowohl bei Frauen als auch bei Männern, wobei die Sterblichkeit in den osteuropäischen Regionen besonders hoch ist. Es lässt sich eine generelle Übersterblichkeit der Männer feststellen und der Quotient aus Männer- und Frauensterblichkeit liegt in den NUTS-2-Regionen zwischen 1,1 und 1,9.

Bei den Herz-Kreislauf-Erkrankungen sind 22 % der Todesfälle bei Männern und 28 % der Todesfälle bei Frauen auf zerebrovaskuläre Erkrankungen zurückzuführen, die damit in dieser Kategorie nach den ischämischen Herzerkrankungen die zweithäufigste Todesursache darstellen. Die höhere absolute Zahl der durch Schlaganfall verursachten Todesfälle bei Frauen reflektiert sich in geringeren regionalen Unterschieden bei den altersstandardisierten Sterblichkeitsraten der Männer und Frauen, die in den meisten Regionen zwischen 1 und 1,4 variieren, wobei in einer Reihe von griechischen Regionen die Raten der Männer sogar noch niedriger sind als die der Frauen.

Lettland sowie bestimmte Regionen in Ungarn, Rumänien und Bulgarien weisen die höchste durch Schlaganfall verursachte Sterblichkeit bei Männern auf. Bei den Frauen stellt sich die Situation ähnlich dar, allerdings vermehren hier noch eine griechische und zwei portugiesische Regionen sehr hohe Sterblichkeitsraten. Auffallend sind die niedrigen Raten in ganz Frankreich, wo alle Regionen der nationalen Tendenz entsprechend eine unterdurchschnittliche Sterblichkeit verzeichnen. So beträgt die Rate für die französischen Frauen 35,3 und für die Männer 49, womit beide deutlich unter den EU-25-Werten liegen (50,6 bzw. 63,1). Eine niedrigere Sterb-

lichkeit durch Schlaganfall ist eher für die westlichen Länder kennzeichnend (Frankreich, Belgien, Niederlande und die westlichen Regionen Deutschlands), aber auch im Süden zu finden (Zypern, Teile von Italien und Spanien). Während in Spanien deutliche Unterschiede zwischen Nord und Süd bestehen, gibt es in Italien kein solch spezifisches Muster. In den Regionen im Vereinigten Königreich und in Skandinavien stellt sich die Situation ebenfalls sehr unterschiedlich dar, und benachbarte Regionen können durchaus eine sehr unterschiedliche Sterblichkeit infolge von Schlaganfall aufweisen.

Wie bei den ischämischen Herzerkrankungen gelten Übergewicht, Mangel an körperlicher Bewegung, Rauchen, Alkoholkonsum, Diabetes, Bluthochdruck und Stress im Allgemeinen als die wichtigsten Risikofaktoren, die das Auftreten eines Schlaganfalls begünstigen. Obwohl zu berücksichtigen ist, dass Unterschiede in der Totenscheinausstellung zu methodischen Unschärfen führen können, dürften sich die Unterschiede zwischen den Regionen auch durch das Ernährungsverhalten in den 15 bisherigen Mitgliedstaaten sowie durch die anhaltenden Auswirkungen der Wende in den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern erklären lassen.

## Darmkrebsraten spiegeln Ähnlichkeiten in den Ernährungsgewohnheiten wider

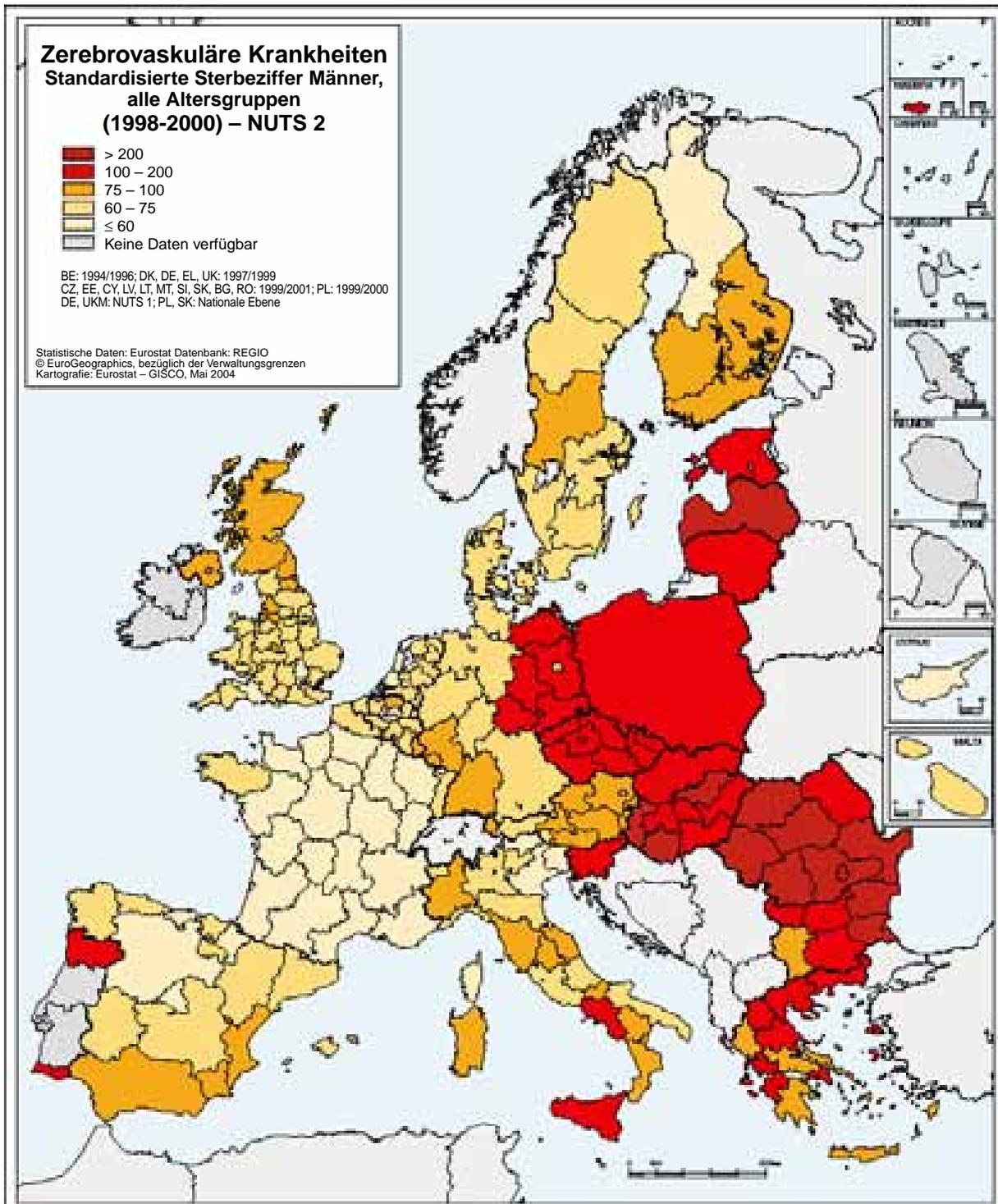
In den EU-25 macht der Darmkrebs mehr als 8 % aller bösartigen Neubildungen aus und ist daher eine der am häufigsten auftretenden Krebsarten, wobei die Sterblichkeit der Männer anderthalbmal höher ist als die der Frauen. In den am stärksten betroffenen Regionen jedoch (mit einer Sterblichkeitsrate der Männer von über 25) ist eine noch über dem Durchschnitt liegende Übersterblichkeit der Männer zu verzeichnen. Für die Männer in der EU-25 wird eine altersstandardisierte Sterblichkeitsrate von 16 angegeben, jedoch weisen einige ungarische und tschechische Regionen Werte von über 30 auf.

Eine ungesunde Ernährung, d. h. ein übermäßiger Konsum von Fett, Eiweiß, Fleisch und Alkohol, begünstigt die Entstehung von bösartigen Darmtumoren. Zu den Risikofaktoren gehören außerdem eine genetische Veranlagung und chronische Erkrankungen des Darmes wie Colitis ulcerosa und Morbus Crohn.

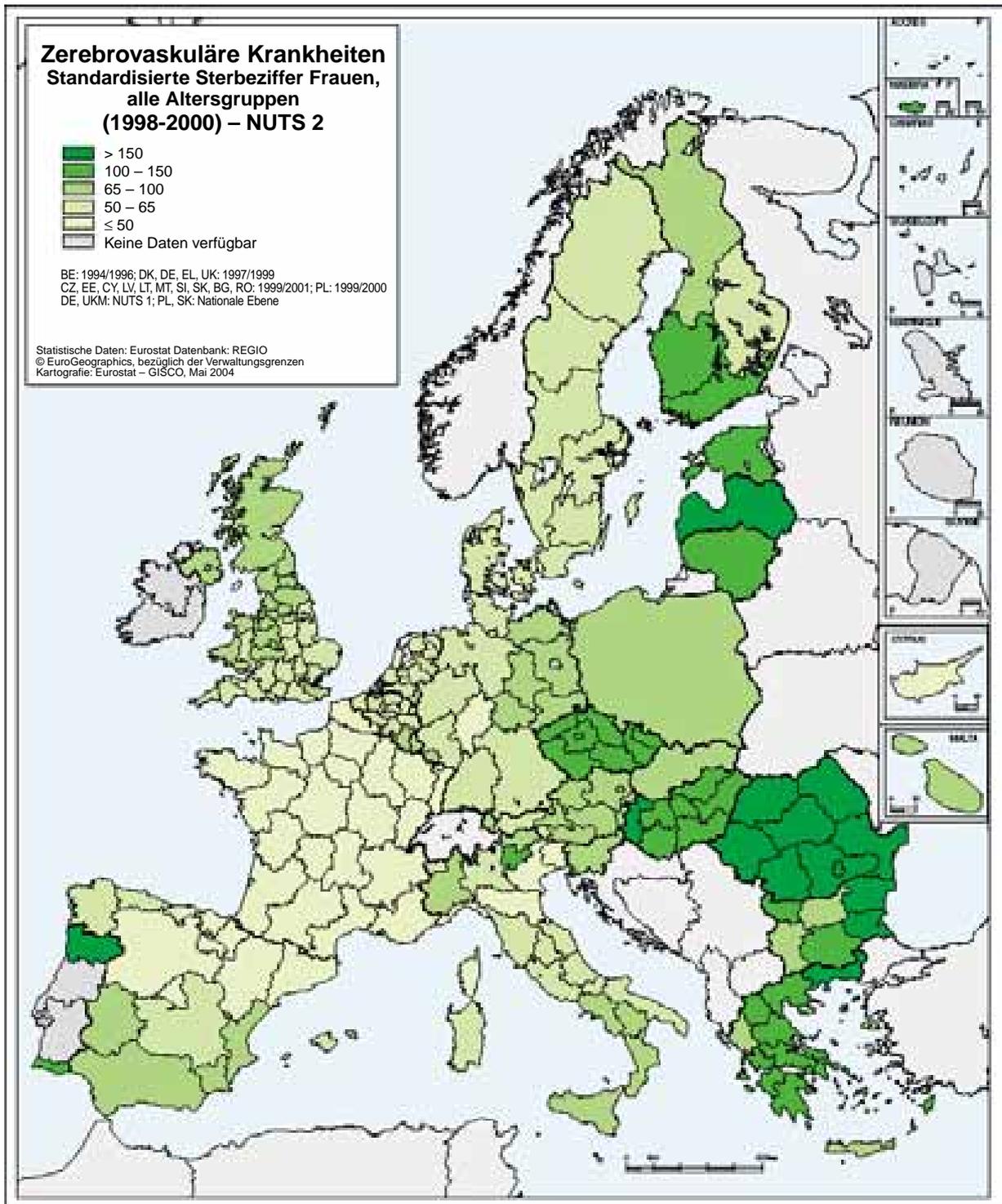
Eine Übersterblichkeit der Männer ist in einem Gebiet zu verzeichnen, das sich diagonal von der Nord-

see nach Ungarn erstreckt, während sowohl in den nördlichen als auch in den südlichen Regionen eine unterdurchschnittliche Sterblichkeit registriert wird. Im Norden ist in den baltischen Staaten wie auch in allen Regionen Finnlands und Schwedens die Männersterblichkeit infolge von Darmkrebs dauerhaft niedrig. Gleiches gilt für Regionen in Bulgarien und Griechenland, den Süden Italiens und Zypern. Das

Auftreten niedriger Sterblichkeit in solch zusammenhängenden Gebieten ist wahrscheinlich auf regionale Essgewohnheiten zurückzuführen, und auch länderübergreifend gibt es hier Ähnlichkeiten bei der täglichen Ernährung.



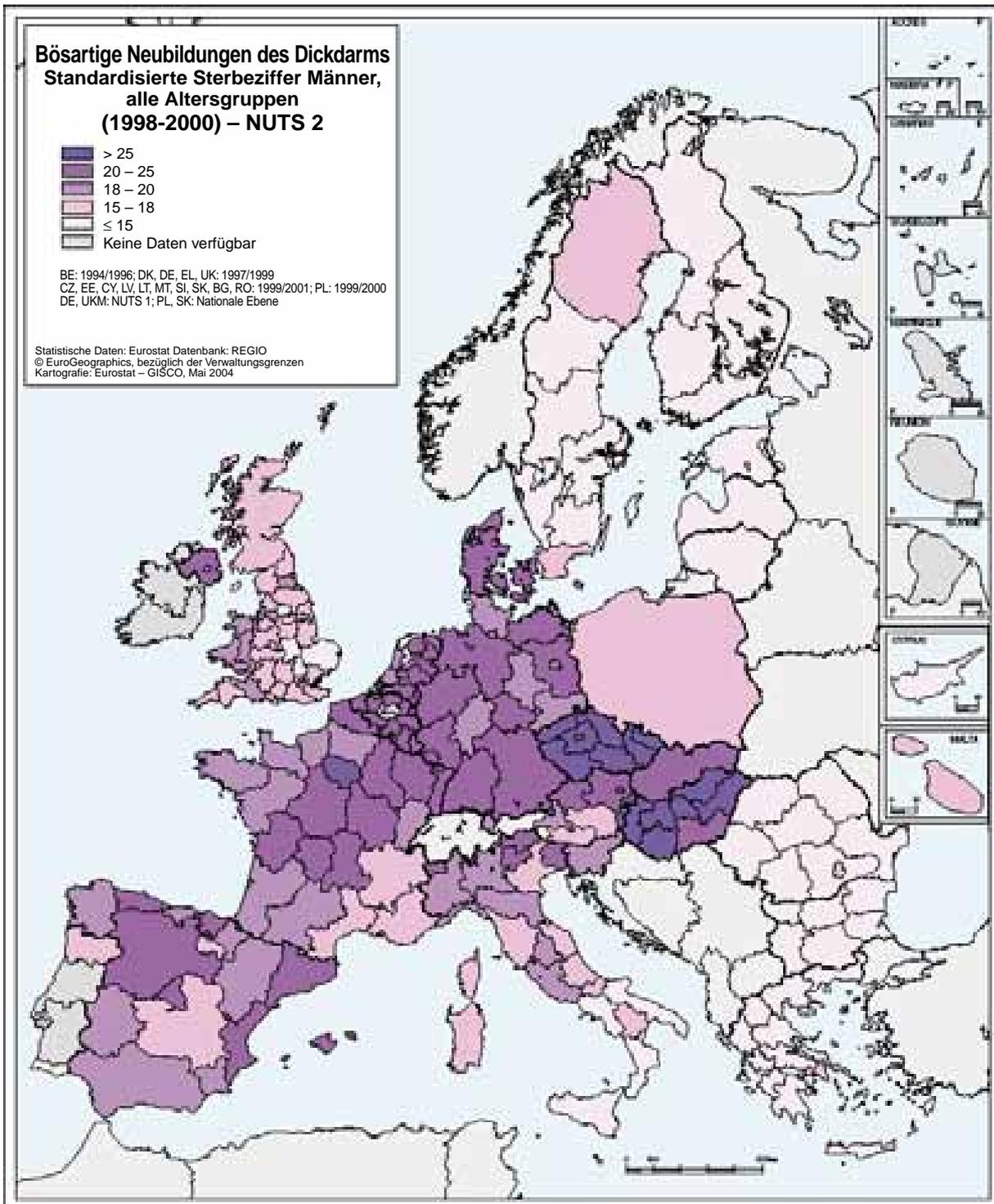
Karte 7.1



Karte 7.2

## Hohe Frauensterblichkeit im Vereinigten Königreich durch Grippe und Lungenentzündung

Erkrankungen des Atmungssystems bewirken nahezu 10 % aller Todesfälle in den EU-25-Ländern und sind damit die dritthäufigste Todesursache. Es ist darauf hinzuweisen, dass die Krebserkrankungen in dieser Gruppe nicht berücksichtigt sind, sondern den bösartigen Neubildungen zugeordnet werden. Bei den Erkrankungen des Atmungssystems lassen sich beträchtliche Unterschiede zwischen den Geschlechtern beobachten. So sterben Männer häufiger an chronischen Atemwegserkrankungen einschließlich Asthma (mehr als 45 % aller durch

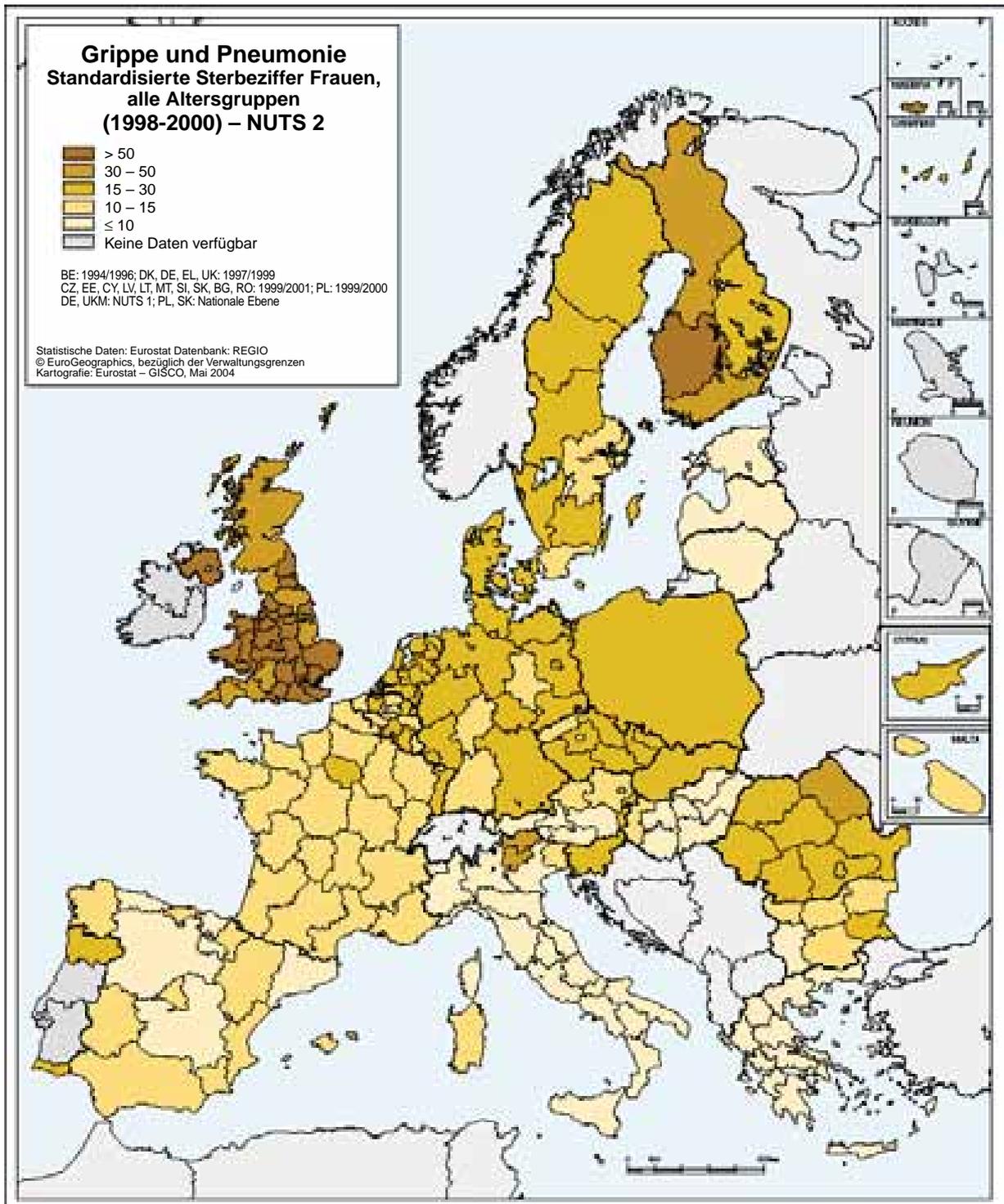


**Karte 7.3**

Erkrankungen des Atmungssystems verursachten Todesfälle bei Männern), während Frauen stärker von infektiösen Atemwegserkrankungen – Grippe und Lungenentzündung – betroffen sind (nahezu 50 % aller Sterbefälle bei Frauen im Zusammenhang mit Atemwegserkrankungen). Grippe und Lungenentzündung, die eigentlich in allen Altersgruppen vorkommen, können im fortgeschrittenen Alter einen schweren und sogar tödlichen Verlauf nehmen. Die Gesamtbevölkerungsstruktur (mit einer großen Zahl älterer Frauen) erklärt folglich die

sen in absoluten Zahlen vorhandenen Unterschied zwischen den Geschlechtern.

Die altersstandardisierte Sterblichkeit der Frauen an Grippe und Lungenentzündung wird in Karte 7.4 dargestellt, wobei deutlich Gebiete mit hoher und niedriger Sterblichkeit zu erkennen sind. Die Gesamtsterblichkeitsrate ist relativ niedrig und erreicht ihren Höchstwert mit 77 auf Madeira. Mehr als 85 % der Regionen jedoch berichten über eine altersstandardisierte Sterblichkeitsrate von weniger



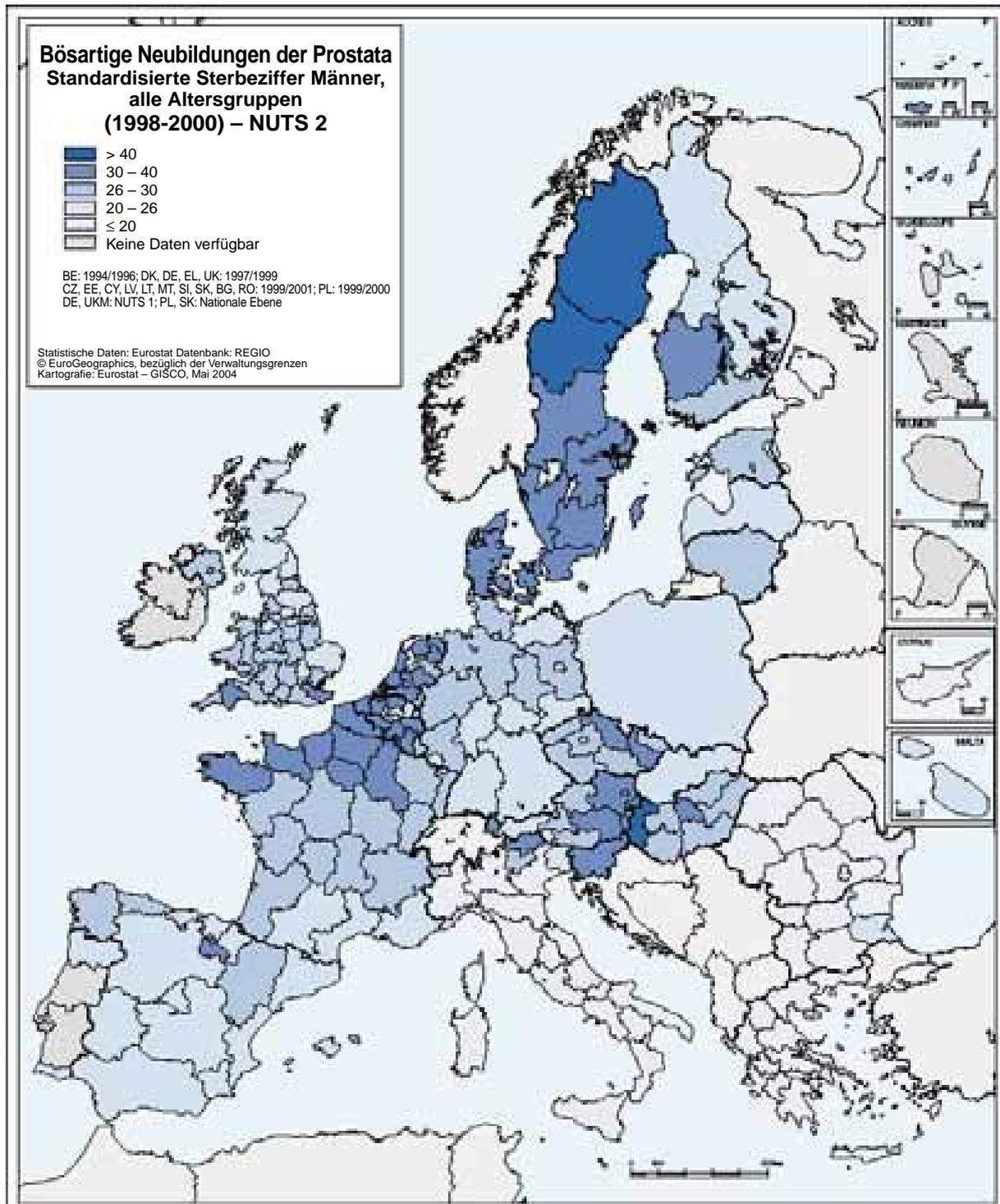
**Karte 7.4**

als 50. Besonders hohe Raten sind im Vereinigten Königreich zu beobachten, wo mehr als 75 % der Regionen eine altersstandardisierte Sterblichkeitsrate von 50 und darüber angeben. In ganz Italien und Griechenland, aber auch in Österreich und Spanien

weisen die Regionen niedrige Raten auf. Die baltischen Staaten sowie Regionen in Ungarn und Bulgarien melden ebenfalls sehr niedrige Raten bei diesen Todesursachen, was im Gegensatz zur allgemein hohen Sterblichkeit in diesen Ländern steht.

# Prostatakrebs – deutliche Unterschiede zwischen Nord und Süd

An Prostatakrebs erkranken überwiegend ältere Männer. EU-weit treten mehr als 9 von 10 Todesfällen nach dem 65. Lebensjahr auf. Auf Prostatakrebs entfallen etwa 10 % aller Krebstodesfälle bei Männern. Das entspricht 3 % sämtlicher Todesfälle bei Männern und wirkt sich damit nur geringfügig auf die Männersterblichkeit aus. Bei weiterhin steigender Lebenserwartung jedoch könnte dies zu einem größeren Gesundheitsproblem werden.

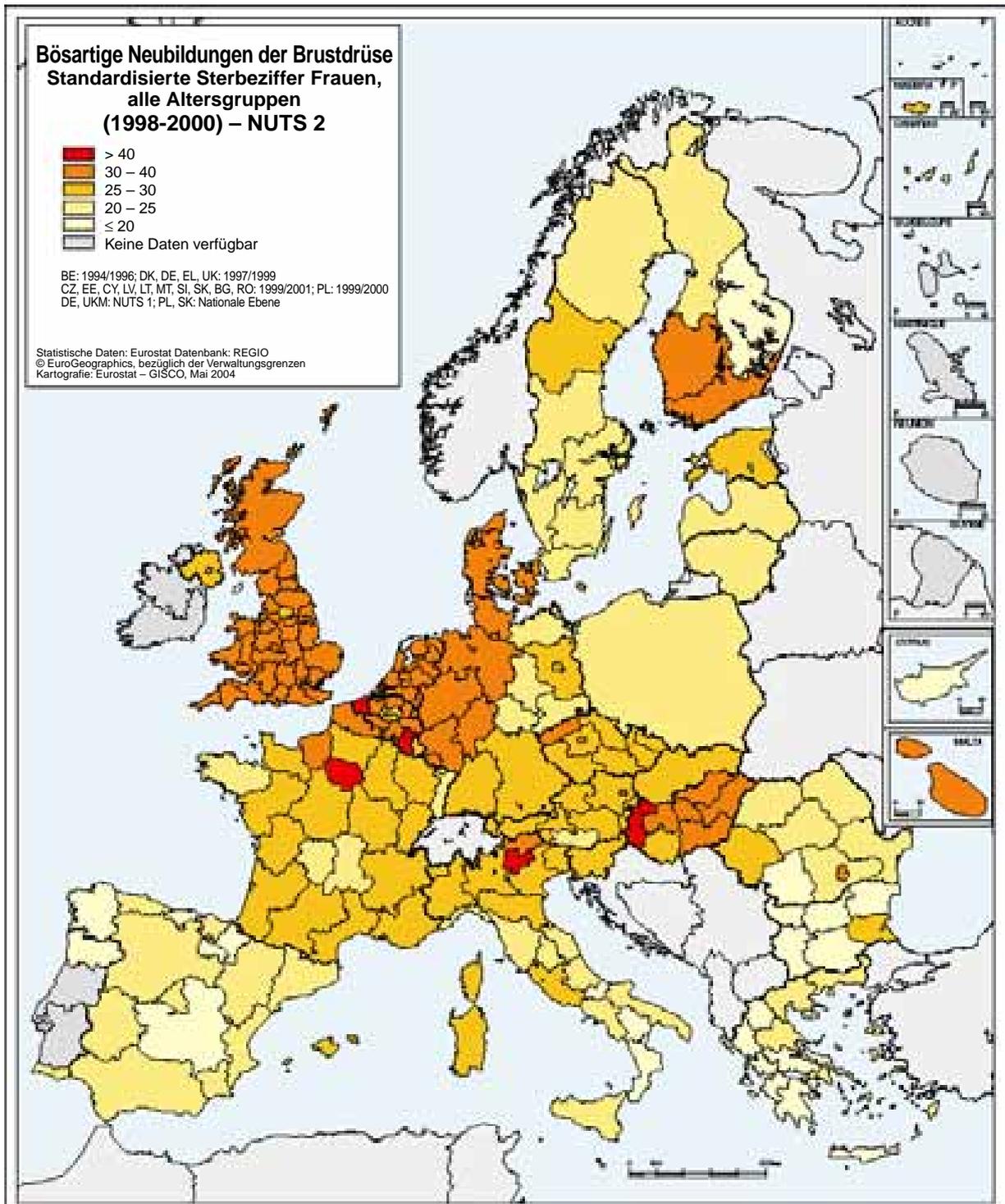


Karte 7.5

Betrachtet man die EU insgesamt, so lässt sich ein klarer Gegensatz zwischen den nördlichen und den südlichen Regionen feststellen. Eine relativ hohe Sterblichkeit durch Prostatakrebs besteht in den skandinavischen Regionen, aber auch in Belgien, den Niederlanden und einigen französischen Regionen. Mittelmeerregionen verzeichnen ebenso wie Regionen in Bulgarien, Ungarn und Rumänien konstant eine unter dem Durchschnitt liegende Sterblichkeit. Allerdings könnte die niedrigere Lebenser-

wartung der Männer in den zuletzt genannten Ländern die geringere Sterblichkeit infolge von Prostatakrebs erklären.

Als mögliche Ursachen für das Prostatakarzinom werden derzeit eine Reihe von Risikofaktoren diskutiert. Familiäre Vorbelastung wie auch das Alter spielen hier eine wichtige Rolle. Fettreiche Ernährung, Kadmiumexposition und sexuell übertragene Virusinfektionen sind ebenfalls eindeutig identifiziert.



Karte 7.6

zierte Risikofaktoren. Diese Faktoren jedoch scheinen nur eine geringfügige Erhöhung des Krebsrisikos zu bewirken und erklären nicht so ohne Weiteres das in Karte 7.5 gezeigte geografische Muster. Mögliche länderspezifische Unterschiede bei der Totenscheinausstellung könnten ebenfalls eine Rolle spielen. In einigen Fällen erscheint der Prostatakrebs möglicherweise nicht als die eigentliche Todesursache, wenngleich er ein wichtiger beitragender Faktor ist. So könnte als Ursache eine metastasierende Krebserkrankung ausgewiesen werden, ohne dass eine genauere Beschreibung gegeben wird. Bei der Analyse der regionalen Unterschiede müssen daher diese potenziellen Probleme der Datenvergleichbarkeit berücksichtigt werden.

## Brustkrebs: deutliche geografische Ausprägung

Brustkrebs ist die häufigste Krebsart bei Frauen. Er ist für nahezu 4 % aller Todesfälle in der weiblichen Bevölkerung Europas verantwortlich und bewirkt 18 % der auf bösartige Tumore zurückzuführenden Todesfälle bei Frauen. Brustkrebs trifft häufig junge Frauen, fast 40 % der Todesfälle entfallen auf Frauen unter 65 Jahren. Wenngleich die geografische Verteilung der weiblichen Brustkrebs-Sterblichkeit deutliche Abstufungen aufweist, ist doch anzumerken, dass die Sterblichkeitsunterschiede innerhalb von Europa weniger ausgeprägt sind als bei anderen Krebsarten, insbesondere bei Krebserkrankungen der Atemwege oder der oberen Luftröhre/Speiseröhre.

Familiäre Veranlagung, d. h. das Auftreten von Brustkrebs in der Familie, Übergewicht, hormonelle Faktoren wie frühe Menarche, späte Schwangerschaft oder Kinderlosigkeit, späte Menopause wie auch Hormontherapien (Östrogen) werden als anerkannte Risikofaktoren angeführt. Die geografische Verteilung des Brustkrebses spiegelt die ungleiche räumliche Verteilung dieser Risikofaktoren wider.

Die regionale Landkarte für Brustkrebs (siehe Karte 7.6), die für alle Altersgruppen insgesamt und für die Gruppe der unter 65-jährigen Frauen ähnlich aussieht, macht die geografische Verteilung dieser Krankheit deutlich. Ein großes Gebiet, in dem verglichen mit dem Durchschnitt der EU-25 von 23,4 eine Übersterblichkeit zu verzeichnen ist, erstreckt sich diagonal über Europa und umfasst Regionen von Irland bis nach Ungarn. In den übrigen Ländern sind die Raten deutlich niedriger, vor allem in Bulgarien, Zypern, Griechenland und Spanien. In eini-

gen Ländern gibt es beachtliche regionale Unterschiede. So vermeldet die belgische Provinz Luxemburg (B) mit 45 eine der höchsten Sterblichkeitsraten, während die Rate in der Hauptstadtregion Brüssel mit am niedrigsten ist (13). Auch in Italien, Portugal, Rumänien und Schweden gibt es Regionen mit über- und unterdurchschnittlicher Sterblichkeit, jedoch sind hier die Unterschiede bei weitem nicht so gravierend.

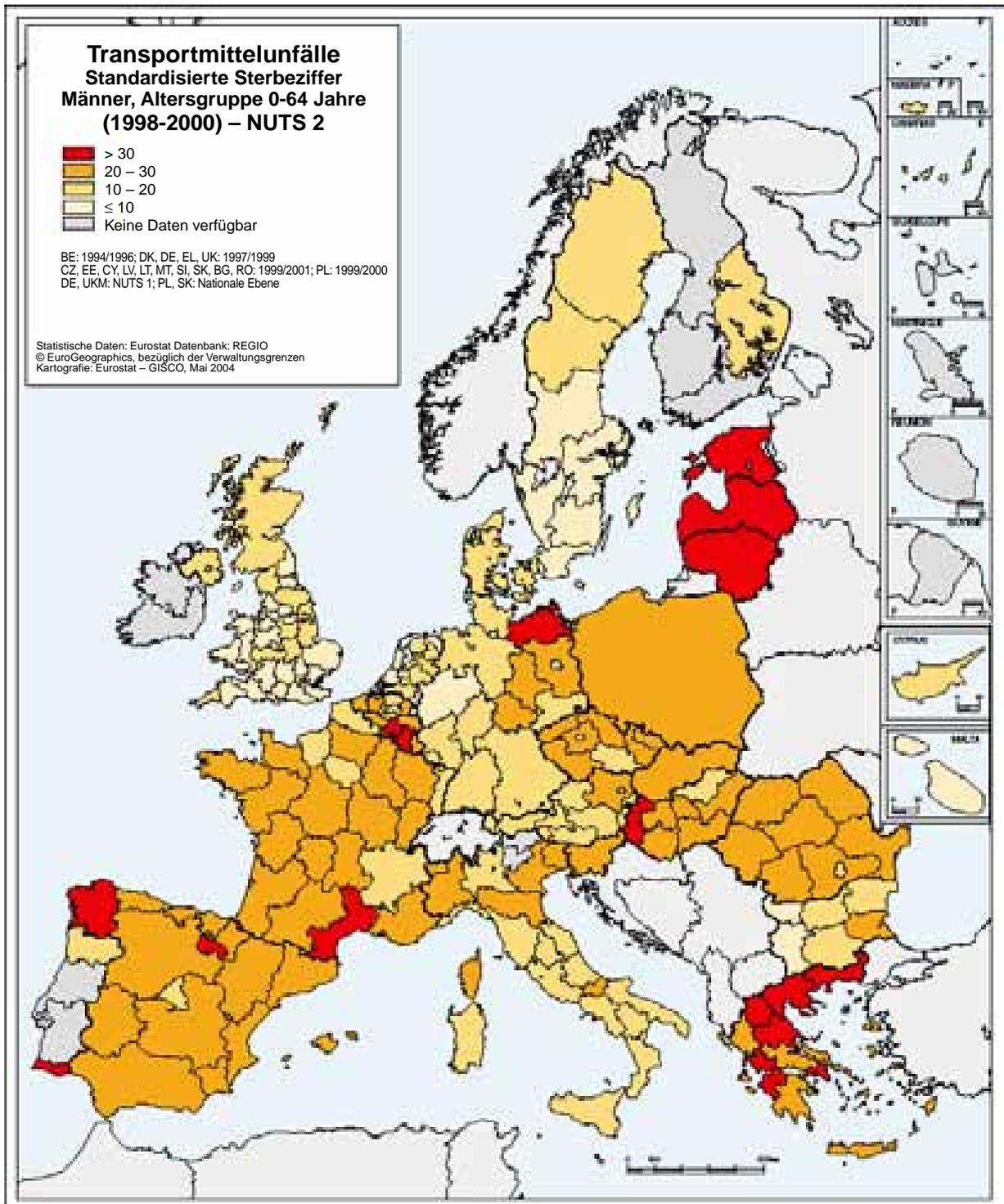
## Tödliche Unfälle – Männer im Straßenverkehr, Frauen bei Stürzen

Durch äußere Einwirkungen verursachte gewaltsame Todesfälle machen mehr als 6 % aller Todesfälle bei Männern und 3,5 % bei Frauen aus und haben damit einen erheblichen Einfluss auf die EU-weite Sterblichkeit. Die tödlichen Unfälle spielen in dieser Kategorie „äußere Einwirkungen“ eine wichtige Rolle, werden doch 63 % aller gewaltsamen Todesfälle bei Männern und 74 % bei Frauen dadurch verursacht. Der geringere Prozentsatz bei den Männern lässt sich hauptsächlich dadurch erklären, dass Männer häufiger Selbstmord begehen oder Opfer von Gewaltverbrechen werden – die beiden anderen wichtigsten Ursachen für einen gewaltsamen Tod. Bei näherer Untersuchung der tödlichen Unfälle lassen sich einige interessante Unterschiede zwischen den Geschlechtern erkennen. Es empfiehlt sich, die Verkehrsunfälle, bei denen die Männersterblichkeit 3,3-mal höher ist als die Frauensterblichkeit und die 40 % aller durch Unfall verursachten Todesfälle bei Männern ausmachen, auch unter regionalen Gesichtspunkten zu untersuchen. Bei den Frauen werden rund 45 % der tödlichen Unfälle durch Stürze verursacht, wozu noch nähere Betrachtungen angestellt werden sollen.

## Weniger Verkehrstote in städtischen Gebieten

Mehr als 80 % der tödlichen Verkehrsunfälle betreffen Männer unter 65 Jahren. Die geografische Verteilung für diese Altersgruppe ist in Karte 7.7 dargestellt. Unfälle im Straßenverkehr sind die häu-

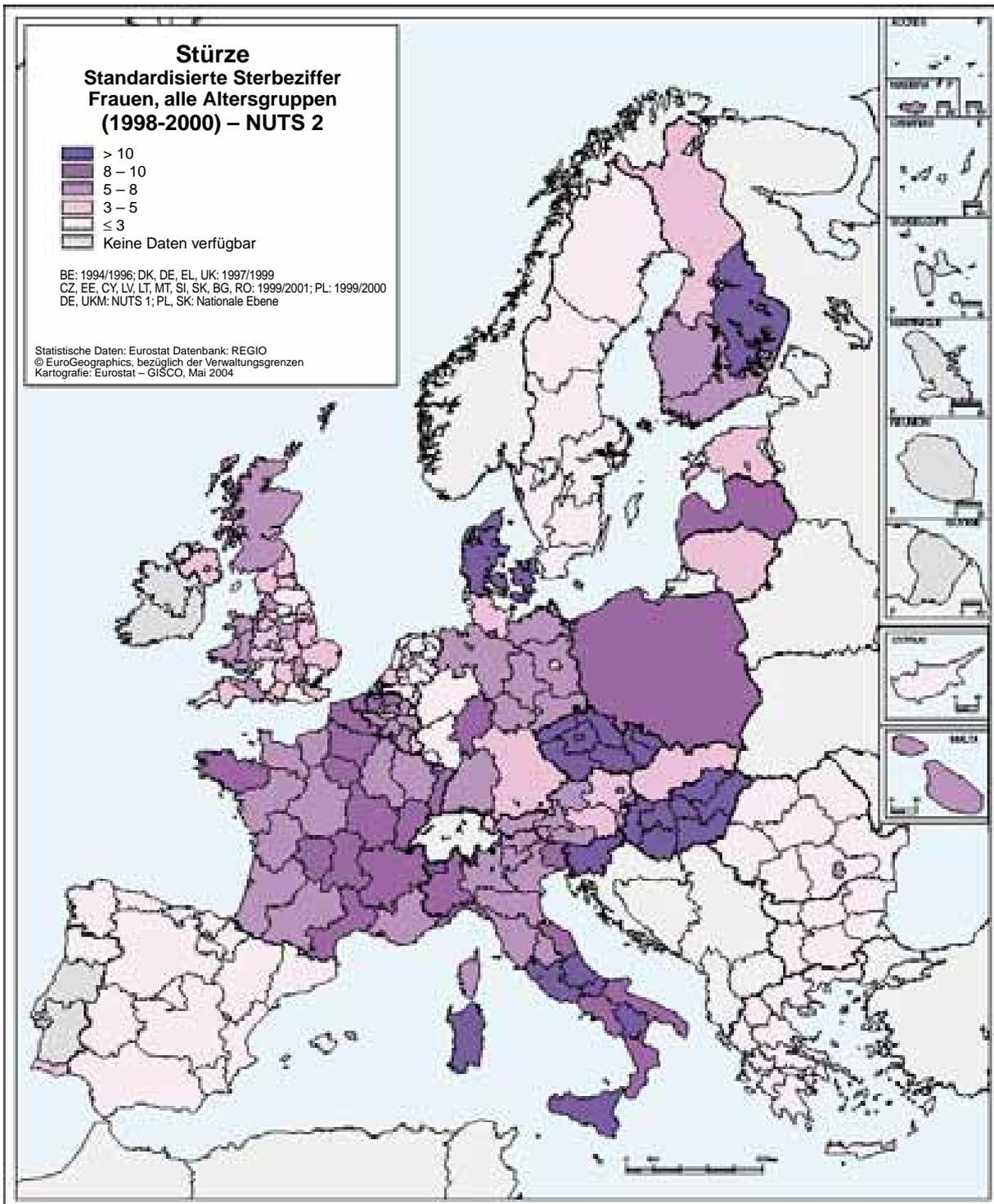




**Karte 7.7**

figsten Verkehrsunfälle. Folglich ist in einer Reihe von NUTS-2-Regionen, bei denen es sich um städtische Ballungsgebiete mit einer besseren Infrastruktur und niedrigeren Höchstgeschwindigkeiten handelt, generell eine besonders niedrige Sterblichkeit zu verzeichnen. Das betrifft Berlin, Hamburg und Bremen in Deutschland sowie die Hauptstadtregionen, wie beispielsweise Brüssel, Stockholm, Wien und Sofia. Die Unterschiede bei den Todesfällen

durch Verkehrsunfälle sind in Europa sehr stark ausgeprägt. Die Gebiete mit der höchsten Sterblichkeit liegen in Griechenland und in den baltischen Staaten. In Deutschland besteht ein großer Unterschied zwischen Ost und West, denn die östlichen Regionen verzeichnen mit Ausnahme von Berlin und Sachsen eine Übersterblichkeit. Einzelne Gebiete mit einer über dem nationalen Trend liegenden hohen Sterblichkeit sind in den belgischen Provin-



**Karte 7.8**

zen Luxemburg und Namur sowie in einigen Regionen in Frankreich, Spanien und Portugal erkennbar, jedoch handelt es sich hierbei um Länder mit einer

generellen Übersterblichkeit. Wesentlich günstiger stellt sich die Situation in den nördlichen Regionen dar.

## Sturzunfälle – regionale Unterschiede in Belgien und Deutschland

Sturzunfälle können sich überall im Alltag ereignen – zu Hause, in der Schule, beim Sport oder in der Freizeit. Anders als bei den anderen gewaltsamen Todesursachen sind davon hauptsächlich ältere Menschen betroffen. Das lässt sich in gewissem Maße damit in Verbindung bringen, dass mit fortschreitendem Alter die Gefahr von Sturzunfällen generell zunimmt. Bei Frauen, die überall in der EU eine höhere Lebenserwartung haben, treten fast 95 % aller durch Stürze verursachten Todesfälle nach dem 65. Lebensjahr auf. Hinsichtlich des regionalen Musters ist festzustellen, dass eine übermäßig hohe Sterblichkeit vor allem in Regionen in Ungarn und der Tschechischen Republik sowie in Regionen in Frankreich, Italien und Finnland besteht. In Griechenland, Spanien, den Niederlanden und Schweden wie auch in Bulgarien und Rumänien liegt die Sterblichkeit in allen Regionen unter dem Durchschnitt, womit sich die nationale Tendenz bestätigt. Innerhalb von Österreich, Belgien, Deutschland und dem Vereinigten Königreich jedoch gibt es zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen den Regionen, so dass selbst benachbarte Regionen ganz unterschiedliche Zahlen von tödlichen Sturzunfällen verzeichnen. Am markantesten sind diese innerstaatlichen Unterschiede in Belgien und Deutschland, wo die regionale Sterblichkeit um den Faktor 8 bzw. 7 variiert.

## Die Gesundheitsressourcen in den EU-Regionen

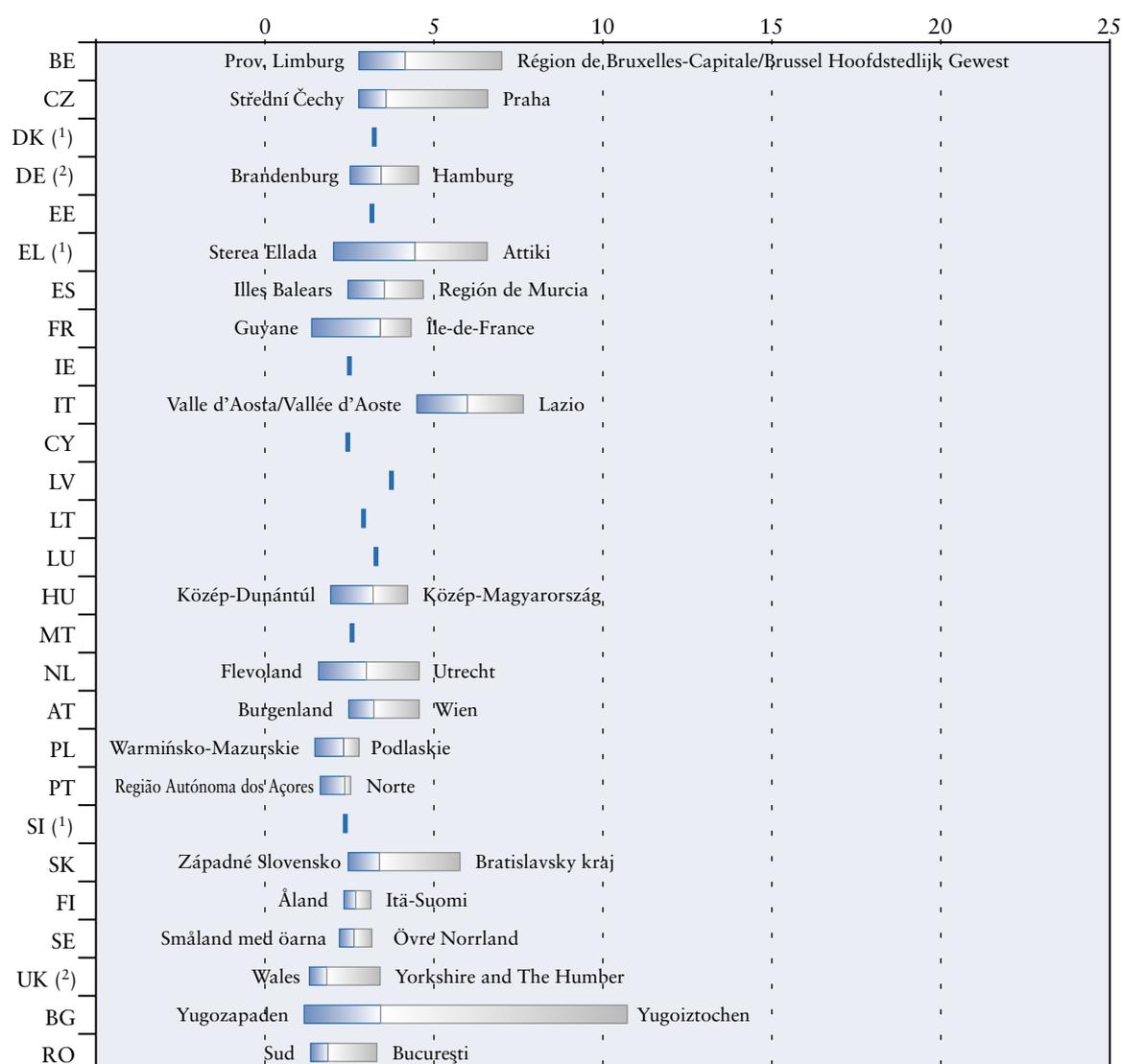
### Veränderungen bei der Zahl der Ärzte

Die Gesamtzahl der praktizierenden Ärzte ist in den meisten Mitgliedstaaten im Verlauf der letzten 20 Jahre ständig gestiegen. Dabei ist die Zahl der zugelassenen Ärzte in praktisch allen Mitgliedstaaten höher als die der tatsächlich praktizierenden Ärzte, wengleich die im Jahr 2000 festgestellte Korrelation länderspezifische Unterschiede aufweist. In Luxemburg sind die Differenzen vergleichsweise ge-

ring, während sie in Spanien ganz erhebliche Ausmaße annehmen. Die Arztdichte (Ärzte pro 1 000 Einwohner) bei praktizierenden Ärzten hat in allen bisherigen und neuen Mitgliedstaaten und in den Kandidatenländern im Verlauf der letzten 20 Jahre zugenommen. Von den bisherigen EU-15-Ländern vermeldeten Griechenland und Italien bei den praktizierenden Ärzten Raten von über 4 pro 1 000 Einwohner, in Belgien, Dänemark, Spanien, Luxemburg und Österreich lagen die Werte über 3. In den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern reichen die Werte von 1,9 (Rumänien) über 2,2 (Polen und Slowenien) bis zu 3,7 (Tschechische Republik) und 3,8 (Litauen). In den Ländern, die regionale Daten vorlegen, gibt es deutliche regionale Unterschiede, die möglicherweise auf Unterschiede in den Gesundheitssystemen zurückzuführen sind. In einigen Mitgliedstaaten weisen Studien darauf hin, dass die Zahl der Ärzte zunehmen könnte (z. B. Bedarf an bestimmten Fachärzten, verstärkter Bedarf im Bereich der Langzeitpflege), in anderen (z. B. im Vereinigten Königreich) gibt es derzeit Diskussionen über den zusätzlichen Bedarf an Allgemeinärzten und Fachärzten infolge des Mangels an Assistenzärzten in den Krankenhäusern.

Die dazugehörige Abbildung (siehe Abbildung 7.1) zeigt unter Verwendung der Daten der NUTS-2-Ebene für das Jahr 2000 die regionalen Ungleichheiten bei der Zahl der Ärzte pro 1 000 Einwohner (entweder zugelassene, praktizierende oder aktive Ärzte entsprechend den jeweiligen nationalen Definitionen, die für die regionalen Daten verwendet wurden). In einigen Mitgliedstaaten ist die Rate in allen Regionen ziemlich gleich, während in anderen starke Unterschiede zu beobachten sind. Am höchsten ist die Arztdichte in den städtischen Ballungsräumen. Dies gilt sowohl für die bisherigen EU-15-Mitgliedstaaten – Île-de-France (F), Latium (I), Brüssel (B), Attika (GR), Wien (A), Hamburg (D) – als auch für die neuen Mitgliedstaaten – Prag (CZ), Pressburg (SK). Im Vergleich zu 1986 sind die Zahlen praktisch in allen Regionen der Mitgliedstaaten gestiegen. Die niedrigsten Werte werden generell in schwach besiedelten Gebieten festgestellt. Geringe regionale Unterschiede gibt es in Finnland, Portugal und Schweden, wo der Variationskoeffizient (Variationsbreite geteilt durch Mittelwert) von 13 % bis 37 % reicht; groß sind die Unterschiede im Vereinigten Königreich, in Deutschland, Belgien, Griechenland und den Niederlanden mit Koeffizienten von 100 % und darüber. In den neuen Mitgliedstaaten und den Kandidatenländern sind die regionalen Schwankungen generell höher, wobei der niedrigste Variationskoeffizient für Polen (64 %) gemeldet wird und die höchsten für Bulgarien und die Slowakei (282 % bzw. 106 %).

**Schaubild 7.1 — Beschäftigte im Gesundheitswesen, Ärzte je 1 000 Einwohner, 2000 - NUTS 2**



(<sup>1</sup>) 1999.  
 (<sup>2</sup>) NUTS 1.

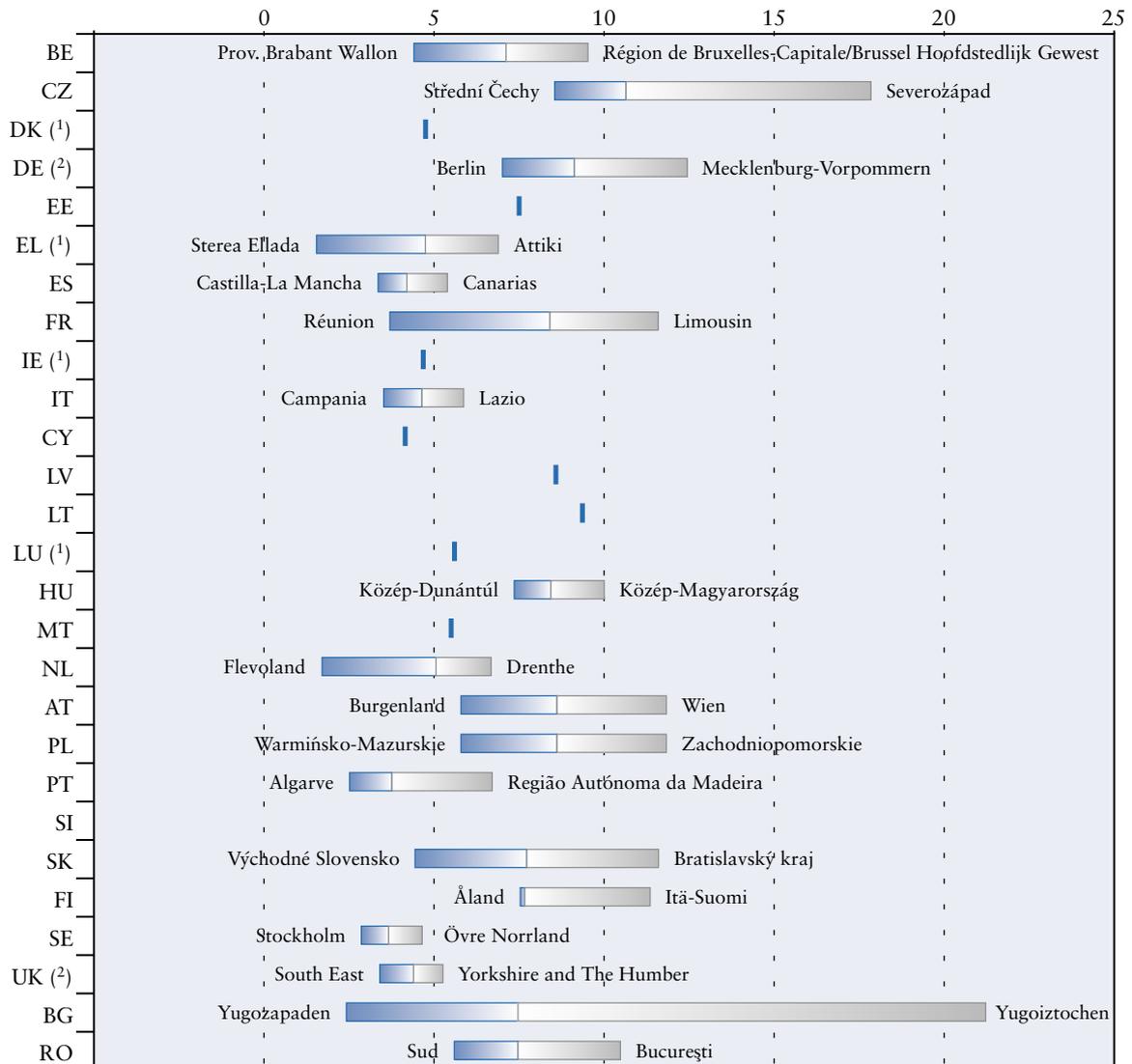
### Veränderungen bei der Zahl der Krankenhausbetten

Bei der Zahl der Krankenhausbetten pro Kopf der Bevölkerung verlief die Entwicklung völlig anders. Im Zeitraum 1980-2000 ist die Gesamtzahl der Krankenhausbetten in den meisten Mitgliedstaaten erheblich gesunken. Für die Europäische Union insgesamt war ein Rückgang um 30 % zu verzeichnen, der sich wahrscheinlich zu einem großen Teil durch die Reduzierung der Verweildauer im Krankenhaus erklärt, die EU-weit von 17,4 Tagen im Jahr 1980 auf 11 Tage im Jahr 1997 zurückgegangen ist. In zahlreichen Ländern ist die Verweildauer im Verlauf der letzten 30 Jahre erheblich gesunken. Parallel dazu haben sich die Unterschiede zwischen den Ländern verringert. 1980 verbuchten Luxemburg und Schweden den höchsten Wert (23,2 Tage), der 2,4-

mal höher war als der niedrigste Wert (9,8 Tage), der in Irland verzeichnet wurde. 1996 lag der höchste Wert bei 15,3 Tagen (Luxemburg) und der niedrigste bei 7,2 Tagen (Dänemark).

Ein weiterer Grund zur Erklärung dieser Entwicklung sind die in den 90er Jahren zutage getretenen Finanzierungsprobleme, die überall Art und Umfang der bereitgestellten Gesundheitsleistungen beeinflusst haben. Auf die gestiegene Nachfrage älterer Menschen, die häufiger unter Behinderungen und chronischen Krankheiten leiden, wurde in den meisten Fällen damit reagiert, dass Akut- oder Psychiatriebetten für die Langzeitpflege umgewidmet wurden und gleichzeitig die Gesamtbettenzahl systematisch reduziert wurde. Die verfügbaren Ressourcen in Form von Krankenhausbetten pro Kopf der Bevölkerung weisen starke länderspezifische

Schaubild 7.2 — Krankenhausbetten, Rate je 1 000 Einwohner, 2000 - NUTS 2



(1) 1999.

(2) NUTS 1.

Unterschiede auf. Dabei besteht jedoch auf nationaler wie auf regionaler Ebene eine starke Korrelation zwischen dem Angebot an Krankenhausleistungen und der Gesamthöhe der Gesundheitsausgaben.

In Schweden, Portugal und Spanien war die Zahl der Krankenhausbetten je 1 000 Einwohner im Jahr 2000 von allen Mitgliedstaaten am niedrigsten (3,6, 3,8 bzw. 4,1), in Deutschland am höchsten (9,1). In den neuen Mitgliedstaaten reichen die Werte von 0,2 in Zypern bis zu 10,9 in der Tschechischen Republik, wobei die meisten Länder im oberen Bereich zu finden sind. Diese Werte schließen sowohl die staatlichen Krankenhäuser als auch die Privatkliniken ein, bei der Einbeziehung der Klinikbetten und Tagespflegebetten gibt es jedoch Unterschiede. Der Unterschied in der Bettendichte ist dennoch be-

trächtlich, selbst wenn diese Definitionsunterschiede in Rechnung gestellt werden.

Ein Nord-Süd-Gefälle ist auch bei der Zahl der Krankenhausbetten festzustellen (siehe Abbildung 7.2), wengleich in abgewandelter Form. Die Regionen Deutschlands, Frankreichs, Österreichs und Finnlands (mit Mecklenburg-Vorpommern, Wien, Itä-Suomi und Limousin an der Spitze) weisen die höchste Bettendichte in den ehemaligen EU-15-Ländern auf, die in starkem Kontrast zu den Regionen Spaniens, Portugals und Griechenlands (besonders Algarve und Campania) sowie den Regionen Schwedens, des Vereinigten Königreichs und Irlands steht. In den neuen Mitgliedstaaten sind solche Muster weniger ausgeprägt.

Zwischen den Ländern, die regionale Daten vorlegen, gibt es erhebliche Unterschiede, was die regionale Variationsbreite anbelangt. In Italien, Schweden und Spanien, aber auch in Ungarn weist die Bettendichte je 1 000 Einwohner jeweils einen ziemlich einheitlichen Wert auf und der Variationskoeffizient reicht von 30 bis 48 %, wohingegen in Portugal, Griechenland, den Niederlanden und Frankreich große Unterschiede zu verzeichnen sind (zwischen 94 und 118 %). Bulgarien verzeichnet die größten regionalen Ungleichheiten, denn der höchste gemeldete Wert (für Yugoiztochen) übersteigt den niedrigsten Wert (für Yugozapaden) um mehr als das Neunfache. Bei vielen Regionen mit einer hohen Dichte handelt es sich eindeutig um hauptstädtische Gebiete (Brüssel in Belgien, Latium in Italien, Wien in Österreich), jedoch lassen sich damit, dass von hier aus auch umliegende Gebiete mit eher ländlichem Charakter versorgt werden, die beobachteten regionalen Unterschiede nur teilweise erklären.

## Bemerkungen zur Methodik

Die Versorgung mit ambulanten und stationären medizinischen Leistungen auf nationaler und regionaler Ebene ist eng mit den Gesamtausgaben im Gesundheitswesen verknüpft. Im Zeitraum 1998-2000 setzten die Mitgliedstaaten zwischen 6 % und 10,4 % ihres Bruttoinlandsprodukts (BIP) für die Gesundheitsversorgung ein. Zwischen den nördlichen und den südlichen Ländern (plus Irland) besteht dabei ein Gefälle, das aber nicht sehr ausgeprägt ist. Die Gesundheitsausgaben machten in Deutschland (10,3 %), Frankreich (9,5 %) oder Dänemark (8,3 %) einen höheren Anteil am BIP aus als in der Slowakei (5,9 %) oder Polen (6,2 %). Zwischen 1980 und 2000 hat sich der für den Gesundheitsbereich aufgewandte Anteil des BIP in den meisten Mitgliedstaaten erhöht. Die Höhe der Ausgaben wird auf der einen Seite von den Preisen für Leistungen und Lieferungen und auf der anderen Seite von der Menge der erbrachten Leistungen und Lieferungen bestimmt. In diesem Bereich ergibt sich ein generelles Problem, da nämlich „Gesundheit“ ein Gut ist, das sich nicht direkt messen lässt. Während es in den meisten Sektoren der Wirtschaft ohne weiteres möglich ist, Daten zu Waren und Preisen direkt zu erfassen, ist dies z. B. bei ambulant oder stationär erbrachten Leistungen nicht so leicht möglich. Außerdem ist die Interpretation von Vergleichen zwischen den Ländern wegen der unterschiedlichen Organisation und Abgrenzung der Gesundheitssysteme auf nationaler oder regionaler Ebene schwierig, ganz gleich, ob sie sich auf Zahlen zu vorgegebenen Daten oder auf Trends stützen (wo

zieht man beispielsweise die Grenze zwischen Gesundheits- und Sozialleistungen?). Die in der EU existierenden Gesundheitssysteme hängen mehr denn je von Mechanismen ab, die den Zugang zur Gesundheitsversorgung beschränken und kanalisieren, damit die reibungslose Funktion und Kontinuität der Systeme gewährleistet ist. Die Strukturen des staatlichen Gesundheitswesens unterscheiden sich von Land zu Land erheblich, und die allgemeinen Aktivitäten in diesem Bereich sind sehr stark zergliedert und auf verschiedene Behörden verteilt. Die Sekundärbehandlung und Pflege erfolgt im Wesentlichen in den allgemeinen Krankenhäusern. In Ländern wie Dänemark, Irland, dem Vereinigten Königreich, Belgien, Frankreich, Italien und den Niederlanden setzen sich Tageskliniken und ambulantes Operieren allmählich als Alternative zum stationären Krankenhausaufenthalt durch. Ambulantes Operieren gewinnt auch in Deutschland, Luxemburg und Portugal immer mehr an Bedeutung; in Griechenland und Spanien ist es jedoch wenig verbreitet. Ebenso ist eine verstärkte Tendenz festzustellen, die spezialisierte Psychiatriepflege in die allgemeinen Krankenhäuser zu integrieren, den Pflegebedarf mit ambulanten Pflegediensten abzustimmen und die großen psychiatrischen Einrichtungen zu schließen.

## Die gesundheits- und sozialpolitischen Regionen

Die gesundheits- und sozialpolitischen Regionen werden von den Regierungen der Regionen, Provinzen oder Gemeinden oder von den Mitgliedstaaten auf sehr unterschiedliche Weise festgelegt. Mit wachsender Bedeutung der Regionalregierungen nimmt auch die Bedeutung der Regionen in Europa als politisch-administrative Einheiten für die Verwaltung des Gesundheitswesens zu. Beispielsweise haben die regionalen Körperschaften in Spanien ein hohes Maß an Autonomie erreicht, wodurch es ihnen in der Praxis möglich ist, den gesamten Gesundheitsetat zu verwalten. In Belgien ist die Lage sehr ähnlich. In Frankreich wurde mit der Gesundheitsreform von 1996 die regionale Planung des Gesundheitswesens eingeführt und seitdem sind die Krankenhäuser für die Vergabe der Mittel zuständig. Auch im Vereinigten Königreich wird die Verwaltung des Gesundheitswesens derzeit grundlegend umorganisiert, wobei die Gesundheitsbehörden (NHS Trusts) unterschiedliche Kompetenzen haben. In anderen Mitgliedstaaten (z. B. den Niederlanden und Schweden) sind die Kommunen für das Gesundheitswesen zuständig.

Statistiken zur Gesundheit und zu den ärztlichen/ambulanten/stationären Leistungen auf regionaler Ebene gestalten sich also deshalb so schwierig, weil die Grenzen der örtlichen Gebietskörperschaften und damit die regionalen Gliederungen, die für die Gesundheitsbehörden der Mitgliedstaaten von Interesse sind, nicht immer mit der NUTS-Systematik übereinstimmen, was zu gewissen Schwierigkeiten beim Quervergleich regionaler Statistiken führen kann.

## Die Indikatoren zur Sterblichkeit

Eurostat erhebt die Daten über die absolute Zahl der Todesfälle (auf nationaler Ebene und auf den regionalen Ebenen NUTS 1 und NUTS 2). Die Codierung erfolgt nach der im Totenschein angegebenen **ursprünglichen Todesursache** (Sektion b). Die Todesursachen werden auf der Grundlage der **Internationalen Klassifikation der Krankheiten, Verletzungen und Todesursachen (ICD)** der Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestimmt, wobei alle Mitgliedstaaten die neunte bzw. zehnte Fassung dieser Klassifikation verwenden. Eine rohe Sterbeziffer gibt Aufschluss über das Verhältnis der Sterblichkeit zur Gesamtbevölkerungszahl, jedoch wird dieser Indikator stark von der Altersstruktur der betreffenden Bevölkerung beeinflusst. Zwecks Bereinigung um diesen Faktor werden daher altersstandardisierte Sterbeziffern verwendet, die anhand der Altersstruktur einer Standardbevölkerung gewichtet wurden. Eurostat arbeitet mit der „Europäischen Standardbevölkerung“, die von den Vereinten Nationen (UN) empfohlen wurde. Die „vorzeitige“ Sterblichkeit (vor dem Erreichen des 65. Lebensjahres) geht häufig auf Todesursachen zurück, deren Auftreten durch eine Veränderung der Verhaltensweisen (Alkohol, Tabak, gewaltsamer Tod), die wiederum mit sozialen, ökonomischen und kulturellen Risikofaktoren verknüpft sind, verringert werden könnte.

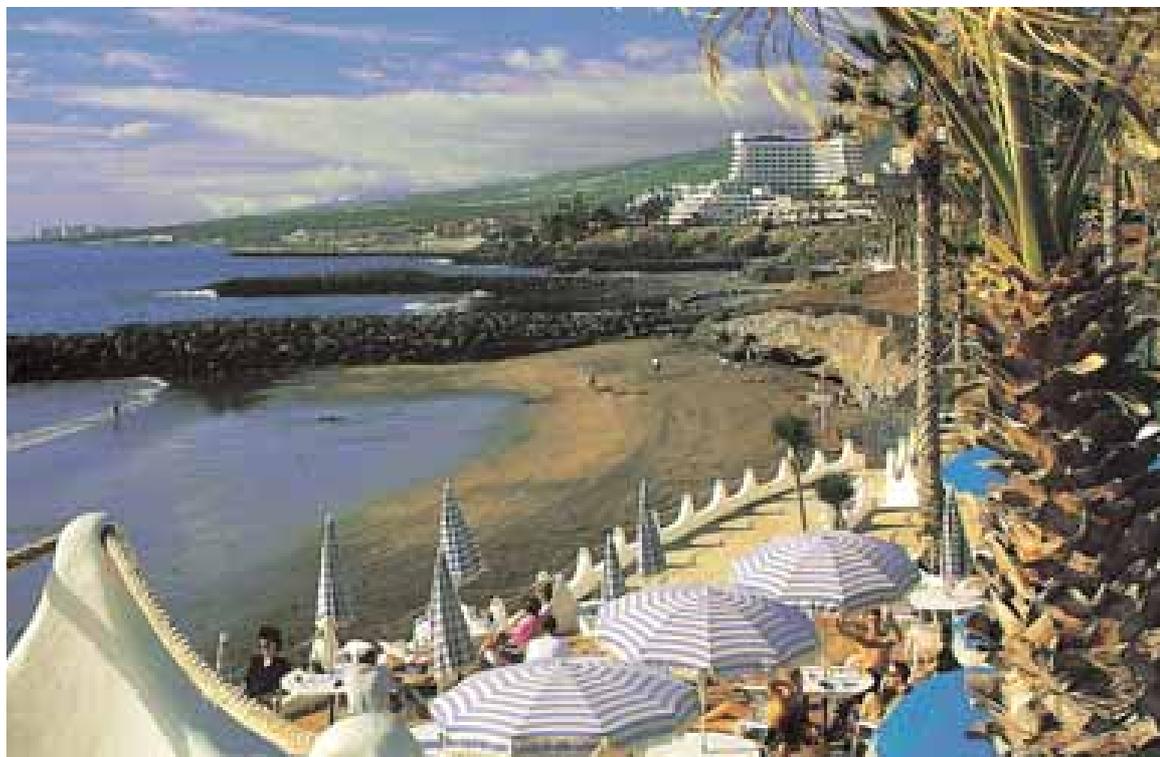
## Die Indikatoren zu den Ressourcen

Bezüglich der in dieser Veröffentlichung angewandten Indikatoren zu den Ressourcen, die im Gesundheitsbereich zur Verfügung stehen, sei angemerkt, dass Eurostat die statistischen Daten zu den Be-

schäftigten im Gesundheitswesen (Zahl der Ärzte und der Angehörigen anderer Berufe) und zur Zahl der Krankenhausbetten auf regionaler Ebene erhebt.

Auf nationaler Ebene erhebt Eurostat die Daten über die Zahl der effektiv vorhandenen Ärzte getrennt für jede der existierenden Definitionen: **die approbierten, d. h. zur Ausübung des Berufes zugelassenen Ärzte** (diese können praktizierend, im Ruhestand, arbeitslos oder im Ausland sein), **die praktizierenden Ärzte**, also alle Ärzte, die Patienten im Krankenhaus, einer Arztpraxis oder anderswo behandeln, und **die aktiven Ärzte**, die einer Beschäftigung im Gesundheitsbereich nachgehen. Auf regionaler Ebene stehen jedoch nicht immer für alle drei Definitionen Informationen zur Verfügung; in diesem Fall wird die Zahl der Ärzte in jeder Region durch die Mitgliedstaaten auf der Grundlage unterschiedlicher Konzepte und Register ermittelt. In den meisten Mitgliedstaaten und Kandidatenländern entspricht die Zahl der Ärzte der Zahl der **praktizierenden Ärzte**. In Belgien, Italien, den Niederlanden und Finnland handelt es sich jedoch um die Zahl der **zur Berufsausübung zugelassenen Ärzte**, in Spanien um die Zahl der **aktiven Ärzte**. Im Vereinigten Königreich und in Irland wird nur der öffentliche Sektor berücksichtigt.

Die an Eurostat gemeldeten Daten zur Zahl der Betten werden in der Regel in Form der jährlichen Durchschnittszahl der Betten vorgelegt, die während des Bezugsjahres oder entsprechend den Registrierungskonzepten oder vereinbarten Budgets oder Programmen belegt wurden. Eine Vergleichbarkeit ist kaum gegeben, und die Zahlen sind mit Vorsicht zu interpretieren, denn die Definition von „Krankenhaus“ oder „Krankenhausbett“ unterscheidet sich von einem Mitgliedstaat zum anderen. Im Allgemeinen jedoch werden diese Unterschiede in der Bettenzahl von den verschiedenen Arten der Erfassung beeinflusst (jährliches Mittel, Bezugsjahr bis 31. März oder bis 31. Dezember, „offizielle“ Betten, „etatisierte“ Betten oder „Planbetten“). Rechnerisch erfasst werden nur Betten, die für die vollständige Unterbringung von Patienten im Krankenhaus genutzt werden. Die Angaben zur „Zahl der Betten, die für die Krankenhauspflege reserviert sind“ beziehen sich auf alle Betten in allgemeinen Krankenhäusern (mit Ausnahme der Kinderbetten für gesunde Neugeborene), in Universitäts- und Fachkliniken, in psychiatrischen Krankenhäusern, Einrichtungen für geistig Behinderte, Pflegeheimen usw. Krankenhausbetten, die für die Tagespflege reserviert sind, Betten in medizinischen Einrichtungen für Kinder, Betten in Tagesstätten für Kinder, die medizinisch überwacht werden müssen, und Betten in Einrichtungen für Blinde oder Gehörlose werden hierbei nicht notwendigerweise berücksichtigt.



# Einführung

Der Fremdenverkehr ist in der Europäischen Union ein bedeutender Wirtschaftszweig. Er umfasst eine große Vielfalt an Produkten und Reisezielen, und die vielen verschiedenen, öffentlichen wie privaten Akteure in diesem Sektor haben stark dezentralisierte Zuständigkeitsbereiche, die oft auf regionaler und lokaler Ebene liegen.

Der Fremdenverkehr bietet beste Voraussetzungen für einen Beitrag zur Erreichung von mehreren wichtigen Zielen der EU, unter anderem Wirtschaftswachstum, Beschäftigung, nachhaltige Entwicklung und wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt.

Europa ist mit der größten Vielfalt und Dichte an Touristenattraktionen die am meisten besuchte Region der Welt. Der Fremdenverkehr in der Europäischen Gemeinschaft ist weitgehend inländischer Natur. Über 80 % der erfassten Fremdenverkehrsaktivitäten entfällt auf die Unionsbürger.

Nach der Erweiterung der EU am 1. Mai 2004 zeigen die verschiedenen Karten nun auch die Daten für die neuen Mitgliedstaaten.

Seit 1994 sammelt Eurostat Daten über den Fremdenverkehr und deckt hierbei drei Aspekte ab: Angebot, Auslastung und Nachfrage. Auf der regionalen Ebene werden nur Daten über Angebot und Auslastung erhoben. Angebotsdaten beziehen sich auf die Unterkunftsmöglichkeiten, die den Touristen in der jeweiligen Region zur Verfügung stehen. Im Zusammenhang mit der Auslastung werden Daten über die Anzahl Übernachtungen in gemieteten Unterkünften in einer bestimmten Region erfasst. Bei Nachfragedaten wird nach inländischem und ausländischem Fremdenverkehr unterschieden, wobei als ausländischer Fremdenverkehr die Reisen von Bürgern eines Landes in ein anderes Land definiert werden.

# Anmerkungen zur Methodik

In diesem Kapitel wird zwar, hauptsächlich aus Gründen der kartographischen Klarheit, NUTS 2 als regionale Ebene für die Analysen zugrunde gelegt, doch enthält die REGIO-Datenbank von Eurostat umfangreiches Datenmaterial auf der Ebene NUTS 3.

# Angebotsstatistik (Infrastruktur)

Die Karte 8.1 gibt Auskunft über das Bettenangebot, wobei die ständige Bevölkerung der Region mitberücksichtigt wird.

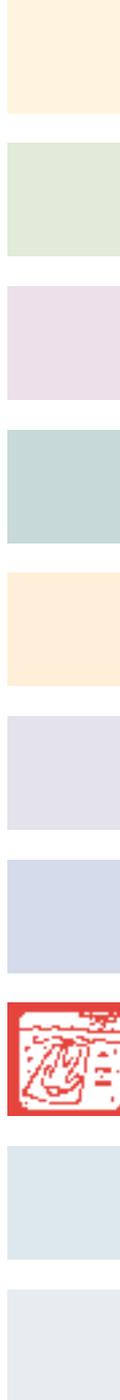
In der Karte werden Regionen hervorgehoben, die aufgrund der hohen Anzahl Betten eine hohe Unterbringungsdichte aufweisen [beispielsweise die Balearen (ES), Bozen (IT), Korsika (FR)]. Demgegenüber erreichen andere Regionen aufgrund ihrer geringen Einwohnerzahl eine hohe Unterbringungsdichte [Åland (FIN), Highlands (UK), Övre Norrland (SE)]. Einige klassische Reiseziele für Pauschalflugreisen, wie die Balearen in Spanien und die Algarve in Portugal, verfügen über ein sehr großes Angebot an Unterkunftsmöglichkeiten pro Einwohner. Zu diesen traditionellen Zielen in der Europäischen Union kann die Insel Zypern mit einer dem Angebot der Algarve vergleichbaren Hotelkapazität hinzugezählt werden.

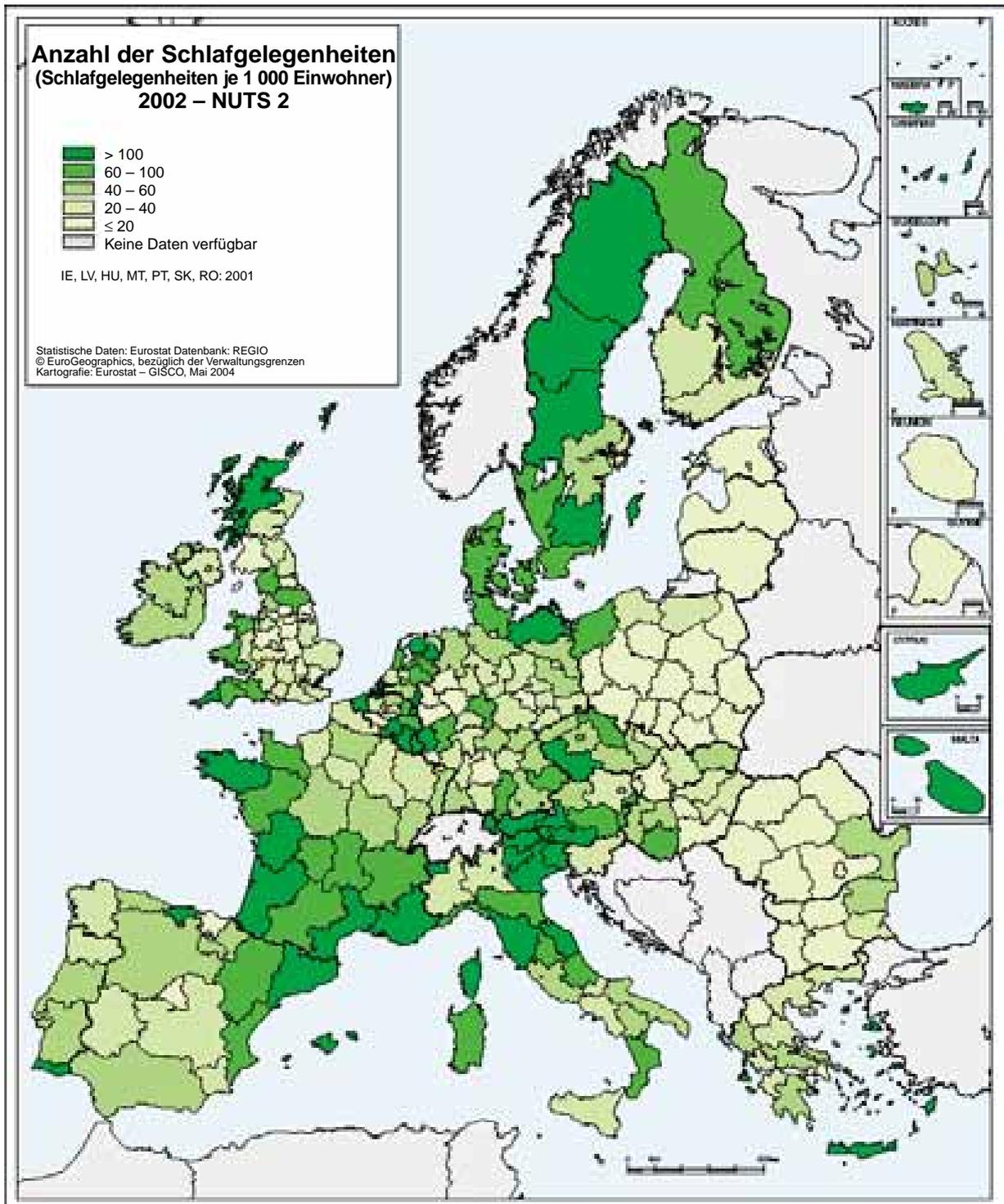
Die Region Tirol in Österreich ist ein typisches Beispiel dafür, dass Fremdenverkehr ein ganzjähriges Phänomen sein kann.

Selbstverständlich verreisen viele Urlauber nicht mit dem Flugzeug, was insbesondere für die immer beliebter werdenden Kurzreisen gilt. Einige Regionen mit gut ausgebauter Hotelinfrastruktur sind von Ballungsräumen aus bequem auf dem Landweg erreichbar. Hierzu gehören unter anderem Westwales und die Valleys, Dorset und Somerset im Vereinigten Königreich und der Schwarzwald in Deutschland. Aber auch Mittelschweden ist für Kurzreisen ein sehr attraktives Ziel.

Was konkret die Gesamtbettenzahl anbelangt, gibt die Karte 8.2 einen klaren Überblick über die in Hotels und ähnlichen Einrichtungen zur Verfügung stehende Anzahl Betten als Anteil an den insgesamt in einer Region vorhandenen Betten. Neben Hotels und ähnlichen Einrichtungen zählen Ferienhäuser und -wohnungen, Campingplätze und sonstige Einrichtungen, wie Jugendherbergen, Wohnheime für Touristen usw., zu den Unterkunftsmöglichkeiten für Touristen. Bemerkenswert an dieser Karte ist die Tatsache, dass die Konzentration von Hotelbetten in städtischen Gebieten und im Umkreis der jeweiligen Hauptstädte höher ist als in anderen Gebieten. Dies wird besonders deutlich in Frankreich, wo auf die Hotels in Paris ein Anteil von über 75 % an der Gesamtbettenzahl entfällt, ebenso in Deutschland in Berlin.

Auch in anderen Regionen ist der Anteil der Hotelbetten an der Gesamtbettenzahl hoch. Dies gilt besonders für Schottland, Teile von England und Griechenland. In ländlichen Gebieten, beispielsweise in vielen Teilen Belgiens und der Niederlande, in West-

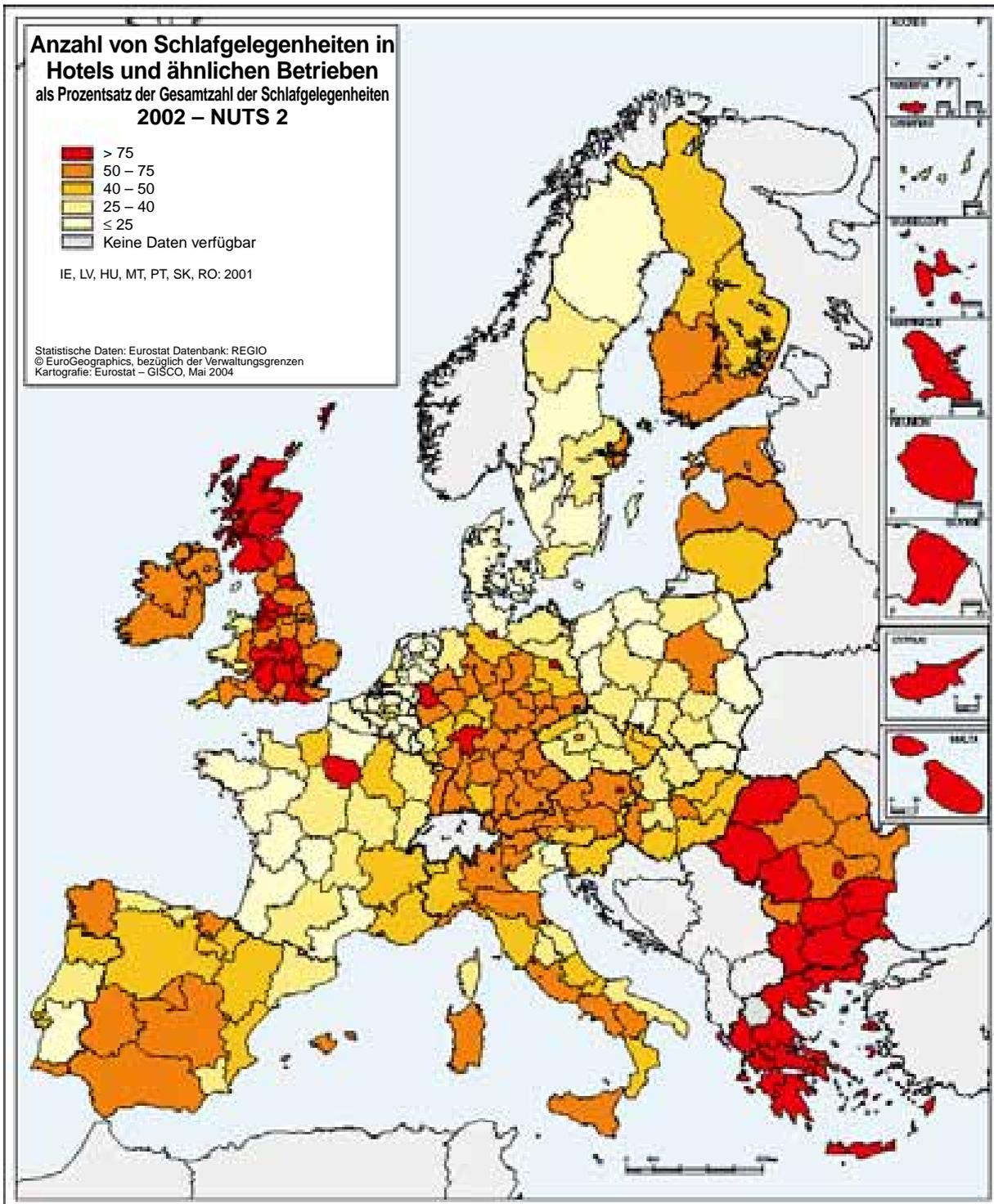




**Karte 8.1**

und Südwestfrankreich, in Dänemark, in den meisten Teilen Schwedens, aber auch in Polen, kann der Anteil der Betten in Hotels und ähnlichen Einrichtungen an der Gesamtbettenzahl bei weniger als 25 % liegen und übersteigt 40 % nicht. Eine dritte Gruppe von Regionen, die sich aus den baltischen

Staaten (Estland, Lettland, Litauen) und Finnland zusammensetzt, lässt sich zwischen diesen beiden Extremen einordnen: in diesen Ländern macht das Bettenangebot in Hotels und ähnlichen Einrichtungen 40 bis 75 % aller Betten aus.

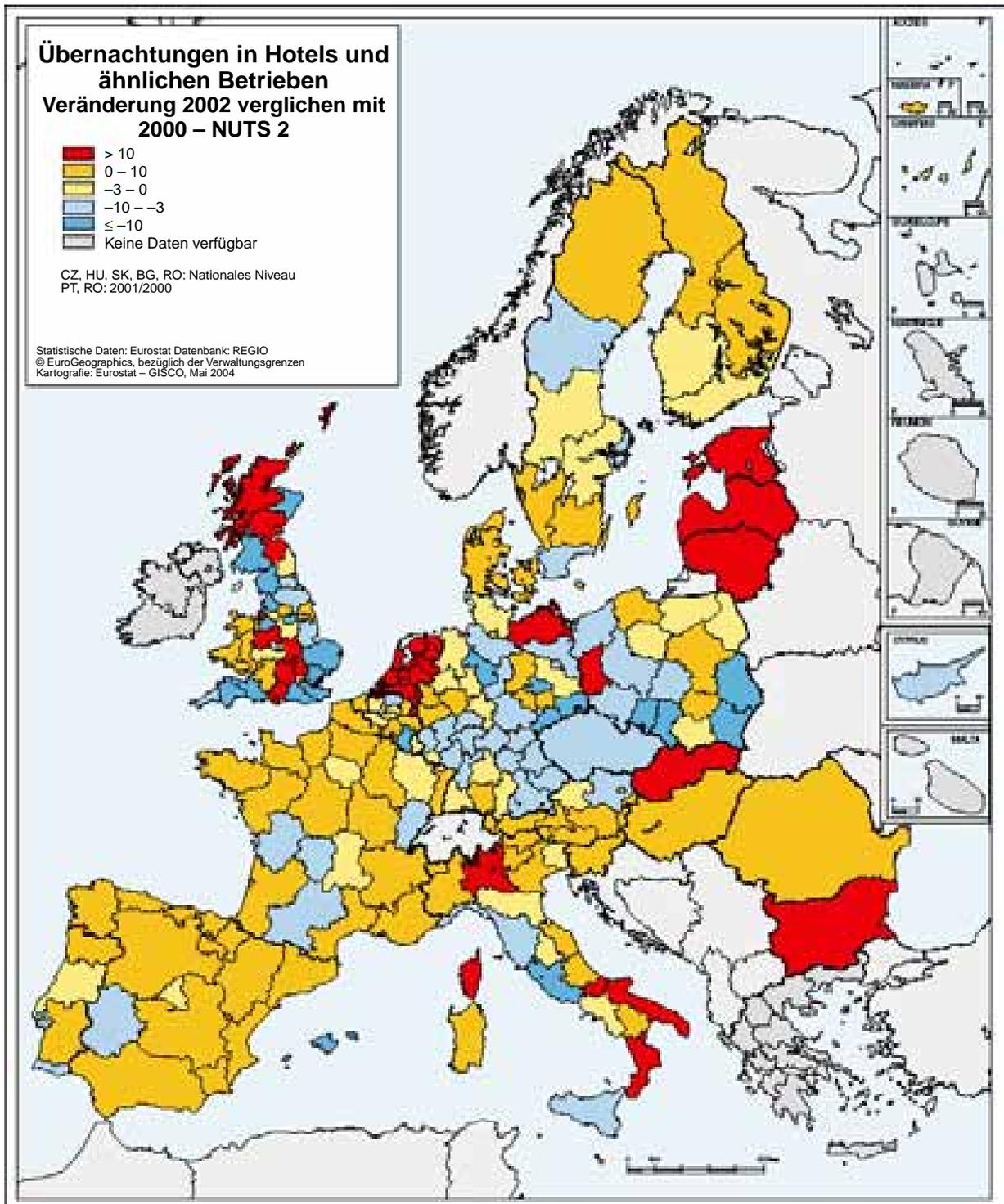


Karte 8.2

## Auslastungsdaten

Zahlen über die Fremdenverkehrsinfrastruktur, wie die für die Karten 8.1 und 8.2 verwendeten Zahlen, liefern Hinweise auf die verfügbare Unterbringungskapazität in einer bestimmten Region, doch ist es wichtig zu wissen, in welchem Ausmaß die vorhandene Kapazität tatsächlich genutzt wird. Aus

diesem Grunde ist ein Maß für die Belegung erforderlich. Die REGIO-Datenbank enthält Daten über Ankünfte und Anzahl Übernachtungen auf der NUTS-2-Ebene und für die Jahre 1994 bis 2002. Diese Zahlen werden weiter in Gebietsansässige und Gebietsfremde aufgeschlüsselt. Als Gebietsfremde gelten Personen mit dem Wohnsitz in einem anderen Land als demjenigen, in dem sich die Region befindet.



**Karte 8.3**

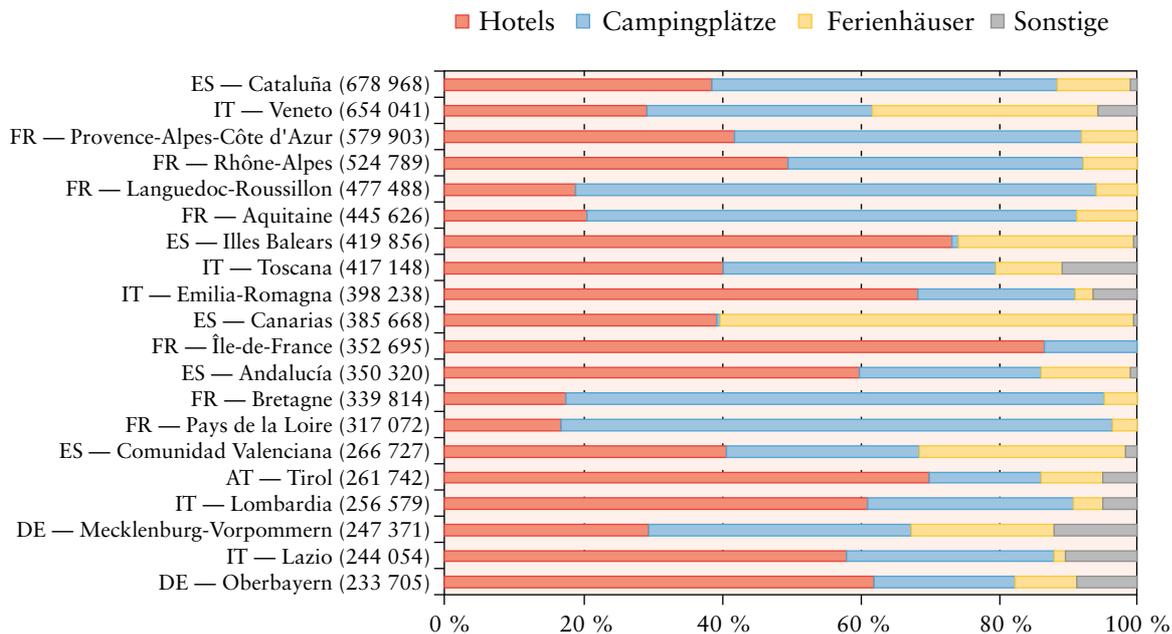
Da dieser Indikator hier als Prozentsatz der Gesamtübernachtungen gemessen wird, lässt sich der Anteil ausländischer Reisender und damit die Attraktivität einer Region für den internationalen Fremdenverkehr ermitteln.

Allerdings hängt der Anteil der Übernachtungen ausländischer Touristen an der Gesamtzahl der Übernachtungen von Touristen natürlich auch von der Größe eines Landes ab. Bei kleineren Ländern

wird dieser Anteil stets höher liegen als bei größeren.

Der höchste Prozentsatz von Übernachtungen von Gebietsfremden an der Zahl der Übernachtungen insgesamt findet sich in Österreich, in Estland, auf Zypern, in Luxemburg und im flämischen Teil Belgiens. Dies zeigt, wie stark einige dieser Länder, wie Österreich und Zypern, von den ausländischen Gästen abhängen. Bei Deutschland und Frankreich hin-

**Schaubild 8.1 — Die 20 wichtigsten Tourismusregionen EU-15 — Verteilung der Anzahl der Betten nach Art der Unterkunft, 2002 - NUTS 2**



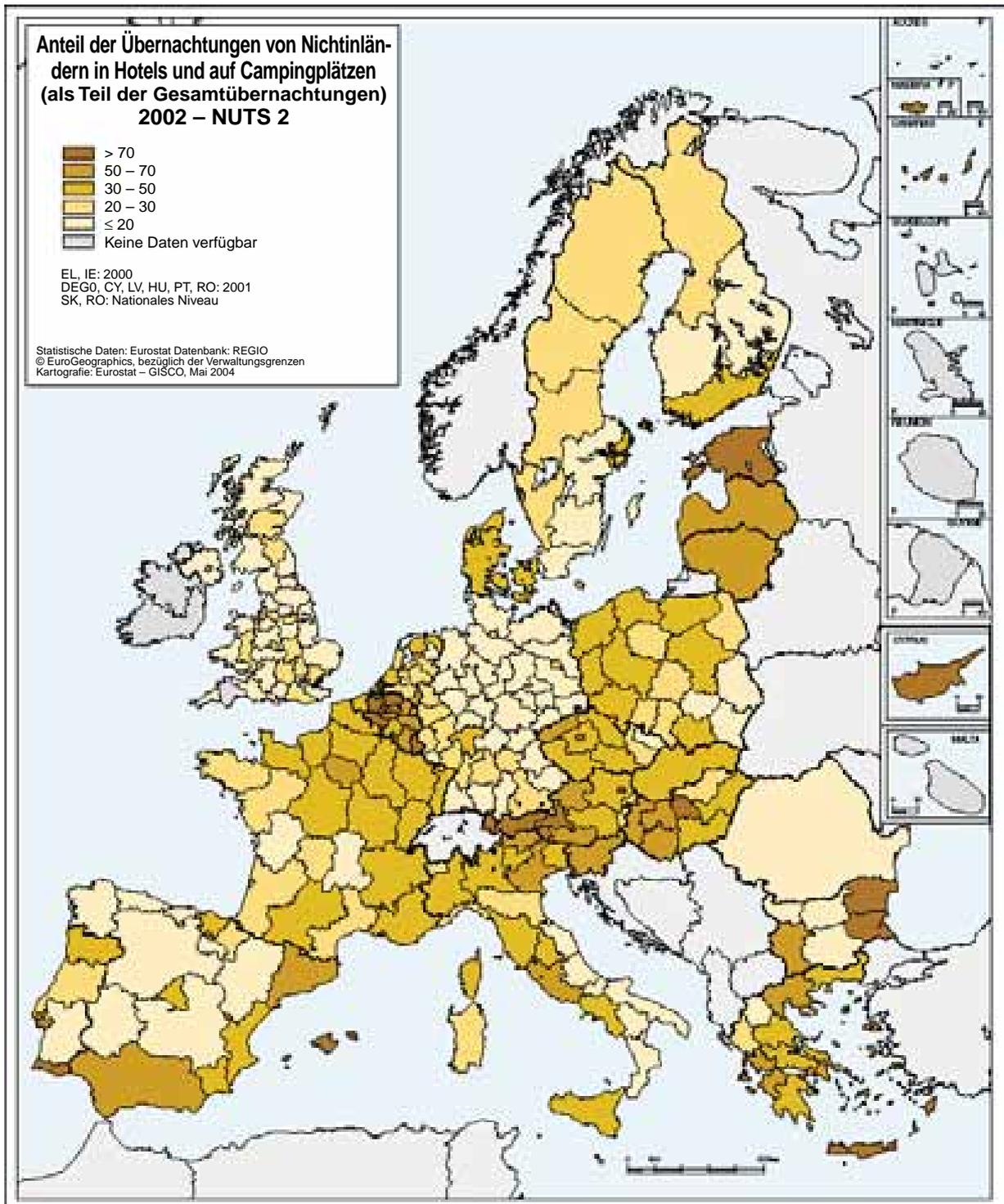
gegen ist diese Abhängigkeit von ausländischen Touristen weniger stark ausgeprägt. In diesen großen Ländern herrscht der inländische Tourismus vor.

Ein ganz anderes Bild ergibt sich bei der Betrachtung der Unterschiede bei den Übernachtungen in Hotels und ähnlichen Einrichtungen zwischen den Jahren 2000 und 2002. In den baltischen Staaten, in Schottland, in den Niederlanden, aber auch im Norden und Süden Italiens, an der Ostseeküste Deutschlands, in Ungarn und in Bulgarien stieg die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum vorherigen Zeitraum um über 10 % (im Falle Ungarns und Bulgariens wurden die Zahlen der Jahre 2000 und 2001 miteinander verglichen). Obwohl diese prozentualen Veränderungen in hohem Maße von den für den Vergleich herangezogenen Bezugswerten beeinflusst werden (bei relativ niedrigem Bezugswert ergibt sich eine sehr hohe prozentuale Veränderung), spiegeln sie doch ein verändertes Reiseverhalten wider. Dies kann durchaus wirtschaftliche Gründe haben, die die Menschen dazu zwingen, näher gelegene Urlaubsziele zu wählen, oder politische Gründe, wie

zum Beispiel die auf den Balearen erhobenen zusätzlichen Steuern. Es kommen aber auch andere Gründe für die Bevorzugung neuer Ziele vor traditionellen Urlaubsländern, wie Spanien und Italien, in Betracht.

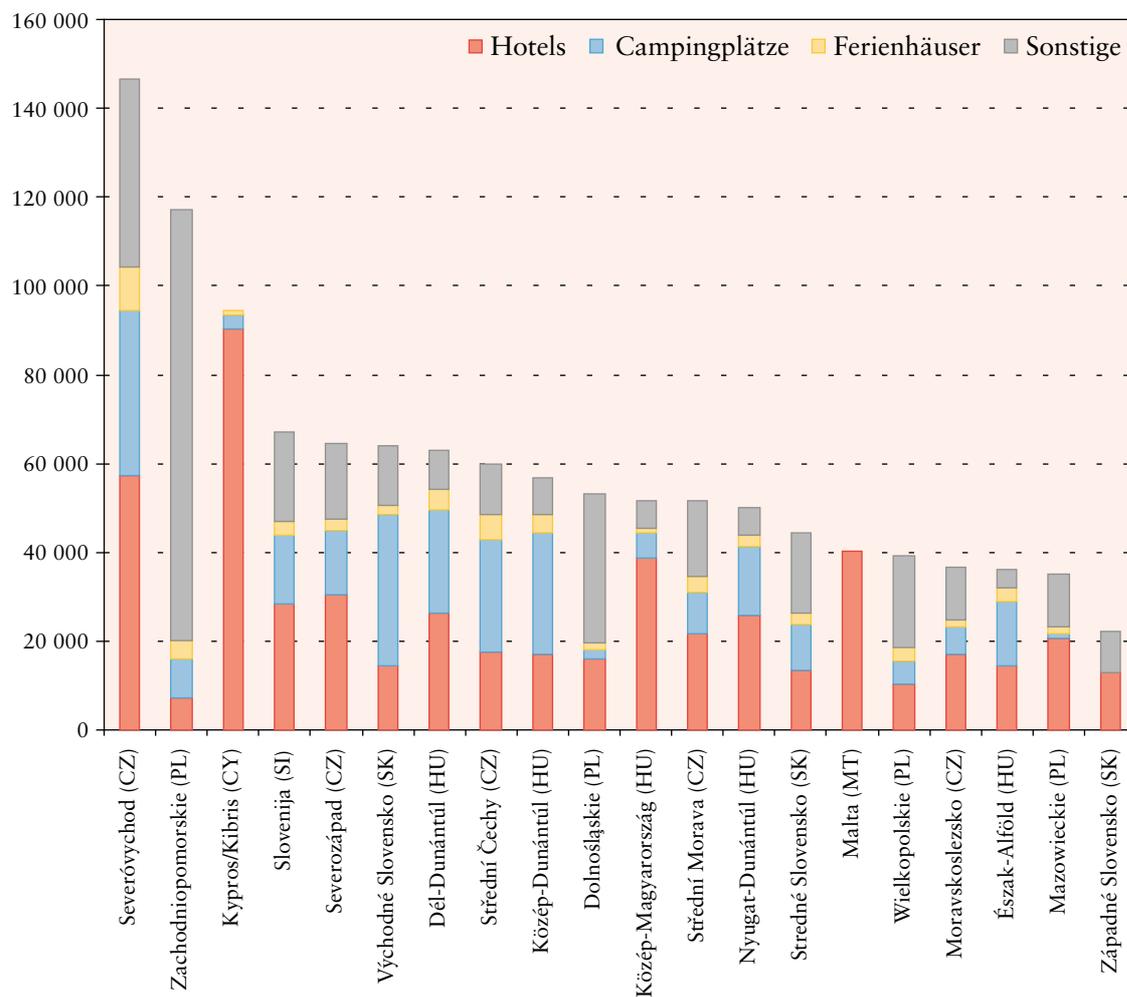
## Schlussfolgerung

Seit mehreren Jahren vollziehen sich im europäischen Fremdenverkehr und in den mit ihm verbundenen Industrien wichtige Veränderungen. Die von den Mitgliedstaaten erhobenen und von Eurostat veröffentlichten Daten zeigen, dass der Fremdenverkehr für die europäischen Regionen an Bedeutung gewinnt. Vor allem der Trend zu häufigeren und kürzeren Reisen ist für die Regionen ein Ansporn, ihre Attraktivität zu erhöhen. Die angeführten Beispiele werden den Leser hoffentlich dazu anregen, die regionalen Daten über den europäischen Fremdenverkehr noch intensiver zu nutzen.



Karte 8.4

**Schaubild 8.2 — Die 20 wichtigsten Tourismusregionen in den neuen Mitgliedstaaten — Verteilung der Anzahl der Betten nach Art der Unterkunft, 2002 - NUTS 2**





# Hintergrund

Einige EU-Staaten haben seit der industriellen Revolution eine starke Verstädterung erfahren, in anderen ist der Urbanisierungsgrad in den vergangenen 50 Jahren drastisch angestiegen. Daher haben Städte – ob als Ort zum Wohnen, zum Arbeiten oder zum Studieren – große Auswirkungen auf das Leben sehr vieler Europäer.

Die Beurteilung dieser Auswirkungen ist Voraussetzung für jedwede Verbesserung der städtischen Lebensqualität, sie muss jedoch auf vergleichbaren Daten beruhen. In der Vergangenheit waren Städtevergleiche in der Europäischen Union problematisch, da die Datenerhebungsmethoden und Definitionen auf einem Kontinent mit solch großer geografischer Ausdehnung und kultureller Vielfalt natürlich sehr unterschiedlich sind. Daher erwies es sich als ungemein schwierig, europäische Städte zu untersuchen und miteinander zu vergleichen.

Beim Urban Audit wird durch die Verwendung eines umfassenden Satzes von Städteindikatoren zu den verschiedenen Aspekten des städtischen Lebens eine Lösung für diese Probleme angestrebt. Das Audit, das als Gemeinschaftsprojekt von Eurostat und der Generaldirektion Regionalpolitik der Europäischen Kommission auf den Weg gebracht wurde, umfasst 258 große (mehr als 250 000 Einwohner) und mittelgroße (zwischen 50 000 und 250 000 Einwohner) Städte in der erweiterten Europäischen Union, Bulgarien und Rumänien (EU-27). Die Auswahl der Städte erfolgte zusammen mit den nationalen statistischen Ämtern, wobei auf eine geografische Streuung der Städte geachtet wurde, um eine repräsentative Stichprobe zu gewährleisten. Insgesamt haben diese 258 Städte 107 Millionen Einwohner, was mehr als 20 % der Bevölkerung in EU-27 entspricht. Diese Stichprobengröße stellt sicher, dass das Urban Audit wesentlich mehr gesicherte Informationen über europäische Städte liefert, als dies in der Vergangenheit möglich war.

Die hier vorgestellten ersten Ergebnisse verdanken wir der umfangreichen Arbeit, die von den Städten, den nationalen statistischen Ämtern, Eurostat und der Generaldirektion Regionalpolitik geleistet wurde.

Die Datenerhebung für die alten Mitgliedstaaten (EU-15) wurde im Frühjahr 2004 abgeschlossen. Mit der Erhebung für die 69 Städte der neuen Mitgliedstaaten wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt begonnen (da ein anderer Finanzierungsmechanismus zum Einsatz kam), daher werden die vollständigen Daten für diese Städte nicht vor Anfang 2005 verfügbar sein. Ein großer Teil dieser statistischen Angaben lag jedoch bereits bis Mai 2004 vor.

Darüber hinaus war man der Ansicht, dass es eine sehr wichtige Zusatzinformation darstellt, wie die Bürger selbst die Lebensqualität in „ihrer“ Stadt wahrnehmen. Die Wahrnehmungsindikatoren wurden durch Meinungsumfragen unter einer repräsentativen Zufallsstichprobe von Einwohnern der betreffenden Stadt ermittelt. Die Daten der Meinungsbefragung im Rahmen des Urban Audit wurden über Telefon in 31 Städten gewonnen. Als Bestandteil der Euro-Barometer-Reihe fanden diese Befragungen, die von Gallup-Einrichtungen vorgenommen wurden, in der Zeit zwischen dem 5. und 16. Januar 2004 in den 15 EU-Mitgliedstaaten statt.

In diesem Kapitel des Jahrbuchs sollen anhand der vorliegenden Ergebnisse des Urban Audit verschiedene Aspekte der sozialen und wirtschaftlichen Lage in europäischen Städten dargestellt werden.

## Inhalt and räumlicher Erfassungsbereich

Aber werfen wir zunächst einen Blick auf den erhobenen Datensatz und seinen räumlichen Erfassungsbereich:

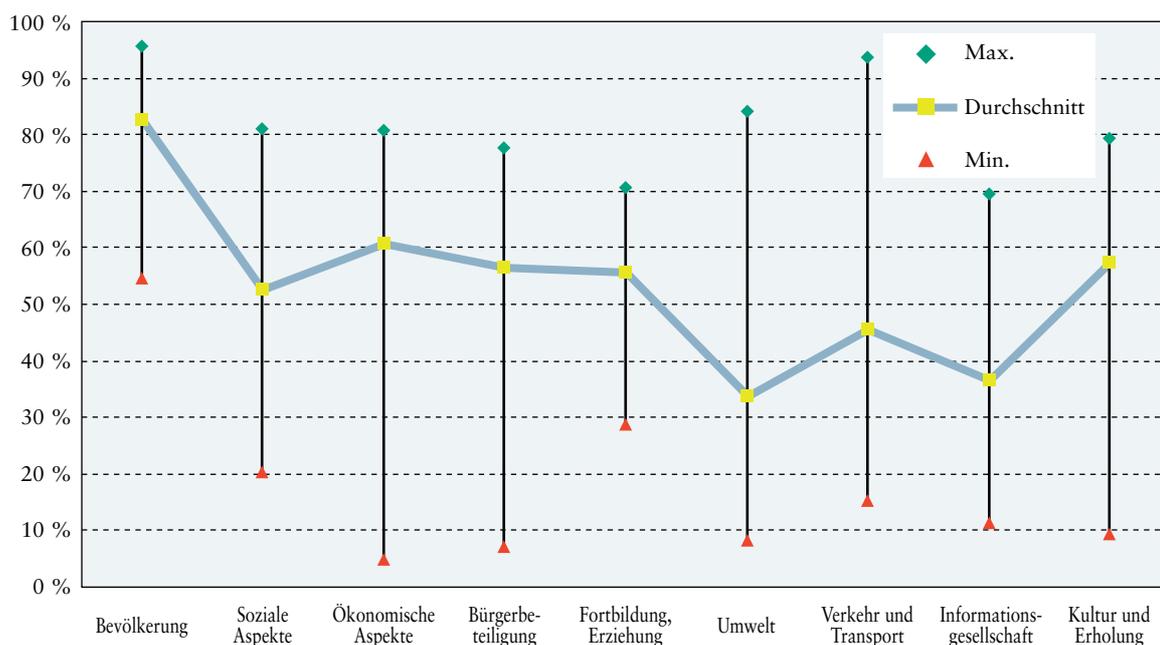
Insgesamt 336 Variablen sind Bestandteil des Urban Audit. Sie decken die meisten Aspekte des städtischen Lebens ab, wie z. B. Demografie, Wohnen, Gesundheit, Kriminalität, Arbeitsmarkt, Einkommensunterschiede, lokale Verwaltung, Bildungsabschlüsse, Umwelt, Klima, Tourismus, Informationsgesellschaft und kulturelle Infrastruktur. Ausgehend von diesen Variablen wurden über 200 Indikatoren errechnet, die ein breites Spektrum von Analysen möglich machen.

Natürlich gibt es Unterschiede im Erfassungsbereich dieser Indikatoren. Schwierigkeiten bereitet insbesondere die Erhebung von Umweltdaten und von Daten zur Informationsgesellschaft.

Was den räumlichen Erfassungsbereich städtischer Daten anbelangt, so sollen durch das Urban Audit Informationen zu drei räumlichen Ebenen vorgelegt werden:

- die Stadt selbst mit einer Verwaltungsdefinition, die die Zuständigkeiten einer örtlichen Gebietskörperschaft widerspiegelt,
- die Umlandregion, eine Annäherung an die funktionelle städtische Region im Umkreis der Stadt, und
- der Stadtteil, eine Untergliederung der Stadt nach strengen Kriterien (5 000 – 40 000 Einwohner pro Stadtteil).

Schaubild 9.1 — Verfügbarkeit der Indikatoren



Darüber hinaus wurden nationale Daten zu den erhobenen Urban Audit Variablen und den abgeleiteten Indikatoren größtmöglich genutzt, um Vergleiche zwischen den einzelnen Städten und dem jeweiligen Land vornehmen zu können.

## Einige interessante Ergebnisse

Wenden wir uns nun der Analyse einiger Ergebnisse des Urban Audit zu. Dies soll vor allem dazu dienen, den Appetit des Lesers auf die Urban Audit Statistiken anzuregen und selbst die Daten in NewCronos zu konsultieren. Eine umfassende Untersuchung der Urban Audit Ergebnisse ist späteren Veröffentlichungen vorbehalten.

Zwei Wesensmerkmale der Urban Audit Daten sollten im Folgenden nicht vergessen werden: Auf Grund der sehr zahlreichen verschiedenen Datenquellen ist die Vergleichbarkeit der Städtestatistiken naturgemäß nicht so gut wie bei anderen Statistiken einer höheren Aggregationsstufe, die eher aus einem Guss sind. Zum zweiten fehlen häufig die Daten einiger Länder, so dass auch aus diesem Grund die möglichen Schlussfolgerungen mit Vorsicht zu betrachten sind.

Betrachten wir zunächst die **Wachstumsraten der Bevölkerung** der Kernstädte von 1996 bis 2001. Im genannten Fünfjahreszeitraum schwankt sie von

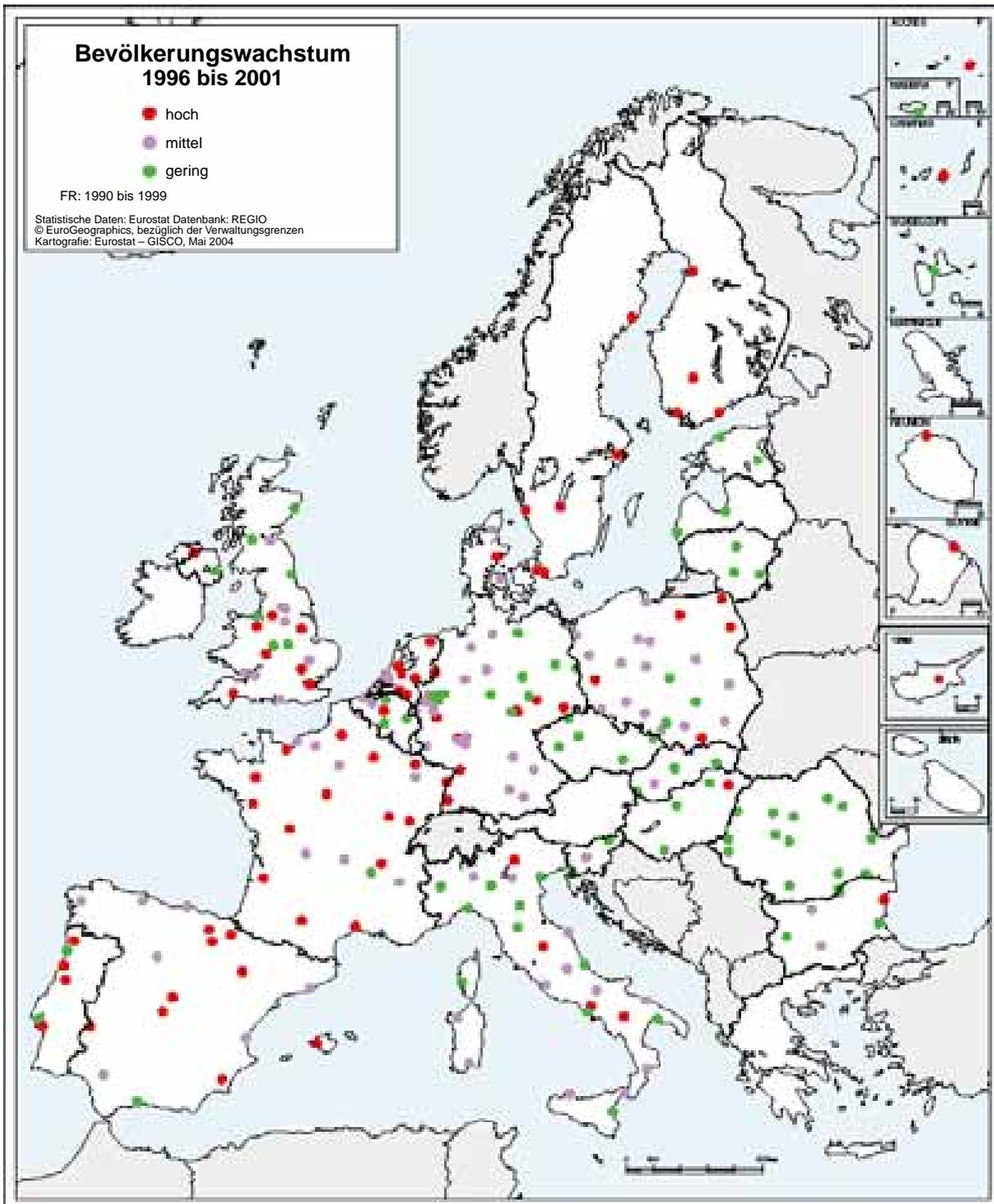
-15 % bis +15 %, es sind also teilweise beträchtliche Änderungen der Einwohnerzahl zu beobachten. Die Karte zeigt Städte mit hohem Wachstum in rot, Städte mit mehr oder weniger stagnierender Bevölkerung in blau und Städte mit abnehmender Einwohnerzahl in grün. Es fehlen leider zur Zeit der Drucklegung Angaben für irische und griechische Städte.

Wie wir sehen, sind in einigen Ländern alle drei Typen von Wachstumsraten vertreten, so im Vereinigten Königreich, in Italien, in Deutschland und in Polen. In Belgien wächst die Hauptstadt Brüssel, während die anderen Städte eher schrumpfen. Überwiegend positive Wachstumsraten sind in skandinavischen, spanischen und portugiesischen Städten zu verzeichnen. Österreich, Ungarn, Rumänien und die baltischen Staaten zeigen eher schrumpfende Städte.

Zu beachten ist bei dieser Analyse, dass jeweils die Kernstädte betrachtet werden. Falls in signifikantem Ausmaß Einwohner aus dem Kern in die umliegende Stadtregion ziehen, mag die Kernstadt schrumpfen, die urbane Großregion dagegen konstant bleiben oder gar wachsen.

Blicken wir nun auf den **Anteil der über 75-Jährigen** in den europäischen Städten. Dieser Anteil schwankt zwischen nur 2 Prozent (in Zory in Polen, gefolgt von Cayenne in Frankreich) und 13 Prozent (in Triest, gefolgt von Bologna und Florenz, alle in Italien).

Die Karte zeigt, dass der Anteil der über 75-Jährigen generell in den Städten der neuen Mitgliedstaaten und in Irland niedrig ist, während er in den Städten

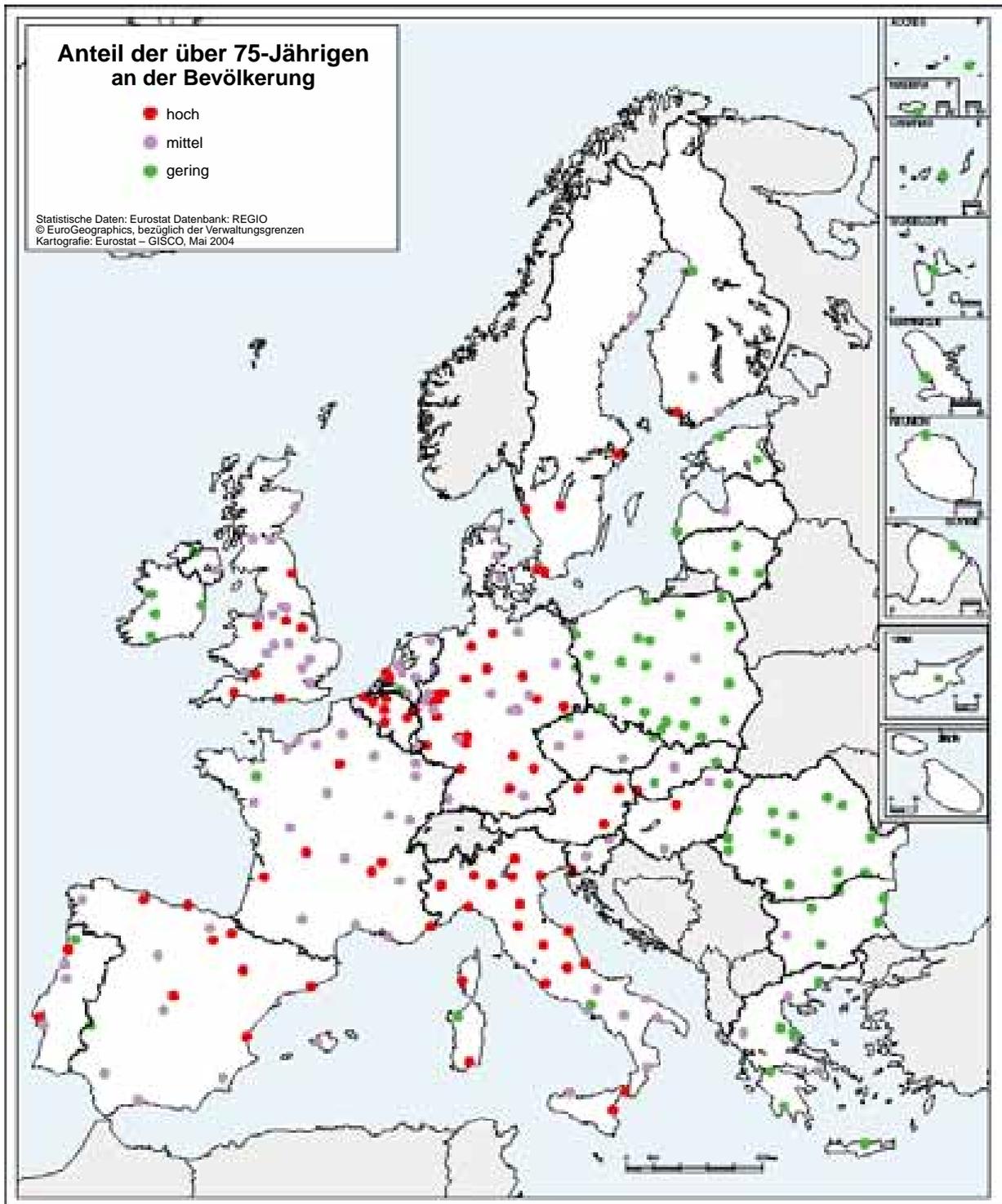


**Karte 9.1**

der alten Mitgliedstaaten eher hoch ist. Dieser Effekt ist erstaunlich stark. Im Westen sind kaum grüne Punkte (Städte mit einem niedrigen Anteil der über 75-Jährigen) zu finden, im Osten keinerlei blaue oder rote Punkte (Städte mit einem mittleren oder hohen Anteil der über 75-Jährigen). Hier gibt es sicherlich einen Zusammenhang zur generell niedrigeren Lebenserwartung in den neuen Mitgliedstaaten, wo somit weniger über 75-Jährige zu

finden sind als in den alten Mitgliedstaaten. Vergleiche auch Kapitel 1 dieses Jahrbuchs zur regionalen Bevölkerungsstatistik.

Innerhalb Italiens und Spaniens ist der Anteil der über 75-Jährigen im Norden höher als im Süden, innerhalb Frankreichs ist es umgekehrt. Hier besteht sicherlich ein Zusammenhang zur Suche der Rent-



**Karte 9.2**

ner und Pensionäre nach einem klimatisch angenehmen Aufenthaltsort.

In Deutschland oder dem Vereinigten Königreich ist kein Muster einer speziellen Verteilung der Hochbetagten in den Städten zu erkennen.

Analysieren wir als letztes demografisches Phänomen den **Anteil der Nicht-EU Bürger** in den Städten Europas. Die Tabelle zeigt die zehn Städte mit dem höchsten und die zehn Städte mit dem niedrigsten Nicht-EU Ausländeranteil.

**Tabelle 9.1 (Anteil der Nicht-EU Mitbürger)**

Stadt	Anteil der Nicht-EU Mitbürger
Tallin	27,8
Cayenne	22,7
Athina	16,7
Frankfurt am Main	16,3
München	16,2
Wien	14,4
Augsburg	14,3
Köln	14,0
Wiesbaden	13,9
Bonn	13,5
.....	...
Katowice	0,1
Gdansk	0,1
Gorzow Wielkopolski	0,1
Lublin	0,1
Torun	0,1
Kielce	0,1
Poznan	0,1
Zory	0,0
Suwalki	0,0
Konin	0,0

Tallin in Estland hat den höchsten Nicht-EU Anteil (Bürger russischer Herkunft). Cayenne in den überseeischen Gebieten Frankreichs ist ein Sonderfall, da diese französische Enklave in Südamerika von Nicht-EU Staaten umgeben ist. Als nächstes kommt Athen mit einem Nicht-EU Ausländeranteil von fast 17 Prozent, vermutlich bedingt durch die Tatsache, dass Griechenland mit 4 Nicht-EU Staaten gemeinsame Grenzen hat: Albanien, Bulgarien, Mazedonien, und die Türkei. Die nächsten dreizehn Städte liegen, bis auf Wien, alle in Deutschland.

Am unteren Ende der Tabelle haben wir alle 23 polnischen Städte mit einem Nicht-EU Ausländeranteil unter 0.3 Prozent.

Eine ähnliche Analyse des städtischen Anteils der allein erziehenden Haushalte, also der Haushalte mit Kindern aber nur einem Erziehungsberechtigten, zeigt interessante Ergebnisse.

Der höchste Anteil allein erziehender Haushalte ist in Riga (Lettland) mit 24 Prozent zu finden, gefolgt von Liepaja (ebenfalls Lettland). Darauf folgen die zwei überseeischen französischen Städte Pointe-à-Pitre und Cayenne, gefolgt von Charleroi in Belgien.

Alle obersten 50 Städte liegen in Zentraleuropa oder Nordeuropa (oder in Übersee).

Am unteren Ende der Skala findet sich Volos (Griechenland) mit knapp 3 Prozent. Davor ist Plovdiv (Bulgarien) und Thessaloniki (ebenfalls Griechenland). Alle unteren 20 Städte, d. h. mit dem niedrigsten Anteil allein erziehender Haushalte, sind in Portugal, Griechenland oder Bulgarien zu finden, also in Südeuropa.

Betrachten wir nun die Karte der PKW Unfälle je 1 000 Einwohner, die tödlich oder mit schweren Verletzungen enden.

Wie man sieht, sind Autofahrer in italienischen, österreichischen, dänischen und baltischen Städten am stärksten gefährdet. Am sichersten sind sie dagegen in griechischen, französischen, schwedischen und finnischen Städten. In Mailand ist die Häufigkeit tödlicher PKW Unfälle je Einwohner 500 mal so groß wie in Helsinki. Es ist fast immer eine starke Konformität der Unfallhäufigkeit je Land zu beobachten, unabhängig davon, in welcher Stadt des jeweiligen Landes man sich befindet. Dies deutet darauf hin, dass das Verhalten der PKW Fahrer stark

**Tabelle 9.2 (Anteil der allein erziehenden Haushalte)**

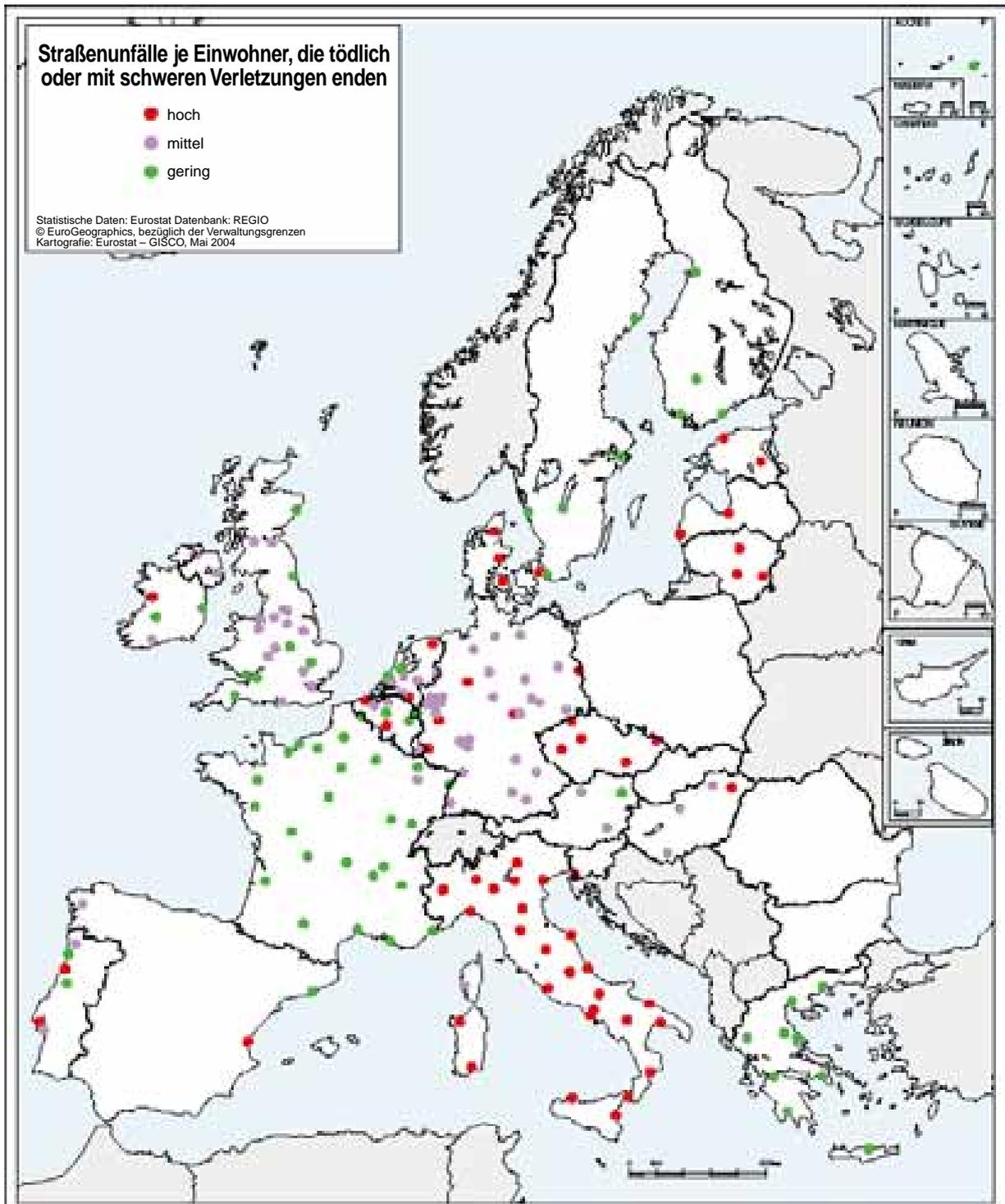
Stadt	Anteil der allein erziehenden Haushalte
Riga	24,3
Liepaja	19,6
Pointe-à-Pitre	18,2
Cayenne	17,5
Charleroi	17,2
Praha	16,5
Brno	15,9
Fort-de-France	15,6
Limerick	15,5
Glasgow	15,2
...	...
Kalamata	3,2
Coimbra	3,1
Sofia	3,0
Athina	3,0
Larisa	2,9
Burgas	2,9
Varna	2,9
Thessaloniki	2,9
Plovdiv	2,8
Volos	2,8

durch nationale Gesetzgebung und verkehrspolitische Maßnahmen auf nationaler Ebene beeinflusst wird.

Interessant ist auch eine Analyse der Unterschiede zwischen Großstädten (über 250 000 Einwohner) und mittelgroßen Städten (50 000 bis 250 000 Einwohner), die die Urban Audit Ergebnisse ermöglicht.

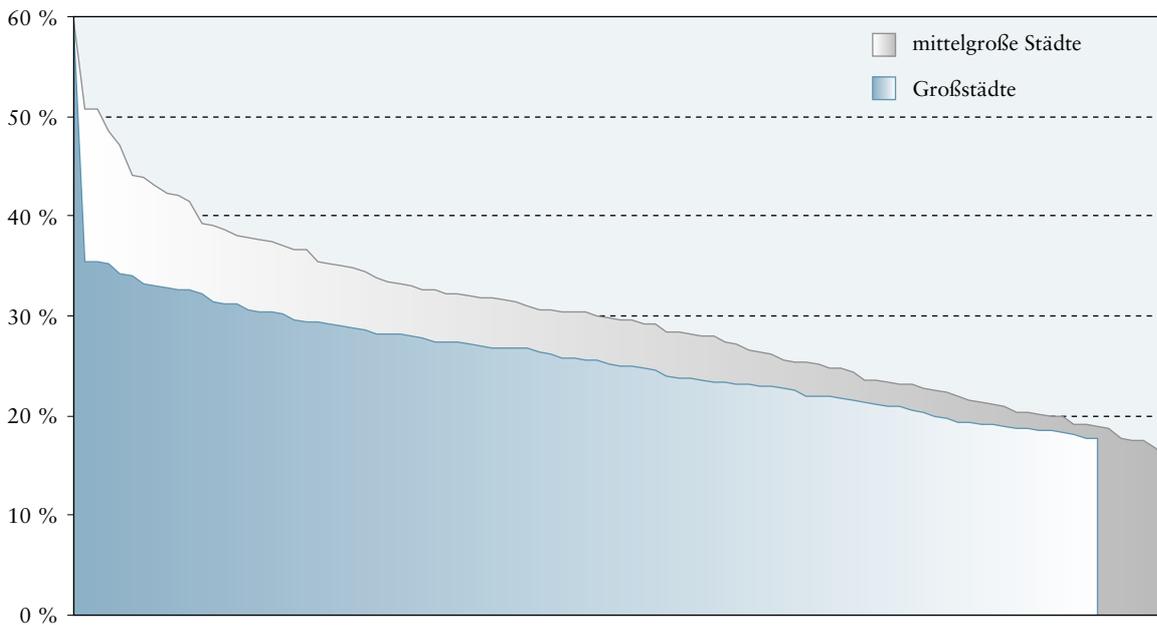
Betrachten wir beispielsweise den Anteil der Haushalte mit Kindern, der zwischen 71 Prozent (Ljubljana, Slowenien) und 15 Prozent (Groningen, Niederlande) schwankt.

Die Grafik zeigt, dass zwar für die meisten Städte der Anteil der Haushalte mit Kindern zwischen 50 und 20 Prozent schwankt, dass dieser Anteil jedoch im Durchschnitt in mittelgroßen Städten signifikant höher ist.



Karte 9.3

**Schaubild 9.2 — Anteil der Haushalte mit Kindern**

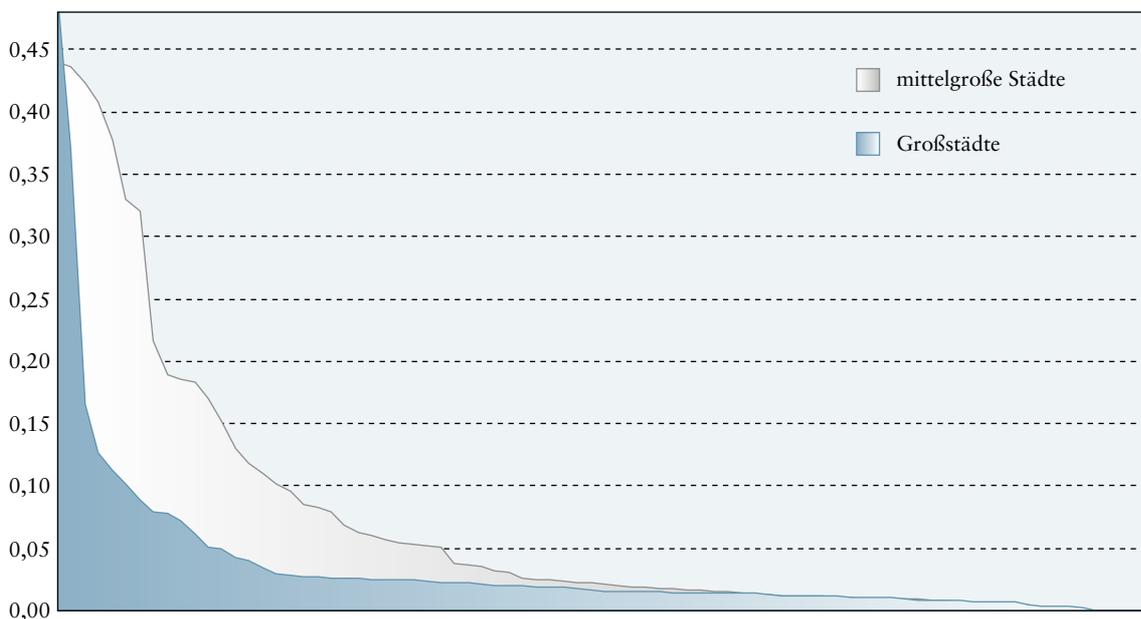


Diese Beobachtung konnte wohl erwartet werden. Aber auch die nächste? Betrachten wir die Zahl der Gewaltverbrechen mit tödlichem Ausgang je Einwohner in der nächsten Grafik, so scheint im Durchschnitt das Leben in mittelgroßen Städten gefährlicher als in Großstädten. Die Schwankungsbreiten dieses Indikators der Morde und gewaltsamen Todesfälle je Einwohner sind sehr groß. Er ist in Athen 230-mal so hoch wie in Dresden.

Eine weitere Möglichkeit der Analyse der Urban Audit Ergebnisse ist ein Vergleich mit den jeweiligen nationalen Daten. Dies soll hier exemplarisch an der Zahl der Krankenhausbetten je Einwohner in deutschen, italienischen und französischen Stadtregionen gezeigt werden. Der nationale Wert ist in der Grafik durch eine horizontale Linie gekennzeichnet.

Es zeigt sich, dass die Bettendichte in allen drei Ländern in den urbanen Zentren höher ist als im ganzen

**Schaubild 9.3 — Zahl der Morde und gewaltsamen Todesfälle je Einwohner**



Land. Offenbar ist die Gesundheitsversorgung in ländlichen Gebieten weniger gut. Allerdings gibt es auch Ausnahmen, wo weniger Krankenhausbetten/Einwohner als im Landesdurchschnitt zu finden sind.

In Deutschland sind mehr Krankenhausbetten je Einwohner als in Frankreich oder Italien zu verzeichnen. Das gleiche Schaubild nun für alle europäischen Länder zu zeigen, würde den Rahmen dieses Jahrbuchs sprengen. Der Leser ist eingeladen, selbst die Daten aus NewCronos herunter zu laden und eigene Berechnungen anzustellen.

Da im Urban Audit auch Daten für Stadtteile erhoben wurden, wenn auch eine stark reduzierte Anzahl von Variablen, können ähnliche Betrachtungen auch für einzelne Städte durchgeführt werden, beispielsweise in Betrachtung der Arbeitslosenquoten.

Auch hier ist sehr gut die Streuung, diesmal innerhalb der Stadt, zu beobachten. Lissabon, mit einer höheren Arbeitslosenquote als Stockholm, zeigt eine geringere Streuung als Stockholm in seinen Stadtteilbezirken.

Zum Abschluss seien noch kurz die Ergebnisse der Meinungsbefragung vom Januar 2004 illustriert, die ebenfalls sehr interessante Ergebnisse brachten. Die Befragten hatten bei den 23 verschiedenen Fragen zu Lebensqualität in den Städten jeweils die Möglichkeit, starke Zustimmung, Zustimmung,

Ablehnung oder starke Ablehnung zum Ausdruck zu bringen. Fasst man starke Zustimmung und Zustimmung sowie Ablehnung oder starke Ablehnung zusammen, so lässt sich ein einfacher Index der Ergebnisse berechnen, indem die Differenz aus Zustimmung und Ablehnung durch die Zahl der Antworten geteilt wird. Durch Multiplikation mit 50 und Addition von 50 wird der Index auf Werte zwischen 0 und 100 standardisiert. Je höher der Indexwert, desto größer die Zustimmung in der jeweiligen Stadt. Bei Werten unter 50 überwiegt die Ablehnung der Befragten.

Das Beispiel zeigt die Antwort auf die Frage, wie einfach es ist, in der jeweiligen Stadt zu vernünftigen Preisen eine Wohnung zu finden. Während dies in Leipzig (DE), Braga (PT) und Berlin (DE) noch gut möglich erscheint, konnte kaum einer der Befragten die Wohnungssuche in Stockholm (SE), München (DE) oder Kopenhagen (DK) als leicht empfinden.

Betrachtet man als letztes das Sicherheitsgefühl der Bürger in ihrer Stadt, so fällt zunächst auf dass alle Werte deutlich über 50 liegen, sich also mehr Bürger sicher fühlen als unsicher. Am sichersten fühlen die Befragten sich in Kopenhagen (DK), München (DE) und Helsinki (FI). Am wenigsten sicher fühlen sie sich in Lissabon (PT), Athen (GR) und Lüttich (BE). Jedoch streuen die Aussagen bei weitem nicht so stark wie auf die Frage nach der einfachen Wohnungssuche.

Schaubild 9.4 — Zahl der Krankenhausbetten je Einwohner in Stadtregionen

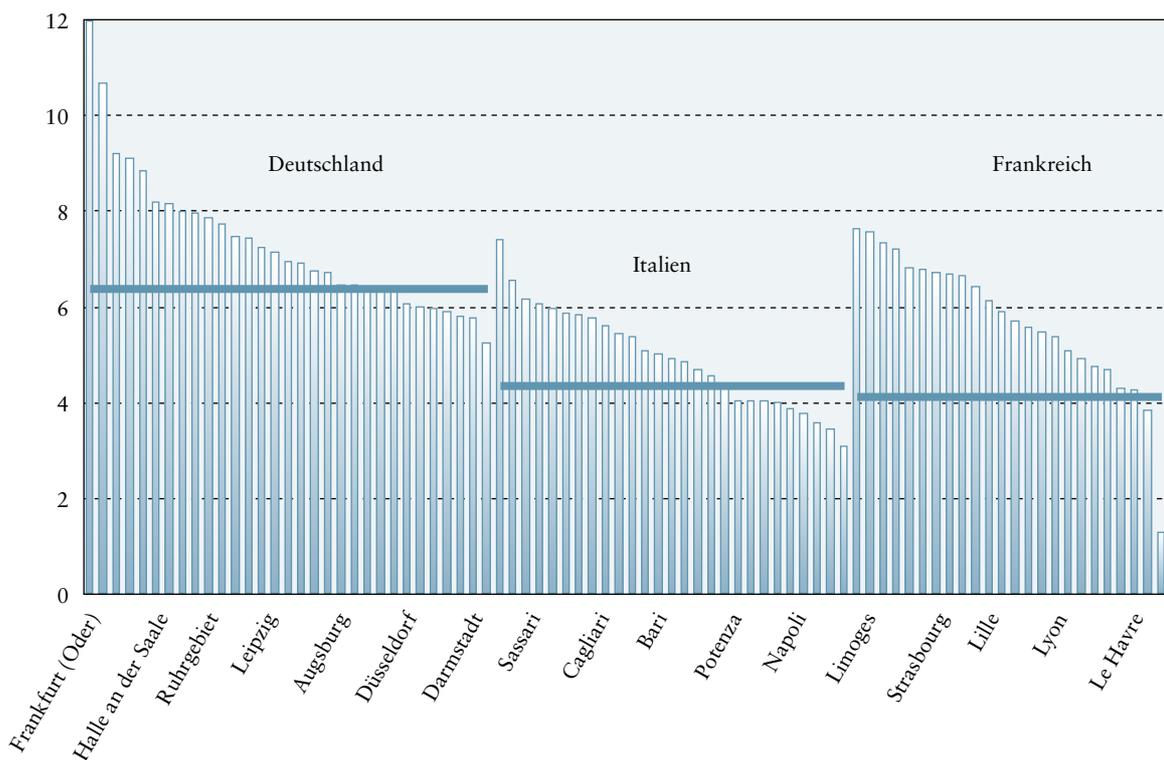
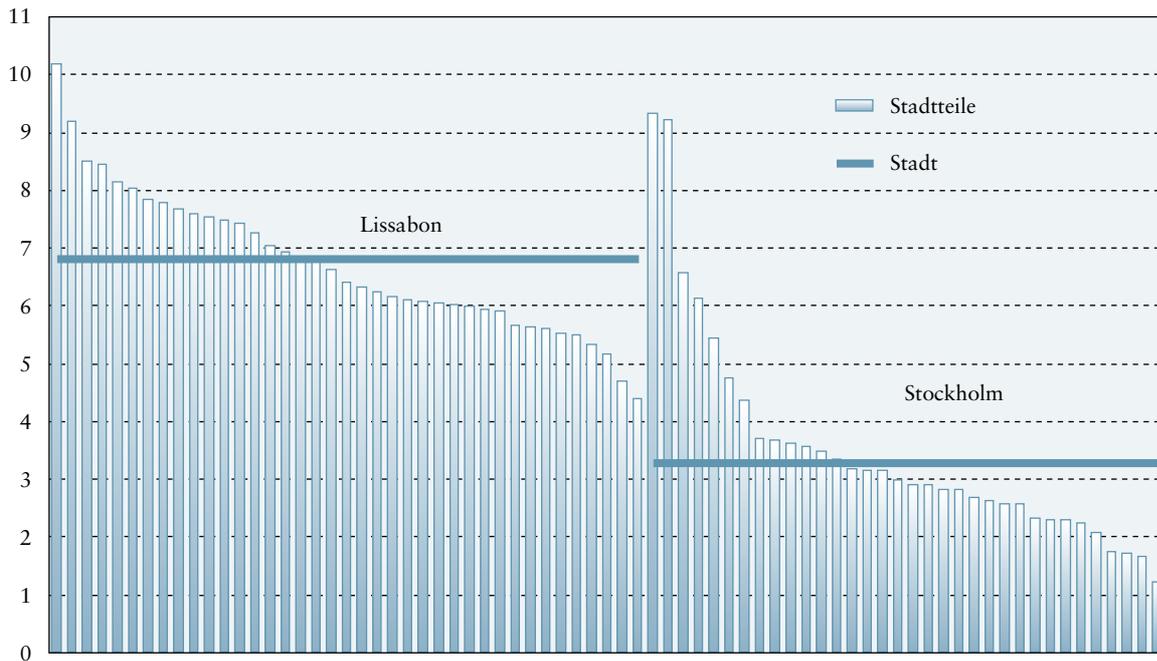


Schaubild 9.5 — Arbeitslosenrate



Auch hier ist der Leser aufgefordert, weitere Befragungsergebnisse von NewCronos herunter zu laden, um weitere Analysen dieser interessanten Ergebnisse durchzuführen.

## Veröffentlichung der Ergebnisse

Zur Veröffentlichung der statistischen Daten des Urban Audit sollen mehrere Wege genutzt werden:

Schaubild 9.6 — Es ist einfach, eine gute Wohnung zu vernünftigen Preisen zu finden

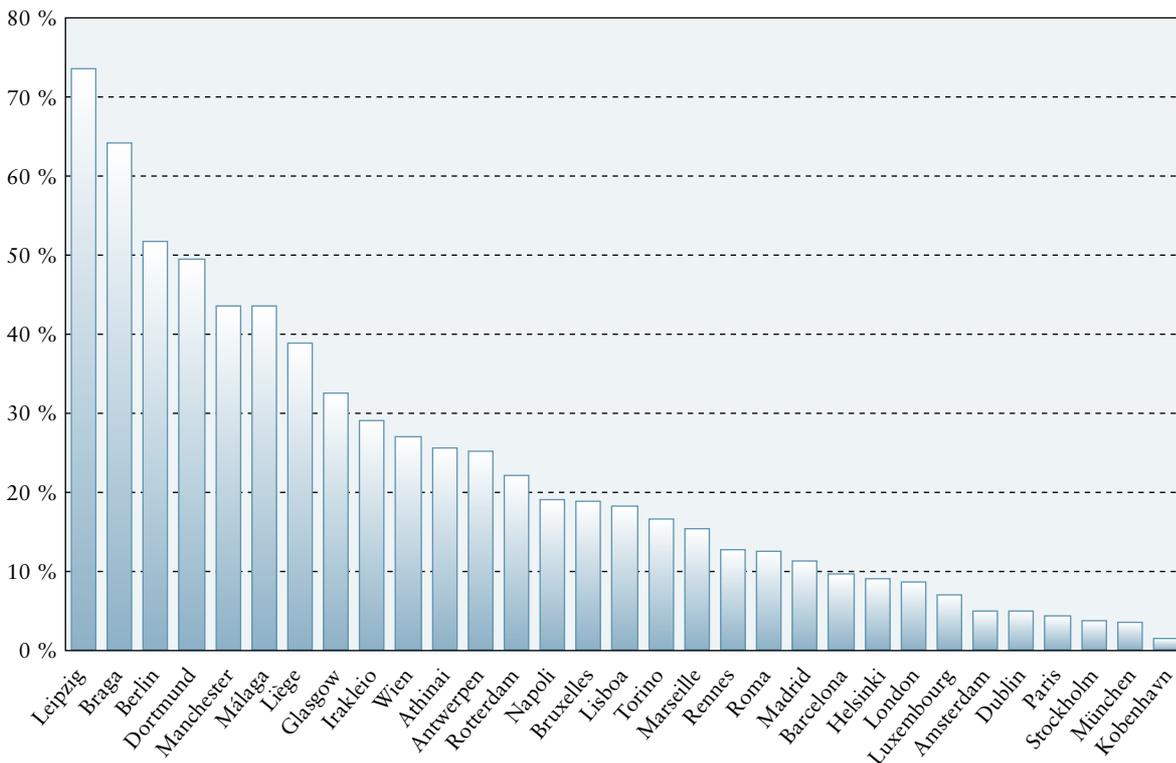
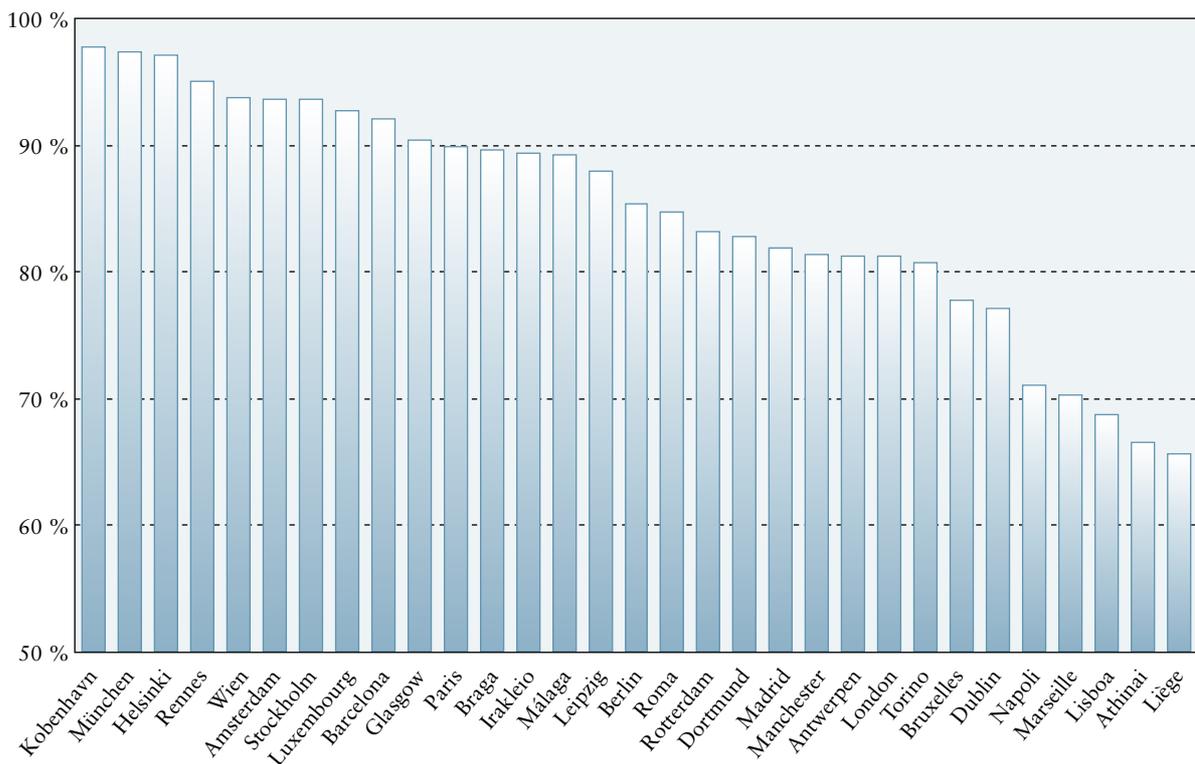


Schaubild 9.7 — Fühle mich in dieser Stadt sicher



**Website:** Die Indikatoren, die ausgehend von der Urban Audit Datenbank errechnet werden, sollen im Herbst 2004 auf die Urban Audit Website gestellt werden. Diese Internetseite gestattet eine Auswahl von Daten zu speziellen Indikatoren und Städten. Die zur Verfügung stehenden Tools ermöglichen die interaktive Erstellung von Grafiken und Tabellen zu allen drei räumlichen Ebenen, die kostenfrei herunter geladen werden können. Zur Ansicht werden auch Karten bereitgestellt.

**NewCronos:** Ein zusätzlicher Zugang zu den Urban Audit Daten (alle 336 Variablen und relevante Metainformationen, die von den nationalen statistischen Ämtern geliefert wurden) ist seit Anfang Mai 2004 über die Eurostat-Datenbank NewCronos möglich.

**Buchformat:** Die Analyse der Urban Audit Daten wird als Buch erscheinen. Darin wird jede Stadt in standardisierter Form auf 2 Seiten beschrieben, mit Kontextinformationen über die Stadt selbst und Diagrammen der wichtigsten Ergebnisse (Quintile). In dem Buch sind lediglich EU-15 Städte enthalten. Es wird insgesamt ungefähr 400 Seiten umfassen und im Herbst 2004 erscheinen.

**Methodikhandbuch:** Das Methodikhandbuch zum Urban Audit vermittelt als weiteres Dokument einerseits die Informationen, die die Datenlieferanten benötigen, um die Kohärenz und Vergleichbarkeit der Urban Audit Daten sicherzustellen, und hilft an-

dererseits den Nutzern beim Verständnis der bei der Datenerstellung verwendeten Methoden und bei der Beurteilung dessen, ob die betreffenden Daten für ihre eigenen Zwecke von Belang sind. Es liegt als PDF-Datei auf der Eurostat-Website vor und kann kostenfrei herunter geladen werden.

## Nächste Schritte

Es ist vorgesehen, die derzeitige Urban Audit Datenerhebung 2004 abzuschließen. Einige Schlüsselaufgaben gilt es jedoch noch zu lösen.

**Datenqualität:** Da die Daten aus 258 verschiedenen Städten stammen, bereitet die Herstellung ihrer Vergleichbarkeit sehr große Mühe. Es wird daher im Laufe des Sommers und Herbstes 2004 eine eingehende Analyse sämtlicher Daten vorgenommen. Sollten Zweifel an der Qualität von Daten aufkommen, werden die betreffenden Datenlieferanten ein weiteres Mal angesprochen und aufgefordert, die in Frage kommenden Statistiken zu überprüfen und gegebenenfalls zu verbessern.

**Zeitachse:** In den Jahren 2003 und 2004 wurden Daten für das Bezugsjahr 2001 erhoben. Dabei wurde deutlich, dass dieser Datensatz wesentlich wertvoller wäre, wenn auch historische Daten zur Verfügung stünden, da so die Ermittlung von

Wachstumsraten möglich würde. Aus diesem Grunde wurde in allen Städten eine Erhebung von Daten für die Jahre 1991 und 1996 in die Wege geleitet, was jedoch nur für eine begrenzte Anzahl von 80 Variablen erfolgte, da die Erstellung von historischen Daten eine recht komplexe und schwierige Aufgabe ist.

**Meinungsbefragung:** Aus vertraglichen Gründen konnte die Meinungsbefragung im Januar 2004 nur

für die alten Mitgliedstaaten (EU-15) durchgeführt werden. Eine ähnliche Erhebung für die neuen Mitgliedstaaten und die Kandidatenländer ist für den Herbst 2004 geplant. Ebenfalls ist eine Vergrößerung der Anzahl der untersuchten Städte in den alten Mitgliedstaaten vorgesehen.





## NUTS-1-STATISTIK

# 10



# Potenzielle Möglichkeiten von NUTS 1 nicht ausgeschöpft

In den 70er Jahren führte das zunehmende Interesse an Regionaldaten zum Entstehen der NUTS-Systematik als Versuch zur Standardisierung der Regionalstatistiken. Die NUTS-Klassifikation besteht von Anfang an aus einer drei Ebenen umfassenden Hierarchie: NUTS 1, NUTS 2 und NUTS 3. Die weitest aus meiste Aufmerksamkeit unter allen drei hat in den vergangenen drei Jahrzehnten die NUTS-Ebene 2 gefunden. Das liegt möglicherweise daran, dass diese Ebene in mehreren Ländern einer signifikanten Verwaltungseinheit entspricht. Eindeutig gestärkt wurde der Vorrang der NUTS-Ebene 2 durch ihre Wahl – zunächst informell, dann jedoch immer ausdrücklicher in europäischen Rechtsvorschriften – zur regionalen Unterscheidungsebene bei der statistischen Bestimmung der Förderfähigkeit von Regionen durch Beihilfen im Rahmen der Strukturfonds. Inzwischen hat bei allen, die eine genauere Regionalanalyse anstreben, das Interesse für die NUTS-Ebene 3 ständig zugenommen. Schlüsselindikatoren wie BIP und Arbeitslosigkeit werden heute gemeinschaftsweit auf NUTS-Ebene 3 veröffentlicht. In gewissem Sinne ist daher die NUTS-Ebene 1 die „in Vergessenheit geratene“ Ebene der Hierarchie, die bisher kaum als Datenverbreitungsebene genutzt wurde, obwohl den meisten Tabellen der REGIO-Datenbank die NUTS-1-Zahlen recht einfach entnommen werden können. Anliegen dieses Beitrags ist es, auf den Charakter der NUTS-Ebene 1, die potenziellen Möglichkeiten, die in ihr stecken, und ihre Grenzen aufmerksam zu machen.

## NUTS 1 in den Mitgliedstaaten

Bis zum Inkrafttreten der NUTS-Verordnung im Juli 2003 bestand keine Rechtsgrundlage für die NUTS-Klassifikation und somit auch keine Verpflichtung für die Mitgliedstaaten, eine NUTS-1-Untergliederung vorzulegen. Dennoch waren zu dem Zeitpunkt, da NUTS 99 von NUTS 2003 abgelöst wurde, für nicht weniger als 11 der 15 Mitgliedstaaten NUTS-1-Regionen bestimmt worden, und Anfang 2004 hat auch Schweden den Vorschlag für eine NUTS-1-Untergliederung eingereicht. Die anderen EU-15-Staaten – Luxemburg, Dänemark und Irland – sind zu klein, als dass eine Untergliederung vorge-

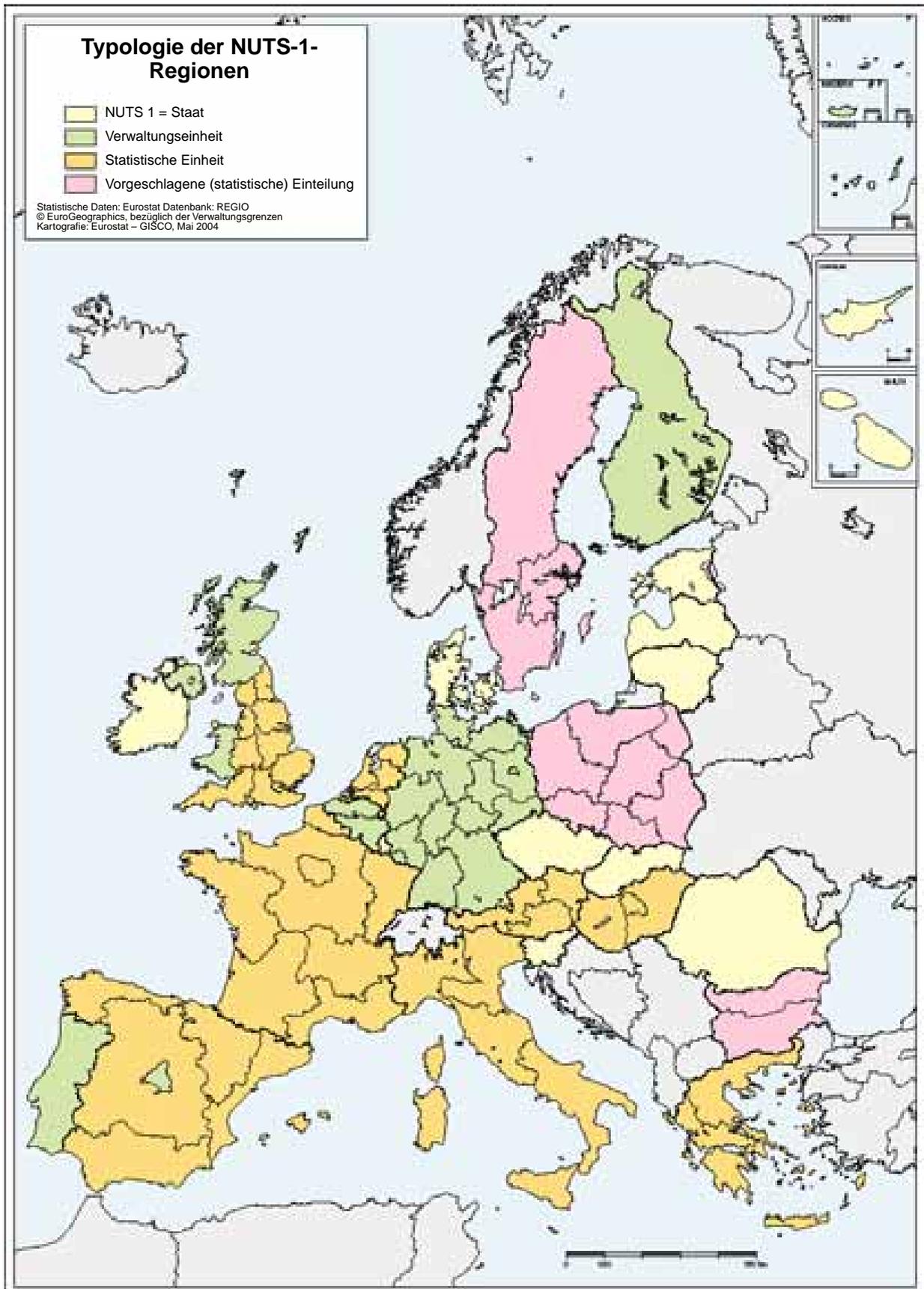
nommen werden könnte. In diesen Fällen gilt das ganze Land als eine einzige NUTS-1-Region.

Tatsächlich hatte der Übergang zu NUTS 2003 kaum Auswirkungen auf die Struktur der NUTS-Ebene 1. Mit Italien als einziger Ausnahme (wo die Anzahl der NUTS-1-Regionen von 11 auf 5 und damit unter die Hälfte zurückging) wurde darin lediglich der Status quo festgeschrieben. Ebenso wie bei den anderen NUTS-Ebenen wurden jedoch für jede Ebene Grenzen gesetzt. Die Verordnung legt fest, dass die Bevölkerungsgrenzen für NUTS-1-Regionen zwischen 3 und 7 Millionen Menschen liegen sollten. Obwohl künftige Änderungen sich an diesen Werten richten müssen, entsprechen nicht alle der heutigen NUTS-1-Untergliederungen diesen Richtwerten. Der EU-Durchschnitt bewegt sich mit etwas mehr als 5 Millionen in dieser Größenordnung; in Griechenland (2,6 Mio.), Österreich (2,7 Mio.) und Finnland (2,6 Mio.) und auch in dem schwedischen Vorschlag (2,9 Mio.) liegt der Durchschnitt jedoch darunter. Die Einwohnerzahl Luxemburgs ist natürlich mit noch nicht einmal einer halben Million für eine NUTS-1-Region sehr gering. Italien (mit einer Durchschnittsgröße von etwa 10 Millionen) übersteigt die festgelegte Grenze.

Wie aus Karte 10.1 hervorgeht, werden im Zusammenhang mit dem Beitritt der zehn neuen Mitgliedstaaten im Mai 2004 natürlich Änderungen am Anhang zur NUTS-Verordnung vorgenommen, so dass nun auch die regionalen Gliederungen der Beitrittsländer eingeschlossen sind. Sechs Länder (Estland, Lettland, Litauen, Malta, Slowenien und Zypern) stoßen zu der Ländergruppe, die die Untergrenze von 3 Millionen Einwohnern nicht erreicht. Die Slowakei mit ihren 5,4 Millionen Einwohnern eignet sich gut als nur eine NUTS-1-Region. Die Tschechische Republik liegt über die Obergrenze, aber für Ungarn und Polen sind Vorschläge eingegangen, eine NUTS-1-Unterteilung in drei bzw. sechs Regionen vorzunehmen. Der ungarische Vorschlag wurde bereits von Eurostat gebilligt. Von den Beitrittsländern hat Bulgarien einen Vorschlag für zwei Regionen eingereicht, und auch von Rumänien wird ein solcher Vorschlag erwartet, da dieses Land (mit 22 Millionen Einwohnern) viel zu groß ist, um nur eine einzige NUTS-1-Region zu bilden..

## Verwaltungsgebiete der NUTS-Ebene 1 – historische und kulturelle Einheiten

So wie bei der NUTS-Hierarchie insgesamt handelt es sich auch bei der europaweiten NUTS-1-Unter-



Karte 10.1

gliederung um eine Mischung aus Verwaltungsgebieten und nichtadministrativen Gruppierungen von Einheiten niedrigerer Ebene (in diesem Fall finden die einzelnen „Bausteine“ natürlich als NUTS-2-Regionen Verwendung).

Wie aus Karte 10.1 ersichtlich ist, sind mehrere NUTS-1-Verwaltungsgebiete mit sehr beträchtlichen legislativen, exekutiven und sogar fiskalischen Befugnissen ausgestattet. Dies gilt für die 16 deutschen Bundesländer und auch für Wales und Schottland im Rahmen eines zunehmend föderative Züge annehmenden Vereinigten Königreichs. Andere NUTS-1-Verwaltungsgliederungen spiegeln auf ähnliche Weise grundlegende Aspekte der Art und Weise wider, in der der Nationalstaat strukturiert ist. Die ganz untypisch kleine Region Åland (mit nur 25 000 Einwohnern gegenüber Nordrhein-Westfalen, das mit 18 Millionen am anderen Ende des NUTS-1-Spektrums steht) genießt innerhalb Finnlands als schwedischsprachige autonome Region eine verfassungsmäßig geregelte Sonderstellung. Die in den vergangenen 25 Jahren erfolgte Entwicklung Belgiens zu einem Bundesstaat schlägt sich ebenfalls in seinen drei Regionen Wallonien, Flandern und Brüssel nieder. Die einstigen Kolonialmächte Frankreich, Spanien und Portugal unterscheiden ihrerseits zwischen ihren Regionen im Mutterland und den überseeischen Besitzungen, die noch immer zum Hoheitsgebiet des betreffenden Landes gehören. Beispielsweise bilden die französischen Überseedepartements (départements d'outre mer – DOM) zusammen eine der neun NUTS-1-Regionen Frankreichs und Madeira und die Azoren als gesonderte autonome Regionen jeweils eine der insgesamt drei derartigen Regionen Portugals. In Spanien schließlich stellt die Comunidad de Madrid die einzige unter den „Comunidades Autonomas“ dar (Regionalverwaltungen mit ausgedehnten Befugnissen und einem Regionalparlament), die gleichzeitig eine NUTS-1-Region ist. Als „Verwaltungsgebiete“ weist Karte 10.1 auch Regionen aus, die de facto als gesonderte Einheiten zählen, weil andere Teile des nationalen Hoheitsgebiets für verwaltungstechnisch eigenständig erklärt werden. Unter diese Kategorie fallen Manner Suomi (das finnische Festland) und das portugiesische Festland.

## Nichtadministrative (vorwiegend geografische) Gliederungen

Die nichtadministrativen NUTS-1-Regionen sind hingegen Ausdruck der vermeintlichen Notwendig-

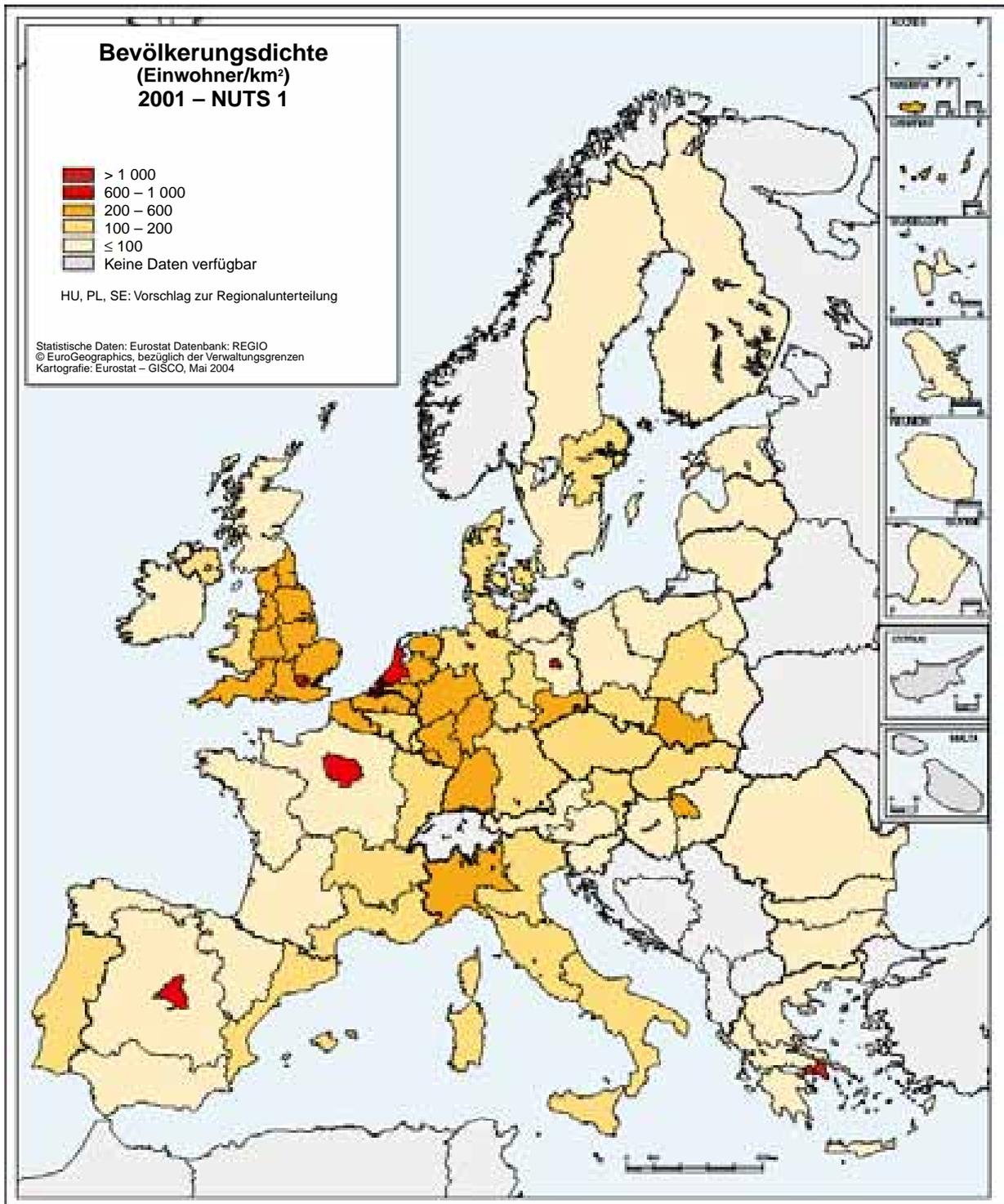
keit, über eine statistische Struktur zu verfügen, die zwischen der Nation und NUTS 2 angesiedelt ist. Daher umfassen sie zumeist größere physikalische oder geografische Zonen. In Griechenland beispielsweise wird das Land durch sie in Nordgriechenland, Mittelgriechenland, Attika sowie als vierte Gruppe Kreta und die Ägäischen Inseln geteilt. Ähnliche geografische Gruppierungen gibt es auf dem französischen Festland, in Spanien und in Bulgarien, wo die Gebirgszüge, die sich von Osten nach Westen erstrecken, die Grenze zwischen Nord- und Südbulgarien markieren. Untergliederungen, die eher die Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur widerspiegeln, finden sich in den Niederlanden, England, Ungarn und Schweden (siehe Karte 10.2). In dieser räumlichen Nische sollten wir nach möglichen statistischen Anwendungen der NUTS-Ebene 1 Ausschau halten.

## Welche Möglichkeiten bietet die NUTS-Ebene 1?

Die Anwendung, die sofort ins Auge fällt, besteht darin, dass sie mehr Vergleiche zwischen Einheiten ähnlicherer Größenordnung gestattet, als das in Betracht der Größenunterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten mit den Länderstatistiken allein möglich wäre. Durch die Erfassung auf der NUTS-Ebene 1 werden automatisch Teile der größeren Mitgliedstaaten und ganze kleinere Staaten in einer Gruppe zusammengefasst. Auf diese Weise werden möglicherweise Trends erkennbar, die von Daten der nationalen Ebene „überlagert“ würden.

Auf Karte 10.2 sind beispielsweise in Spanien, Frankreich und Griechenland deutlich Unterschiede in der Bevölkerungsdichte zwischen den Hauptstadtregionen und deren ländlich geprägtem Hinterland zu erkennen, was für Ungarn und Schweden ebenfalls zutrifft, wenn auch weniger stark ausgeprägt. Nicht zu übersehen sind darüber hinaus innerhalb eines Landes die Gebiete mit besonders geringer oder hoher Bevölkerungsdichte. Schottland im Vereinigten Königreich und die Region Wallonien in Belgien sind Beispiele der erstgenannten, während die industriellen Kerngebiete Nordwestitalien oder Sachsen in der früheren DDR für die zweite Gruppe stehen.

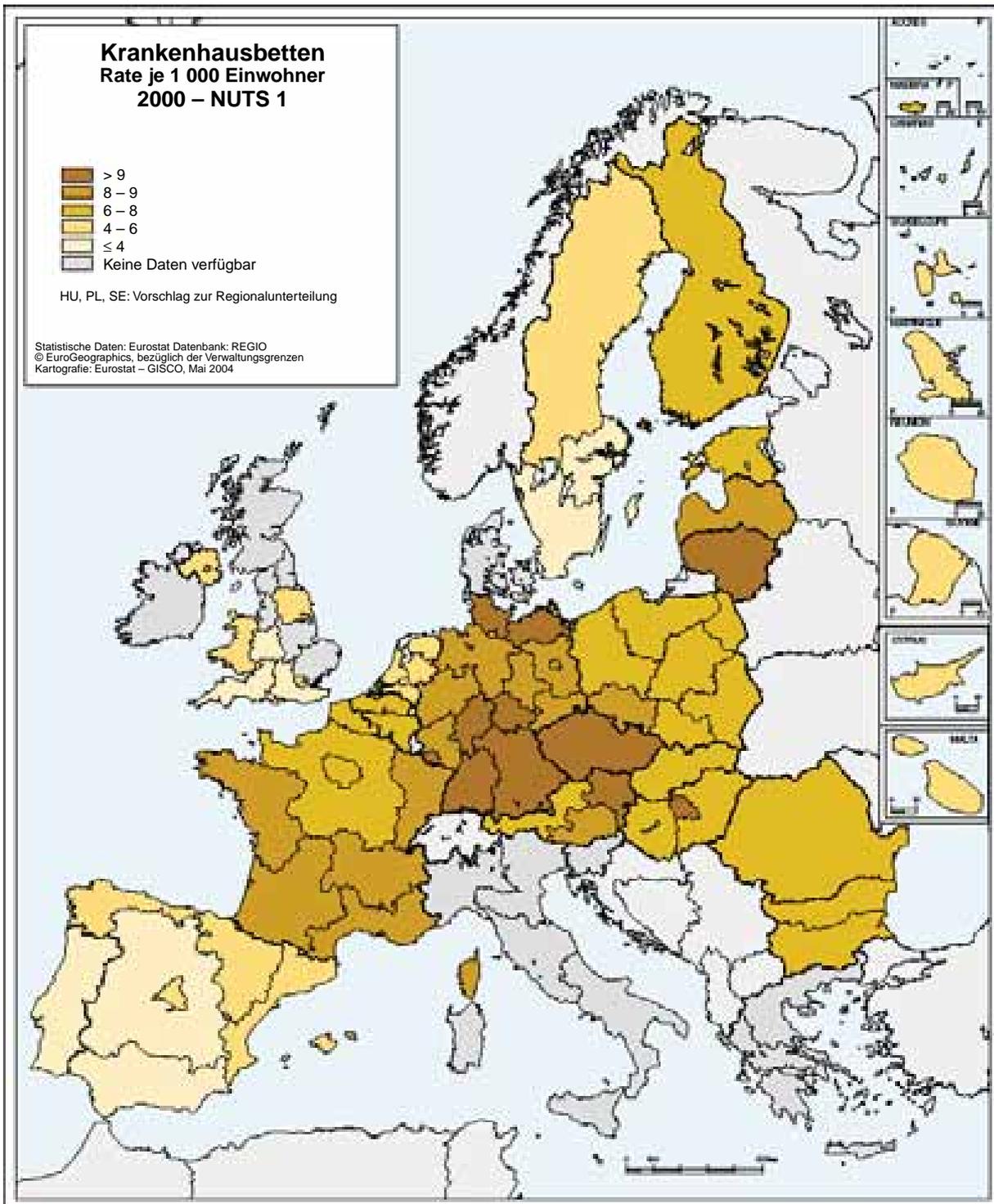
Das Gegenteil trifft auf die Variablen oder Indikatoren zu, bei denen die NUTS-Ebene 2 im Grunde eine zu detaillierte regionale Unterscheidungsebene darstellt. Aus Karte 10.2 wird das zum Teil ersichtlich. Wenn die Schwankungen in der Bevölkerungsdichte von NUTS-2-Regionen ausgeklam-



**Karte 10.2**

mert werden, fällt es leichter, die mitteleuropäische Kernzone der hohen Bevölkerungsdichte zu erkennen, die sich von Nordwestitalien über das westliche Deutschland bis zu den Niederlanden, Flandern und England erstreckt. Zu den anderen länderübergreifenden Zonen, die sich auf dieser NUTS-Ebene deutlich abzeichnen, gehören der baltische Ring mit niedriger Bevölkerungsdichte, der lediglich durch die Region um Stockholm etwas abgemildert wird, der ländlich geprägte Ge-

bietsstreifen, der das westliche Frankreich mit Nord- und Mittelspanien verbindet, und der bevölkerungsarme Bogen in den vorwiegend von Gebirgen geprägten Regionen von Österreich bis hin nach Griechenland. Tatsächlich wurde bei früheren Ausgaben von „Regionen – Statistisches Jahrbuch“ ein ähnlicher Ansatz zur Luftverkehrsstatistik benutzt. In Anbetracht der Größe des Einzugsgebiets eines größeren Flughafens erwies es sich als sinnvoller, die Personenverkehrszahlen



**Karte 10.3**

nicht den NUTS-2-Regionen, sondern den NUTS-1-Regionen zuzuordnen.

Ein weiteres größenbezogenes Argument, das für einen NUTS-1-Ansatz in bestimmten Bereichen spricht, ist dort angebracht, wo andernfalls womöglich der Verfügbarkeit von Daten der NUTS-Ebene 2 durch Geheimhaltungserwägungen Grenzen gesetzt wären. Je höher die NUTS-Ebene ist, umso weniger Schwierigkeiten bereiten auch die nicht zu

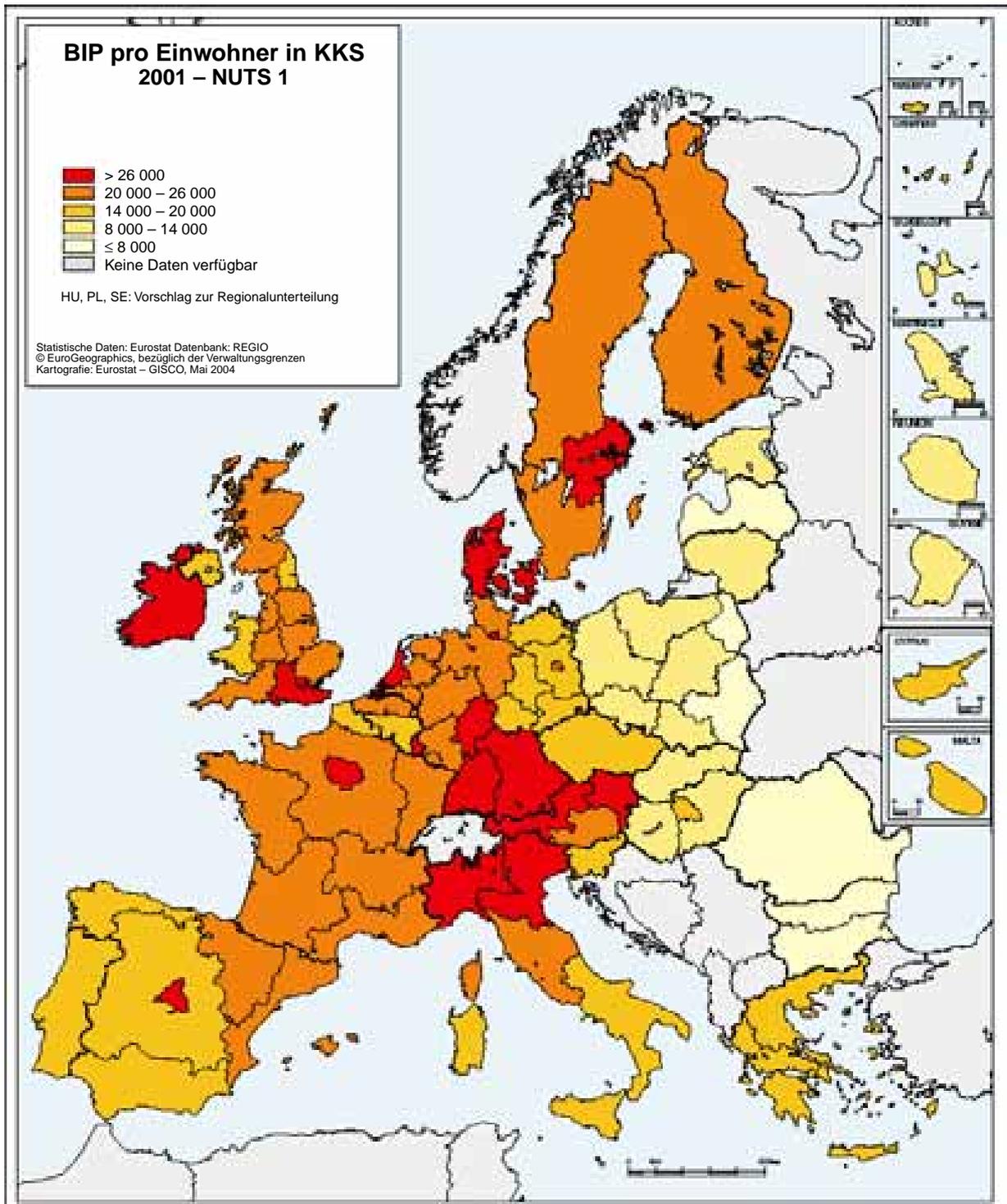
NUTS gehörenden Berichtseinheiten in speziellen Themenbereichen. Beispielsweise gibt es im Vereinigten Königreich im Gebiet London fünf Gesundheitsbehörden, ohne dass es möglich wäre, diese Behörden den beiden NUTS-2-Regionen zuzuordnen: Die Behörden folgen einem vom Stadtzentrum ausgehenden Radialmuster, die NUTS-2-Zonen hingegen beschreiben konzentrische Kreise. Wie aus Karte 10.3 ersichtlich ist, verschwindet dieses Problem auf der NUTS-Ebene 1, dennoch werden weiter re-

gional bedeutsame Informationen gewonnen. Interessanterweise weist an den Krankenhausbetten gemessen die Infrastruktur des Gesundheitswesens in den Niederlanden (wo die NUTS-1-Regionen nicht-administrativen Charakter tragen) keine Unterschiede auf, jedoch bestehen große Abweichungen von einem Bundesland zum anderen in Deutschland, wo die Gesundheitsplanung weitgehend de-

zentral erfolgt. Ähnlich wird bei Landwirtschaftszählungen noch häufig nicht ausschließlich auf NUTS-2-Gebiete zurückgegriffen (was zum Teil daran liegt, dass der zugrunde liegende Denkansatz auf Gebietsbasis beruht, während beim NUTS-System praktisch die Bevölkerung zugrunde gelegt wird). Auf der NUTS-Ebene 1 gibt es kein Missverhältnis.



NUTS-1-STATISTIK



Karte 10.4

## NUTS 1 vs. NUTS 2

Wie bereits erwähnt, glättet die NUTS-Ebene 1 einige Details, die auf der NUTS-Ebene 2 verfügbar sind. Dadurch könnten jedoch wichtige Einzelheiten verloren gehen. Die Entscheidung liegt beim Nutzer. Daher sollte die letzte Karte dieses Abschnitts zusammen mit Karte 3.1 betrachtet werden, auf der im Wesentlichen dieselben Informationen auf der NUTS-Ebene 2 ersichtlich sind.

Auf der Karte 10.4 zeichnen sich bestimmte positive und negative Besonderheiten des NUTS-1-Ansatzes ab. Auf der NUTS-Ebene 1 wird nicht nur klar ersichtlich, dass das südliche Belgien dem nördlichen Landesteil hinterherhinkt, sondern auch, dass diese Region Ähnlichkeiten zu der angrenzenden französischen Region aufweist. Die Zone mit einem deutlich höheren BIP, die sich vom Norden Italiens bis nach Österreich und Deutschland zieht, lässt sich auf der NUTS-Ebene 1 leichter ausmachen. Gleiches gilt für die Zone mit hohem BIP, die London mit Südostengland verbindet. NUTS 2 indessen verdeutlicht nicht nur die Unterschiede zwischen Ländern, die gleichzeitig NUTS-1-Gebiete und Mitgliedstaaten sind (wie etwa Irland und die Tschechische Republik), sondern lässt auch die von den Hauptstädten ausgehenden Auswirkungen plasti-

sch hervorreten. Darüber hinaus könnte diese Ebene einen irreführenden Eindruck korrigieren, der bei der NUTS-1-Kartierung entsteht. In Ungarn würde man aus der NUTS-1-Präsentation schließen, dass die Region um Budapest ein hohes BIP aufweist, alle andere Regionen ein niedriges. Auf der NUTS-Ebene 2 erkennen wir, dass dieses Muster vielschichtiger beschaffen ist.

## Schwierigkeiten und Erweiterung

Natürlich stellt sich bei einer breiteren Verwendung der NUTS-Ebene 1 das Problem der Größenheterogenität der Einheiten. Dabei handelt es sich jedoch um ein Problem, das bereits aus der NUTS-2-Statistik bekannt ist (und in der Tat auf die gleichen geschichtlichen Wurzeln zurückgeht). Diese Ungleichheit lässt sich verringern, wenn die Länder, die derzeit den empfohlenen Grenzwert überschreiten, eine einheitlichere Aufschlüsselung vorschlagen. Dies gilt besonders für bevölkerungsreiche Staaten, bei denen das ganze Land als nur eine NUTS-1-Region eingestuft wurde.

# EUROPÄISCHE UNION: Regionen auf NUTS-2-Ebene

BE10	Région de Bruxelles-Capitale/Brussels Hoofdstedelijk Gewest	DEA4	Detmold	FR23	Haute-Normandie
BE21	Prov. Antwerpen	DEA5	Arnsberg	FR24	Centre
BE22	Prov. Limburg (BE)	DEB1	Koblenz	FR25	Basse-Normandie
BE23	Prov. Oost-Vlaanderen	DEB2	Trier	FR26	Bourgogne
BE24	Prov. Vlaams-Brabant	DEB3	Rheinessen-Pfalz	FR30	Nord - Pas-de-Calais
BE25	Prov. West-Vlaanderen	DEC0	Saarland	FR41	Lorraine
BE31	Prov. Brabant Wallon	DED1	Chemnitz	FR42	Alsace
BE32	Prov. Hainaut	DED2	Dresden	FR43	Franche-Comté
BE33	Prov. Liège	DED3	Leipzig	FR51	Pays de la Loire
BE34	Prov. Luxembourg (BE)	DEE1	Dessau	FR52	Bretagne
BE35	Prov. Namur	DEE2	Halle	FR53	Poitou-Charentes
CZ01	Praha	DEE3	Magdeburg	FR61	Aquitaine
CZ02	Střední Čechy	DEF0	Schleswig-Holstein	FR62	Midi-Pyrénées
CZ03	Jihozápad	DEG0	Thüringen	FR63	Limousin
CZ04	Severozápad	EE00	Eesti	FR71	Rhône-Alpes
CZ05	Severovýchod	GR11	Anatoliki Makedonia, Thraki	FR72	Auvergne
CZ06	Jihovýchod	GR12	Kentriki Makedonia	FR81	Languedoc-Roussillon
CZ07	Střední Morava	GR13	Dytiki Makedonia	FR82	Provence-Alpes-Côte d'Azur
CZ08	Moravskoslezsko	GR14	Thessalia	FR83	Corse
DK00	Danmark	GR21	Ipeiros	FR91	Guadeloupe
DE11	Stuttgart	GR22	Ionia Nissia	FR92	Martinique
DE12	Karlsruhe	GR23	Dytiki Ellada	FR93	Guyane
DE13	Freiburg	GR24	Stereia Ellada	FR94	Réunion
DE14	Tübingen	GR25	Peloponnisos	IE01	Border, Midland and Western
DE21	Oberbayern	GR30	Attiki	IE02	Southern and Eastern
DE22	Niederbayern	GR41	Voreio Aigaio	ITC1	Piemonte
DE23	Oberpfalz	GR42	Notio Aigaio	ITC2	Valle d'Aosta/Vallée d'Aoste
DE24	Oberfranken	GR43	Kriti	ITC3	Liguria
DE25	Mittelfranken	ES11	Galicia	ITC4	Lombardia
DE26	Unterfranken	ES12	Principado de Asturias	ITD1	Provincia Autonoma Bolzano/Bozen
DE27	Schwaben	ES13	Cantabria	ITD2	Provincia Autonoma Trento
DE30	Berlin	ES21	País Vasco	ITD3	Veneto
DE41	Brandenburg — Nordost	ES22	Comunidad Foral de Navarra	ITD4	Friuli-Venezia Giulia
DE42	Brandenburg — Südwest	ES23	La Rioja	ITD5	Emilia-Romagna
DE50	Bremen	ES24	Aragón	ITE1	Toscana
DE60	Hamburg	ES30	Comunidad de Madrid	ITE2	Umbria
DE71	Darmstadt	ES41	Castilla y León	ITE3	Marche
DE72	Gießen	ES42	Castilla-La Mancha	ITE4	Lazio
DE73	Kassel	ES43	Extremadura	ITF1	Abruzzo
DE80	Mecklenburg-Vorpommern	ES51	Cataluña	ITF2	Molise
DE91	Braunschweig	ES52	Comunidad Valenciana	ITF3	Campania
DE92	Hannover	ES53	Illes Balears	ITF4	Puglia
DE93	Lüneburg	ES61	Andalucía	ITF5	Basilicata
DE94	Weser-Ems	ES62	Región de Murcia	ITF6	Calabria
DEA1	Düsseldorf	ES63	Ciudad Autónoma de Ceuta	ITG1	Sicilia
DEA2	Köln	ES64	Ciudad Autónoma de Melilla	ITG2	Sardegna
DEA3	Münster	ES70	Canarias	CY00	Kypros/Kıbrıs
		FR10	Île-de-France	LV00	Latvija
		FR21	Champagne-Ardenne	LT00	Lietuva
		FR22	Picardie	LU00	Luxembourg (Grand-Duché)

HU10	Közép-Magyarország	PT11	Norte	UKF3	Lincolnshire
HU21	Közép-Dunántúl	PT15	Algarve	UKG1	Herefordshire, Worcestershire and Warwickshire
HU22	Nyugat-Dunántúl	PT16	Centro (PT)	UKG2	Shropshire and Staffordshire
HU23	Dél-Dunántúl	PT17	Lisboa	UKG3	West Midlands
HU31	Észak-Magyarország	PT18	Alentejo	UKH1	East Anglia
HU32	Észak-Alföld	PT20	Região Autónoma dos Açores	UKH2	Bedfordshire and Hertfordshire
HU33	Dél-Alföld	PT30	Região Autónoma da Madeira	UKH3	Essex
MT00	Malta	SI00	Slovenija	UKI1	Inner London
NL11	Groningen	SK01	Bratislavský kraj	UKI2	Outer London
NL12	Friesland	SK02	Západné Slovensko	UKJ1	Berkshire, Buckinghamshire and Oxfordshire
NL13	Drenthe	SK03	Stredné Slovensko	UKJ2	Surrey, East and West Sussex
NL21	Overijssel	SK04	Východné Slovensko	UKJ3	Hampshire and Isle of Wight
NL22	Gelderland	FI13	Itä-Suomi	UKJ4	Kent
NL23	Flevoland	FI18	Etelä-Suomi	UKK1	Gloucestershire, Wiltshire and North Somerset
NL31	Utrecht	FI19	Länsi-Suomi	UKK2	Dorset and Somerset
NL32	Noord-Holland	FI1A	Pohjois-Suomi	UKK3	Cornwall and Isles of Scilly
NL33	Zuid-Holland	FI20	Åland	UKK4	Devon
NL34	Zeeland	SE01	Stockholm	UKL1	West Wales and the Valleys
NL41	Noord-Brabant	SE02	Östra Mellansverige	UKL2	East Wales
NL42	Limburg (NL)	SE04	Sydsverige	UKM1	North Eastern Scotland
AT11	Burgenland	SE06	Norra Mellansverige	UKM2	Eastern Scotland
AT12	Niederösterreich	SE07	Mellersta Norrland	UKM3	South Western Scotland
AT13	Wien	SE08	Övre Norrland	UKM4	Highlands and Islands
AT21	Kärnten	SE09	Småland med öarna	UKN0	Northern Ireland
AT22	Steiermark	SE0A	Västssverige		
AT31	Oberösterreich	UKC1	Tees Valley and Durham		
AT32	Salzburg	UKC2	Northumberland and Tyne and Wear		
AT33	Tirol	UKD1	Cumbria		
AT34	Vorarlberg	UKD2	Cheshire		
PL01	Dolnośląskie	UKD3	Greater Manchester		
PL02	Kujawsko-Pomorskie	UKD4	Lancashire		
PL03	Lubelskie	UKD5	Merseyside		
PL04	Lubuskie	UKE1	East Riding and North Lincolnshire		
PL05	Łódzkie	UKE2	North Yorkshire		
PL06	Małopolskie	UKE3	South Yorkshire		
PL07	Mazowieckie	UKE4	West Yorkshire		
PL08	Opolskie	UKF1	Derbyshire and Nottinghamshire		
PL09	Podkarpackie	UKF2	Leicestershire, Rutland and Northamptonshire		
PL0A	Podlaskie				
PL0B	Pomorskie				
PL0C	Śląskie				
PL0D	Świętokrzyskie				
PL0E	Warmińsko- Mazurskie				
PL0F	Wielkopolskie				
PL0G	Zachodniopomorskie				

# NUTS-2-Regionen in den Beitrittsländern

BG01	Severozapaden
BG02	Severen tsentralen
BG03	Severoiztochen
BG04	Yugozapaden
BG05	Yuzhen tsentralen
BG06	Yugoiztochen
RO01	Nord-Est
RO02	Sud-Est
RO03	Sud
RO04	Sud-Vest
RO05	Vest
RO06	Nord-Vest
RO07	Centru
RO08	București